

ULRICH BRAND
MARKUS WISSEN

IMPERIALE LEBENSWEISE

ZUR AUSBEUTUNG VON MENSCH UND NATUR
IM GLOBALEN KAPITALISMUS



ClimatePartner^o
klimaneutral

Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien. Dieses Buch wurde auf 100 Prozent Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC[®]-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100 Prozent Recyclingmaterial, das FSC[®]-ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO₂-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter:
<http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2017 oekom verlag München
Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Lektorat: Laura Kohlrausch, oekom verlag
Korrektorat: Maike Specht
Umschlaggestaltung: Andrew Corbett Design
Satz: Ines Swoboda, oekom verlag

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Alle Rechte vorbehalten
978-3-86581-843-0



Ulrich Brand, Markus Wissen

Imperiale Lebensweise

*Zur Ausbeutung von Mensch und Natur
im globalen Kapitalismus*



oekom

Inhalt

Danksagung 7

Kapitel 1

An den Grenzen einer Lebensweise 9

Kapitel 2

Multiple Krise und sozial-ökologische Transformation 21

Kapitel 3

Der Begriff der imperialen Lebensweise 43

Kapitel 4

Die historische Entstehung der imperialen Lebensweise 69

Kapitel 5

Die globale Verallgemeinerung und Vertiefung der imperialen Lebensweise 95

Kapitel 6

Imperiale Automobilität 125

Kapitel 7

Falsche Alternativen. Von der grünen Ökonomie zum grünen Kapitalismus? 147

Kapitel 8

Konturen einer solidarischen Lebensweise 165

Anmerkungen 187

Literaturverzeichnis 202

Abkürzungsverzeichnis 222

Über die Autoren 224

Für Bettina, Wiebke und Simon



Danksagung

Das Schreiben des vorliegenden Buches war nicht nur für uns als Autoren eine äußerst bereichernde Erfahrung intensiver und freundschaftlicher wissenschaftlicher Kooperation. Es wurde auch getragen von einer Woge kritischen Wohlwollens seitens vieler FreundInnen und KollegInnen, denen wir dafür an dieser Stelle herzlich danken möchten.

Ein wesentlicher Meilenstein bei der Entstehung des Buches war ein Workshop im August 2016 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Mario Candeias, Stefanie Graefe, Friederike Habermann, Uwe Hoering, Boris Kanzleiter, Bettina Köhler, Tom Kopp, Steffen Kühne, Miriam Lang, Christoph Podstawa, Sabine Pongratz, Katharina Pühl, Daniela Setton, Silke van Dyk und Christa Wichterich haben in einer mehrstündigen intensiven Diskussion die Entwürfe zweier zentraler Kapitel solidarisch gegen den Strich gebürstet und uns ebenso viel Kritik wie Ermutigung zukommen lassen. Der Workshop war für uns die Initialzündung zum Endspurt der Manuskripterstellung.

In den letzten Jahren bekamen wir bei Vorträgen und in Lehrveranstaltungen immer wieder kritische Rückfragen und wichtige Anregungen, die zur Verfestigung unserer Gedanken beitragen – und natürlich auch Zweifel säten, weil uns deutlich wurde, was wir in diesem Buch alles nicht berücksichtigen können. Ein interessantes, in jüngerer Zeit entstandenes Forum ist die I.L.A.-Werkstatt. In ihr beschäftigt sich eine Gruppe von WissenschaftlerInnen und politisch Aktiven mit »imperialen Produktions- und Lebensweisen« und »Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert«. Wir hatten erfreulicherweise die Gelegenheit, einige unserer Überlegungen dort zur Diskussion zu stellen.

Wichtige und außerordentlich anregende Kommentare zu einzelnen Teilen des Manuskripts haben wir von Gundula Ludwig, Tobias Boos, Alina Brad, Lutz Brangsch, Michael Brie, Ariane Brensell, Kristina Dietz, Franziskus Forster, Daniel Fuchs, Franziska Kusche, Miriam Lang, Hanna Lichtenberger, Kathrin Niedermoser, Melanie Pichler, Etienne Schneider, Isabella Radhuber, Anke Schaffartzik und Stefan Schmalz erhalten.

Ulrich Brand dankt zudem dem Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam (IASS) – und dort insbesondere Mark Lawrence, Sebastian Helgenberger und Falk Schmidt – dafür, dass er im Sommersemester 2016 im Rahmen eines Gastaufenthaltes unter anderem an diesem Buch arbeiten konnte. In einem Kolloquium am IASS wurden einige Überlegungen dieses Buches präsentiert und von den Teilnehmenden, insbesondere den KommentatorInnen Boris Gotchev, Sebastian Helgenberger, Kristin Nicolaus und Falk Schmidt, mit wichtigen Hinweisen versehen. Markus Wissen dankt der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) für die Gewährung eines Forschungssemesters, das ihm die Arbeit an diesem Buch zeitlich ermöglicht hat.

Louis Asamoah, Samuel Decker, Franziska Kusche und Carla Noever haben uns bei der technischen Manuskripterstellung wertvolle Hilfe geleistet, Samuel Decker hatte zudem die Idee zum Untertitel des Buches. Nicht zuletzt danken wir Christoph Hirsch für die wohlwollende Begleitung des Projekts vonseiten des oekom Verlags und Laura Kohlrausch für ihr ausgezeichnetes Lektorat.

Ulrich Brand und Markus Wissen

Wien und Berlin im Dezember 2016

Kapitel 1

An den Grenzen einer Lebensweise

Kein Gemeinsames ist möglich, sofern wir uns nicht weigern, unser Leben und unsere Reproduktion auf dem Leid anderer zu gründen und uns als von ihnen getrennt wahrzunehmen.

Silvia Federici¹

Zum Anlass des Buches

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* ein Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan mit dem Titel »Die kommende Anarchie«. ² Am Beispiel von Westafrika widmet sich der Autor darin der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten unterentwickelten Welt und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird durch die drastisch-suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlichen Megacities, von Slums, Kindersoldaten, verschmutzten Flüssen und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist, noch gesteigert. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, »Überbevölkerung« und ökologischer Zerstörung.

Die Intention des damaligen Beitrags war es nicht, auf das Leid von Menschen hinzuweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachzuspüren. Es geht Kaplan vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von »kulturell« und religiös moti-

vierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Der ökologischen Problemdimension in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung bei: »Es ist an der Zeit, ›die Umwelt‹ als das zu begreifen, was sie ist: *die* nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Meeresspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nil-Delta und Bangladesch – Entwicklungen, die zu massenhafter Migration führen und, umgekehrt, Gruppenkonflikte anheizen werden – stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden.«³

Gut 20 Jahre nach Erscheinen des Artikels von Kaplan überbieten sich europäische PolitikerInnen mit Vorschlägen und konkreten Maßnahmen der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not beziehungsweise dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten⁴ wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, »Schicksalsgemeinschaften« beschworen und »Obergrenzen« eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren, um der von Kaplan imaginierten Bedrohung nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch supranationaler – Ordnung geschlossen und mit aller Macht entgegenzutreten.

Daneben zeigt sich in der Situation des Jahres 2016 noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die abgewiesen oder abzuweisen versucht werden, schei-

nen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: weil steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau sie der Möglichkeit berauben, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrienkrieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotenzial vergrößerte.⁵

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also im Jahr 2016 zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe. Wenn »die Umwelt« zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem »die Umwelt« besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren. Und sich zu ebendiesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten.

Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legimitation beziehungsweise Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge ausschweigen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die »Knappheit« natürlicher Ressourcen und »den Klimawandel« in die Flucht getrieben. Stattdessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Tellerrand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter »Ethnien« im Kongo etwa wird der Bedarf des globalen Nordens an Coltanerzen

sichtbar, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – werden als Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen verstehbar, wie sie von agrarindustriellen Unternehmen des globalen Nordens im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens betrieben wird. Und als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als »illegal« gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa gerät die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hoch subventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.⁶

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik wird als Versuch begreifbar, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche ebendieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren: in Gestalt von CO₂, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen der Südhalbkugel absorbiert wird (beziehungsweise sich in der Atmosphäre konzentriert); in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem globalen Süden, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und »Industrie 4.0« im globalen Norden darstellen; oder in Gestalt der Arbeitskräfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektroschrotts oder beim Schuften auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im globalen Norden verzehrten »Südfrüchte« hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.

Zur Intention des Buches

Wir bezeichnen die Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise mit einschließt, als *imperial*. Damit wollen wir *erstens* das sichtbar machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden ermöglicht, meist ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Es geht uns darum, wie sich Normalität gerade über das Ausblenden der ihr zugrunde liegenden Zerstörung herstellt. Mit anderen Worten: Thema des Buches sind die Alltagspraxen sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse, die Herrschaft über Mensch und Natur erzeugen und verstetigen.

Zweitens möchten wir erklären, wie und warum sich in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen in den unterschiedlichsten Bereichen (soziale Reproduktion, Ökologie, Wirtschaft, Finanzen, Geopolitik, europäische Integration, Demokratie etc.) häufen, zuspitzen und überlagern, so etwas wie Normalität herstellt. Die imperiale Lebensweise erscheint uns in diesem Zusammenhang zentral. Bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Epizentrum verschiedenster Krisenphänomene angesiedelt ist: Sie wirkt – siehe oben – in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen, die Zerstörung lokaler Ökonomien oder die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und ebendeshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu

gewährleisten. Damit soll die soziale Spaltung, wie sie im globalen Norden durch diese Krise noch einmal beschleunigt wurde, keineswegs verharmlost werden.

Drittens wollen wir die gegenwärtigen Krisen und Konflikte als Manifestation der Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise begreifbar machen. Dass sich viele Probleme heute derart krisenhaft zuspitzen, ist auch darauf zurückzuführen, dass die imperiale Lebensweise derzeit im Begriff ist, sich zu Tode zu siegen. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft – mit anderen Worten: auf ein »Außen« – im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf *angewiesen* sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

Und genau das ist derzeit der Fall. Im selben Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich »nördliche« Vorstellungen und Praxen des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und ihr Bedarf, Kosten etwa in Gestalt von CO₂ zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind ökoimperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen. Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr eigenes Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens kaputt machen zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu, und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die diese Politik exekutierenden Kräfte, die sich in der Regel selbst als »bürgerliche Mitte« etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren »bürgerlichen« Konkurrenten sind sie in der Lage, ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie *gleichzeitig* aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit. Nora Räthzel hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er-Jahre artikulierte, treffend als »rebellierende Selbstunterwerfung« bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei ermöglicht, *»sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind«*.⁷

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann wären – *viertens* – die Anforderungen an eine Alternative radikaler zu formulieren, als dies im Mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht dann nicht mehr, eine »grüne Revolution«⁸ oder einen neuen »Gesellschaftsvertrag«⁹ einzufordern und der starken Rhetorik zum Trotz die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangetastet zu lassen. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit

darauf zu setzen, dass »die Politik« aus der unabweisbaren, da wissenschaftlich immer genauer belegten Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht – wird damit doch übersehen, dass das so adressierte vermeintliche Steuerungssubjekt »Staat« kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

Stattdessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise als das anzuerkennen, was sie ist: ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens, wie sie sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, auch in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten lassen, und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzenden Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Akkumulation der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Ausgehend von dieser Einsicht, geht es sodann darum, die vielfältigen Alternativen, wie sie derzeit gegen die dominanten Entwicklungen praktiziert werden, auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit steigernden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umriss einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken? Dies ist aus unserer Sicht eine der zentralen Fragen, denn sie verweist auf ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das dem der imperialen Lebensweise diametral entgegengesetzt ist.

Zum Aufbau des Buches

Damit sind die zentralen Themen umrissen, die in diesem Buch behandelt werden sollen.¹⁰ Wir beginnen damit, dass im *zweiten Kapitel* die Probleme analysiert werden, die sich in jüngerer Zeit zu einer »multiplen Krise« verdichtet haben und zunehmend autoritär bearbeitet werden. Auffällig ist dabei, dass die Krisenbearbeitung nicht nur autoritär, sondern auch umkämpft ist. Innerhalb der Nationalstaaten, auf der Ebene der Europäischen Union, im Verhältnis zwischen dieser und den USA oder in den Institutionen der globalen Umweltpolitik gibt es gegensätzliche Auffassungen darüber, wie mit den wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Erschütterungen der vergangenen Jahre umgegangen werden soll. Selbst der zunehmende Autoritarismus, der durch den Wahlsieg von Donald Trump einen neuen Höhe- beziehungsweise Tiefpunkt erreicht hat, ließe sich noch als Ausdruck einer Verunsicherung deuten, die sich unter den politischen Eliten ausgebreitet hat.¹¹ Die Fähigkeit zur Formulierung hegemonialer Projekte und politischer Führung ist der »bürgerlichen Mitte« allem Anschein nach abhandengekommen. Derweil bildet sich im linksliberalen politischen und wissenschaftlichen Spektrum ein Konsens heraus, demzufolge die vielfältigen Krisenphänomene mit einer ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaften gemeinsam bearbeitet werden können. Allerdings sind die einschlägigen Ansätze nicht nur viel zu zögerlich, sondern lassen auch den Problemerkern der multiplen Krise, den wir in der imperialen Lebensweise sehen, unangetastet.

Im *dritten Kapitel* geht es um eine genauere begriffliche Bestimmung dieses Problemerkerns. Wir führen die »imperiale Lebensweise« als Kategorie ein, die zwischen dem Alltagshandeln der Menschen und den diesem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen vermittelt. Damit wollen wir die Mechanismen freilegen, über die die in den Strukturen angelegten Herrschaftsverhältnisse normalisiert werden. Zentral ist die Unterscheidung verschiedener Begriffsdimensionen, die wir – gestützt auf verschiedene Traditionen kritischen Denkens, vor allem Marx, Gramsci, feministische Theorie,

Bourdieu und Foucault – im Folgenden vornehmen. Dabei soll nicht nur die in dieser Einleitung bereits skizzierte Externalisierung, sondern auch die soziale Hierarchisierung im globalen Norden als zentrale Dimension der imperialen Lebensweise deutlich werden. Wir wollen zeigen, dass die Verantwortung für sozial-ökologisch destruktive Produktions- und Konsumnormen und der Nutzen, der aus ihnen gezogen werden kann, über Klassen-, Geschlechter- und rassistische Verhältnisse vermittelt ist. Zudem soll der Doppelcharakter der imperialen Lebensweise als struktureller Zwang *und* Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten deutlich werden.

Kapitel 4 und 5 zeichnen in einer groben Skizze die Geschichte der imperialen Lebensweise von ihren Anfängen im Kolonialismus bis zu ihrer heutigen Verallgemeinerung nach. Die in *Kapitel 4* im Mittelpunkt stehende Epoche ist der Fordismus. Sie prägte die kapitalistischen Zentren von den 1950er-Jahren bis in die 1970er-Jahre und bescherte den Menschen einen in seiner Breitenwirkung bis dahin ungekannten Zuwachs an materiellem Wohlstand, der gleichwohl auf sozialer Ungleichheit basierte und diese reproduzierte. Uns interessiert am Fordismus vor allem, wie die ressourcen- und emissionsintensiven Konsumnormen, die bis dahin den oberen Klassen vorbehalten waren, in die Mittel- und Unterklassen des globalen Nordens diffundierten und damit der Boden für die heutige sozial-ökologische Krise bereitet wurde.

Kapitel 5 setzt mit einem politischen »Gelegenheitsfenster« ein: der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren. Bei dieser handelte es sich nicht nur um eine Erschöpfung der ökonomischen Potenziale eines bestimmten Akkumulationsmodells, sondern um eine umfassende gesellschaftliche Krise, in der die vorherrschenden Formen des Arbeitens, des Zusammenlebens und der Nutzung von Natur von alten und neuen sozialen Bewegungen politisiert wurden. Dieses Fenster schloss sich jedoch schon bald. Was folgte, waren eine Vertiefung der imperialen Lebensweise in den Zentren und ihre Ausbreitung auf immer mehr Länder an der kapitalistischen Peripherie. Die in jüngerer Zeit zu beobachtenden geopolitischen und -ökonomischen Spannungen und Verschiebungen sind, so unsere These,

auch vor dem Hintergrund dieser Verallgemeinerung des Nichtverallgemeinerbaren zu begreifen.

Das *sechste Kapitel* betrachtet die Geschichte und aktuelle Ausprägung der imperialen Lebensweise in Bezug auf einen gesellschaftlichen Bereich, in dem sich viele ihrer Bestimmungen verdichten: die Automobilität. Wir beginnen mit der Beobachtung, dass ausgerechnet in einer Zeit des wachsenden Bewusstseins der ökologischen Krise die Nachfrage nach besonders ressourcen- und emissionsintensiven Autos wie den *Sport Utility Vehicles* (SUVs) zunimmt. Diese Paradoxie wird begreifbar, wenn man Automobilität im Kontext sich wandelnder Subjektivierungsformen sowie Klassen- und Geschlechterverhältnisse untersucht. Das SUV-Fahren erscheint dann als Ausdruck der automobilen Subjektivität des neoliberalen Kapitalismus, als exklusive, weil nicht verallgemeinerbare Form des Umgangs mit sozialen und ökologischen Bedrohungen und mit einer in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens vordringenden Konkurrenz – eine Umgangsform, die gleichwohl jene Phänomene, auf die sie zu reagieren vorgibt, erst hervorbringt beziehungsweise verstärkt.

Eine ökologische Modernisierung der Automobilität sowie anderer gesellschaftlicher Bereiche, wie sie sich derzeit vielerorts andeutet, wird die Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise letztlich nicht verändern. Es handelt sich um eine der falschen Alternativen, die wir im *siebten Kapitel* untersuchen. »Falsch« bedeutet allerdings nicht »unwirksam«. Im Gegenteil könnten sich die an vielen Orten der Welt beobachtbaren Ansätze einer *green economy* durchaus zu einem Projekt namens grüner Kapitalismus verdichten. Dieser wird – dafür könnten rechte, neoliberale, teilweise auch sozialdemokratische Regierungen weltweit sorgen – von starken fossilistischen Elementen durchsetzt sein. Zudem wird er an der grundlegenden Problematik der Produktion und Externalisierung sozial-ökologischer Kosten nichts ändern, denn dazu müsste nicht nur das »Wie«, sondern auch das »Was« des Produzierens und Konsumierens infrage gestellt werden.

Im *achten Kapitel* widmen wir uns den Akteuren, die genau dies tun, die sich also gerade nicht mit einer ökologischen Modernisie-

rung der imperialen Lebensweise zufriedengeben, sondern nach deren Überwindung streben. Natürlich ist es nicht möglich, der Vielfalt der praktizierten und angedachten grundlegenden Alternativen auf wenigen Seiten gerecht zu werden. Deshalb geht es uns dabei auch nicht um eine erschöpfende, sondern um eine systematisierende Darstellung entlang aktueller Erfahrungen und der von uns wahrgenommenen strategischen Herausforderungen: das Zurückdrängen beziehungsweise den Widerstand gegen ein weiteres Vordringen der imperialen Lebensweise, wie sie etwa in den Kämpfen gegen das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP aufscheinen; das Schaffen und Absichern von Freiräumen, in denen sich Neues entwickeln kann, beispielsweise der Einsatz für Energiedemokratie und Ernährungssouveränität; und die Ausdehnung dieses Neuen auf solche gesellschaftlichen Bereiche, in denen es trotz eines allgegenwärtigen Unbehagens bislang kaum Fuß fassen konnte.

Kapitel 2

Multiple Krise und sozial-ökologische Transformation

Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus.

Karl Marx und Friedrich Engels¹

Wir leben in einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite gibt es breite gesellschaftspolitische Diskussionen über die ökologische Krise, insbesondere über den Klimawandel. Auch die Energiewende wurde in vielen Ländern zu einem wichtigen Thema. In den Medien ist Umweltpolitik präsent, vielfältige Forschungen finden dazu statt, eine nicht mehr überschaubare Anzahl von Fachtagungen behandeln spezifische Aspekte der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Staatliche Politik und Verwaltung befassten sich seit Jahren intensiv mit Nachhaltigkeitsthemen, und auch in vielen Unternehmen und ihren Verbänden und bei einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften scheint das Thema »angekommen« zu sein. Im Schulunterricht sind Umwelt und Nachhaltigkeit inzwischen fester Bestandteil der Lehrpläne, an den Hochschulen gibt es ein breites Angebot von einschlägigen Studiengängen sowie von Lehrmodulen in den herkömmlichen Fächern.

Es tut sich etwas – und die vielfältigen Debatten und Aktivitäten haben eine lange Vorgeschichte. Die Energiewende etwa wäre kaum vorstellbar ohne die Umweltbewegung in (West-)Deutschland seit den 1980er-Jahren, ohne die harten Auseinandersetzungen um den Stellenwert der Atomenergie; ohne die zivilgesellschaftlichen und lokalpolitischen Vorreiter, die bereits mit der Energiewende begannen,

als es den Begriff noch gar nicht gab. In Österreich waren die Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf im Jahr 1978 und die Auseinandersetzungen um das Wasserkraftwerk in der Hainburger Au zu Beginn der 1980er-Jahre Meilensteine der umweltpolitischen Sensibilisierung.

Umso paradoxer ist die Tatsache, dass die Umweltzerstörung weiter und immer schneller voranschreitet, wie weiterhin alarmierende Studien und Berichte zeigen: Der globale Ressourcenverbrauch hat sich nach einer rasanten Beschleunigung um die Jahrhundertwende seit 1970 verdreifacht.² Der notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaften gelingt nur in wenigen Bereichen und ist bei Weitem nicht ausreichend.³ Mehr noch, er wird durch höchst dynamische nichtnachhaltige Entwicklungen konterkariert: Die Autos werden im Durchschnitt größer und mit stärkeren Motoren ausgestattet, der Flugverkehr nimmt weiter zu, der Fleischkonsum bleibt in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf hohem Niveau, und die ökologisch wenig nachhaltig produzierten Smartphones wurden in den letzten Jahren fest im Alltag der Menschen verankert. Vergegenwärtigen wir uns vor diesem Hintergrund einige jüngere Entwicklungen.

Von der Doppelkrise zur multiplen Krise

Die Ausrufung des Zeitalters »nachhaltiger Entwicklung« vor 25 Jahren in Rio de Janeiro war ein Meilenstein. Auf der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Juni 1992 wollte die sogenannte Weltgemeinschaft einen Startschuss dazu abgeben, die »Doppelkrise« von Umwelt und Entwicklung anzugehen.⁴ Nach dem Ende der Blockkonfrontation, angesichts eines steigenden Umweltbewusstseins in vielen Ländern und des offensichtlichen Scheiterns klassischer Entwicklungsstrategien, die ökologische Fragen weitgehend ausblendeten, wurde eine Umorientierung angestrebt. Die beiden »Rio-Konventionen« zu Klima und biologischer Vielfalt sowie die Agenda 21 sollten einen globalen Rahmen für lokale, nationale und regionale Politiken schaffen. Auf der inter-

nationalen Ebene entwickelte sich die Vorstellung eines »globalen Umweltmanagements«⁵: Wenn nur die richtigen politischen Rahmenbedingungen und Anreize geschaffen werden, so die Annahme, dann lassen sich die Probleme lösen und ein sozial-ökologischer Umbau vorantreiben. Das Leitbild der »nachhaltigen Entwicklung« schillerte.

Kritische Stimmen – etwa im Umfeld der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) – merkten bereits damals an, dass trotz der ehrgeizigen Ziele vieles *nicht* angesprochen wurde. Dazu gehörte etwa die kapitalistische Globalisierung: Sie war kein Thema, obwohl seit Mitte der 1980er-Jahre über eine Welthandelsorganisation verhandelt wurde, die dann 1995 tatsächlich zustande kam. Der Geist, aus dem sie geschaffen wurde, durchdrang auch die internationale Umweltpolitik: Sowohl die Klimarahmen- als auch die Biodiversitätskonvention setzten bei der Bekämpfung der ökologischen Krise wesentlich auf Marktmechanismen. Ebenso kein Thema waren die imperialen Nord-Süd-Verhältnisse, obwohl der zweite Golfkrieg ein- einhalb Jahre vor der Rio-Konferenz begann und der damalige US-Präsident Bush betonte, der US-amerikanische Lebensstil sei nicht verhandelbar. Und schließlich hinterfragte nach Rio kaum jemand, ob denn die bestehenden politischen Institutionen – sei es auf lokaler und nationalstaatlicher, sei es auf internationaler Ebene – die Probleme überhaupt angehen könnten. Die Debatte über Globalisierung und über die Schwächung oder Veränderung des Staates fand kaum in den Diskussionen um nachhaltige Entwicklung statt – dort dominierte ein starkes Vertrauen in Staat und Regierungen.

2007/08 wurde die Diskussion um Nachhaltigkeit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise modifiziert. Umweltpolitische Anliegen gerieten unter Druck, weil es nun ums (vermeintliche) »Kerngeschäft« ging, nämlich die Sicherung von kapitalistischem Wachstum, Produktion und Arbeitsplätzen. Die Abwrackprämie in Deutschland und die Schrottprämie in Österreich stehen als Beispiel dafür, wie in der Krise Unternehmen, Gewerkschaften und Politik einen Schlüsselsektor der deutschen und österreichischen Industrie – in Kombination mit Kurzarbeit – stabilisierten. Als Teil des zweiten Kon-

junkturpaketes im Jahr 2009 förderte die deutsche Bundesregierung mit der »Umweltprämie« den Kauf eines neuen Autos mit 2.500 Euro (insgesamt handelte es sich um 5 Milliarden Euro). Von Januar bis September 2009 wurden mit der Prämie 1,75 Millionen Neuwagen angeschafft. In Österreich wurde die Anschaffung von 30.000 Neuwagen mit jeweils 1.500 Euro bezuschusst, um die Automobilzulieferer zu unterstützen. Aus kurzfristiger ökonomischer Sicht war das durchaus sinnvoll, um nicht Menschen entlassen zu müssen und um wichtige Produktionskapazitäten zu erhalten, die ggf. verloren gegangen wären. Aus sozialer Sicht hatten Abwrack- und Schrottpremie eine gewisse Schlagsseite, weil dadurch gerade die mächtigen Industrien mit ihren gewerkschaftlich organisierten, gut bezahlten und weitgehend männlichen Arbeitsplätzen gestützt wurden. In anderen wirtschaftlich ebenso relevanten Branchen wie der Pflege gab es weit weniger politische Unterstützung für die Beschäftigten. Und aus ökologischer und auch aus langfristiger ökonomischer Perspektive ist die Stabilisierung einer Branche, die ohnehin tiefgreifend umgebaut werden muss, durchaus problematisch. Ein Neuwagen emittiert in der Regel zwar weniger Schadstoffe als ein älteres Modell. Da der »ökologische Rucksack« eines Autos – also der gesamte Material- und Energieaufwand, der für seine Herstellung, Nutzung und Entsorgung erforderlich ist – aber über dessen gesamte Lebensdauer abgeschrieben wird, verbleibt eine nicht abgeschriebene »Restschuld«, wenn ein Fahrzeug früher als nötig verschrottet wird. Und genau dafür wurden mit der Abwrack- und Schrottpremie Anreize geschaffen.⁶

Solchen ökologisch wenig sensiblen Krisenpolitiken zum Trotz wurde zur selben Zeit – und dann insbesondere seit dem Scheitern der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen und der Entstehung einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit – die ökologische Krise repolitisiert. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011, die in einigen Ländern zu einer stärkeren Förderung erneuerbarer Energien führte (oder aufgrund derer diese Förderung zumindest zum politisch deklarierten Ziel wurde), sowie die Dramatik im Vorfeld und auf der Pariser Klimakonferenz Ende 2015, auf der es um ein

Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll von 1997 ging, sind vielen noch gut in Erinnerung.

Im Vergleich zu den umweltpolitischen Debatten der 1990er-Jahre hat sich der Kontext jedoch in zweierlei Hinsicht deutlich verschoben. Erstens gingen der spektakuläre wirtschaftliche Aufstieg einiger vormaliger Entwicklungsländer und die damit einhergehenden Wohlstandsgewinne für Teile der Bevölkerung mit einer enormen Zunahme der Förderung und Nutzung natürlicher Ressourcen sowie mit steil ansteigenden Treibhausgasemissionen einher. Schon heute etwa weisen einige Schwellenländer in absoluten Zahlen – also nicht pro Kopf – größere CO₂-Emissionen auf als viele OECD-Länder, Tendenz steigend: China emittierte im Jahr 2014 etwa 9,7 Milliarden Tonnen CO₂ und damit pro Kopf etwa sieben Tonnen, die USA im Vergleich 5,6 Milliarden Tonnen (allerdings pro Kopf 17 Tonnen).⁷ Um diese Mengen einzuordnen: Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen geht davon aus, dass jeder Mensch im Zeitraum von 2010 bis 2050 über ein jährliches »Budget« von 2,7 Tonnen CO₂ verfügt.⁸ Das heißt, er oder sie darf im Durchschnitt pro Jahr nicht mehr emittieren als diese Menge, damit das 2-Grad-Ziel in der Klimapolitik⁹ mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent erreicht werden kann. In dieser Rechnung ist das Wachstum der Weltbevölkerung noch nicht berücksichtigt.

Zweitens wird seit Beginn der Krise 2007/08 zunehmend anerkannt, dass es sich bei der derzeitigen Krise um eine multiple oder Vielfachkrise handelt:¹⁰ Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auch ökologische Dimensionen berücksichtigt. Ein linksliberaler Londoner Thinktank, die *New Economics Foundation*, spricht vom *triple crunch*, also einer Dreifachkrise: der Finanzmärkte, des Klimawandels und der Erschöpfung natürlicher Ressourcen.¹¹ Doch der Begriff der multiplen Krise nimmt weitere Aspekte in den Blick: Die Krise politischer Repräsentation und der etablierten Parteien beispielsweise hängt damit zusammen, dass Letzteren immer weniger die Bearbeitung der drängenden Probleme zugetraut wird. Gerade die Krise seit 2007/08 zeigte, dass konservative, liberale und sozialdemokratische Parteien zuvorderst die Interessen der Eliten

vertreten. Das führt in vielen Ländern zur Bildung neuer Parteien oder zur Stärkung von solchen, die bislang wenig Bedeutung hatten. In den meisten Ländern Europas handelt es sich dabei um rechte und rechtsextreme Parteien, aber in Griechenland, Portugal, Slowenien oder Spanien kam es auch zur Stärkung linker Parteien.¹² Seit Sommer 2015 verschärfte sich die Repression seitens der mitunter schon lange währenden autoritären beziehungsweise gewalttätigen Regime wie des türkischen gegenüber oppositionellen Gruppen, Bürgerkriege wie jener in Syrien nehmen an Brutalität zu, und die negativen Effekte der kapitalistischen Globalisierung in anderen Ländern zeigen sich immer deutlicher. Die unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz ohnehin prekären Lebensverhältnisse werden untragbar. Die Flüchtlingsbewegung (»Flüchtlingskrise«) ist eine Reaktion darauf. Viele Menschen im globalen Norden zeigen sich solidarisch mit den Flüchtlingen – andere begegnen ihnen jedoch offen rassistisch. Wir erleben zudem eine Krise der sozialen Reproduktion, die durch Verarmung, gesellschaftliche Spaltung und Einschnitte in soziale Netze verursacht ist. Damit kommt es auch zu einer Krise der etablierten Geschlechterverhältnisse, weil insbesondere Frauen mit Zusatzarbeiten belastet werden.¹³

Die multiple Krise manifestiert sich für Länder, Bevölkerungsgruppen und Individuen höchst unterschiedlich, gleichwohl kann von einer *weitweiten* Krise gesprochen werden. Vor 25 Jahren wurde noch angenommen, dass die »Doppelkrise« von Umwelt und Entwicklung zuvorderst die Menschen in den Ländern des globalen Südens treffen würde. Die multiple Krise heute ist eine des globalen Entwicklungsmodells.

Die siebzehn konkreten und operationalisierten »Ziele nachhaltiger Entwicklung« (*Sustainable Development Goals*, SDGs) sind prominenter Ausdruck davon. Sie wurden in der UNO-Generalversammlung im September 2015 nach einem dreijährigen Prozess als Entwicklungsagenda 2030 verabschiedet. Inwiefern es nun zu weitreichenden Veränderungen kommt oder ob die Anstrengungen im Modus einer ökologischen Modernisierung verbleiben, muss die Zukunft zeigen (vgl. Kapitel 7). Für unseren Zusammenhang ist jedoch

wichtig: Waren die 2001 verabschiedeten Entwicklungsziele zur Jahrtausendwende (*Millennium Development Goals*, MDGs) noch stark auf die Länder des globalen Südens hin und an klassischen Entwicklungsthemen ausgerichtet, so gelten die SDGs für alle Länder und geben sozial-ökologischen Fragen einen hohen Stellenwert.

In der Präambel wird ein hoher Anspruch formuliert: »Wenn wir unsere Ambitionen in allen Bereichen der Agenda verwirklichen können, wird sich das Leben aller Menschen grundlegend verbessern und eine Transformation der Welt zum Besseren stattfinden.«¹⁴ Einige wichtige Ziele lauten beispielsweise, dass Subventionen für fossile Energien oder für Agrarexporte auslaufen sollen (Ziele 12.c und 2.b). In einem solchen Dokument, das von 193 Regierungen verabschiedet wird, gibt es jedoch auch viele Kompromisse. Unternehmen etwa sollen, so die recht weiche Formulierung, »dazu angehalten« werden, nachhaltige Verfahren und Nachhaltigkeitsberichterstattung einzuführen (Ziel 12.6.). Ziel 8 ist ein »dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum«.

Die SDGs könnten als Ahnung der globalen politischen Eliten interpretiert werden, dass erstens die klassischen Entwicklungsstrategien des kapitalistischen Weltmarktes nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ökologischen und multiplen Krise immer weniger funktionieren, dass zweitens die imperiale Politik der Kontrolle großer Weltregionen nicht mehr gelingt und dass drittens ein Mechanismus wahrscheinlich der Vergangenheit angehört: Krisen in ihren negativsten Auswirkungen tendenziell in andere Regionen, nämlich jene des globalen Südens, und, wie besonders am Beispiel des Klimawandels oder des Atommülls sichtbar, in die Zukunft zu externalisieren. Eine Kontinuität zu früheren Dokumenten liegt jedoch im ungebrochenen politischen Steuerungsoptimismus.

Große Transformation?

Der inzwischen sehr verzweigte Diskurs über nachhaltige Entwicklung und seine Spezifizierung in Form der SDGs und anderer Strategien wie jener einer Grünen Ökonomie (vgl. Kapitel 7) ist weiterhin hochgradig relevant. Und eine übergreifende Klammer scheint es auch zu geben. Verfolgt man die wissenschaftlichen Diskussionen der letzten fünf Jahre, scheinen wir in ein Zeitalter der Transformation einzutreten: einer Großen oder sozial-ökologischen Transformation, einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit.¹⁵ Auch die Vereinbarung zu den SDGs ist überschrieben mit »Transforming Our World – the 2030 Agenda for Sustainable Development«. Wie vor über zwei Jahrzehnten beim Begriff der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich bei jenem der Transformation um ein ambitioniertes Konzept, das einen politisch-strategischen Raum öffnen soll, um die gewaltigen Probleme unserer Zeit anzugehen.

Für die deutschsprachige Diskussion ist das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2011 bis heute ein wichtiger Referenzpunkt. Im Zentrum steht das Argument, dass die Gesellschaften ihre energetische Grundlage auf erneuerbare Energien umstellen müssen. Die Schlagworte lauten »Dekarbonisierung« und Überwindung einer »fossilnuklearen« Wirtschaftsweise, was durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verringerung des Energieverbrauchs und die Erhöhung der Energieeffizienz erreicht werden soll. Eine solche Transformation soll zuvorderst und dringend in den frühindustrialisierten Ländern, mittelfristig jedoch weltweit stattfinden. Das WBGU-Gutachten wie auch die meisten anderen Beiträge zur Transformation untersuchen Veränderungsprozesse hin zu Nachhaltigkeit, wollen diese vorantreiben sowie weitere anstoßen.

Der Begriff der Transformation ist zwar längst nicht so prominent wie jener der »nachhaltigen Entwicklung«. Dennoch erfüllt er in den aktuellen Fachdiskussionen eine ähnliche Funktion: Die ökologische Krise wird in einen breiteren Kontext gestellt.

Ähnlich wie der Begriff der nachhaltigen Entwicklung ist jedoch auch jener der Transformation wenig konkret. Transformation wird – so eine repräsentative Definition – verstanden als »fundamentale Veränderung (*shift*), die Werte und Routineverhalten hinterfragt und herausfordert sowie vormalige Perspektiven verändert, um Entscheidungen und Entwicklungspfade rationaler zu machen«. ¹⁶ Sie bezieht sich »auf Veränderungen der systemischen Eigenschaften von Gesellschaften und umfasst soziale, kulturelle, technologische, politische, wirtschaftliche und rechtliche Veränderungen«. ¹⁷

Auch wenn der Transformationsbegriff noch wenig gesellschafts-politische Relevanz hat, so ist er in Fachkreisen durchaus wichtig. Das deutet auf Elitendissense darüber hin, wie die multiple Krise im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Formation zu bearbeiten wäre – zunehmend wird anerkannt, dass neoliberale Orientierungen in die Irre führen. »Transformation« geht deutlich über die bislang dominanten umweltpolitischen und Nachhaltigkeitsperspektiven hinaus, die davon ausgehen, dass mit Technologien und Investitionen – und den entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten und politischen Rahmenbedingungen – ein Übergang in eine kohlenstoffarme Gesellschaft erreicht werden kann. Stattdessen werden grundlegendere Veränderungen für nötig gehalten, die von »Pionieren des Wandels« wie ökologisch orientierten Unternehmen, BürgerInneninitiativen oder WissenschaftlerInnen vorangetrieben werden sollen. ¹⁸ Ergänzt wird das durch Hoffnungen auf einen gesellschaftlichen Wertewandel hin zur Nachhaltigkeit.

Dabei werden Hindernisse wie Pfadabhängigkeiten, die mächtigen Interessen der Energie- und Automobilindustrie, aber auch das dominante Wissenschaftssystem durchaus benannt. »Die am schwierigsten zu induzierenden Veränderungen der Großen Transformation sind jenseits der Technologien angesiedelt – etwa die Veränderung von Lebensstilen, eine globale Kooperationsrevolution, die Überwindung von Politikblockaden sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit generationenübergreifenden Langfristveränderungen«. ¹⁹

Die Anlehnung des Begriffs der Großen Transformation an das gleichnamige Buch des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi, der da-

mit den Übergang zum Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert charakterisierte, ist dabei durchaus gewollt.²⁰ *Great Transformation* hört sich radikal an und ist angesichts der tief greifenden Probleme auch angemessen. Doch ein Unterschied zur Analyse von Polanyi besteht darin, dass der österreichische Wirtschaftshistoriker die damaligen Dynamiken des sich durchsetzenden liberalen Industriekapitalismus analysieren und verstehen wollte. Die bislang dominante moralische und weitgehend lokale Ökonomie, so sein Argument, wurde durch komplexe Maschinen, eine rasant ansteigende Produktion und die Schaffung nationaler Märkte, insbesondere der Arbeitsmärkte, »entbettet«. Der »selbstregulierende Markt« wurde im 19. Jahrhundert zur Utopie erhoben, damit Preismechanismen und Profitinteressen sich möglichst ungehindert durchsetzen konnten. Arbeitskraft und Natur werden – neben Geld – als Waren behandelt, doch in ihrer Produktion sind sie ungleich voraussetzungsvoller, denn sie werden gerade nicht nur als Waren für den kapitalistischen Markt produziert, sondern haben eigene Modi der Herstellung: Sie sind Teil komplexer biophysikalischer Dynamiken und – im Falle der Arbeitskraft – auch sozialer Beziehungen wie der Sozialisationsprozesse junger Menschen oder der Reproduktion außerhalb der bezahlten Arbeitszeit. Daher, so Polanyi im Anschluss an Marx, untergräbt das auf Inwertsetzung von Natur und Arbeitskraft drängende Kapital tendenziell die Grundlagen der Arbeit und der Natur – wenn es nicht zu Gegenbewegungen kommt.

Wie wir im Folgenden weiter ausführen, ist der in der Transformationsdebatte imaginierte Wandel weit weniger radikal, als die terminologischen Anleihen bei Polanyi erwarten ließen. Über die grundlegenden Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung, wie sie sich in der von Polanyi analysierten *Great Transformation* herausgebildet haben und wie sie das Epizentrum der gegenwärtigen Krisendynamiken bilden, schweigt sich die Debatte jedenfalls vielsagend aus. Konkret sehen wir drei Verkürzungen.

Grenzen sozial-ökologischer Transformation: Eine neue kritische Orthodoxie?

Erstens werden häufig Dynamiken unterschätzt, die wichtig sind, um Transformationen hin zu Nachhaltigkeit kontextualisieren und fördern zu können. Dies betrifft insbesondere die Tatsache, dass zwei Drittel der Menschheit noch nicht einmal in einer Industriegesellschaft leben und ein erheblicher Teil davon enorme Anstrengungen unternimmt, damit ihre Gesellschaften sich industrialisieren – und zwar auf einer fossilen Energiebasis.²¹ Demgegenüber gewinnt man in vielen Beiträgen zur Transformationsdebatte den Eindruck, dass die aktuellen Dynamiken ohnehin schon in Richtung Nachhaltigkeit laufen und es lediglich noch einige mehr oder weniger große Hindernisse aus dem Weg zu räumen gelte.

Zweitens stehen in der aktuellen Diskussion radikale Problem-diagnosen über den (ökologischen) Zustand der Welt in Kontrast zu den eher zahmen politischen Vorstellungen darüber, wie Transformationsprozesse ablaufen sollen. Es wird davon ausgegangen, dass innerhalb des bestehenden, wenn auch reformierten Institutionensystems grundlegende Transformationsprozesse zu bewerkstelligen seien: Große Transformation könne entsprechend »als umfassendes institutionelles Reformprojekt verstanden werden, das das Institutionengefüge moderner Gesellschaften im Hinblick auf ihre Reflexionsfähigkeit, Partizipationsfähigkeit, die Möglichkeiten des Macht-ausgleichs sowie eine umfassende Innovationsfähigkeit *stärkt*«. ²² Mehr noch: »Ökonomie soll klimaverträglich werden – im gewohnten marktmäßigen Handlungsmuster der Gewinnorientierung« und unter Gewährleistung der Investitionssicherheit.

Ausgeblendet bleibt dabei die Tatsache, dass Investoren auch künftig darauf achten werden, Natur nach Möglichkeit als »Gratisproduktivkraft« zu nutzen. Und viele KonsumentInnen finden es weiterhin attraktiv, möglichst billig und viel zu kaufen, und werden von einer machtvollen Werbemaschinerie dazu angehalten – viele sind auch aufgrund ihrer prekären sozialen Situation zum Billigkauf gezwungen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass es den Protagonisten der Debatte eher darum geht, die politischen und wirtschaftlichen Entscheider davon zu überzeugen, dass es der Transformation bedarf. Man könnte das als Perspektive der »Fürstenerziehung« bezeichnen. Statt sich mit den Eliten anzulegen, ihnen ihre Privilegien zu nehmen und ihre Macht einzuhegen, sollen sie davon überzeugt werden, das Richtige zu tun.²⁴ Gut illustriert wird dies in einem Comic des erwähnten WBGU-Gutachtens: Er zeigt, wie der Vorsitzende des Beirats mit US-Präsident Obama telefoniert, um ihn von der Dringlichkeit effektiver Klimapolitik zu überzeugen. Dem liegt ein klassisches und sehr vereinfachtes Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zugrunde, wie es unter anderem von Silke Beck am Beispiel des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) überzeugend kritisiert worden ist:²⁵ »Truth speaks to power« – die Wissenschaft klärt die Politik über Probleme auf und versetzt sie damit in die Lage, adäquate Lösungen zu entwickeln. Diese Vorstellung bricht sich aber an den Strukturen und Kräfteverhältnissen kapitalistischer Gesellschaften, die sich in die staatliche Politik einschreiben und diese etwa für die Probleme der Autoindustrie oder der Banken viel empfänglicher machen als für jene des Weltklimas. Ähnliches gilt für die tendenziell größere Aufmerksamkeit des Staates für Bergbaukonzerne im Vergleich zu den Forderungen der vom Ressourcenabbau und Umweltzerstörung negativ betroffenen Bevölkerungsgruppen. Claus Offe²⁶ und Nicos Poulantzas²⁷ sprechen in diesem Zusammenhang von der »strukturellen Selektivität« des kapitalistischen Staates.²⁸

Damit verbunden ist ein dritter Aspekt: Trotz aller Anerkennung der multiplen Krise bleibt der Transformationsbegriff weitgehend auf Aspekte einer ökologischen Modernisierung beschränkt. Im Kern streben die meisten Beiträge für eine gesellschaftliche oder Große Transformation insbesondere den Umbau des Energiesystems an, dazu kommen veränderte Konsumnormen sowie eine aktive Rolle des Staates und insbesondere der Unternehmen. Wissenschaft und Technologie sollen für den »Unterbau« sorgen. Ein, wenn nicht *das* zentrale Kriterium erfolgreicher Transformation ist die Reduktion

von CO₂-Emissionen. Doch bleiben klassische Fragen gesellschaftlicher Transformation, nämlich jene nach Gerechtigkeit, einem guten Leben für alle und der Zurückdrängung von Macht und Herrschaft – und damit etwa verbunden: der Veränderung von Eigentumsverhältnissen –, deutlich unterbelichtet. Zudem bleibt die Transformationsdebatte bislang unverbunden mit jener um eine Reorganisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung,²⁹ bei der andere Formen der Existenzsicherung als die Erwerbsarbeit sowie gemeinnützige und Sorgearbeiten systematischer berücksichtigt und aufgewertet werden.³⁰

Das zeigt sich vor allem im Diskurs über planetarische Grenzen³¹ und das Anthropozän, das »Zeitalter der Menschen«. ³² Zu Recht wird darin darauf hingewiesen, dass die Menschheit zur treibenden globalen geophysikalischen Kraft geworden ist: Natürliche Systeme wurden von Menschen in einer Weise verändert, dass sie kaum mehr »natürlich« genannt werden können. Die Produktion von Plastik, Aluminium, radioaktivem Fallout oder Flugasche hat in der Biosphäre deutliche Spuren hinterlassen – unter anderem darauf verweist der Begriff des Anthropozäns. In mehreren Bereichen und in ihrem Zusammenspiel – Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Störung des Stickstoffzyklus – kann davon ausgegangen werden, dass die Belastungsgrenzen, jenseits deren die Veränderungen eine unkontrollierbare Dynamik annehmen können, bereits überschritten sind. Wenn solche »Kippunkte« erreicht werden, kann dies zu einer Gefahr für das menschliche Leben selbst führen.

Ende August 2016 hat sich eine Arbeitsgruppe auf dem Internationalen Geologischen Kongress in Kapstadt fast einstimmig dafür ausgesprochen, mit dem Begriff des Anthropozäns anzuzeigen, dass die Menschheit nach dem 12.000 Jahre währenden Holozän seit Mitte des 20. Jahrhunderts in einer neuen erdgeschichtlichen Epoche lebt. Gleichwohl handelt es sich bei den Begriffen »Anthropozän« und »planetarische Grenzen« eher um »kulturelle Imaginationen« als um harte (natur)wissenschaftlich definierte Begriffe. Der Anthropozän-Begriff besitzt »eine klar politische Zielsetzung: er soll zum Handeln motivieren und den unzureichenden Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels Auftrieb verleihen.«³³

Was dabei ausgeblendet wird, ist, dass hier nicht einfach »die Menschheit« am Werk ist, sondern dass das menschliche Einwirken auf Natur immer schon gesellschaftlich – über Klassen- und Geschlechterverhältnisse sowie *race* – vermittelt ist. Und es ist diese Vermittlung, die zählt: Menschen in den kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens verbrauchen im Durchschnitt deutlich mehr Ressourcen als etwa (semi)subsistent wirtschaftende Mitglieder von indigenen Gemeinschaften im globalen Süden.

Die globalen Repräsentationen der ökologischen Krise – wiewohl kritisch gegenüber dem Status quo – verdunkeln ebendiese Zusammenhänge. »Kurz, das Anthropozän offenbart die menschliche Macht, aber es verschleiert, wer und was mächtig ist und wie diese Macht ausgeübt wird.« Oder, um es mit Marx und Engels zu formulieren: Nicht das Abstraktum der *Menschheit*, sondern »die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor«. ³⁵

Insofern ist das Versprechen, dass die Einhaltung der planetarischen Grenzen der Menschheit einen »sicheren Handlungsraum« gibt, so der Untertitel des berühmten Aufsatzes von Rockström und anderen, nicht nur sehr unsicher, sondern auch in gewisser Weise zynisch. ³⁶ Denn bereits heute gibt es viele Opfer weltweit, die von Starkregen, Überschwemmungen und Trockenheit betroffen sind. »Verwundbarkeit«, ein prominenter Begriff in der Umweltdebatte, ist keine abstrakte globale Frage, sondern ein höchst konkretes und gesellschaftlich vermitteltes Problem. ³⁷

Dies festzustellen ist weit mehr als nur eine akademische Spitzfindigkeit, die angesichts der dringenden Notwendigkeit zu handeln von untergeordnetem Interesse wäre. Denn die Korridore des Handelns im Angesicht der Krise werden nicht zuletzt von wissenschaftlichen und politischen Krisendiagnosen gestaltet. Wer keinen Begriff der kapitalistischen Gesellschaft hat und diese implizit als das höchste Stadium einer natürlich sich vollziehenden Menschheitsentwicklung versteht, die oder der hat der Krise wenig mehr als techni-

sche und marktförmige Lösungen entgegenzusetzen. So überrascht es wenig, dass Paul J. Crutzen, auf den der Begriff des Anthropozäns zurückgeht, zur Lösung der Probleme, mit der die Menschheit in dem neuen geologischen Zeitalter konfrontiert ist, nicht etwa eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorschlägt, sondern unter anderem »großmaßstäbliche Geo-Engineering-Projekte, z. B. um das Klima zu »optimieren«.«³⁸

In abgeschwächter Form gilt diese Kritik auch für einen der analytisch gehaltvollsten und strategisch am weitesten reichenden Beiträge zur herrschenden Transformationsdebatte: die Studie des WBGU über die Notwendigkeit einer neuen Großen Transformation.³⁹ Zwar identifiziert sie verschiedene »Megatrends« wie den Klimawandel, Bodendegradation, Urbanisierung oder Landnutzungs-konkurrenz und benennt die Interessen, die deren Überwindung beziehungsweise sozial-ökologischer Gestaltung entgegenstehen. Allerdings analysiert sie weder die Trends noch die Interessen im Kontext der grundlegenden Dynamiken kapitalistischer Vergesellschaftung. Dadurch kommt es zu einer wichtigen Verkürzung, die Rainer Rilling präzise auf den Punkt bringt: Es geht zwar darum, »den Kapitalismus [zu] verändern – aber eben nur halb: sein Industrialismus und dessen energetische Basis sollen dabei im Zentrum stehen, nicht seine politische Ökonomie.«⁴⁰

Dabei würde erst eine auf diese Weise radikal gedachte, nämlich die kapitalistischen Formen und deren Veränderung berücksichtigende Transformation Polanyi gerecht werden. Dieser war nämlich keineswegs einfach der Theoretiker der Doppelbewegung, als der er heute oft gesehen wird. Wie Michael Brie gezeigt hat, verstellt »[d]ie Konzentration der Rezeption von *The Great Transformation* auf die Darstellung der so genannten Doppelbewegung im 19. Jahrhundert [...] den Blick auf die eigentliche Botschaft Polanyis – nämlich auf das Scheitern eben dieser Doppelbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.«⁴¹ Polanyi habe sich von »einer sozialen Schutzbewegung *auf der Grundlage* der Marktgesellschaft [...] für die eigene Zeit nichts mehr erhofft. Sie war für ihn Teil des Problems, eng mit dem Faschismus verbunden, nicht die Lösung.«⁴² In den 1930er-

und 1940er-Jahren, so Brie, hatte die Marktgesellschaft für Polanyi ein Stadium erreicht, in der die Freiheit nur noch durch eine *sozialistische* Transformation verteidigt werden konnte.⁴³

Auf eine gewisse Weise lassen sich durchaus Analogien von der heutigen Situation zu der Zeit, in der Polanyi seine *Great Transformation* geschrieben hat, ziehen. So spricht vieles dafür, dass sich die sozial-ökologische Krise unter kapitalistischen Bedingungen sozial und räumlich nur höchst selektiv bearbeiten lässt. Wie in Kapitel 7 noch auszuführen sein wird, ist ein »grüner Kapitalismus« durchaus denkbar, er könnte Bestandteil einer *passiven Revolution* im Sinne Gramscis werden, nämlich einer von den herrschenden Kräften angeleiteten Transformation. Jedoch wird er die formativen Kräfte, die die sozial-ökologische Krise hervorgebracht haben, nicht stillstellen, sondern allenfalls und hochgradig selektiv ökologisch modernisieren. Die grundlegende Problematik, die mit der Tauschwertproduktion unter Konkurrenzbedingungen verbunden ist, wird dadurch für einen Teil der Welt – und auch für diesen vermittelt über Klasse, Geschlecht und *race* – erträglich gestaltet, während die sozial-ökologischen Kosten, die auch ein grüner Kapitalismus produziert, räumlich und sozial externalisiert werden. An Polanyi nicht nur terminologisch, sondern auch inhaltlich anzuknüpfen würde deshalb bedeuten, Transformation als einen Prozess zu begreifen, der über den Kapitalismus hinausweist.

Der Transformationsbegriff kommt sprachlich radikal daher – das ist Teil seines Erfolgs. Er trifft offensichtlich das Bedürfnis nach grundlegender Veränderung und den verbreiteten Unmut gegenüber den aktuellen, als unzureichend empfundenen Politiken, um die multiple Krise anzugehen. Das ist in Zeiten von Krisen und unvorhersehbaren Dynamiken, von Politiken der Bestands- und Positionssicherung – insbesondere der Eliten, aber etwa auch der Kernbelegschaften in den Hochlohnbranchen und vieler Menschen in den wohlhabenden Ländern – nicht wenig.

Gleichwohl: Die Beiträge zu dem enorm wichtigen Thema der Großen oder sozial-ökologischen Transformation laufen Gefahr, sich zu einer Art »neuen kritischen Orthodoxie« zu verdichten, zu

einer vorherrschenden Krisendefinition, die alternative Sichtweisen marginalisiert (*orthós* bedeutet im Griechischen »richtig« und *dóxa* »Meinung« oder »Glaube«). Die neue kritische Orthodoxie versteht sich als kritisch gegenüber den dominanten Entwicklungen, bleibt aber selbst auf das bestehende Institutionensystem fixiert und vertraut auf die Einsicht der Eliten. Es scheint eine Art politisch-strategischen Überhang zu geben, der zwar die Debatte motiviert, aber Gefahr läuft, die tief verankerten Problem- und Krisenursachen zu unterschätzen. In weiten Teilen der Transformationsdebatte herrscht offenbar die – meist implizite – Einschätzung vor, dass Veränderungen angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse und Institutionen von ebendiesen ausgehen müssen.

Kurz: Die »neue kritische Orthodoxie« ist ohne Zweifel ein kritischer Diskurs. Er versucht, auf der Höhe der Zeit die Bedingungen für einen Übergang in ein postfossiles Zeitalter zu formulieren. Was ihm jedoch meist fehlt, ist der Blick auf die Verankerung der kritisierten Phänomene in den gesellschaftlichen Strukturen und Kräfteverhältnissen und auf mögliche Dynamiken, die ebendiese Strukturen und Kräfteverhältnisse transzendieren. Es fehlt ihm mit anderen Worten eine Perspektive der Emanzipation: eines guten Lebens für alle, das die Zumutungen und Ausgrenzungen, die Ansprüche der Mächtigen und Reichen, aber eben auch die vielfältigen Privilegien großer Bevölkerungsteile in den wohlhabenden Ländern kritisch reflektiert.

Logiken der Transformation, Interessen und Konflikte

Wenn wir über das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation nachdenken und die gegenwärtigen Bedingungen dafür ausloten, sollten wir uns daher einen Sachverhalt verdeutlichen: Der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist selbst eine Logik der Transformation inhärent.⁴⁴ Eines der berühmtesten Zitate der Analyse des Kapitalismus, das gerade in der jüngeren Globalisierungsdebatte häufig angeführt wird, bringt das auf den Punkt. Es handelt sich um eine Textstelle aus dem »Kommunistischen Manifest«

von Marx und Engels: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche Verhältnisse, zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neu gebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.«⁴⁵

Es geht also nicht um das Ja und Nein von Veränderung, sondern um die Logik des Wandels beziehungsweise der Transformation. Damit kann eine wichtige Präzisierung des Begriffs der Transformation vorgenommen werden. Die dominante Logik heute ist jene des Profitmachens, der Akkumulation von Kapital, der expansiven wirtschaftlichen Aktivitäten, der Ausbeutung der Natur. Das geht mit den uns bekannten Problemen einher: der Ausbeutung bis zur Übernutzung menschlicher Arbeitskraft, die vielfach zu Arbeitsverdichtung und *burn-outs* führt. Hier entwickelt der Begriff der Transformation seine Bedeutung, die viel expliziter werden müsste. Die herrschende Logik des Wandels, der permanenten Selbstrevolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft wird zum Problem. Sie verursacht immer stärkere und immer unkontrollierbarere Krisen. Und sie ist machtvoll und herrschaftlich, eröffnet keine Perspektive von demokratischer Gestaltung und Selbstbestimmung, von Emanzipation und gutem Leben für alle. Eine sozial-ökologische oder Große Transformation muss diese anderen, nichtnachhaltigen, oft krisenhaften, aber enorm transformativen Dynamiken also berücksichtigen.⁴⁶ Wir kommen an verschiedenen Stellen des Buches darauf zurück.

Das bringt uns zu einem weiteren Punkt. Die aktuelle Transformationsdebatte ermöglicht es, eine nicht hintergehbare Spannung

grundlegender, d. h. struktureller gesellschaftlicher Veränderung in den Blick zu nehmen: Auf der einen Seite stehen die notwendig kleinteiligen Ansätze, die sich meist in Experimenten, Nischen, konkreter Reformpolitik, in sich inkrementell verschiebenden Diskursen sowie in organisatorischen und alltäglichen Praxen ausdrücken. Sie können strategisch intendiert sein, Ausdruck von Kompromissen, aber auch nicht-intendiert aufgrund von Krisen, weil sie den Menschen plausibel und attraktiv erscheinen – denken wir etwa an die sich verändernden Kommunikationsformen durch die neuen Technologien. Mittelfristig können sie durchaus zur Veränderung von Institutionen führen, also der vielfältigen Formen des Zusammenlebens in Betrieb und Familie, in den Forschungs- und Bildungseinrichtungen, der Medienlandschaft, in den politischen Organisationen wie dem Staat oder Parteien.

Wirkliche Veränderungen von Strukturen und dominanten (kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen) Logiken in einem sozial-ökologischen Sinne »erwachsen« aber nicht lediglich aus ohnehin stattfindenden Veränderungs- oder Modernisierungsprozessen. Sie bedürfen des strategischen Handelns, was in der Transformationsdebatte weitgehend Konsens ist. Das hängt zuvorderst damit zusammen, dass die bestehende nichtnachhaltige Lebensweise und ihre Vertiefung mit vielfältigen Interessen und eingeschliffenen Routinen verbunden sind.

Transformatorisches Handeln impliziert, dass neben Lernprozessen und vielfältig stattfindenden Innovationen auch Konflikte nötig sind, um sozial-ökologische Anliegen voranzubringen. Konflikte finden meist dann statt, wenn mächtige Akteure bei ihrer Interessenverfolgung auf Kritik und Widerstand stoßen. Die meisten Konflikte werden in geregelten Bahnen zwischen Parteien und in Parlamenten, vor Gerichten oder zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgetragen. Wenn Kompromisse schwierig oder unerwünscht sind, verfügen die dominanten Akteure meist über Mittel und Wege, ihre Interessen abseits öffentlicher Konflikte und Skandalisierungen durchzusetzen. Dort, wo Menschen oder Organisationen mit geringen Machtmitteln sich nicht vertreten fühlen, protestieren sie unter

Umständen – das kann politisch rechts, links, sozial-ökologisch oder anders aufgeladen sein.

Wichtig ist deshalb: Die Perspektive sozial-ökologischer Transformation impliziert notwendig, sich mit vielen herrschenden wirtschaftlichen und politischen Akteuren anzulegen, ebenjenen, die kein oder nur ein begrenztes Interesse an einem solchen tief greifenden Wandel haben. Wichtige aktuelle Einsatzpunkte wären Dissense zwischen den Eliten, wobei progressive Teile derselben handlungs- und bündnisfähig werden müssten. Das hört sich, wie immer wieder gezeigt werden wird, einfacher an, als es ist. Denn auch die aus sozial-ökologischer Perspektive transformativen Akteure sind keineswegs vorab bestimmt. Sie entstehen in Prozessen und Konflikten, in den Erfahrungen einer anderen Lebensweise und der Organisation der Gesellschaft und in den Auseinandersetzungen, die darum geführt werden. Sie entstehen in der Regel nicht durch die Selbstbezeichnung von Akteuren und der Prozesse, die sie vorantreiben, als »transformatorisch«, sondern beispielsweise im Widerstand gegen »Stuttgart 21« oder gegen die weitere Förderung und Verstromung von Kohle, in der Kritik an Tierfabriken und der breiten Ablehnung des Konsums von Fleisch (oder zumindest von agrarindustriell produziertem Fleisch) sowie in radikal anderen Alltagspraxen von Individuen und Kollektiven.

Eine Herausforderung für diese transformatorischen, sich in gewisser Weise im Prozess erst konstituierenden sozial-ökologischen Akteure besteht darin, im Konkreten die strukturellen Veränderungen und Brüche im Blick zu haben, vorzubereiten, anzugehen, bereits Stattfindendes voranzutreiben und es abzusichern. Transformatorisches Handeln verwehrt sich nicht gegen Reformpolitik, stellt diese aber in einen umfassenden und orientierenden Horizont (vgl. Kapitel 8). Das ist ein Aspekt, der in den aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten meist fehlt. Und das macht, wie gesagt, die Transformationsdebatte so wichtig.

Vor über 25 Jahren prägten Joachim Hirsch und Kollegen dafür den Begriff des radikalen Reformismus.⁴⁷ Es handelte sich um eine Kritik an sozialdemokratischen Reformvorstellungen einer Moder-

nisierung des Kapitalismus und am Staatssozialismus, die sich beide in der Vorstellung trafen, die Gesellschaft könne wesentlich über den Staat gestaltet werden. Demgegenüber müssten in radikalreformerscher Perspektive ganz umfassend die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, wofür es keinen archimedischen Punkt gebe. Das Grundlegende am radikalen Reformismus war und ist bis heute, dass es neben vielfältigen Innovationen, Lernprozessen und Konflikten ganz anderer Modi und Logiken gesellschaftlicher Reproduktion bedarf, die an die Stelle der auf Akkumulation und Herrschaft setzenden kapitalistischen Transformationsdynamik treten, die Krisen, Verelendung und Zerstörung in Kauf nehmen. Die »neue kritische Orthodoxie« übergeht diesen Aspekt, indem sie bewusst oder unbewusst auf die Analyse der bestehenden Herrschaftsverhältnisse verzichtet oder diese gar affirmiert.

Überwindung der imperialen Lebensweise als Voraussetzung für sozial-ökologische Transformation

Warum also gelingt eine Transformation zur Nachhaltigkeit bislang erst in Ansätzen und ist nicht in der Lage, andere, nicht-nachhaltige Dynamiken einzuhegen oder gar umzukehren? Wie gesagt, dagegen stehen starke wirtschaftliche Interessen. Die strukturierende Kraft der gegenwärtigen Krisenpolitiken – das wird in der Transformationsdebatte oftmals übersehen – geht von der Suche des Kapitals nach produktiven Anlagemöglichkeiten aus. Der Konsens der wirtschaftlichen und politischen Eliten besteht darin, dass ihre während der neoliberalen Phase gestärkte Machtposition nicht infrage gestellt wird. In der Krise ab 2007/08 ging es für die Vermögenden darum, ihre Vermögen und den damit verbundenen Status zu sichern. Dass ihnen das vielfach gelang und sie die Schulden – insbesondere über die Rettung der Banken – auf die Staaten übertragen konnten, war ein Grund dafür, dass heute in Europa und anderswo Austeritätspolitik dominieren, deren Mantra »Haushaltsdisziplin« und »Schuldendienst« lauten. In der aktuellen Krise zeigt sich auch, wie eng die politischen Spielräume der Staaten unter Bedingungen neoliberaler

ler Austeritätspolitik sind. Neben dem Machterhalt der Eliten hat die Wettbewerbsfähigkeit weiterhin Priorität, und die Staaten haben sich, statt ihre Fixierung auf Konkurrenz und Wachstum zu überdenken, zu Vollstreckern des Neoliberalismus gemacht.

Warum ist trotz eines hohen Krisenbewusstseins im Hinblick auf die ökologische Krise das Gegensteuern derart unzureichend? In diesem Kapitel sind wir auf einige Gründe eingegangen, etwa die nationalen und internationalen Umweltpolitiken im Modus der »ökologischen Modernisierung«, die offensichtlich rasch an ihre Grenzen kommen. Es wurde problematisiert, dass die progressiven politischen Antworten auf die europäische Austeritätspolitik im Wachstumspfad verbleiben und sich wenig um den notwendigen sozial-ökologischen Umbau scheren. Wir verwiesen auf die ökologisch wenig nachhaltigen politischen Prioritäten, um die multiple Krise zu bearbeiten. In anderen Kapiteln des Buches werden wir die Entwicklungsstrategien der Länder des globalen Südens ansprechen, die ganz klassisch auf Industrialisierung oder Rohstoffausbeutung setzen und dabei von Unternehmen, Regierungen und VerbraucherInnen des globalen Nordens unterstützt werden.⁴⁸ Schließlich haben wir in diesem Kapitel den Zusammenhang verschiedener Krisendimensionen erörtert und eine Debatte skizziert, die mit ihrer Perspektive auf die Überwindung der ökologischen Krise in den letzten Jahren wichtiger geworden ist: jene um sozial-ökologische Transformation. So bedeutsam sie ist, so wenig kommen die darin entworfenen Strategien an einen Kern der ökologischen Krise heran: die *imperiale Lebensweise*. Im nächsten Kapitel möchten wir diesen Begriff genauer entwickeln.

Kapitel 3

Der Begriff der imperialen Lebensweise

Offensichtlich setzt die Tatsache der Hegemonie voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird [...]

Antonio Gramsci¹

Mit diesem Buch wollen wir auf ein Problembündel hinweisen, das bislang eine emanzipatorische sozial-ökologische Transformation erschwert. Die tief in den politischen Institutionen und der Wirtschaft, der Kultur und den Mentalitäten, den Orientierungen und Interessen relevanter politischer und gesellschaftlicher Akteure sowie in den Alltagspraxen verankerte imperiale Lebensweise ist aus unserer Sicht ein Hauptgrund dafür, warum Strukturveränderungen so schwierig sind. Im Folgenden führen wir diesen Begriff systematisch ein.

Begriffsdefinition

Der Kerngedanke des Begriffs ist, dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken – also jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO₂) – im globalen Maßstab.² Entscheidend für das

Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhältnis zur Natur gestalten, da dies grundlegend dafür ist, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist. Umgekehrt strukturiert die imperiale Lebensweise im globalen Norden die Gesellschaften an anderen Orten in hierarchischer Weise entscheidend mit. Der Ausdruck »andernorts« ist in seiner Unbestimmtheit durchaus bewusst gewählt. Die Herkunft der Rohstoffe, die in Haushaltsgeräte, medizinische Apparate oder Infrastrukturen des Transports sowie der Wasser- und der Energieversorgung eingehen, die Arbeitsbedingungen, unter denen Rohstoffe extrahiert oder Textilien und Lebensmittel hergestellt werden, und der Energieaufwand, der dafür erforderlich ist, sind beim Kauf, beim Konsum und bei der Nutzung vieler notwendiger Alltagsgegenstände nicht sichtbar – dazu gehören auch die »kulturellen Lebensmittel« wie beispielsweise Print- oder digitale Medien. Es ist diese Unsichtbarkeit der sozialen und ökologischen Voraussetzungen, die die Selbstverständlichkeit des Kaufs und der Nutzung erst ermöglicht. »Food from nowhere« hat der Agrarsoziologe Philip McMichael diese Strategie des Verdunkelns der Herkunft und Produktion von Lebensmitteln genannt, mit der die raumzeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit Letzterer normalisiert wird.³ Erdbeeren aus China, die im Winter in deutschen Schulküchen angeboten werden, Tomaten, die illegalisierte MigrantInnen in Andalusien für den nordeuropäischen Markt produzieren, und Garnelen, die unter Zerstörung thailändischer oder ecuadorianischer Mangrovenwälder für die KonsumentInnen im globalen Norden gezüchtet werden, sind Beispiele hierfür.

Der von uns vorgeschlagene Begriff der »imperialen Lebensweise« verweist auf die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Gemeint sind nicht nur die materiellen Pra-

zen, sondern insbesondere die sie ermöglichenden strukturellen Bedingungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Leitbilder und Diskurse. Zugespitzt formuliert: Die Standards des »guten« und »richtigen« Lebens, das ja vielfach aus der imperialen Lebensweise besteht, werden im Alltag geprägt, auch wenn sie dabei Teil umfassender gesellschaftlicher Verhältnisse und insbesondere von materiellen und sozialen Infrastrukturen sind.⁴

Unser Konzept von Lebensweise steht dabei insofern in der Tradition Antonio Gramscis, als wir davon ausgehen, dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation wie die kapitalistische nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist und dadurch gleichsam »natürlich« wird. Mit dem Adjektiv »imperial« möchten wir, über Gramsci hinausgehend, die globale und die ökologische Dimension der Lebensweise betonen.

Die imperiale Lebensweise ist ein wesentliches Moment in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften. Sie stellt sich über Diskurse und Weltauffassungen her, wird in Praxen und Institutionen verfestigt, ist Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft und im Staat. Sie basiert auf Ungleichheit, Macht und Herrschaft, mitunter auf Gewalt und bringt diese gleichzeitig hervor. Sie ist den Subjekten nicht äußerlich. Vielmehr bringt sie die Subjekte in ihrem Alltagsverstand⁵ hervor, normiert sie und macht sie gleichzeitig handlungsfähig: als Frauen und Männer, als nutzenmaximierende und sich anderen überlegen fühlende Individuen, als nach bestimmten Formen des guten Lebens Strebende. »Die Aneignung der hegemonialen Weltauffassungen und die Konstitution des Subjekts fallen zusammen. Indem ich mich orientiere und richte, subjektiviere ich mich. Gerade weil Hegemonie nicht mit Zwang gleichzusetzen ist, sondern auch auf Konsens beruht, ist die Integration hegemonialer Weltauffassungen in den Alltagsverstand nicht bloß erzwungen, vielmehr liegt darin auch eine Selbsttätigkeit.«⁶ Das bedeutet aber auch, dass die Lebensweise umkämpft bleibt. Es gehen immer auch alternative und subversive Deutungen und Praxen in sie ein, Forderungen und alternative Wünsche wer-

den in sie integriert. Insofern beinhaltet jede Lebensweise immer eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Aneignung.⁷

Der Begriff der imperialen Lebensweise verbindet den Alltag der Menschen mit den gesellschaftlichen Strukturen. Er beansprucht, die sozialen und ökologischen Voraussetzungen der vorherrschenden Produktions- und Konsumnormen sowie die Herrschaftsverhältnisse, die in diese Voraussetzungen eingelassen sind, sichtbar zu machen. Und er will erklären, wie Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse in den Praxen des Konsums und der Produktion normalisiert wird, sodass sie nicht länger als solche wahrgenommen wird. Insofern beinhaltet der Begriff der Lebensweise auch jenen der Produktionsweise, er nimmt die technischen Bedingungen der Produktion sowie die Formen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation in ihrem Verhältnis zu den vorherrschenden Konsumnormen in den Blick.

Der Begriff unterscheidet sich somit von zwei semantisch und teilweise auch theoretisch verwandten Konzepten: dem der *Lebensführung* und dem des *Lebensstils*. Der gut ausgearbeitete soziologische Begriff der alltäglichen *Lebensführung* bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Individuen die vielfältigen Alltagsherausforderungen zu einem einigermaßen kohärenten Lebensentwurf integrieren. Er »bezeichnet ein Arrangement beziehungsweise den Zusammenhang der unterschiedlichen praktischen Tätigkeiten, die eine Person tagtäglich in den verschiedenen Lebensbereichen ausübt«. ⁸ Als wichtig für die konkreten Muster der Lebensführung werden der Zugang und die Verfügungsmöglichkeiten über materielle, kulturelle und soziale Ressourcen erachtet. ⁹ Diese sind ungleich verteilt und damit Ansatzpunkte für Unmut und Kritik. Hier treffen sich die Konzepte der Lebensführung und der Lebensweise. Gleichwohl bleiben im Begriff der Lebensführung die gesellschaftlichen Bedingungen, die sich größtenteils »hinter dem Rücken der Akteure« und durchaus als Resultat von strategischem und machtförmigem Handeln herstellen, abgeschattet. Unser Begriff der Lebensweise nimmt

deshalb stärker die Modi der Herstellung und Verteilung der *Bedingungen* der Lebensführung – materiell wie kulturell – in den Blick. Auch Fragen des Krisenbewusstseins und herrschaftlicher wie alternativer Dispositive werden stärker beachtet. Schließlich: Während der Begriff der Lebensführung darauf zielt zu begreifen, wie Menschen die Zumutungen neoliberal geprägter Arbeitsprozesse und Konsumzwänge bewältigen und in ihren Lebensentwürfen verarbeiten, fragt das Konzept der imperialen Lebensweise danach, wie die alltägliche Lebensführung unter neoliberalen Bedingungen auch deshalb gelingt, weil ihre sozial-ökologisch destruktiven Folgen externalisiert werden können.

Vom Begriff des *Lebensstils*¹⁰ grenzen wir uns dann ab, wenn dieser im Kontext der Individualisierungsdebatte benutzt wird und ein Moment der Wahlfreiheit beinhaltet, das von der Klassenstruktur, von Geschlechterverhältnissen und rassistierenden Verhältnissen sowie der nationalstaatlichen Verfasstheit kapitalistischer Gesellschaften abstrahiert. Unser Konzept von Lebensweise betont demgegenüber die in die gesellschaftlichen Strukturen eingelassenen Asymmetrien, ohne den Individuen dabei jegliche Wahlfreiheit abzuspochen. Wird der Lebensstil-Begriff in der Tradition von Pierre Bourdieu benutzt, kommt er unserem Begriff der Lebensweise näher. Dann nämlich impliziert er eine Vorstellung von ungleichen gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich etwa in geschmacklichen Präferenzen körperlich manifestieren. In den »feinen Unterschieden«¹¹ des Geschmacks und des daraus resultierenden Verhaltens reproduziert sich soziale Ungleichheit, schreibt sich in die Körper der Individuen ein und wird auf diese Weise gleichsam zur »Natur«. Daran knüpfen wir – siehe die folgenden Ausführungen – an, allerdings unter Betonung der imperialen Voraussetzungen solcher Handlungsmuster.

Begriffsebenen: Alltagshandeln und gesellschaftliche Struktur

Die handlungsbezogene Seite des Begriffs der imperialen Lebensweise hebt hervor, dass die Ausführung »alltäglicher Praktiken etwa des Autofahrens oder des Gehens, der Ernährung, des Duschens oder des Laptop-Nutzens primär durch Gewohnheiten, Routinen und Alltagsregeln geprägt« ist.¹² Wichtig für die Übernahme oder Ablehnung von *Alltagspraxen* sind zudem unmittelbare Wahrnehmungen, Affekte und Emotionen, aber auch gesellschaftlich verankerte Leitmotive wie etwa die hohe Bedeutung von Konsumsteigerung, Fleischkonsum oder motorisiertem Individualverkehr. Alternativen werden dadurch erschwert. Zugespitzt: Nichtnachhaltigkeit ist ein ganz praktischer Sachverhalt, der in der Regel unbewusst gelebt wird.

Unbewusst bedeutet aber nicht, dass die imperiale Lebensweise nicht mit vielfältigen Strategien verbunden wäre. Das ist sie zweifellos – denken wir an Investitionen in Automobil- und Tierfabriken oder Kohlekraftwerke, an Freihandelspolitiken und Marketingsprüche wie »Kauf dich glücklich!«, an das Agieren auf Rohstoffmärkten. Oder denken wir an die klimapolitische Reduktion von komplexen Ökosystemen wie Regenwäldern auf ihre Funktion als CO₂-Senken, an die Schaffung von Infrastrukturen wie Häfen, die erst den globalen Handel mit Rohstoffen ermöglichen, oder an das Sparen auf das nächste Auto. Aber diese mannigfaltigen Formen intentionalen Handelns und die strategischen Entscheidungen etwa der staatlichen Politik oder des Unternehmensmanagements, die ihnen vorausgehen, haben eine Geschichte, die lange vor dem Moment des Handelns und des Treffens von Entscheidungen beginnt und den Subjekten nicht notwendigerweise bewusst ist. Die »Wahrheit der Interaktion«, so drückt es Pierre Bourdieu aus, gründet »nie gänzlich in dieser selbst«.¹³ Handlungen und Entscheidungen sind eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der sie als rational oder normal erscheinen lässt und der sich in die Subjekte, die sie ausführen beziehungsweise treffen, habituell eingeschrieben hat. Um In-

teraktionen und die mit ihnen einhergehenden Entscheidungen zu begreifen, muss der Habitus, die »Natur gewordene, d.h. inkorporierte Kultur, Körper gewordene Klasse«,¹⁴ müssen also die von den Subjekten verinnerlichten sozialen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Handlungen und Entscheidungen werden dann als Akte der »Erkenntnis« und des »Verkennens« begreifbar,¹⁵ als bewusste Akte, in die eine Vielzahl unbewusster Voraussetzungen eingeht.

So ist der Kauf eines Autos zweifellos eine bewusste Handlung. Wird sie jedoch als ein Akt rationaler Wahl begriffen, der einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül folgt, dann bleibt unterbelichtet, dass sich diese Handlung in infrastrukturell, institutionell oder von gesellschaftlichen Leitbildern vorgegebenen und habituell verinnerlichten Bahnen vollzieht.¹⁶ Ein zulasten des öffentlichen Personentransports ausgebautes Straßennetz, staatliche Kauf- und Nutzungsanreize für Pkw, vorherrschende Männlichkeitsbilder und Vorstellungen individueller Unabhängigkeit, Wertschöpfungsketten, die eine billige Aneignung von Ressourcen und Arbeitskräften andernorts ermöglichen, laxer Abgasnormen, gesellschaftliche Statuskonkurrenz, die auch über den Autobesitz ausgetragen wird – all diese überindividuellen und den Individuen nicht notwendigerweise bewussten Faktoren beeinflussen die Kaufentscheidung. Sie verleihen ihr erst ihre »Rationalität«, lassen sie normal erscheinen und bringen die Herrschaft begründenden und reproduzierenden Voraussetzungen, unter denen sie getroffen wird, gegebenenfalls auch ihre Gewaltförmigkeit, zum Verschwinden.¹⁷

Indem die Kategorie des Habitus zwischen bewusstem Handeln und seinen unbewussten Voraussetzungen vermittelt, ermöglicht sie zugleich, die Ebene des Alltagshandelns mit der der *gesellschaftlichen Strukturen* zu verbinden. Was diese angeht, sind in unserem Kontext folgende Zusammenhänge von Bedeutung: Der Kapitalismus erreicht in den Zentren – und zunehmend in den sogenannten Schwellenländern – seine wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Produktivität auch dadurch, dass Arbeitskraft und Naturproduktivität andernorts in Wert gesetzt und die dort geschaffenen Werte in die Zentren transferiert werden. Damit werden die unterschiedli-

chen Lebensverhältnisse durch den globalen Warentausch miteinander verbunden – und zwar nicht nur über die Endprodukte, sondern auch über Vorprodukte wie Rohstoffe. »[E]in Traktor oder ein Zugmotor wären nicht möglich, wenn es nicht ungleiche Formen gäbe, in denen menschliche Zeit und natürlicher Raum in der globalen Gesellschaft mit Preisen versehen werden.«¹⁸ Schon Marx hatte darauf hingewiesen, dass billige Rohstoffe essenziell sind für die kapitalistische Entwicklung, und zwar zum einen wegen des damit einhergehenden Werttransfers in die kapitalistischen Zentren und zum anderen wegen der Bedeutung fallender Rohstoffpreise als »Gegentendenz« gegen den tendenziellen Fall der Profitrate.¹⁹

Zu diesen marktvermittelten Formen des Werttransfers kommen politisch, rechtlich oder mittels Gewalt durchgesetzte Enteignungen, etwa in Form der Privatisierung von Gemeingütern. Sie resultieren nicht zuletzt aus einem vor Ort kaum sichtbaren Druck von Unternehmen oder EndverbraucherInnen im globalen Norden. In der Regel gehen sie mit Vertreibungen, Verarmungsprozessen und Naturzerstörung einher.

Die Ausweisung von CO₂-Senken beziehungsweise die Reduktion von Ökosystemen auf ihre Funktion der CO₂-Absorption enthält bisweilen Elemente der Enteignung *und* des marktvermittelten Austausches. Wenn etwa ein von Kleinbauern extensiv genutztes Stück Land im globalen Süden zur »Brache« deklariert und das Gewohnheitsrecht, dem es bis dahin unterlag, in ein formales, die bisherigen NutzerInnen marginalisierendes Rechtssystem überführt wird, handelt es sich um einen Akt der Enteignung.²⁰ Wenn dasselbe Stück Land anschließend an einen Energiekonzern aus dem globalen Norden veräußert wird, der dort eine Eukalyptusplantage anlegt, um CO₂-Absorptionskapazitäten zu schaffen und dadurch einen Teil seiner Verpflichtungen zur Reduktion seiner CO₂-Emissionen zu erfüllen, wird es in den internationalen Emissionshandel integriert.²¹ Es handelt sich also um einen marktvermittelten Vorgang. Über einen Prozess der Enteignung sowie die anschließende Privatisierung und Integration in einen globalen Markt wird vormals gemeinschaftlich genutztes Land einer grün-kapitalistischen Tauschwertlogik

unterworfen. Die bisherigen NutzerInnen werden marginalisiert, die ökologische Komplexität der betreffenden Fläche wird im Interesse der Verstetigung ökologisch destruktiver Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens auf eine höchst fragwürdige Form des Klimaschutzes reduziert. Die starke Metapher des »ökologischen Fußabdrucks«²² ist in gewisser Weise Ausdruck dieses ungleichen ökologischen Tausches im Raum, denn die länder- oder gruppenspezifischen »Fußabdrücke« sind sehr unterschiedlich und machen deutlich, welche Regionen ökologisch auf Kosten anderer leben.

Die Aneignung von Ressourcen und Arbeitsvermögen – insbesondere des globalen Südens – sowie die überproportionale Inanspruchnahme der globalen Senken, die sich ebenfalls vorwiegend im globalen Süden befinden, nehmen also die Form des marktvermittelten Austausches und/oder der rechtlichen, politischen beziehungsweise gewaltförmigen Enteignung an. Sie sind sozial, ökonomisch und ökologisch höchst ungleich und geprägt von Macht und Herrschaft. Nicht alle Menschen oder Gruppen können gleichermaßen auf Arbeitskraft und Ressourcen andernorts zurückgreifen. Vielmehr geschieht dieser Zugriff entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien: Klasse, Geschlecht, rassierter Zuschreibungen, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse. Die imperiale Dimension äußert sich in einem herrschaftlichen und tendenziell zerstörerischen Zugriff auf Mensch und Natur.

Begriffsdimensionen

Der Begriff der imperialen Lebensweise hat verschiedene Dimensionen, die quer zu den Begriffsebenen »Alltagshandeln« und »gesellschaftliche Struktur« liegen. Die Begriffsdimensionen benennen jene Aspekte, die der Analyse, Kritik und Veränderung des imperialen Charakters spezifischer Konsum- und Produktionsnormen zur Orientierung dienen können. Zugleich verweisen sie auf die theoretischen Quellen, aus denen sich das Konzept der imperialen Lebensweise speist.

Inwertsetzung, Akkumulation und Reproduktion

Die Entwicklung des globalen Kapitalismus und seine relative Stabilität in bestimmten Phasen hängen eng mit der imperialen Lebensweise zusammen. Von dieser profitierten insbesondere die Vermögenden und Eigentümer der Produktionsmittel in den kapitalistischen Zentren, später dann auch große Teile der Lohnabhängigen. Koloniale Logiken ziehen sich durch die gesamte Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Zu den NutznießerInnen gehörten zudem mehr oder weniger große Gruppen in den Ländern des globalen Südens, von einer schmalen Elite bis zu den Mittelklassen. Damit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse und Naturverhältnisse nicht nur in den kapitalistischen Zentren strukturiert, sondern auch in den Kolonien beziehungsweise Ländern, in denen Produkte für das Leben andernorts unter besonderen wirtschaftlichen, politischen, arbeitsorganisatorischen und naturräumlichen Bedingungen hergestellt werden.

Kapitalistische Dynamik findet unter Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz statt. Sie wird staatlich und durch internationale Politik abgesichert und reguliert. Die Unternehmen suchen nach den bestmöglichen Verwertungsbedingungen, und das Kapital hat, wie Marx und Engels im »Manifest« betonen, die Tendenz, den Weltmarkt herzustellen.²³ Die Kommodifizierung der Arbeitskraft und der Natur ist ein wesentliches kapitalistisches Expansionsmoment. Von Beginn an hatte sie eine überregionale bis globale Dimension. Kapitalismus bedeutet daher immer auch Inwertsetzung beziehungsweise Landnahme innerhalb von Gesellschaften und über ihre Grenzen hinaus,²⁴ und er hängt eng mit (Neo-)Kolonialismus und Rassismus zusammen.²⁵

Inwertsetzung beziehungsweise *Landnahme* bezeichnen jenes Moment in der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, das sich im Verhältnis zwischen dem Kapitalismus und seinem *Außen*, den nicht-kapitalistischen Milieus, beobachten lässt, wobei mit Letzteren sowohl Regionen und Länder als auch gesellschaftliche Bereiche wie soziale und physische Infrastrukturen sowie menschliche Bedürfnisse und Tätigkeiten gemeint sind. Das mit der Inwertsetzung verbundene Moment der *Akkumulation* bezieht sich demge-

genüber auf die Schaffung von Mehrwert im Produktionsprozess, die Realisierung von Mehrwert in der Zirkulationssphäre und die Vermehrung des eingesetzten Kapitals. Es handelt sich um einen *innerkapitalistischen* Vorgang, der gleichwohl erst durch die expansive Tendenz des Kapitals ermöglicht wird.²⁶

Aus der Perspektive des Konzepts der imperialen Lebensweise – und hier stützen wir uns auf die Regulationstheorie²⁷ – ist es wichtig, zwei Punkte zu betonen:²⁸ Erstens beinhaltet kapitalistische Akkumulation immer Produktion und Konsum. Eine funktionierende Akkumulation setzt ein Entsprechungsverhältnis zwischen einer Produktions- und Konsumnorm voraus, wie es etwa im Fall standardisierter und dauerhafter Massengüter (Autos, Fernseher, Waschmaschinen, Kühlschränke etc.) in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, der Ära des Fordismus, gegeben war (siehe Kapitel 4). Über den Konsum kapitalistisch produzierter Waren wird die Reproduktion der Arbeitskraft »zu einem inneren Moment des Kapitalkreislaufs«.²⁹

Zweitens stellt sich die Entsprechung zwischen Produktions- und Konsumnorm nicht automatisch und notwendig her. Sie ist vielmehr ein mögliches Resultat sozialer Kämpfe sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionalisierung der Kräfteverhältnisse und Kompromisse, die aus diesen Kämpfen resultieren. Im Fordismus etwa waren die von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften und die Kopplung der Lohnentwicklung an den Anstieg der Arbeitsproduktivität zentrale Elemente einer »Regulationsweise«, die nicht nur den gesellschaftlichen Wohlstand in den Ländern des globalen Nordens enorm steigerten, sondern auch der dortigen ArbeiterInnenklasse zu einer bis dahin unbekanntem Teilhabe an der Wohlstandssteigerung verhalfen.

Damit wurde im globalen Norden die Basis für eine gesellschaftliche Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise geschaffen, die bis dahin der Oberklasse und der (oberen) Mittelklasse vorbehalten war. Gleichzeitig geriet die Reproduktion einer Bevölkerungsmehrheit in mehrfacher Weise in Abhängigkeit von funktionierenden imperialen Beziehungen: Erstens, das neokoloniale Nord-Süd-Verhält-

nis betreffend, wurden die Ressourcen für die Herstellung und den Gebrauch der reproduktionsnotwendigen Güter (Minerale, Erdöl, agrarische Rohstoffe) zum großen Teil von billigen Arbeitskräften im globalen Süden extrahiert beziehungsweise angebaut; später, im Rahmen der »neuen internationalen Arbeitsteilung«,³⁰ wurde in arbeitsintensiven Branchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie die Produktion selbst in Länder des globalen Südens ausgelagert. Zweitens zeigten sich die Abhängigkeiten im gesellschaftlichen Naturverhältnis insofern, als der Bergbau, die Ölförderung sowie die industrielle Produktion und Landwirtschaft ökologisch oft zerstörerisch waren und alternativen Formen des Wirtschaftens im globalen Süden die Existenzgrundlage entzogen. Drittens schrieb sich die imperiale Lebensweise in die Geschlechterverhältnisse ein, und zwar insofern, als die fordistische Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses den männlichen, als »Familienernährer« fungierenden Arbeiter und Angestellten begünstigte, während Frauen unbezahlte Sorgearbeit leisteten und/oder als ungelernete Arbeitskräfte in der standardisierten Produktion von Unterhaltungs- und Haushaltselektronik beschäftigt wurden.³¹ Der andro- und eurozentrische Lebensentwurf einer »hegemonialen Männlichkeit« ist damit integraler Bestandteil der imperialen Lebensweise.³² Dazu kommen schließlich der strukturelle Rassismus und Neokolonialismus, die sich etwa in der Minderbewertung von Arbeitskraft im globalen Süden manifestierten, Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigten sowie ein Überlegenheitsgefühl in den Gesellschaften des globalen Nordens schafften.³³ Die Externalisierung materieller sozialer und ökologischer Kosten geht also, darauf weist Stephan Lessenich hin, »mit symbolischen Ausgrenzungsprozessen und Abwertungserfahrungen [...], mit Praktiken der Lastenabwälzung und der Schuldumkehr einher, indem die Verantwortung für die Schädigungen auf die Geschädigten selbst projiziert wird.«³⁴

Über die Produktions- und die Konsumnorm wird die *Reproduktion* der Individuen zu einem konstitutiven Moment der imperialen Lebensweise, zu deren Voraussetzung und Ergebnis. Ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus besteht darin, dass die Reproduktion der Arbeitskraft marktabhängig ist: »Befreit« von den Mitteln, die

für die Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind (Land, Arbeitsmittel), und herausgelöst aus den gemeinschaftlichen Kontexten einer »moralischen Ökonomie«,³⁵ ist die Mehrheit der Menschen gezwungen, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, um leben zu können. Diese Notwendigkeit zwingt sie zugleich in die imperiale Lebensweise, und zwar in dem Maße, wie der Produktionsprozess, in dem sie ihr Einkommen erwirtschaften, und die Waren, die sie für ihre Reproduktion benötigen, auf der ungleichen Aneignung von Arbeitskraft und Natur andernorts beruhen.

Der strukturelle Zwang zur imperialen Lebensweise, der andernorts mitunter Leid und Zerstörung verursacht, wird jedoch nicht notwendigerweise als solcher empfunden, sondern vielfach als Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten.³⁶ Für viele Menschen bedeutet die imperiale Lebensweise die Möglichkeit eines subjektiv erfüllten Lebens: Die ungleiche Aneignung von Arbeitskraft und Natur ermöglicht die Einkommen schaffende Produktion ebenso wie den Erwerb von Produkten (Haushaltsgeräten, Autos, Smartphones ...), die den Alltag erleichtern können beziehungsweise lebenswerter zu gestalten helfen. Sie erweitert zudem das Spektrum der Freizeitaktivitäten und der erreichbaren Reiseziele, und sie schafft reale oder zumindest gefühlte Sicherheit in möglichen Krisensituationen.

Zudem prägt sich der strukturelle Zwang zur imperialen Lebensweise je nach nationalstaatlicher und Klassenzugehörigkeit, Geschlechteridentität und *race* unterschiedlich aus. Während sich die einen ihm punktuell auch entziehen können, indem sie etwa regionale und saisonale Lebensmittel kaufen, verfügen andere nur über eine geringe Handlungsfähigkeit, insbesondere wenn es um die Gestaltung ihres Erwerbsarbeitsalltags, des Konsums oder der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Wer über ein niedriges Einkommen und Vermögen verfügt oder von der Arbeitslosenversicherung oder Sozialtransfers lebt, kann am gesellschaftlichen Wohlstand nur in dem Maße partizipieren, wie er oder sie – etwa beim Kauf eines T-Shirts oder von preiswerten Lebensmitteln – von den schlechten Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung von Natur andernorts profitiert.

Die imperiale Lebensweise ist also zugleich Notwendigkeit *und* Versprechen, Zwang *und* Voraussetzung des Lebens sowie der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Verhältnis von Zwang und Ermöglichung sowie die Fähigkeit, sich dem Zwang zu entziehen, variieren mit der sozialen Position der Individuen. Die Positionierung determiniert die Handlungen nicht, sie steckt aber den Handlungsrahmen ab, entscheidet also über das Spektrum der Handlungsoptionen, die den Einzelnen zur Verfügung stehen. Das Spezifische an der von uns vorgeschlagenen Perspektive liegt demnach darin, dass sie die räumlich ausgreifende Reproduktion des Alltäglichen durch die strukturellen – restringierenden und ermöglichenden – Rahmenbedingungen, die wiederum alltäglich durch das Handeln der Menschen hergestellt werden, sichtbar macht.

Hegemonie und Subjektivierung

Die imperiale Lebensweise geht mit bestimmten Vorstellungen von Fortschritt einher, die ihren materiellen Kern in der Entwicklung der Produktivkräfte haben: Computer müssen immer leistungsfähiger, Nahrungsmittel billiger werden – weitgehend oder gänzlich ungeachtet der sozialen und ökologischen Bedingungen, unter denen sie produziert werden. Basieren diese Vorstellungen auf einer Kohärenz zwischen Produktions- und Konsumnorm, korrespondieren sie also mit der Dynamik kapitalistischer Akkumulation, und gelingt es, deren negative Konsequenzen zu externalisieren, dann ist eine Infragestellung der imperialen Lebensweise schwierig. Letztere ist dann *hegemonial*: Sie ist breit akzeptiert, sozioökonomisch und politisch-institutionell abgesichert und in den Alltagspraxen der Menschen tief verankert.

Hegemonie bezeichnet für Antonio Gramsci eine Konstellation von Herrschaft, in der es einen breit geteilten »Konsens der Regierten«³⁷ gibt. Die materiellen wie ideologischen Konsenselemente von Herrschaft werden durch den »Alltagsverstand«³⁸ stabilisiert, der zentrale Dimensionen sozialer Herrschaft als nicht hinterfragbar, als natürlich und damit eben nicht als Herrschaft erscheinen lässt. Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse werden von Individuen

und kollektiven Akteuren wie Unternehmern und Gewerkschaften, Staatsapparaten und Medien etc. weitgehend akzeptiert bzw. aktiv reproduziert, sie werden Teil von Weltauffassungen und Sinngebungen.

Hegemonie hat erstens eine strategische Dimension: Sie bezeichnet die Fähigkeit der herrschenden Klasse, ihre Interessen und Weltansichten zu verallgemeinern. Die subalternen Klassen machen sich die Interessen der herrschenden Klasse (etwa an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit) zu eigen – beziehungsweise müssen sich diese je nach sozialer Position zu eigen machen. Das Interesse der Herrschenden wird dadurch zum Allgemeininteresse, zur weitgehend geteilten Vorstellung darüber, was gesellschaftlich »normal« oder gar »natürlich« ist; die herrschende Klasse wird »führend«. Das setzt voraus, dass sie ihre Interessen so formuliert und verfolgt, dass diese attraktiv für die Gesamtgesellschaft – oder zumindest für die Mehrheitsgesellschaft – werden. Dies geschieht nicht mittels eines Masterplans, sondern auf dem Weg über Konflikte zwischen unterschiedlichen Fraktionen der herrschenden Klasse sowie zwischen dieser einerseits und den Subalternen andererseits.

Ein zentrales materielles Element von Hegemonie, darauf weist Gramsci in seiner Analyse zu »Amerikanismus und Fordismus«³⁹ hin, besteht darin, dass mit einer bestimmten Organisation des Produktionsprozesses und der Durchsetzung einer damit korrespondierenden Konsumnorm Regelmäßigkeiten geschaffen werden, unter denen sich die Vielzahl individueller Handlungen in erwartbaren Bahnen vollzieht. Mit dem *Homo oeconomicus* entstand ein dem entsprechendes Menschenbild, das die für den Kapitalismus typische Tauschwert- und Konkurrenzorientierung in der menschlichen Natur verortete.⁴⁰ Diese »ahistorische Naturalisierung der herrschenden Verhaltensmuster«⁴¹ ist auch ein Produkt der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft: Selbst unter dem Eindruck der kapitalistischen Produktionsweise stehend, trägt sie mit ihren Arbeiten zur Konstitution jener Subjekte bei, die sie bloß zu beschreiben vorgibt.

Im Menschenbild des *Homo oeconomicus* offenbart sich die zweite Dimension von Hegemonie: Der erwähnte Konsens der Regierten betrifft nicht nur die »große Politik«, sondern auch die Lebensweise

und den Alltagsverstand. Er umfasst die praktischen Orientierungen der Gesellschaftsmitglieder in ihren je spezifischen Lebenslagen. Insofern wird um Hegemonie, also konsensuale Herrschaft, nicht nur strategisch gerungen, sondern gerade auch im Alltag mit seinen Selbstverständlichkeiten und Routinen, wie sie der imperialen Lebensweise zugrunde liegen: der Nutzung des Automobils, dem Traum vom eigenen Haus, dem Kauf von günstigen Unterhaltungs- und Kommunikationstechnologien. Strategisches Handeln allein reicht hierfür nicht aus, sofern die damit verfolgten Interessen nicht Teil von Praxen und Routinen werden, die wiederum mit den vorgefundenen Lebensbedingungen und Orientierungen zusammenhängen. In diesem Sinne ist Hegemonie eine umfassende materielle und symbolische Praxis; sie beinhaltet »die täglichen Initiativen vieler einzelner und sozialer Gruppen, in denen sie in der Form einer aktiven Selbsterwerfung unter die gemeinsam geteilten Gewohnheiten großer Kollektive die Zustimmung zu Herrschaft erkennen lassen«. ⁴²

Ein hegemonietheoretisches Verständnis von Herrschaft, das dem Alltagsverstand und den Alltagspraxen eine hohe Bedeutung beimisst, öffnet gleichzeitig den Blick auf die Subjekte, die sich der Herrschaft unterwerfen, sowie auf die Art und Weise, wie sie dies tun, mithin auf die Prozesse der *Subjektivierung*, über die Herrschaft sich herstellt und sich stabilisiert, aber auch infrage gestellt werden kann. ⁴³ Wenn Herrschaft die Individuen nicht einfach zwingt, diszipliniert und unterdrückt, sondern an ihren Wünschen und ihrem Begehren ansetzt, dann wird sie zum Teil der individuellen Identität, formt diese und ist dadurch umso wirksamer. Sie ist den Einzelnen nicht länger äußerlich, sondern bedient sich ebenjener Mechanismen, mit denen sie auf sich selbst einwirken, entfaltet also ihre Wirkung gerade dadurch, dass sie nicht als Herrschaft empfunden wird.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der Kapitalismus ruft die Individuen in ihrer Eigenschaft als rational handelnde, für ihren Erfolg oder Misserfolg selbst verantwortliche Individuen an. In seiner neoliberalen Phase knüpft er dabei an jene Kritik an, wie sie in emanzipatorischer Absicht von den neuen sozialen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre an den patriarchalen und bevormun-

denden Zügen geübt wurde, die Staat und Gesellschaft im Fordismus kennzeichneten. Er transformiert diese Kritik in ein Moment der eigenen Modernisierung. Während sich Lebensentwürfe und Konsummöglichkeiten für einen Teil der Menschen dabei vervielfältigen, verschärfen sich Konkurrenz und soziale Ungleichheit. Ein ruinöser Standort- und Statuswettbewerb, der die ungleiche Aneignung von Arbeitskraft und Natur und damit die imperiale Lebensweise intensiviert, wird zur Normalität. Das »unternehmerische Selbst« als die vorherrschende Form von Subjektivität im neoliberalen Kapitalismus verschreibt sich dem mit Haut und Haaren. Es verinnerlicht die Imperative des neoliberalen Kapitalismus auf eine Weise, die deren Herrschaftsförmigkeit zum Verschwinden bringt.

Subjektivierung hat auch eine körperliche Dimension. Klasse, Geschlecht, *race* werden – wir haben oben schon mit Pierre Bourdieu darauf hingewiesen – Körper, sie schreiben sich in die Art und Weise des Bewegens, des Empfindens und des Geschmacks ein.⁴⁴ Herrschaft wird dadurch gleichsam »natürlich«. Sie reproduziert sich in dem Bestreben, durch Konsum Differenzen zu markieren, sich der eigenen sozialen Position zu vergewissern und sich selbst zu verwirklichen. Diese Art der Selbstvergewisserung und Distinktion wird, darauf hat Stefanie Graefe hingewiesen, gerade »in Zeiten zunehmender sozialer Gefährdungslagen« wichtiger.⁴⁵ Vermittelt über den Konsum, wird sie zu einem Treiber der imperialen Lebensweise.

Ähnlich wie bei der Herausbildung einer Kohärenz zwischen Produktions- und Konsumnorm sind auch Subjektivierung und Hegemoniebildung keine Prozesse, in denen sich »das Kapital« einfach die seinen jeweiligen Anforderungen entsprechenden Subjekte und Alltagspraxen schaffen würde. Stattdessen handelt es sich um ein Ringen, bei dem die Menschen permanent Kompromisse zwischen ihren eigenen Wünschen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten schließen, ohne dabei über die gleichen Machtressourcen zu verfügen. Hegemonie und Subjektivierung sind zudem nie total. Die Teilhabeansprüche und die Vorstellungen von Gerechtigkeit, die in sie eingehen, können sich vielmehr auch in einer reflexiven, die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisierenden Weise artikulieren. Dies

kann dann der Fall sein, wenn die Versprechen der imperialen Lebensweise für immer mehr Menschen unerreichbar werden beziehungsweise wenn der – Unbehagen und Leid erzeugende – Zwang zum Konsum die möglichen Distinktionsgewinne überlagert. Jüngere (arbeitssoziologische) Forschungen zu den Pathologien der neoliberalen Subjektivität zeigen, dass dieser Punkt für viele Menschen zum jetzigen Zeitpunkt durchaus bereits erreicht sein könnte.⁴⁶

Auch im Anschluss an den oben eingeführten Habitus-Begriff kann gefragt werden: In welchen Situationen kann der Habitus nicht mehr gelebt werden, wann können Anforderungen und Wünsche nicht erfüllt werden? Das ist möglicherweise in Krisenzeiten der Fall, aber unter Umständen auch als Ergebnis vieler kleiner und alltäglicher Sorgen, neuer Erfahrungen oder als Moment des nicht mehr so leben Wollens – das sich mitunter in kleinen Veränderungen des Alltags der Individuen manifestiert, oft temporär bleiben, aber sich durchaus verstetigen und gesellschaftliche Wirkungen haben kann.⁴⁷ Über Bourdieu hinausgedacht, kann das Unbehagen am Habitus auch zur Politisierung der bestehenden Verhältnisse und zur praktischen Suche nach Alternativen führen.

Doch selbst dann gibt es keinen Automatismus zwischen zunehmenden Ungleichheitserfahrungen und einem reflexiven Gesellschaftsbewusstsein, das sich in emanzipatorische Praxen übersetzt. Viele, vor allem rechte Formen der Politisierung sind denkbar. Zudem – das zeigt die politische Entwicklung seit 2008 – lassen sich krisenhafte Situationen gerade durch eine staatliche Stützung der die imperiale Lebensweise konstituierenden Praxen stabilisieren, etwa indem versucht wird, die Produktion und den Absatz von Autos durch »Abwrackprämien« anzukurbeln oder agrarindustriell hergestellte Lebensmittel auf dem Weg von Freihandelsabkommen zu verbilligen.

Allerdings öffnen Ungleichheitserfahrungen einen Raum für gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen um Alternativen, der in dieser Form nicht existiert, solange die Versprechen der imperialen Lebensweise für viele Menschen Realität werden oder zumindest erreichbar erscheinen, solange also die vorherrschenden Orientierungen intakt sind und als normal gelten. In dieser Situa-

tion liegt die zentrale Herausforderung für emanzipatorische Kräfte darin – wir kommen im letzten Kapitel darauf zurück –, die Vorstellungen oder Restbestände einer »moralischen Ökonomie«⁴⁸ zu identifizieren und aus ihnen attraktive Leitbilder eines ebenso guten wie ökologisch und sozial gerechten Lebens zu formen.

Hierarchisierung

Es wurde bereits an mehreren Stellen angedeutet: Auch wenn wir von *der* imperialen Lebensweise im Singular sprechen, reproduziert sich diese entlang vielfältiger gesellschaftlicher Spaltungslinien – zwischen Ländern und Regionen, Stadt und Land, Klassen, Geschlechtern, *race* sowie zwischen Gesellschaft und Natur. Sie impliziert vielfältige Macht- und Herrschaftsverhältnisse, insofern das bessere Leben, das sie bestimmten Menschen an spezifischen Orten ermöglicht, die Untergrabung der Lebensbedingungen anderer Menschen an anderen Orten voraussetzt.

Das äußert sich beispielsweise im Geltungs- bzw. Statuskonsum, über den sich die Reichen ihrer gesellschaftlichen Stellung versichern und Angehörige der oberen Mittelklasse ihre sozialen Aufstiegsambitionen unterstreichen. Beim Luxuskonsum überwiegt der symbolische Wert der Ware ihren Gebrauchswert: Eine Rolex für 20.000 Euro zeigt die Zeit nicht besser an als eine Armbanduhr, die für weniger als ein Hundertstel dieser Summe zu haben ist. Unaufdringlich in der passenden Umgebung zur Schau getragen, kann sie ihrem Besitzer aber durchaus zu einem Prestigegewinn verhelfen.⁴⁹ Neben der Distinktion über Statuskonsum gibt es eine weitere Form der Hierarchisierung, auf die Fred Hirsch hingewiesen hat:⁵⁰ Die Wohlhabenden unterscheiden sich auch über jene Güter, die nicht – wie etwa Markenprodukte – verallgemeinerbar, sondern knapp sind und die in dem Maße an Wert verlieren, wie sie auch von anderen konsumiert werden. Diese »positionellen« Güter sind etwa Kunstgegenstände, Antiquitäten oder Grundstücke in teuren Lagen.

Ein anderes Beispiel: Bei der Verursachung des Klimawandels bestehen erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede, etwa im Hinblick auf Mobilitätspraxen und die Höhe des Fleischkonsums.⁵¹

Ferner ist die Verantwortung für die ökologische Krise – trotz der gesellschaftlichen Verallgemeinerung fossilistischer Konsumnormen im Fordismus – je nach Klassenzugehörigkeit unterschiedlich. Wie das Wuppertal Institut – allerdings unter Vermeidung des Klassenbegriffs⁵² – feststellt, »weisen ausgerechnet die Lebensstilgemeinschaften, auch soziale Milieus genannt, mit der besten Bildung und Einkommenslage und dem höchsten Umweltbewusstsein gleichzeitig den höchsten Ressourcenverbrauch auf. [...] Die umweltschönende Wirkung ihrer an vielen Stellen durchaus umweltbewussten Entscheidungen wird praktisch aufgehoben, weil sie sich aufgrund ihrer materiellen Lage mehr Produkte und Dienstleistungen leisten können als Menschen in niedrigeren sozialen Milieus. [...] Menschen mit weniger Ausbildung und Geld handeln zwar häufig nicht bewusst umweltorientiert, jedoch faktisch umweltfreundlich – meist deshalb, weil sie über ein zu geringes Einkommen verfügen, um sich einen ressourcenintensiven Lebensstil leisten zu können.«⁵³

Der Begriff der imperialen Lebensweise soll nicht die Tatsache übergehen, dass starke kapitalistische Akteure mit ihrer strukturellen Macht über die Reproduktion der Arbeitskraft und mit ihren immer subtileren Marketing-Maschinerien Menschen zu bestimmten Lebensweisen drängen.⁵⁴ Er besagt nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte geteilte Vorstellungen von »gutem Leben« und gesellschaftlicher Entwicklung vorherrschen. Die gesellschaftlich-hierarchisierenden Anteile der Lebensweise stehen in permanenter Spannung zu den hegemonial-integrierenden Aspekten: Die imperiale Lebensweise basiert auf sozialer Ungleichheit und reproduziert diese. Gleichzeitig ermöglicht sie es, soziale Ungleichheit zu bearbeiten. Sie stabilisiert sozial ungleiche Gesellschaften insofern und so lange, als der Reichtum der oberen Klassen den Subalternen als ein zumindest in Ansätzen einlösbares Glücksversprechen erscheint.

Externalisierung

Im Abschnitt »Inwertsetzung, Akkumulation und Reproduktion« wurde bereits angedeutet, dass kapitalistische Warenproduktion, Konkurrenz, Tauschwertorientierung, Kommodifizierung der Ar-

beitskraft und Mehrwertaneignung nicht denkbar sind ohne ein *Außen*, von dem sie in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht profitieren. Die Reproduktion der Arbeitskraft wird in den ökonomisch stärkeren Ländern durch den »vorteilhaften« Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen und Senken andernorts tendenziell einfacher. Das äußert sich zuvorderst in preislich günstigen Waren wie Lebensmitteln oder langlebigen Konsumgütern, die – oder deren Vorprodukte – in anderen Ländern unter ökologisch und sozial zerstörerischen Bedingungen hergestellt werden. Auch wenn die Löhne nicht so stark steigen oder gar fallen, kann sich der »Warenkorb« vergrößern.⁵⁵ Marx hat dies als die Steigerung des »relativen Mehrwerts« bezeichnet: Durch die Verbilligung der Waren, die für die Reproduktion der Arbeitskraft nötig sind, sinkt der Wert Letzterer und steigt die Mehrwert- bzw. Profitrate.⁵⁶ Unter Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts und stark institutionalisierter industrieller Beziehungen in den Zentren basiert dies ganz wesentlich darauf, dass Vorprodukte im Produktionsprozess zum Einsatz kommen, die an anderen Orten hergestellt wurden. Stephan Lessenich spricht von einer »Externalisierungsgesellschaft«, in der es zu permanenten Auslagerungen negativer Effekte kommt. »Wir externalisieren, weil wir es *können*: weil gesellschaftliche Strukturen uns dazu in die Lage versetzen, weil soziale Mechanismen es uns erlauben, weil die allgemeine Praxis um uns herum uns darin bestätigt. In gewisser Weise externalisieren wir aber auch, weil wir *nicht anders können*: weil gesellschaftliche Strukturen uns dazu nötigen, weil soziale Mechanismen uns dazu treiben, weil die verallgemeinerten Praktiken unserer sozialen Umwelt uns dazu veranlassen.«⁵⁷

Feministische Gesellschafts- und Wirtschaftstheorien haben die Perspektive der Externalisierung erweitert: Nicht nur die marktvermittelte (Über-)Ausbeutung von Mensch und Natur, der häufig eine gewaltsame Inwertsetzung vorausgeht, sind konstitutiv für die kapitalistische Produktion, sondern auch die Aneignung von Sorgearbeit. Externalisierung wird hier in einem umfassenden Sinn als ein »Prinzip« verstanden,⁵⁸ das entscheidend zum Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft beiträgt. Die kapitalistische Externalisierungsstruk-

tur im Sinne einer »Entwertung des Abgespaltenen (unbezahlte sozial weibliche Arbeit und Leistungen der ökologischen Natur) ist Grundlage für seine kostenlose bzw. kostengünstige Aneignung. Eine Globalisierung des Kapitalismus führt daher auch zu einer Globalisierung dieses Prinzips. Sie drückt sich in neuen, aktuellen Aneignungsprozessen aus, die mit neuen Grenzziehungen verbunden sind.«⁵⁹

Neben den konkreten Produktionsprozessen zeigt sich die Bedeutung eines Außen an der Verbindung zwischen Erwerbsarbeit und Reproduktion, konkret an den dichter werdenden »Sorgeketten«. Christa Wichterich schlägt in diesem Zusammenhang den Begriff des »transnationalen Sorgeextraktivismus« vor, der aufzeigt, dass und wie »die globalen Mittelschichten ihre eigene Reproduktion durch Aneignung von Sorgekapazitäten aus anderen, ärmeren Regionen sichern, diese enteignen und damit die eigene Reproduktionskrise in sie verschieben«.⁶⁰ Gleichzeitig bleiben trotz Migration und der transnational organisierten Reproduktionsarbeit die feminisierte und ethnisierte Fürsorgemoral, die entsprechenden Tätigkeiten und deren gesellschaftlich geringe Bewertung erhalten. »Krisenhafte Situationen und Versorgungslücken im globalen Norden werden auf diese Weise überbrückt und in die Herkunftshaushalte und -länder verschoben. Als eine Variante des Vereinbarkeitsproblems muss die Sorgearbeitende aus dem globalen Süden oder Osten dann individuell als Unternehmerin ihrer Selbst die durch den *Care Drain* entstandene Sorgeleerstelle in ihrer eigenen Familie bewältigen, indem sie die Betreuung ihrer eigenen Kinder und alter Familienmitglieder weiblichen Verwandten, Nachbarinnen oder Migrantinnen aus wiederum ärmeren Regionen oder Ländern überlässt.«⁶¹

Die imperiale Lebensweise beinhaltet also eine sozioökonomische und ökologische Krisenexternalisierung, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse in bestimmten Regionen und für bestimmte (privilegierte) Gruppen relativ lebenswert und attraktiv erhält und zu Lasten anderer Regionen und sozialer Gruppen geht. Gesellschaften mit Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise und einer politisch und ökonomisch starken Stellung im Weltsystem ist diese Tendenz der Problem- und Krisenexternalisierung inhärent. Erik Olin

Wright spricht von einem »systematischen Druck auf profitmaximierende Unternehmen, negative Externalitäten zu erzeugen«.⁶²

Zum Gebrauchswert des Begriffs

Wir möchten abschließend in neun Punkten den politischen und wissenschaftlichen Gebrauchswert, den der Begriff der imperialen Lebensweise unseres Erachtens hat, zusammenfassen. *Erstens* verdeutlicht der Begriff den engen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise, Alltagspraxen und Subjektivierungsformen – dazu gehören auch Erwerbsarbeit und nichtbezahlte Formen der Arbeit. Strategien der Inwertsetzung und Kapitalverwertung, Strukturen und Prozesse staatlicher Politiken sowie vorherrschende Kräfteverhältnisse artikulieren sich mit Denk- und Handlungsdispositiven, schreiben sich in die Identitäten und Körper der Menschen ein, werden gewollt und begehrt. Auf diese Weise dringen sie in die Kapillaren des Alltags ein.

Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise – der ja mittels des Adjektivs »imperial« über eine politisch starke Semantik verfügt – soll *zweitens* nicht mit moralischem Zeigefinger auf Menschen gezeigt werden, die ein Auto haben und fahren, mit großer Selbstverständlichkeit und trotz Alternativen im Kurzstreckenbereich das Flugzeug nutzen oder industriell produziertes Fleisch essen. Das gilt es zu kritisieren und zu verändern – und zwar sowohl durch individuelles Verhalten, durch Auflagen oder gar Verbote als auch über die gesellschaftliche Ermöglichung von Alternativen. Aber das ist nicht die Absicht des Begriffs, den wir analytisch und politisch verwenden. Insofern liegt der zentrale Ansatzpunkt von Veränderungen auch nicht darin, »selbst Verantwortung zu übernehmen« und eine persönliche Entscheidung »zwischen moralischem und unmoralischem Verhalten«⁶³ zu treffen, sondern primär auf die gesellschaftlichen Strukturen und Ungleichheitsmuster zu verweisen, welche die imperiale Lebensweise reproduzieren.

Drittens deutet der Begriff der imperialen Lebensweise auf eine wichtige Ursache dafür hin, dass ressourcen- und emissionsintensive

Praxen trotz eines weitverbreiteten ökologischen Krisenbewusstseins eine hohe Dauerhaftigkeit aufweisen. Der Begriff verweist darauf, dass sich die gesellschaftliche Reproduktion vor allem in den kapitalistischen Zentren über den Zugriff auf Arbeitskraft und Natur andernorts vollzieht, was gerade auch in der Krise der neoliberalen Globalisierung stabilisierend wirkt. Zudem zeigt er an, dass die Verhältnisse an anderen Orten – eben über die Einbindung in den Weltmarkt – mitstrukturiert werden.

Viertens zeigt der Begriff, warum insbesondere die seit den 1990er-Jahren etablierten Formen globaler Umweltpolitik derart ineffektiv sind. Wir erleben eine veritable Krise des Krisenmanagements, weil die imperiale Lebensweise als ein Kernelement der Krise in den Politiken überhaupt keine Rolle spielt – bester Ausdruck davon sind die jährlich stattfindenden Konferenzen der Klimarahmenkonvention. So findet sich etwa im Klimaabkommen von Paris 2015 kein einziger Hinweis auf fossile Energieträger als Hauptverursacher des Klimawandels. Aber auch die vorherrschenden Formen nationaler Umweltpolitik finden in einem Korridor ökologischer Modernisierung statt⁶⁴ und kommen an die problematischen Produktions- und Lebensweisen nicht heran. Das Konzept der imperialen Lebensweise bewahrt deshalb vor zu hohen Erwartungen an staatliche und intergouvernementale Politiken im Hinblick auf eine grundlegende Transformation der Naturverhältnisse – ohne sie aus ihrer Verantwortung zu entlassen oder zynisch auf die etablierten Formen von Politik zu blicken. Denn es sind die herrschaftlichen gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse und dominanten Orientierungen, die den Naturverhältnissen zugrunde liegen und von staatlichen Politiken allein nicht überwunden werden können. Das zeigt sich auch bei den sogenannten progressiven Regierungen in Lateinamerika, die bisher kaum Alternativen zum weltmarktorientierten Neoextraktivismus, also zur unbedingten Förderung von Rohstoffen und zum Anbau landwirtschaftlicher Produkte und ihrem Verkauf auf dem Weltmarkt, entwickelt haben. Sie wollen, als Ergebnis sozialer Kämpfe um bessere Verteilung, mehr vom Weltmarktkuchen abhaben, stellen aber den Kuchen selbst sowie die Bedingungen seiner Herstellung nicht infrage.

Fünftens erklärt der Begriff, warum trotz vielfacher Bekenntnisse zu Nachhaltigkeit und effektiven Umgangsformen mit der ökologischen Krise aktuell eher neoimperiale Ressourcenpolitiken, neue Formen des Extraktivismus und Politiken der Problemexternalisierung dominieren. Eine weitere kapitalistische Inwertsetzung der Natur soll die Krise bearbeiten und gleichzeitig die Ökonomie dynamisieren. Die herrschenden Kräfteverhältnisse, Institutionen und Interessenstrukturen, aber eben auch die hegemoniale Lebensweise befördern das. Daraus folgt, dass wir mit dem Konzept der imperialen Lebensweise keinesfalls den Imperialismus-Begriff aufweichen wollen. Vielmehr beanspruchen wir, die hegemoniale Verankerung imperialistischer Politik in den Alltagspraxen und -wahrnehmungen vor allem der Mittel- und Oberklassen in den Gesellschaften des globalen Nordens zu verdeutlichen. Es geht uns um eine hegemonietheoretische Fundierung und damit Erklärung der Persistenz imperialistischer Politik – und das insbesondere in einer Zeit, in der die sozial-ökologischen Widersprüche der imperialen Lebensweise zunehmend manifest werden.

Sechstens relativiert das Konzept der imperialen Lebensweise die hohen Erwartungen an gute Argumente, rationale öffentliche Diskurse oder aufgeklärte Eigeninteressen »der Menschheit« oder gar der herrschenden Kräfte. Denn diese fallen oft durch das Wahrnehmungsraster tief verankerter Orientierungen und Praxen oder werden von diesen selektiv integriert, mit dem Ergebnis einer Festigung statt Infragestellung bestimmter Konsum- und Produktionsnormen gerade durch ihre partielle Modernisierung. Ähnliches gilt für viele (vermeintlich) alternative Ansätze, in denen die tiefe Verankerung der imperialen Lebensweise zumindest stark unterbelichtet bleibt, wie etwa die Strategie einer *Green Economy* (siehe Kapitel 7).

Siebtens: Der Begriff beinhaltet immer ein Moment der Kämpfe und der Veränderung. Wir haben im zweiten Kapitel argumentiert, dass das Wesen kapitalistischer Gesellschaften gerade darin besteht, sich permanent zu transformieren. Die Frage ist, in welche Richtung(en) und unter Dominanz welcher Logiken, Interessenkonstellationen und Kräfteverhältnisse dies geschieht. Die imperiale Le-

bensweise wird teilweise durchaus »grüner« im Sinne von ökologischer Nachhaltigkeit. Sie wird aber auch »brauner« im Sinne einer vermehrten Nutzung fossiler Energieträger und anderer nicht erneuerbarer Rohstoffe. Die imperiale Lebensweise muss sich also permanent revolutionieren bzw. muss von vielen Akteuren mit ihren je spezifischen Interessen revolutioniert werden, um sich in ihren Grundzügen zu erhalten. Das bedeutet auch, dass um die konkrete Ausgestaltung der Lebensweise gekämpft wird. Negativ betroffene Akteure wie ArbeiterInnen in Ländern des globalen Südens oder die dortigen Regierungen können soziale und Umweltstandards anheben und damit die Art und Weise der Externalisierung beeinflussen.

Achtens wirft das Konzept der imperialen Lebensweise Licht auf die Voraussetzungen, Ansatzpunkte und Formen einer emanzipatorischen Politisierung der ökologischen Krise. Zunächst erscheint es uns wichtig, sich dem weitverbreiteten ökologischen Katastrophismus zu widersetzen, der selbst ein Instrument der Verstetigung jener Verhältnisse ist, die für die imaginierte Katastrophe ursächlich sind. Das bedeutet nicht, die Augen vor den wohlbegründeten Szenarien etwa des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) zu verschließen. Aber selbst wenn die Zeit drängt, nicht zuletzt wegen des möglichen Erreichens klimatischer Umschlagpunkte (wie des Auftauens von Permafrostböden, durch das gewaltige Mengen des aggressiven Treibhausgases Methan freigesetzt würden), gilt es, am komplizierten und widersprüchlichen Projekt der Emanzipation festzuhalten und sich autoritären und technokratischen Formen der Krisenbearbeitung zu widersetzen, die die Probleme eher verschärfen.

Damit bildet der Begriff, *neuntens*, einen Ausgangspunkt für mögliche emanzipatorische Projekte und den Horizont einer sozial-ökologischen Transformation. Alternativen bedürfen der Kritik an herrschenden Zuständen und falschen Alternativen, gegenhegemonialer Strategien und Formen einer attraktiven, für Menschen lebaren, aber eben sozial und ökologisch nicht zerstörerischen Lebensweise. Das beinhaltet Konflikte mit und Zurückdrängung von starken Akteuren, aber eben auch von aktuellen imperialen Praxen in der Lebensweise. Darum wird es in Kapitel 8 gehen.

Kapitel 4

Die historische Entstehung der imperialen Lebensweise

In dieser unserer Welt, einer Welt mächtiger Metropolen und unterjochten Hinterlandes, gibt es keinen Reichtum, der nicht zumindest verdächtig wäre.

Eduardo Galeano¹

Eine umfassende Geschichte der imperialen Lebensweise wäre ein eigenes Forschungsprojekt. Es müsste auf umfangreiche historische Quellen und historiografische Arbeiten zurückgreifen und sie im Lichte des Begriffs reinterpretieren. Dabei müssten sowohl strukturelle Entwicklungen wie die vielfältigen empirisch beobachtbaren Lebenspraxen, Kämpfe und Forderungen nachgezeichnet werden, die sich zeitweise strukturell verfestigten, als auch jene, die sich historisch nicht durchsetzten oder nur in Nischen gelebt wurden. Es ginge zudem um eine vielschichtige Mikrogeschichte des Alltags unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in spezifischen Regionen und zu verschiedenen Zeiten. Insbesondere Letzteres können wir in diesem kleinen Band nicht leisten.

Wir wollen an dieser Stelle aber *exemplarisch* aufzeigen, wie sich die imperiale Lebensweise in unterschiedlichen historischen Phasen entwickelte – und welche Kontinuitäten und Wirkungen sie bis heute hat. Dabei interessiert uns *erstens*, wie die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise sich systematisch ausweitete und die gesellschaftlichen Verhältnisse und Naturverhältnisse über Prozesse der Landnahme zunehmend der Warenförmigkeit unterwarf. Diese Dynamik erzeugte immer wieder systemische Widersprüche und Krisen.

Zweitens ist relevant, dass und wie Kämpfe unterschiedlicher Klassen, Klassenfraktionen und gesellschaftlicher Gruppen um bessere Lebensbedingungen und erweiterte Handlungsmöglichkeiten zu spezifischen Zeiten und in bestimmten Teilen der Welt durchaus erfolgreich waren. Doch sie wurden unter den Bedingungen kolonialer, patriarchaler, rassistischer und klassenförmiger Herrschaft tendenziell immer wieder eingebunden. Daher führten die vielfältigen Kämpfe um die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse häufig *im Effekt* zu einer Ausweitung und Vertiefung der imperialen Lebensweise und selten zu solidarischen und ökologisch nicht zerstörerischen Formen des Zusammenlebens und des Wirtschaftens. Die imperiale Lebensweise – so unsere zentrale Überlegung – ist eine Art Kompromiss zwischen den Interessen der Herrschenden und den Forderungen und Wünschen der Subalternen, wobei wichtige Voraussetzungen der Herstellung der Lebensbedingungen und die negativen Folgen teilweise externalisiert werden: Das ist die imperiale Dimension der Lebensweise.² Sehr häufig ist sie die Konsequenz aus gesellschaftlichen Kompromissen in jenen Teilen der Welt, in denen überhaupt Kämpfe um bessere Lebensbedingungen erfolgreich geführt wurden und die aufgrund ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung und politisch in der Lage waren und sind, kapitalistische Dynamik und Mehrwertproduktion zu gewährleisten.

Drittens bestanden historisch neben den Alternativen *im* Kapitalismus – die eben oft genug eingebunden und funktionalisiert wurden, damit aber durchaus die materiellen Lebensbedingungen mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppe verbesserten – immer auch Alternativen *zum* Kapitalismus. Letztere wirkten mitunter auch modernisierend auf den Kapitalismus und wurden integriert oder aber unterdrückt beziehungsweise in Nischen gehalten. Uns geht es also nicht um eine Geschichte der imperialen Lebensweise schlechthin, sondern darum, diese exemplarisch in ihrer historischen Genese und damit in ihrer Veränderbarkeit zu begreifen. Gleichwohl gehört zu einer Geschichte der imperialen Lebensweise, die immer wieder entstehenden und erkämpften Eingriffsmöglichkeiten in diese und gegen diese sichtbar zu machen.³

Um einige Aspekte der historischen Durchsetzung der imperialen Lebensweise zu skizzieren, unterscheiden wir in den folgenden zwei Kapiteln vier Phasen. Die erste Phase ist die des Frühkapitalismus und der ersten Kolonialisierung bis Ende des 18. Jahrhunderts. Die zweite Phase ist die des liberalen Kapitalismus und der fortschreitenden Kolonialisierung bis hin zum historischen Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Nach einem längeren Übergang mit zwei Weltkriegen begann die vergleichsweise kurze dritte Phase in Gestalt des Fordismus, der sich von den 50er- bis zu den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts erstreckte. Die vierte Phase der neoliberal-kapitalistischen Globalisierung dauert bis heute an, wenngleich sie in einigen Teilen der Welt bereits eine Krise erlebt.⁴

Von unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung zu sprechen hat allerdings immer heuristischen Charakter. Denn trotz aller Gemeinsamkeiten vollzieht sich reale Geschichte in verschiedenen Bereichen zeitversetzt (der Fordismus etwa setzte sich in den USA deutlich früher durch), lokal unterschiedlich (nicht überall fand z. B. eine dynamische Industrialisierung statt) und diskontinuierlich. Wir wollen auch keine Einheit kolonialer und neokolonialer Herrschaft suggerieren oder Entwicklungen und Akteure der außereuropäischen Regionen ohne Eigengewicht, innere Machtverhältnisse und Dynamiken verstehen.⁵ Das wäre eurozentrisch und würde die nichteuropäischen Gesellschaften als passiv erscheinen lassen; ihre »Modernisierung« schiene nur von außen (von Europa aus) möglich. Insofern ist die Historiografie der imperialen Lebensweise eine, in der auch außereuropäische Regionen als Kompetenzzentren, Machtfaktoren und Akteure wahrgenommen werden.

Gegenstand einer Globalgeschichte im Sinne einer »globalen Gesellschaftsgeschichte« sind, neben der Analyse sich etablierender, wirkender und auflösender Strukturen, die sich »wiederholt intensivierenden Interaktionen und Transfers zwischen Weltregionen und die Herausbildung von ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Netzwerken und jenen Institutionen und Medien, die sie ermöglichen, organisieren und vorantreiben.«⁶ Damit können

»Transfers und Vernetzungen« über Grenzen hinweg in den Blick geraten, ohne gleich »die ganze Welt« zu erfassen.⁷

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Interaktion zwischen verschiedenen Weltregionen keineswegs ein symmetrischer Prozess ist. Wenn fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften des globalen Nordens mit nichtkapitalistischen Gesellschaften beziehungsweise solchen mit einem großen Anteil nichtkapitalistischer Milieus im globalen Süden »interagieren«, dann sind es in aller Regel Erstere, die den Takt vorgeben und dabei nicht selten die nichtkapitalistischen Anteile Letzterer zum Verschwinden bringen oder ihnen zumindest ihre Logik aufzwingen. Diese scheinbar »einfache« Regel festzuhalten bedeutet nicht, einem Ökonomismus oder Determinismus aufzusitzen. Eher handelt es sich um die Annahme einer »Überdeterminierung«. Soziale Verhältnisse und Prozesse sind überdeterminiert, wenn sie durch mehrere, nicht aufeinander reduzierbare, sich aber wechselseitig beeinflussende Ursachen hervorgebracht werden. Sie sind also nicht als das notwendige Resultat ökonomischer Gesetze, sondern als *komplexe Effekte* zu denken, die dadurch erzeugt werden, dass sich die kapitalistische Ökonomie ihren Weg »durch die Welt der vielfältigen Formen des Überbaus, der Lokaltraditionen und der internationalen Umstände« bahnt.⁸

Zudem argumentieren wir in der Tradition der Politischen Ökologie, in der Gesellschaft und Natur nicht als voneinander getrennte Einheiten verstanden werden, sondern im Rahmen von »gesellschaftlichen Naturverhältnissen«.⁹ Natur stellt demzufolge »eine Voraussetzung dar, damit vermittelnde gesellschaftliche Aktivitäten möglich sind, und sie umfasst ein Feld von Wirkungspotenzialen und -zusammenhängen, die gesellschaftlich gestaltbar sind, sich aber vollständiger und umfassender Gestaltung und Kontrolle entziehen. Darüber konstituiert sich die Erfahrung der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit von Natur.«¹⁰ Die Überlegung, dass sowohl Gesellschaft als auch Natur in sich differenziert sind, verweist auf den Umstand, dass nicht »die« Gesellschaft mit »der« Natur im Sinne homogener Entitäten vermittelt ist, sondern dass Vermittlung prozesshaft auf ganz verschiedenen räumlichen Ebenen – vom weit-

gehend Lokalen bis zum Globalen – und in sehr unterschiedlichen Bereichen wie Ernährung, Wohnen, Mobilität oder Kleidung stattfindet. Das betrifft auch historische Verläufe.

In diesem vierten Kapitel geht es zunächst in Anlehnung an die genannten Phasen skizzenhaft um die Entwicklung der imperialen Lebensweise seit Beginn der Kolonialzeit. Sodann soll die Bedeutung der imperialen Lebensweise für die Entwicklung des Industriekapitalismus seit Ende des 18. Jahrhunderts und schließlich für den Fordismus skizziert werden. Letztere Phase hat zu einer ersten »Verallgemeinerung« der imperialen Lebensweise geführt, und zwar insbesondere in den Industrieländern des globalen Nordens, aber auch in jenen Ländern der Semiperipherie, in denen eine »Mittelklasse«¹¹ entstand (vor allem in Lateinamerika). Ab Ende der 1960er-Jahre geriet der Nachkriegskapitalismus in eine Krise, die auch eine Krise der bis dahin hegemonialen Formen der Naturaneignung war.¹²

Hier setzt das fünfte Kapitel ein. Wir zeigen, wie sich mit der Krise des Fordismus ein historisches Fenster öffnet, in dem die imperiale Lebensweise hinterfragt wurde: Zum einen erlebte die Welt in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine machtvolle Dekolonisierung vieler Gesellschaften, die in den 1970er-Jahren in Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung mündeten. Zum anderen wurde die ökologische Krise zum Thema: Ölpreisschock und autofreie Sonntage, der Wunsch nach und die Entwicklung von alternativen Lebenspraxen, die erste Weltumweltkonferenz 1972 in Stockholm und der Bericht »Grenzen des Wachstums« an den *Club of Rome*. Zudem entstanden neue soziale Bewegungen, welche die vorherrschende imperiale Lebensweise begrifflich und ganz praktisch kritisierten, verändern wollten und herausforderten: die Solidaritäts- und Friedensbewegung, Frauen-, Jugend- und nicht zuletzt die Ökologiebewegung. In dieser Phase wurden Erfahrungen gemacht, die nachwirkten und an die heute durchaus angeschlossen werden kann.

Doch dieses Fenster hat sich wieder geschlossen. Die Restrukturierung des Kapitalismus seit den 1980er-Jahren führt zu einer Vertiefung der imperialen Lebensweise in den Zentren und ihrer Aus-

weitung auf die Länder des globalen Südens.¹³ Das hat enorme Auswirkungen auf die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation. Die Externalisierung der negativen Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise in den Zentren funktioniert immer weniger, weil die Schwellenländer selbst Politiken der Externalisierung verfolgen, um die imperiale Lebensweise abzusichern und darüber gesellschaftliche Kompromisse zu ermöglichen. Das wiederum führt zu ökoimperialen Spannungen und stellt ein Haupthindernis für einigermaßen effektive nationale und internationale Politiken der Nachhaltigkeit dar. Stattdessen ist die aktuelle Konstellation einerseits von der »postpolitischen« Unmöglichkeit, in den bestehenden Institutionen Alternativen zu formulieren, und andererseits durch zunehmend autoritäre Politiken gekennzeichnet.

Kolonialismus und Frühkapitalismus

Die imperiale Lebensweise war Teil der Kolonialisierung ab dem 16. Jahrhundert, während der immer neue Räume durch die kapitalistische Landnahme durchdrungen und in Wert gesetzt wurden. Dies geschah mit unmittelbarer physischer Gewalt beziehungsweise Gewaltandrohung und/oder vermittelt über strukturelle Zwänge. Bereits damals basierte die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen auf einer für sie vorteilhaften Weltressourcenordnung, die zunächst von Spanien und Portugal, dann vom holländisch dominierten Handelskapitalismus abgesichert wurde.

So prägte insbesondere in den lateinamerikanischen Kolonien die entstehende imperiale Lebensweise der Zentren ganz entscheidend die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Naturverhältnisse. Das bis heute bestehende System des Ressourcenextraktivismus wurde damals installiert.¹⁴ Es sicherte, was der Entwicklungstheoretiker André Gunder Frank als »Entwicklung der Unterentwicklung« bezeichnete:¹⁵ Plantagenbesitzer und Bergbaubetreiber, die kolonialen Verwaltungen, das städtische Handelsbürgertum und der Adel dominierten die Gesellschaften. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts wurden Gold und Silber, Agrarprodukte wie Kaffee, Zucker und Tabak

durch unfreie Arbeitskraft nach Europa geschafft.¹⁶ Bestimmend dafür war die Nachfrage der Zentren. Die Stadt Potosí im heutigen Bolivien, Mitte des 16. Jahrhunderts Zentrum der weltweiten Silberproduktion, hatte um diese Zeit 150.000 EinwohnerInnen (in London wohnten zeitgleich 200.000, in Paris 400.000 Menschen). Einheimische Arbeitskräfte – im Bergbau insbesondere Indigene – und Sklaven aus Afrika wurden unter schlechten bis katastrophalen Verhältnissen ausgebeutet. Andere Lebensweisen, die auf Sammeln, Landwirtschaft oder Jagd beruhten, wurden tendenziell zurückgedrängt und in vielen Fällen zerstört.

Die Plünderungszüge und Landnahmen wurden vom Mythos des *El Dorado* vorangetrieben. »Der Vergoldete« ist die Erzählung eines indigenen Kaziken, der Herrscher über ein riesiges Goldgebiet mit einer goldenen Stadt war. Ideologisch wurde die koloniale Ausbeutung zudem mit einer angeblichen »Mission« der Zivilisierung rassistisch gerechtfertigt. Natur wurde als »wild« gesehen und musste »gezähmt« werden. Die vielfältigen Kultur- und Wirtschaftsweisen der indigenen Völker wurden negiert und zum großen Teil zerstört.

Der Konsumhistoriker Manuel Schramm wies darauf hin, dass sich in der Lebensweise der lateinamerikanischen – ähnlich der afrikanischen – Kolonien ein Muster herausbildete, das bis ins 19. Jahrhundert Bestand hatte und mit dem die subalterne Integration in den Weltmarkt verfestigt wurde: »Die Eliten orientierten sich so stark am europäischen Konsum, dass eine potenzielle einheimische Konsumgüterindustrie kaum entstehen konnte, da sie keine Abnehmer fand. Die Folge war eine eigentümliche Spaltung zwischen europäisierten städtischen Eliten und einem Hinterland, das in weiten Teilen noch immer von Subsistenzwirtschaft geprägt war. Dazwischen existierte eine Mittelschicht, die versuchte, den europäischen Konsum zu imitieren, sich aber teure Importprodukte nicht leisten konnte. Hier konnten einheimische Produzenten am ehesten zum Zuge kommen.«¹⁷

Immer wieder formierte sich Widerstand gegen die spanische und portugiesische Herrschaft, die seit den 1770er-Jahren angesichts des aufkommenden Konkurrenten Großbritanniens immer rigider wurde. Legendar wurde der im Jahr 1780 im Vizekönigreich Peru begon-

nene Aufstand der Indigenen unter der Führung von Tupac Amaru, der sich gegen Zwangsabgaben und die Zwangsrekrutierung der Indigenen als Arbeitskräfte wandte. Hier wurden erstmals Rufe nach der Unabhängigkeit von Spanien laut. Bis heute ist die nach zwei Jahren niedergeschlagene Revolte fester Bestandteil kollektiven (indigenen) Wissens um eine nichtrassistische und nichtimperiale Gesellschaft.

In Folge der Französischen Revolution kam es zu einer noch umfassenderen Erhebung gegen den Kolonialismus des globalen Nordens, besonders in der französischen Kolonie Saint-Domingue. Hier bauten fast 90 Prozent der Bevölkerung größtenteils als SklavInnen für das Kolonialland Frankreich Zucker an, die restlichen gut zehn Prozent der 600.000 EinwohnerInnen waren freie AfroeuropäerInnen mit sehr eingeschränkten Rechten. Die herrschende Klasse bildeten die aus Frankreich stammenden weißen KolonialistInnen. Unter dem Eindruck der Französischen Revolution traten auch die AfroeuropäerInnen und wenig später die aufständischen SklavInnen für bürgerliche und politische Rechte ein. Und tatsächlich wurde den SklavInnen im Jahr 1794 nach zahlreichen blutigen Aufständen die Freiheit zugebilligt. Wenige Jahre später wurden die französischen Machthaber nach weiteren harten Kämpfen endgültig vertrieben und das Land Haiti wurde nach den USA im Jahr 1804 als zweites amerikanisches Land politisch unabhängig.¹⁸

Neben der Revolution gegen die Sklaverei handelt es sich bei den Aufständen in Lateinamerika um Revolten gegen die permanente Landnahme und Externalisierung der imperialen Lebensweise. Ob es sich um den Anbau von Zuckerrohr oder Kaffee in Kolumbien und der Karibik, um die Kautschukproduktion in Brasilien oder um die Extraktion von mineralischen Rohstoffen in Chile, Bolivien oder Peru handelte¹⁹ – das Muster war in allen Fällen dasselbe: Mensch und Natur wurden, dem Rhythmus der kapitalistischen Entwicklung in den Zentren folgend, in Wert gesetzt. Dabei wurde Widerstand provoziert, der sich nicht nur aus der moralischen Ökonomie indigener und afroamerikanischer Gemeinschaften speiste, sondern auch aus dem Bestreben der weißen Eliten, in größerem Umfang an dem in die Zentren transferierten Wohlstand zu partizipieren. Damit

wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die imperiale Lebensweise des globalen Nordens als Leitbild auch dort seine Attraktivität entfalten konnte, wo bislang nur ihre sozialen und ökologischen Kosten angefallen waren.

Der Kolonialismus schuf wichtige ökonomische und politische Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Kolonien und Europas. Er basierte nicht nur auf territorialer Expansion und Landnahme, sondern auch auf der tief greifenden Transformation der europäischen Gesellschaften selbst und – ab dem 18. Jahrhundert – auf der Nutzung fossiler Energieträger. Rolf Peter Sieferle argumentiert im Hinblick auf England, dass die energetische Verwendung der aus der Tiefe geförderten Kohle, die zunächst vor allem aus Gründen der leichteren Transportierbarkeit dem Holz vorgezogen wurde, einen Flächengewinn bedeutete: Ländereien, die bis dahin zu energetischen Zwecken genutzt worden waren, standen nun als Weideland für Schafe zur Verfügung, die die für die Tuchproduktion nötige Wolle lieferten. Der Einsatz der Kohle begünstigte jedoch nicht nur die Entwicklung des Agrarkapitalismus. Aufgrund ihrer energetischen Eigenschaften steigerte der industrielle Einsatz der Kohle auch die Produktivität bei der Eisenproduktion und verhalf dem Industriekapitalismus zum Durchbruch.

Vorreiter dieser Entwicklung war England. Die Durchsetzung des Kapitalismus wurde hier durch ein politisches »Kompromissystem« gestützt, dessen Kern darin bestand, dass die Aristokratie seit dem 16. Jahrhundert in einen zentralisierten Staat eingebunden wurde, gleichzeitig aber über einen hoch konzentrierten und eigentumsrechtlich abgesicherten Grundbesitz verfügte. Personale Herrschaft (insbesondere die des Adels über die BäuerInnen) wurde beseitigt, die Aristokratie wurde entmilitarisiert, und ein politisches Gewaltmonopol bildete sich heraus. Die Staatsgewalt wurde öffentlich und »subjektlos«. ²⁰ Die Aristokratie blieb zwar zunächst die herrschende Klasse, jedoch übte sie, wie Ellen Meiksins Wood gezeigt hat, ihre Herrschaft im Gegensatz zu ihrem kontinentaleuropäischen Pendant vor allem in einem *ökonomischen* Sinn, d. h. vermittelt über ihren Landbesitz, aus. ²¹ *Politisch* war sie Teil eines zunehmend zentralisier-

ten Staates, in dem die für den Feudalismus typische Parzellierung von Souveränität und damit die Grundlage für die außerökonomische Macht der Aristokratie überwunden war.

Der relative Verlust an außerökonomischer, politischer Macht bedeutete, dass sich die herrschenden Klassen die Mehrarbeit der ProduzentInnen nicht mehr in erster Linie durch unmittelbaren Zwang, sondern primär ökonomisch, d. h. vermittelt über den Markt, aneignen konnten. Dabei kamen ihnen die Eigentumsverhältnisse zugute: Aufgrund der hohen Konzentration des Landbesitzes in den Händen der Aristokratie wurde ein großer Teil des Landes nicht von bäuerlichen Besitzern, sondern von Pächtern (*farmers*) bearbeitet. Um dem ökonomischen Druck der Grundherren standzuhalten und um Zugang zu mehr Land zu erhalten, waren die Pächter darauf angewiesen, die Produktivität ihrer Landbewirtschaftung ständig zu erhöhen und sich die Mehrarbeit einer wachsenden besitzlosen Masse anzueignen.

Die Imperative des Marktes bemächtigten sich auf diese Weise immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche. Sich ihnen anzupassen wurde zur Reproduktionsnotwendigkeit der wichtigen gesellschaftlichen Klassen, sei es, um in der Konkurrenz mit anderen Großgrundbesitzern und Pächtern bestehen zu können oder, wie im Fall der besitzlosen LandarbeiterInnen, um einen Käufer für ihre Arbeitskraft zu finden. Letztlich brachte dieser Prozess die Sozialstruktur kapitalistischer Gesellschaften hervor: »Die berühmte Trias des Grundherren, des kapitalistischen Pächters und des Lohnarbeiters war das Ergebnis [...] Derselbe Prozess schuf eine hochproduktive Landwirtschaft, die in der Lage war, eine große Bevölkerung zu versorgen, die nicht in der Landwirtschaft tätig war, aber auch eine anwachsende besitzlose Masse, die sowohl eine große Lohnarbeiterschaft wie auch einen einheimischen Markt für billige Konsumgüter bilden sollte – einen Markttypus, der keine historischen Vorläufer hatte. Dies ist der Hintergrund des englischen industriellen Kapitalismus.«²²

Entwickelte sich der Kapitalismus in England aus den inneren Klassen- und Eigentumsverhältnissen, so war es in Kontinentaleuropa der von England ausgehende äußere Zwang, der zum Antrieb für eine (staatlich geleitete) kapitalistische Entwicklung wurde. Die

dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur räumlichen Expansion äußerte sich auch darin, dass die britischen Unternehmen mit ihren Produkten die kontinentaleuropäischen Firmen und Staaten unter Druck setzten, dem diese nur durch die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte begegnen konnten.²³

Noch wichtiger ist in unserem Kontext ein anderer räumlicher Aspekt kapitalistischer Dynamik, auf den Meiksins Wood hingewiesen hat: Die für den Kapitalismus konstitutive Trennung zwischen ökonomischen Imperativen und politischem Zwang schuf die Voraussetzung für eine ökonomische Expansion, die zwar der außerökonomischen Unterstützung bedarf, die aber im Unterschied zu vorkapitalistischen Ökonomien nicht an die dauerhafte politische Kontrolle des Territoriums gebunden ist, das es ökonomisch zu erschließen gilt. »Die vorkapitalistische Einheit von ökonomischer und politischer Macht wie jene der feudalen Grundherrschaft bedeutet unter anderem, dass die ökonomischen Befugnisse der feudalen Grundherren sich niemals über die Reichweite seiner persönlichen Verbindungen oder Bündnisse und seiner außerökonomischen Macht, seiner militärischen Macht, seiner politischen Herrschaft oder juristischen Autorität hinaus erstrecken.«²⁴ Das Kapital hingegen ist aufgrund »spezifischer ökonomischer (Markt)imperative [...] auf einzigartige Weise in der Lage, den Begrenzungen des direkten Zwangs zu entkommen und sich weit über die Grenzen der politischen Autorität hinauszubewegen«.²⁵ Hier liegt eine zentrale Voraussetzung dafür, dass sich die imperiale Lebensweise entwickeln und entfalten konnte. Nicht zuletzt dadurch wurde es möglich, die von Sieferle diagnostizierte Befreiung der Energieversorgung von Landrestriktionen zu globalisieren beziehungsweise ihre sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren: »Die industrielle Revolution war weniger eine absolute Emanzipation von Landrestriktionen als die lokale Akkumulation der Fähigkeit, solche Restriktionen zu exportieren und global zu verteilen. Sie brachte die (europäischen) Landrestriktionen nicht ein für alle Mal zum Verschwinden, sondern verschaffte Europa die Möglichkeit, sich die Landressourcen anderer Kontinente anzueignen.«²⁶

Auch die USA exportierten ab Mitte des 18. Jahrhunderts immer mehr Agrargüter und importierten dafür Konsumgüter aus Europa. Nach und nach kam es zum Aufbau einer eigenen Konsumgüterindustrie, die bereits Produkte für breite Bevölkerungskreise herstellte. In gewisser Weise wurde damit in einem ressourcenreichen Land ohne feudale Sozialstrukturen die spätere fordistische Entwicklungsweise angelegt.

Vorerst beschränkte sich die imperiale Lebensweise im globalen Norden jedoch auf die Versorgung der oberen Klassen mit Luxusgütern. Es gab zwar erste Momente der gesellschaftlichen Verallgemeinerung – so war etwa der importierte Zucker für die englischen Unterschichten ein zentrales Nahrungsmittel²⁷ –, doch trotz steigender Konsumorientierung war die imperiale Lebensweise nicht in dem Sinne hegemonial, dass sie die Reproduktion der Bevölkerungsmehrheit und damit deren Alltagspraxen prägte. »Der ›durchschnittliche‹ Arbeiter«, so Edward P. Thompson²⁸ über die Situation im England der industriellen Revolution, »lebte sehr nahe am Existenzminimum, und das zu einer Zeit, in der ihn ein sichtbar wachsender nationaler Reichtum umgab, von dem vieles offenkundig das Produkt seiner eigenen Arbeit war, das ebenso offenkundig in die Hände seiner Unternehmer überging. In psychologischer Hinsicht wurde das durchaus als ein Absinken des Lebensstandards empfunden.«²⁹ Entsprechend war die imperiale Lebensweise bis ins 19. Jahrhundert kein wichtiges Kompromissterrain zwischen den herrschenden Klassen und den Subalternen. Die Privilegien der Ausbeutung von Mensch und Natur blieben weitgehend den oberen Klassen vorbehalten.

Liberaler Kapitalismus, Neokolonialismus und Imperialismus im 19. Jahrhundert

Daran änderte sich im Grundsatz auch nichts in der Phase des liberalen Kapitalismus, die im 19. Jahrhundert einsetzte. Das Neue an dieser Phase war nicht, dass die Subalternen im globalen Norden – also die sich zunehmend als gesellschaftliche Kraft konstituierende ArbeiterInnenklasse – sich die Konsumnormen der oberen Klassen zu eigen

machten. Eine Ausnahme bildete lediglich der bereits erwähnte Zuckerkonsum – Jürgen Osterhammel zufolge war Rohrzucker neben Tee der einzige »exotische Import, der über den engen Kreis des Luxuskonsums die Ernährung der breiten Bevölkerung veränderte [...] Die Zuckerproduktion auf der Welt verdoppelte sich zwischen 1880 und 1900 und nochmals von da an bis 1914.« Zucker wurde »geradezu zu einer Speise der Armen, zu einem schnellen Energiespender für die ausgewerkten Arbeitskräfte der Industrialisierung«. ³⁰

Die gesellschaftlich stabilisierende Funktion imperialer Produktions- und Konsumnormen deutet sich im Bereich der Ernährung bereits an. Das Neue an der Phase des liberalen Kapitalismus war, dass das Bürgertum zur ökonomisch herrschenden Klasse aufstieg und dass sich mit Industriekapitalismus und Imperialismus die Konkurrenz um Arbeitskraft und Natur im globalen Maßstab verstärkte. Auf der ideologischen Ebene setzte sich die »bürgerliche Familie« als Leitbild durch, und »Fortschritt« wurde zu einem zentralen Begründungsmuster – auch der Kolonialpolitik. Damit zusammenhängend erstarkte der Rassismus, der noch weitgehend biologisch begründet wurde. Er wurde insofern Teil der imperialen Lebensweise, als er ein rückständiges »Anderes« konstruierte, das auf ein »Wir« integrierend wirkte und die Ausbeutung der Welt rechtfertigte.

Der Übergang vom Früh- zum Industriekapitalismus im globalen Norden, der auch den Agrarbereich tiefgreifend veränderte, entwickelte sich räumlich sehr ungleichzeitig. Wie bereits beschrieben, war England das Zentrum, wo sich ab Mitte des 17. Jahrhunderts neben tief greifenden sozialen Umbrüchen durch die Nutzung der Kohle und später der Dampfmaschine eine neue energetische und technische Grundlage für die Gesellschaft herausbildete. Um das Jahr 1800 wurden in Großbritannien etwa 90 Prozent der weltweit verbrannten Kohle gefördert, die teilweise auch exportiert wurde. ³¹ Ihren Durchbruch als Energieträger erlebte die Kohle dann ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Zwischen 1850 und 1914 wuchs die weltweite Steinkohleproduktion von etwa 80 Millionen auf über 1,3 Milliarden Tonnen pro Jahr an. Großbritannien, das zu Beginn dieser Periode der weltweit größte Steinkohleproduzent war,

gab diese Rolle bis zum Ersten Weltkrieg an die USA ab.³² Der Anteil Europas und der USA an der weltweiten Industrieproduktion stieg von 23 Prozent im Jahr 1750 auf 85 Prozent im Jahr 1880 (um 1800 hatte China ein Drittel der weltweiten Industriegüter produziert). Textilien, Eisen und Stahl waren Schlüsselindustrien, später wurden die Elektro-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie bedeutsam.

Vor dem Hintergrund der oben genannten historischen Bedingungen stellte Karl Polanyi insbesondere für das 19. Jahrhundert eine gewaltförmige »Entbettung« kapitalistisch organisierter Marktprozesse aus vormals gesellschaftlich organisierten Beziehungen fest. »Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewußten und oft gewaltsamen Intervention von seiten der Regierung.«³³

Ein Aspekt der starken kapitalistischen Expansion war das Wachstum der Bevölkerung in Europa von knapp 190 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 1800 auf 400 Millionen im Jahr 1900. Zudem nahm die Lebenserwartung zu. Serge Moscovici spricht von den Komplementärressourcen Menschen und Rohstoffen einerseits und Wissen und Fähigkeiten andererseits.³⁴ Sie wurden zur Grundlage der industriellen und der Agrarrevolution sowie der starken Urbanisierungsprozesse. Technologische Entwicklungen, die industrielle Anwendung der Wissenschaft und permanente betriebliche Rationalisierungen waren genauso nötig wie die Verfügbarkeit über Rohstoffe. Nicht zuletzt dafür benötigten die sich dynamisch industrialisierenden Länder selbst, aber auch die Kolonien, starke Infrastrukturen wie Eisenbahn, Dampfschiffahrt und Telegrafie.

Politisch wurde die imperiale Lebensweise im »langen 19. Jahrhundert« – so bezeichnet der Historiker Eric Hobsbawm die Phase zwischen Französischer Revolution und dem Beginn des Ersten Weltkriegs³⁵ – im Rahmen der *Pax Britannica* abgesichert. Die britische Regierung war in der Lage, die internationalen Verkehrsregeln sowie die Finanz-, Produktions- und Austauschnormen weitgehend zu be-

stimmen. Als zentrale Seemacht und modernste Wirtschaftsmacht in Europa gab das Land die globalkapitalistischen Produktions- und Distributionsnormen vor. Großbritannien war die stärkste Kolonialmacht, die von 1813 bis 1947 in Indien herrschte sowie nach den beiden Opiumkriegen 1839 bis 1842 und 1856 bis 1860 China den Handel diktierte und das Kaiserreich wirtschaftlich schwächte. Allerdings geriet die Vorherrschaft Großbritanniens seit dem späten 19. Jahrhundert unter Druck. Insbesondere in der Konkurrenz um Kolonien und Rohstoffe entwickelte sich ab den 1870er-Jahren der historische Imperialismus, der mit großer Brutalität die Kolonien unterwarf und Ressourcen ausbeutete. Die Berliner Afrikakonferenz von November 1884 bis Februar 1885 zeigte zwar, dass die imperialistischen Mächte sich durchaus untereinander abstimmten. Dennoch verschärfen sich, insbesondere vom Deutschen Reich ausgehend, die Spannungen, die dann zum Ersten Weltkrieg führten.

Die stark wachsende Nachfrage nach Grundstoffen für die Industrie, die Herstellung von Konsumgütern und die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten hatten erhebliche Implikationen für die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen in den peripheren Ländern. Neben den »klassischen« Produkten wie Kaffee, Tabak und Zucker sowie Gold und Silber wurden neue Produkte wie Baumwolle, Eisenerz, später Getreide und mit der Entwicklung der Kühltechnik ab den 1880er-Jahren Fleisch und Bananen für die Zentren wichtig und entsprechend in den Kolonien beziehungsweise – in Lateinamerika – den jungen Nationalstaaten produziert. Bis zur Entwicklung des Kunstdüngers gab es eine große Nachfrage nach Salpeter, die Entwicklung des Automobils ab den 1880er-Jahren und der Traktoren nach der Jahrhundertwende führte zur Nachfrage nach Kautschuk aus der Amazonasregion und zunehmend nach dem neuen Schmiermittel der Weltwirtschaft, dem Erdöl. Der Bergbau stand aufgrund seiner hohen Investitionen für die engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen in den peripheren Ländern. Die sogenannten *mining tycoons* pflegten »enge Verbindungen zur Hochfinanz. Zudem wirkten sie auf ihre Regierungen ein, ihnen mit kolonialer Erschließung, Gesetzen, Infra-

strukturpolitik und Institutionen (Börsen, Forschungseinrichtungen) entgegenzukommen.«³⁶

In Lateinamerika bildete sich eine »Kompradorenbourgeoisie«³⁷ heraus, die vollständig von ausländischem Kapital abhängig war. Gleichwohl blieben die Großgrundbesitzer ökonomisch und politisch dominant. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Länder selbst Abnehmer nicht nur von Konsumgütern, sondern auch von Kapitalgütern wie Maschinen. Kapitalimporte führten zu einer Ausweitung des Schienennetzes und einer Modernisierung des Bergbaus, der sich in der Hand ausländischer Unternehmen befand. Es konsolidierte sich eine im Vergleich zu den vorherigen Jahrzehnten stabilere »neokoloniale Ordnung«,³⁸ die bis zur Weltwirtschaftskrise ab 1929 andauerte und in Lateinamerika insbesondere für die Eliten und die Mittelschichten einigen Wohlstand schaffte.

Zudem entwickelten sich Diskurse, die mit der Struktur des Weltmarkts und der imperialen Lebensweise kompatibel waren: Es galt, das »enorme Rohstoff-Potenzial für Entwicklung zu nutzen«, den »zivilisierten« Städten stand ein »barbarisches Hinterland« gegenüber, das erschlossen und kontrolliert und in Wert gesetzt werden sollte.³⁹ Indigene waren potenziell »Hindernisse für den Fortschritt«, die Modelle von Entwicklung und gutem Leben, an denen sich sowohl die Eliten der Länder des globalen Südens als auch die entstehende Mittel- und Arbeiterklasse orientierten, waren die europäischen Gesellschaften.

Nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den Zentren ging der liberale Kapitalismus der freigesetzten Märkte für die meisten Menschen mit katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen einher. Gleichzeitig brachte er seinen eigenen potenziellen Widerpart hervor. Die Dynamik im Prozess der Herausbildung des Kapitalismus bestand nicht zuletzt – so Karl Polanyi – im »Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens«. ⁴⁰ Seit den 1860ern entstanden aufgrund dieser zerstörerischen Tendenzen verschiedene »Gegenbewegungen« beziehungsweise »kollektivistische Gegenströmungen« – in Form von Arbeiterbewegungen, von Fabrik- und Sozialgesetzen, von Geset-

zur Einschränkung des Handels sowie zur Kontrolle des Geldes durch die Errichtung von Zentralbanken.

Eine zentrale Konfliktachse im 19. Jahrhundert, in der sich die Ansprüche der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Zentren auf ein besseres Leben verdichteten, war der Kampf um kürzere Arbeitszeiten.⁴¹ Ausgehend von Großbritannien in den 1830er-Jahren und erfolgreich geführt in Neuseeland und Australien, fordernten die Gewerkschaften neben dem Ende der Kinderarbeit zunächst den Zehn-Stunden-, sodann den Acht-Stunden-Tag. Die Gewerkschaftsbewegung konstituierte sich im 19. Jahrhundert nicht zuletzt in den Kämpfen um kürzere Arbeitszeiten.⁴² Allerdings wurde der Acht-Stunden-Tag erst im 20. Jahrhundert vielerorts zur Norm (die in jüngerer Zeit wieder zunehmend infrage gestellt wird). Eine ältere, in England bis ins 20. Jahrhundert hineinreichende Tradition, insbesondere im Handwerk, ist der Blaue Montag, dem zufolge am ersten Tag nach dem Wochenende gar nicht beziehungsweise weniger intensiv gearbeitet wird.⁴³

Fordismus: Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise in den Zentren

Die fordistische Epoche des Kapitalismus, die in den USA seit den 1930ern, in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg Gestalt annahm und nach dem US-amerikanischen Automobilproduzenten Henry Ford benannt ist, markierte einen Einschnitt.⁴⁴ Zwar war die Arbeitszeit noch immer ein zentraler Konfliktgegenstand im Verhältnis von Arbeit und Kapital. In den Vordergrund rückte jedoch der Kampf um die Teilhabe am kapitalistisch produzierten Warenreichtum. Im Unterschied zum 19. und frühen 20. Jahrhundert, so beschreibt es Juliet Schor, wurde die steigende Produktivität in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zur Arbeitszeitverkürzung genutzt. »Stattdessen wurde der Produktivitätszuwachs in höhere Einkommen überführt und zur Expansion des *output* genutzt. Es stiegen die Löhne und Profite. Produktivität und Reallohnentwicklung wurden sogar explizit aneinandergesekoppelt. Das hat die Konsumnachfrage

gesteigert, weil nun Geld in die Taschen der Leute floss.«⁴⁵ Auf einen Zuwachs an frei verfügbarer Zeit wurde also zugunsten von mehr Konsum verzichtet. Das ist der Kern des »fordistischen Klassenkompromisses«, der zur Basis der vergleichsweise stabilen Nachkriegsentwicklung in den kapitalistischen Zentren wurde.

Im Rahmen dieses Kompromisses wurde die Reproduktion der Arbeitskraft an den Kreislauf des Kapitals gekoppelt. Der Konsum der ArbeiterInnenklasse – dies ist eine der zentralen Veränderungen, die der Fordismus mit sich brachte – zentrierte sich nun um den Besitz von *Waren*, also Gütern des täglichen Bedarfs, die die Lohnabhängigen nicht in Eigenarbeit herstellten, sondern käuflich erwarben.⁴⁶ Mit den enormen Dynamiken im Bereich der Produktion war die rationalisierte, disziplinierte und konsumorientierte Lebensweise der Lohnabhängigen verbunden. Die Mobilität wurde für immer mehr Menschen durch das Automobil gewährleistet, die Ernährung zunehmend durch den Konsum von agrarindustriell produziertem Fleisch (das zudem ein zentraler Wohlstandsindikator wurde) oder anderen industriell gefertigten Lebensmitteln, das Wohnen durch das Einfamilienhaus mit Zier- statt Nutzgarten, durch die Zentralheizung, den Kühlschrank und den Fernseher. (Semi)subsistente Wirtschaftsformen (Klein- und Nebenerwerbslandwirtschaft, Gemüseanbau) wurden zurückgedrängt. Das »frei verfügbare« Einkommen nahm zu. Burkhart Lutz hat diese Kommodifizierung der Reproduktion der Lohnabhängigen als »innere Landnahme« bezeichnet.⁴⁷ Mit ihr fand die Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses ihre Entsprechung in der Konsumnorm.

Den Ausgangspunkt der Durchsetzung des Fordismus bildeten die USA. Sie waren nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur der größte Gläubiger der Welt, sondern ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg von einem Drittel im Jahr 1913 auf 42 Prozent unmittelbar vor der Weltwirtschaftskrise. Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte, trotz des beginnenden Kalten Kriegs und der Bedeutung des Militärs, eine Umorientierung von der Rüstungsproduktion auf industriell gefertigte Konsumgüter.

Die USA waren nicht nur im Industriesektor am produktivsten, sondern seit den 1940er-Jahren auch in der Landwirtschaft. Die Hybridzüchtung führte zu hohen Ertragssteigerungen, die Uniformierung der Pflanzen ermöglichte die Rationalisierung des Anbaus, den zunehmenden Einsatz von Maschinen und die Ersetzung lebendiger Arbeitskraft. Die Industrialisierung der Landwirtschaft ging mit dem Aufstieg von Saatgut- und Agrochemiekonzernen sowie Unternehmen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelvertriebs einher. Vor allem männliche Bauern waren die geförderten Träger der modernen Agrarentwicklung, sowohl in metropolitanen als auch in peripheren Ländern.

Es entwickelte sich eine Konsumnorm, die nicht nur die Uniformierung förderte, sondern auch – mit der starken Orientierung an tierischen Produkten – das globale Agrarsystem durch die notwendigen Viehweiden und den Futtermittelanbau umwälzte. Die strengen ökonomischen Kriterien unterliegende Massentierhaltung (Hybridrassen, kurze Produktionszeit, moderne Stalltechnik, arbeitsteiliger Produktionsprozess), insbesondere in der Schweine- und Geflügelhaltung, ist – neben dem Hybridmais – in gewisser Weise Sinnbild der fordistischen Agrarproduktion.⁴⁸ Die industrielle Fleischproduktion und -verarbeitung in den Schlachthöfen von Chicago haben ihrerseits zur Herausbildung fordistischer Produktionsorganisation beigetragen, und zwar insofern, als Henry Ford sich von ihr die Fließbandtechnologie abguckte.

Mit der Herausbildung »moderner« und »westlicher« Konsumnormen ging zudem eine Verkürzung der Produktlebensdauer einher, und zwar sowohl materiell als auch im Hinblick auf die Wertschätzung von Produkten, die sich am Rhythmus schnelllebiger »Moden« orientierte. Auf der Ebene der Distribution kam es nach der Einrichtung von Ladenketten, Warenhäusern mit vermehrter Selbstbedienung und Versandhandel seit Ende des 19. Jahrhunderts in den 1950er-Jahren zur Errichtung suburbaner Einkaufszentren (*shopping malls*). Werbung und Marketing wurden professionalisiert und zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Durch die wachsende Produktivität verringerten sich die Kosten für Konsum-

güter und damit für die Reproduktion der Arbeitskraft. An der steigenden Mehrwertmasse partizipierten die Lohnabhängigen durch Reallohnsteigerungen.

Institutionalisiert wurde der fordistische Klassenkompromiss etwa in Gestalt des Korporatismus, der die Formen der Austragung des Klassenkonflikts mit den Erfordernissen einer einigermaßen störungsfreien Kapitalakkumulation in Einklang brachte. Dementsprechend dominierte in Westeuropa das sozialdemokratische Paradigma. Zentrale Konflikte wurden um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ausgetragen – nicht über die Art und Weise der Produktion und um das Eigentum an Produktionsmitteln. Verteilungsansprüche wurden zunehmend an den Staat gestellt, wodurch dieser an Bedeutung gewann. Zudem griff er regulierend in Bereiche wie etwa Arbeitsschutz, Lebensmittelhygiene oder Gesundheit ein, die mit der zunehmenden Industrialisierung immer wichtiger wurden.

Die den Lehren von Frederick W. Taylor folgende Rationalisierung der Produktion – in Gestalt einer rigiden Trennung von konzeptioneller und ausführender Arbeit sowie einer Segmentierung des Arbeitsprozesses in kleinste, sich ständig wiederholende Schritte – und die damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen in den kapitalistischen Zentren waren eine Grundlage der fordistischen Entwicklungsweise. Der Staat ermöglichte diese Veränderungen durch den Aufbau entsprechender Infrastrukturen für den Transport von Energieträgern und anderen Rohstoffen, produzierten Gütern und Menschen. Auch der Fordismus beruht auf dem intensiven Zugriff auf ein »Außen«, insbesondere auf unbezahlte Reproduktionsarbeit und auf Arbeitskraft und Rohstoffe im globalen Süden. Sie waren Gegenstand dynamischer Landnahmen und Externalisierungen.

Das Automobil fungierte – neben Eigenheim und Elektrogeräten – als das emblematische Vehikel der fordistisch-kapitalistischen Lebensweise und der ihr entsprechenden Subjektivierungsformen: Seine standardisierte Produktion in hochgradig arbeitsteiligen Großunternehmen forderte den Lohnabhängigen ein hohes Maß an Disziplin sowohl am Arbeitsplatz als auch darüber hinaus ab: In den

meisten Ländern des globalen Nordens setzten sich mit der fordistischen Produktions- und Konsumnorm ein männlich-weißes Familiennährer-Modell und patriarchal-familiäre Geschlechterverhältnisse durch. »Es scheint klar«, so formulierte es Antonio Gramsci 1934 mit Blick auf die USA, »dass der neue Industrialismus die Monogamie will, dass er will, dass der arbeitende Mensch seine Nervenkräfte nicht bei der ungeordneten und aufregenden Suche nach sexueller Gelegenheitsbefriedigung verschwendet: der Arbeiter, der nach einer ›ausschweifenden‹ Nacht zur Arbeit geht, ist kein guter Arbeiter, der Überschwang der Leidenschaft verträgt sich nicht mit den zeitgemessenen Bewegungen der an die perfektesten Automatismen gebundenen menschlichen Produktionsgesten.«⁴⁹ Gramsci nennt dies die »psycho-physische Anpassung an die neue industrielle Struktur«, die einen »neuen Menschentyp« hervorbringt.⁵⁰ Es überrascht denn auch nicht, dass Henry Ford eine »soziologische Abteilung« betrieb, die das Privatleben seiner Arbeiter rigoros kontrollierte: »Sie sollten sparsam leben, nicht zu viel rauchen und trinken, die Ehefrau sollte nicht erwerbstätig sein und den Haushalt ordentlich führen.«⁵¹ Rationalisierung fand mithin nicht nur auf der betrieblichen Ebene statt, sondern wurde zum Teil von alltäglichen und intellektuellen Praxen wie auch staatlichen Eingriffen.

Entscheidend in unserem Zusammenhang ist nun, dass mit der »inneren Landnahme« nicht nur die kapitalistische Produktionsweise in die Kapillaren des Alltags der Lohnabhängigen sowie in die gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen eindrang, sondern sich auch die imperiale Lebensweise der Mittel- und Oberklassen gesellschaftlich verallgemeinerte. Sie wurde hegemonial, also breit akzeptiert, und zu einem Bestandteil der alltäglichen Lebbarkeit und Attraktivität der gesellschaftlichen (Re-)Produktion. Begriffe wie »Konsumgesellschaft« oder »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« (so der Soziologe Helmut Schelsky Mitte der 1950er-Jahre), die neue Figur des »Konsumenten« oder das Versprechen »Wohlstand für alle« des ersten bundesrepublikanischen Wirtschaftsministers, Ludwig Erhard, drückten das damals herrschende gesellschaftliche Selbstverständnis aus. Die imperiale Lebensweise wurde zudem

zum Kompromissterrain von Kapital und Arbeit in den kapitalistisch-imperialen Zentren.

Die fordistische Produktions- und Konsumnorm ist enorm ressourcen- und emissionsintensiv. Sie beansprucht die globalen Ressourcen und Senken in einem bis dahin nicht bekannten Ausmaß. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sie den Einsatz fossiler Ressourcen – vor allem Öl, nach wie vor aber auch Kohle – zu energetischen und nichtenergetischen Zwecken intensiviert: »Erdöl war nicht nur die materielle Basis für zahllose Produkte (z. B. Plastik, Kleidung und Arzneimittel), seine Zentralität als Treibstoff für den Transport gewährleistete auch, dass Produkte, selbst wenn sie nicht mit Hilfe von Erdöl hergestellt wurden, über Erdöl-basierte Mobilitätsmuster verteilt und konsumiert wurden.«⁵² Weitere technologische Innovationen in den Bereichen Chemie, Landwirtschaft, Telekommunikation, Maschinenbau, Elektronik und Transport stützten die fordistische Dynamik. Auch sie waren überaus energie- und rohstoffintensiv. Vor allem die Automobilität beinhaltete eine intensivierte Ressourcenextraktion und Landschaftstransformation. »Pro Kilometer Autobahn werden 40.000 Tonnen Zement, Stahl, Sand und Schotter benötigt, und der Flächenbedarf für Straßen ist 10- bis 15-mal so hoch wie der für die Eisenbahn. Der Transportsektor löst in dieser Phase die Industrie als größten direkten Energieverbraucher ab.«⁵³

Die Nutzung von einheimischen Ressourcen hat sich in den westlichen Industrieländern (Westeuropa, Nordamerika, Neuseeland, Australien und Japan) von 1950 bis 1970 im Durchschnitt verdoppelt. Zudem wurde fast die Hälfte der global genutzten Materialien in diesen Ländern verbraucht. Allein zwischen 1960 und 1970 haben sich die Nettoimporte von fossilen Energieträgern in die westlichen Industrieländer verdreifacht,⁵⁴ wobei Australien und Kanada als starke Exporteure diese Zahlen eher noch relativieren.

Die fordistische Lebensweise wurde ab der Mitte des 20. Jahrhunderts politisch abgesichert durch die Weltordnung der *Pax Americana*. Sie gründete für die Regionen der Welt, die davon direkt beeinflusst waren, auf der Wirtschaftsmacht der USA. Ihr stand für einen

erheblichen Teil der Welt eine *Pax Sovjetica* gegenüber, die ebenso ein eindeutiges ökonomisches und politisches Zentrum hatte. Auch dort fanden sich Strukturmerkmale einer (peripher-)fordistischen Lebensweise.⁵⁵ Wir konzentrieren uns jedoch auf die weitere Entfaltung der imperialen Lebensweise in der kapitalistischen Welt. Die militärische und politische Dominanz der USA im Westen sowie die Systemkonkurrenz hatten – aus Sicht des globalen Nordens – relativ stabile weltpolitische Verhältnisse zur Folge, was sich auch im geregelten Zugriff auf billige Ressourcen wie Erdöl niederschlug.

Dem *dominant Western worldview*⁵⁶ lag die Vorstellung zugrunde, dass sich die »Gesellschaft« mittels technisch-wissenschaftlicher Entwicklungen von der »Natur« beziehungsweise den Naturzwängen immer weiter emanzipieren könnte. Was jedoch tatsächlich stattfand, war nicht die »Emanzipation« von der Natur, sondern die Externalisierung der Folgen äußerst destruktiver Naturverhältnisse. Sie wurde zu einer zentralen Funktionsvoraussetzung der fordistischen Produktions- und Konsumnorm. Je stärker sich ressourcen- und emissionsintensive Praxen im globalen Norden gesellschaftlich verallgemeinerten, desto größer wurde der Bedarf an einem Außen, von dem die Ressourcen kommen und auf das die sozial-ökologischen Kosten verlagert werden können. Als ein wesentliches Element der Externalisierung dominierte eine *not-in-my-backyard*-Haltung, d. h., die negativen Auswirkungen sollten nicht im eigenen Hinterhof spürbar werden. Man könnte *not in my backyard* auch als veralltäglichte Haltung der imperialen Lebensweise bezeichnen. Auf der Produktionsseite kam seit den 1960er-Jahren die Verlagerung vieler *dirty industries* beziehungsweise besonders arbeitsintensiver und/oder schädlicher Industrien in Länder des globalen Südens hinzu. Betroffen waren etwa die Herstellung von Stahl, Textilien, Chemieprodukten und elektronischen Geräten beziehungsweise einzelne Stufen in den Wertschöpfungsketten solcher Produkte.

In vielen westlich orientierten Gesellschaften des globalen Südens bildete sich eine peripher-fordistische Lebensweise heraus. Durch die Krise von 1929 kam es in einigen Teilen der Welt zu verstärkten Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen sowie zu einer

Vergrößerung der ArbeiterInnen- und der Mittelklasse: Das betraf insbesondere die bereits dekolonisierten Länder Lateinamerikas mit der prinzipiellen Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschaftspolitik. Der Staat weitete seine Tätigkeit aus:⁵⁷ Er errichtete Schutzzölle, transferierte Einkommen aus den Exporten in binnenmarktorientierte Sektoren, integrierte die Interessen der urbanen Mittel- und Oberschichten und die der ArbeiterInnenklasse (zumindest anfänglich) und agierte mitunter gegen die Interessen der Agraroligarchie (etwa indem er vor dem Hintergrund der von bäuerlichen Bewegungen geführten Kämpfe Landreformen vornahm). Dies ging einher mit einer gewissen Form des »Konsumnationalismus«,⁵⁸ der aufgrund teurer Importe und einer Besinnung auf eigene Traditionen wie etwa die Tortillas in Mexiko durchaus bedeutsam war und bis in die 1970er-Jahre Bestand hatte. In einigen Ländern kam es zur Verstaatlichung von Bodenschätzen und Rohstoffsektoren – wie etwa 1938 in Mexiko.

Im Landwirtschaftsbereich wurde in den 1960er-Jahren die »Grüne Revolution« ausgerufen, um die im globalen Norden entwickelten Produktionsverfahren zu universalisieren. Die Internationalisierung agroindustrieller Produktionsweisen und der damit einhergehenden Modernisierungsvorstellungen erfolgte insbesondere über US-Konzerne, die zur Verbreitung der fordistischen Lebensweise beitrugen. Pflanzenzüchtung in Verbindung mit Agrochemie, Nahrungsmittelhilfe sowie Marketing- und Kreditprogrammen wurden zu einem wichtigen Bestandteil der US-amerikanischen Außen(wirtschafts)-politik.⁵⁹

In Lateinamerika wie auch in anderen Teilen des globalen Südens ähnelten die Konsumgewohnheiten der Mittelschichten jenen des globalen Nordens. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurde zudem auch die Lebensweise der ArbeiterInnen immer stärker von der kapitalistischen Ökonomie abhängig. Insofern gab es also bereits in der fordistischen Periode des Kapitalismus Anzeichen für eine tendenzielle Ausbreitung der imperialen Lebensweisen in den (semi-)peripheren Ländern. Das galt umso mehr, als die Länder des globalen Südens sich seit den 1960er-Jahren verstärkt organisierten

(etwa im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung – UNCTAD), um ihren Anspruch auf Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen, die der globale Norden, nicht zuletzt basierend auf den Ressourcen und Arbeitskräften des globalen Südens, erwirtschaftete, zu untermauern. Die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die erstmals auf der UNCTAD III 1973 in Santiago de Chile erhoben wurde und die sich im darauffolgenden Jahr die UN-Generalversammlung zu eigen machte, zeugt von diesen Verschiebungen. Die imperiale Lebensweise wurde zum materiellen Kern des Entwicklungs- und Fortschrittsversprechens, dessen Einlösung im globalen Süden jedoch noch lange – und für die Mehrheit der Menschen bis heute – auf sich warten lässt. Die wesentliche normative internationale Orientierung verdichtete sich in der Idee der »Entwicklung« als Modernisierungs- und Industrialisierungsprozess, in dem die westlichen oder östlichen Metropolen als Vorbilder dienten.⁶⁰ Sehr eingeschränkt deutete sich also auch in Teilen des globalen Südens eine »innere Landnahme« an, ohne dass sich gleichwohl an dessen Weltmarktintegration über Rohstoffexporte und damit an der grundlegenden Struktur des Ressourcenextraktivismus etwas änderte.

Die zunehmend ressourcenintensive fordistische Lebensweise bedurfte der undemokratischen Nord-Süd-Verhältnisse. Das wird besonders deutlich am Erdöl, und zwar sowohl an seiner Extraktion (Ressourcen) als auch an den ökologischen Folgen seiner Verbrennung (Senken). Auf der Extraktionsseite kommt es zur Kooperation zwischen kapitalistischen Staaten und Unternehmen des globalen Nordens mit konservativen Bewegungen und Regierungen des globalen Südens, um den Zugang zu den Erdölvorkommen und die Unterdrückung demokratischer Bestrebungen in den Ländern des globalen Südens zu ermöglichen.⁶¹ Und was die Senken betrifft, die das bei der Verbrennung von Öl und anderen fossilen Energieträgern entstehende CO₂ aufnehmen, so werden sie, obwohl sie sich größtenteils in den Ländern des globalen Südens befinden, überwiegend vom globalen Norden in Anspruch genommen beziehungsweise – siehe Klimawandel – überbeansprucht.⁶² Die Absicherung

der fordistischen Produktions- und Konsumnorm ist deshalb kaum demokratisch zu gewährleisten, sondern beruht wesentlich auf militärischer Gewalt, ungleichen ökonomischen Beziehungen und/oder institutionalisiertem Zwang in Form von Handelsabkommen.

Ende der 1960er-Jahre zeichnete sich ab, dass die Produktivitätspotenziale der fordistischen Entwicklungsweise ausgeschöpft waren und es zu Problemen der Kapitalverwertung und damit zu Krisenphänomenen kam. Zudem büßten die USA ihre ökonomische Vormachtstellung ein, was nicht zuletzt mit dem Erfolg des von hier in andere Länder – insbesondere nach Westeuropa – »exportierten«, expansiven fordistischen Produktions- und Konsummodells zusammenhing, also mit der Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise im globalen Norden.

Die Ansprüche der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen auf ein besseres Leben wurden in der Wachstumsphase des globalen Kapitalismus vor allem in den Ländern des globalen Nordens für große Teile der Bevölkerung zumindest auf der materiellen Ebene mehr oder weniger erfüllt. In vielen Ländern des globalen Südens kam es aufgrund der weltweiten Expansion und Landnahme des Kapitalismus zur Ausweitung der Mittelklasse und zu Ansätzen einer Industrialisierung. In der Krise des peripheren Fordismus nahmen viele Regierungen billige Kredite auf, um die Konsumstandards der Mittelklasse und damit ihre Legitimität zu erhalten sowie eine »verschuldete Industrialisierung« zu erproben.⁶³ Dazu kamen aufgrund der Erfahrungen der Dekolonisierung und in Lateinamerika in der Folge der kubanischen Revolution radikale Bewegungen und Forderungen, welche die imperiale Lebensweise des globalen Nordens hinterfragten. Sie wurden teilweise brutal von autoritären Regimen oder Militärdiktaturen unterdrückt. Dennoch blieb der Wunsch nach einem grundlegend besseren Leben in der Bevölkerung erhalten. In den 1970er-Jahren, als sich die fordistische Phase des Kapitalismus ihrem Ende zuneigte, geriet also die imperiale Lebensweise selbst in eine Krise – und erwies sich dennoch als attraktiv und expansiv.

Kapitel 5

Die globale Verallgemeinerung und Vertiefung der imperialen Lebensweise

*Wir sehen jedoch, daß der Kapitalismus in seiner vollen Reife
in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalis-
tischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist.*

Rosa Luxemburg¹

Verpasste Chancen: Die Krise des Fordismus

Aus heutiger Sicht erscheinen die 1970er-Jahre wie ein historisches Fenster, in dem aus unterschiedlichen Gründen die imperiale Lebensweise hinterfragt wurde. Vorläufer des Unbehagens waren Bücher wie »Der stumme Frühling« von Rachel Carson zu den negativen Auswirkungen von Pestiziden auf die Nahrungskette.² Eine Missernte bei Mais in den USA im Jahr 1970 vergrößerte das Bewusstsein, dass das fordistische Landwirtschaftsmodell von Hochleistungssorten und Monokulturen durchaus Gefahren barg. Publikationen wie der Bericht »Grenzen des Wachstums« an den *Club of Rome* initiierten breite gesellschaftliche Debatten. 1972 fand in Stockholm die erste Weltumweltkonferenz statt, in deren Folge das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet wurde.

Im Oktober 1973 kam es in der Folge des arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieges zu einer Ölpreiserhöhung durch die OPEC-Länder von drei auf über fünf Dollar pro Barrel (d.h. 159 Liter) – aus heutiger Sicht immer noch unfassbar niedrig. Diese stellte eine Grundlage der imperialen Lebensweise insbesondere in jenen ka-

pitalistischen Metropolen und peripheren Ländern infrage, die nicht selbst über Öl verfügten. Und auch darüber hinaus wurde von Regierungen und Befreiungsbewegungen des globalen Südens die ungleiche Naturaneignung immer wieder politisiert. Dabei ging es vor allem um die damals als zu niedrig erachteten und volatilen Rohstoffpreise, die es den Ländern erschwerten, sich aus der neokolonialen Abhängigkeit zu befreien. Auch die Rolle der transnationalen Unternehmen und die Verfügung über Technologien und Spielräume für eigenständige Industrialisierungsprozesse waren große gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Themen.³ Dies alles war Teil der Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, in der die jüngst dekolonisierten Länder zu Beginn der 1970er-Jahre insbesondere im Rahmen der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) einforderten, alte Abhängigkeiten zu überwinden. Diese Forderung hatte einen demokratiepolitischen Kern: Es ging um die Kontrolle über und »gerechte« Nutzung von Ressourcen.

Noch unterstrichen wurde die Problematik der imperialen Lebensweise dadurch, dass die Ölförderung in den USA im Jahr 1970 mit 3,8 Milliarden Barrel ihren Höhepunkt erreichte. Bis 2008 ging sie aufgrund sich erschöpfender Quellen auf 2,1 Milliarden Barrel pro Jahr zurück. Das Land war bei steigendem Ölverbrauch – etwa ein Drittel Zuwachs im genannten Zeitraum – verstärkt auf Importe angewiesen. In manchen Ländern wie Westdeutschland kam es aufgrund der Erwartung einer zunehmenden Ölknappheit zu autofreien Sonntagen. In Österreich sollte der Autoverkehr dadurch reduziert werden, dass an manchen Tagen je nach gerader oder ungerader Zahl am Nummernschild nur die Hälfte der Autos fahren sollte.

In einzelnen Gesellschaften stellten unterschiedlich starke Ökologie- und andere soziale Bewegungen das dominante lineare und naturzerstörende Fortschrittsdenken infrage. Die Ökologiebewegung entstand zunächst unabhängig von anderen Protestbewegungen wie der StudentInnen-, Solidaritäts- und Frauenbewegung, wurde aber im Verlauf der 1970er-Jahre ein wichtiger Teil der neuen sozialen Be-

wegungen. 1972 entstand mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine wichtige Koordinationsstelle, die traditionellen, seit dem 19. Jahrhundert entstandenen Naturschutzverbände öffneten sich, und neue Gruppen wie Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) oder der Verkehrsclub von Deutschland (VCD) kamen hinzu.⁴ Die Solidaritätsbewegung kritisierte die ungleichen weltwirtschaftlichen und -politischen Strukturen, die in vielen Ländern zu offen-repressiven Regimen führten. 1977 schlossen sich viele Initiativen zum Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zusammen, um ihren Anliegen mehr Sichtbarkeit zu geben.

In den 1970er-Jahren wurden die fordistischen Orientierungen, Handlungsformen und Institutionen also auf vielfältige Weise hinterfragt, alternative Lebensformen wurden ausprobiert, der Wert von Kooperation und Kommunikation betont.⁵ In der Ablehnung des disziplinierenden fordistischen Regimes und im Experimentieren mit Alternativen entstanden neue Lebensstile sowie Formen der Flexibilität und Mobilität.

Dieses historische Fenster schloss sich jedoch wieder mit der sich durchsetzenden neoliberalen Krisenbearbeitung. Einerseits wurden viele Alternativen im Sinne einer Modernisierung des Kapitalismus integriert, ja sie wurden sogar zu einer Produktivkraft des sich restrukturierenden Kapitalismus. Die Kritik am disziplinierenden Arbeits- und Lebensmodell des Fordismus durch subkulturelle Bewegungen etwa führte zum Anspruch auf eine freiere Gestaltung des Alltags und zu einer Pluralisierung der Lebensspraxen. Diese wiederum wurden in den sich herausbildenden neoliberalen Kapitalismus mit seiner Entgrenzung von Arbeit und zunehmender Selbstdisziplinierung und Selbstoptimierung integriert. »Die Bewegungen antizipierten das kapitalistische Bewusstsein für die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels und diktierten dessen Form und Verlauf.«⁶

Andererseits zeigte sich in der damaligen Krise die stabilisierende Funktion der imperialen Lebensweise: In Zeiten zunehmender Verunsicherung und Arbeitslosigkeit, später dann angesichts wach-

sender Konkurrenz der Lohnabhängigen, zunehmenden Sozialabbaus und sozialer Spaltung sicherte sie die Einbindung mehr oder weniger breiter Bevölkerungsschichten in das Entwicklungsmodell und damit auch gesellschaftliche Kompromisse. Die Reproduktionskosten der Arbeiterklasse konnten relativ niedrig gehalten werden.

Aus der Rückschau betrachtet, war seit den 1980er-Jahren die Antwort auf die Krise des Fordismus das, was später als »neoliberale Globalisierung« bezeichnet wurde und zu einer enormen kapitalistischen Expansion und Landnahme sowie zu zunehmender innergesellschaftlicher, weltwirtschaftlicher und geopolitischer Konkurrenz führte.⁷ Diese bekam nach dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion in den 1990er-Jahren einen zweiten Schub, auf den ein dritter folgte: der spektakuläre Aufstieg von Schwellenländern wie China ab Ende der 1990er-Jahre und die Wachstumsdynamik der Länder, die von Rohstoffexporten finanziert wurden und ab etwa 2003 für gut zehn Jahre einen historisch einmaligen Preis- und Nachfrageboom erlebten.

Die kapitalistische Globalisierung ist im Kern Ergebnis und Teil einer Strategie der herrschenden Kräfte, die Profitabilität des Kapitals wiederherzustellen: Die zentralen Mittel waren die Restrukturierung und Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und der Abbau von Handelsbeschränkungen, die Liberalisierung der Finanzmärkte, Privatisierungen, der Rückbau der sozialpolitischen Funktionen des Staates, die Entsicherung und Prekarisierung von Teilen der Lohnabhängigen und, damit einhergehend, deren Spaltung sowie die Schwächung der Gewerkschaften. In vielen verschuldeten und auf internationale Kredite angewiesenen Ländern des globalen Südens wurden sogenannte Strukturanpassungsprogramme durchgesetzt. John Williamson bezeichnete die von US-Regierung, Internationalem Währungsfonds und Weltbank vorangetriebenen neoliberalen Politiken als »Washington-Konsens«.⁸

Die internationale Arbeitsteilung veränderte sich, da Industrieunternehmen der kapitalistischen Zentren teilweise arbeitsintensive Produktion – wie etwa die Textilproduktion – in Länder des

globalen Südens verlagerten.⁹ Damit wurde der Zugriff auf die globalen Arbeitskräfte, aber auch auf Rohstoffe über den Weltmarkt restrukturiert. Liberale Investitions- und Handelspolitiken und eine Deregulierung von Rohstoff- und Produktmärkten sowie die Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) Mitte der 1990er-Jahre und später der Lissabon-Vertrag auf europäischer Ebene trugen dazu bei.

Die kapitalistische Globalisierung, das wird in der kritischen Debatte oft vergessen, beruht in den Zentren auf einem neuen Kompromiss zwischen Eliten und Subalternen – und hier insbesondere den Mittelklassen –, der im Kern eine neuerliche Vertiefung der imperialen Lebensweise beinhaltet. Dieser Kompromiss wird von vielen Menschen geduldet und aufgrund der durch ihn gestützten materiellen Konsummöglichkeiten sogar mehrheitlich gutgeheißen. Obwohl sie immer wieder von Minderheiten und sozialen Bewegungen infrage gestellt wurde, verfügte die imperiale Lebensweise über eine hohe Akzeptanz. Das ist im globalen Norden bis heute der Fall.

Die Vertiefung der imperialen Lebensweise im globalen Norden

In den frühindustrialisierten Ländern haben die fossilistischen Produktions- und Konsumnormen die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sich in der Folge sogar noch intensiviert. Durch die Globalisierung wuchsen Produktion, Vertrieb und Konsum billiger Industrieprodukte, die industrialisierte Landwirtschaft expandierte.

Obwohl beispielsweise der gesamte Ressourcenaufwand der Europäischen Union seit Mitte der 1980er-Jahre auf hohem Niveau stagniert, hat sich nicht nur der darin enthaltene Importanteil erhöht, sondern auch der »ökologische Rucksack« der Importe, der in den exportierenden Ländern des globalen Südens anfällt.¹⁰ Der »ökologisch ungleiche Tausch« drückt sich darin aus, dass er die Ökonomien des globalen Nordens mit billigem Rohmaterial versorgt und

damit dazu beiträgt, die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft vergleichsweise niedrig zu halten.

Der Run auf die natürlichen Ressourcen findet aber auch im globalen Norden selbst statt. In den US-amerikanischen Appalachen etwa wird auf einem Gebiet, das ungefähr doppelt so groß wie das Saarland ist, der ökologisch bereits problematische Tagebergbau durch das »mountaintop removal mining« ersetzt, d. h., Bergkuppen werden gesprengt und abgetragen, um an die Kohleflöze zu kommen. Der Abraum wird in Täler geschüttet, Flussökosysteme werden auf einer Länge von 1.900 Kilometern zerstört. Im kanadischen Alberta werden auf einer Fläche von fast 150.000 Quadratkilometern – fast der doppelten Fläche Österreichs – 170 Milliarden Barrel heute wirtschaftlich zu fördernden Öls aus Teersanden vermutet. Das macht Kanada zu einem der an Erdöl reichsten Länder der Welt.¹¹

Die Vertiefung der imperialen Lebensweise im globalen Norden zeigt sich auch bei den Ressourcen des »Informationszeitalters«, von dem in den 1990ern mitunter eine »Entstofflichung« beziehungsweise »Virtualisierung« der Ökonomie erwartet wurde. Beispiele sind die Metalle der Seltenen Erden, wie sie etwa in China unter hochgradig gesundheits- und umweltgefährdenden Bedingungen gewonnen werden.¹² Genauso problematisch wie die Produktion ist die Entsorgung von Elektrogeräten: Zwei Drittel der nicht mehr verwendeten Elektrogeräte in der EU werden nicht sachgemäß entsorgt. Trotz eines Exportverbots für Elektroschrott gelangt dieser auf vielen Wegen in Länder wie Ghana oder China. So kommen etwa über Hongkong jährlich Millionen Tonnen Elektroschrott ins 250 Kilometer entfernte Guiyu in Festlandchina. 80 Prozent der dortigen Bevölkerung, oft WanderarbeiterInnen, arbeiten ohne jegliche Gesundheitsvorkehrung im Recyclinggeschäft: Die Geräte werden mit bloßen Händen zerbrochen. Um Plastikarten zu identifizieren, »halten die Arbeiter die Bruchstücke über die Flamme eines Feuerzeugs und klassifizieren sie je nach dem Geruch, den das verbrannte Plastik abgibt, und sortieren sie dann in unterschiedliche Eimer. Diese

Arbeit wird oft von Minderjährigen verrichtet, die tagaus, tagein die giftigen Dämpfe einatmen.«¹³

Die imperiale Lebensweise basiert wesentlich auf einer Expansion der industrialisierten Landwirtschaft, die mit Landnahmen und Enteignungen einhergeht, die Macht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne vergrößert und immer mehr energetische Inputs benötigt. Die Expansion als Teil einer Norm, die zunehmenden Fleischkonsum mit steigendem Wohlstand gleichsetzt, geht etwa mit einer vermehrten Massentierhaltung und den damit verbundenen großen ethischen und ökologischen Problemen einher. Im Jahr 2012 wurden weltweit 65 Milliarden Landwirbeltiere für den menschlichen Verzehr geschlachtet und pro Person durchschnittlich etwa 43 Kilogramm Fleisch verzehrt, in den Industrieländern fast 80 Kilogramm. Um eine Kalorie Brennwert aus Hühnerfleisch zu gewinnen, bedarf es eines vierfachen Inputs an Energie, bei Schweinen und Milch liegt der Faktor bei 14, bei Eiern bei 39 und bei Rindfleisch je nach Futtermittel bei 20 bis 40. »Heute wird mehr Energie in die Agrarproduktion investiert als letztlich in Form von Nahrung gewonnen wird. Mitverantwortlich dafür ist die große Menge hochwertiger Agrarprodukte, die man an Nutztiere verfüttert.«¹⁴ Agrar-, Saatgut-, Pharma-, Chemie-, Maschinenbau- und Lebensmittelkonzerne treiben diese Dynamik voran, kulturell symbolisiert sie sich insbesondere in *fast-food*-Ketten und den immer aufwendiger gestalteten Supermärkten. Die staatliche und internationale Politik sichert das Modell ab. Heute wird weltweit doppelt so viel Fleisch wie zwei Generationen zuvor konsumiert, wobei sich innerhalb dieser Zeitspanne auch die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt hat: 1961 konsumierten 3 Milliarden Menschen im Durchschnitt 23 Kilogramm Fleisch pro Kopf, während 2011 etwa 7 Milliarden Menschen durchschnittlich 43 Kilogramm Fleisch konsumierten. Damit hat sich die weltweite Fleischproduktion von 71 auf 297 Millionen Tonnen mehr als vervierfacht.¹⁵

Philip McMichael spricht in diesem Zusammenhang von einem »konzerngetriebenen Nahrungsmittelregime (*corporate food regime*)«¹⁶: Große Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne sowie die

Supermärkte dominieren die globalen Produktions- und Distributionsketten, das Landwirtschaftsabkommen der WTO ist ein zentrales politisches Instrument der Liberalisierung der Agrarmärkte und des Machtausbaus der multinationalen Unternehmen. Im Unterschied zu seinem fordistischen Vorläufer ist das *corporate food regime* von einer starken Privatisierung der Agrarforschung geprägt, Patente und Biotechnologie gewinnen an Bedeutung. Das international etablierte Leitbild der Nahrungsmittelsicherheit orientiert sich dabei an der Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, wobei die konkreten Prozesse und Bedingungen von Produktion und Vertrieb sekundär sind und die Macht der Unternehmen verschwiegen wird.

Die sich globalisierende und konzerngetriebene Nahrungsmittelproduktion setzt die lokal angepassten und semisubsistenten agrar-ökologischen Praxen, die weiterhin einen Großteil der Welternährung sichern, unter Druck. Gleichwohl macht sich das *corporate food regime* durchaus die günstigeren Reproduktionskosten der SubsistenzbäuerInnen zunutze und bindet sie in Vertragssysteme ein. Entscheidend ist dabei, dass eben die global ausgerichtete Produktion die lokale kontrolliert und in Wert setzt. Konservative Schätzungen im Rahmen der FAO gehen davon aus, dass nach Einrichtung der WTO etwa 30 Millionen BäuerInnen ihr Land verloren.¹⁷ Die enteigneten BäuerInnen werden gemeinsam mit enteigneten migrantischen Arbeitskräften zur Reservearmee einer industriell-monokulturellen Landwirtschaft.¹⁸ Diese konkreten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Bedingungen ihrer Herstellung sind den Produkten des *corporate food regime* nicht anzusehen. McMichael spricht denn auch von *food from nowhere*.¹⁹

Nowhere bezeichnet dabei nicht nur die Unbestimmtheit der Herkunft, sondern vor allem auch das Unsichtbarmachen der sozial-ökologischen Zerstörungen, die die in Raum und Zeit grenzenlose Verfügbarkeit aller möglichen Lebensmittel beinhaltet. Das funktioniert nur deshalb, weil auch die Zerstörungsfolgen in Raum und Zeit externalisiert werden, also nicht von denen zu tragen sind, die

die Vorteile des Lebensmittelkonsums genießen. Für diesen gilt: Die Umweltfolgen »sind in Europa kaum spürbar, wir bekommen auch die Preisschwankungen aufgrund von Dürre, Flut oder gestiegenem Futtermittelbedarf nicht mit – etliche südliche Länder hingegen schon.«.²⁰ Die gesellschaftliche Destabilisierung bis hin zu blutigen Auseinandersetzungen ist nur die Kehrseite der stabilisierenden und legitimierenden Wirkung, die die jederzeitige Verfügbarkeit billiger Nahrungsmittel im globalen Norden hat. Dass dies so hingenommen wird, ist Ausdruck des strukturellen Rassismus und Neokolonialismus, der die Nord-Süd-Beziehungen prägt.

Die Vertiefung der imperialen Lebensweise im globalen Norden in Gestalt eines in Raum und Zeit immer weiter ausgreifenden Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft geht mit einer Intensivierung von Transportaktivitäten einher. So haben sich die Weltwarenexporte von rund fünf Billionen US-Dollar im Jahr 1995 auf rund 19 Billionen US-Dollar im Jahr 2014 fast vervierfacht. Sie nahmen damit deutlich schneller zu als das globale Bruttonationaleprodukt, der Weltmarkt und die damit verbundenen Verflechtungen stiegen also deutlich rascher an als die Weltproduktion. Hinsichtlich des Frachtvolumens des Welthandels lässt sich beispielhaft die Entwicklung des internationalen Containerverkehrs anführen, der von etwa 40 Millionen Tonnen im Jahr 1995 auf 120 Millionen Tonnen im Jahr 2011 anwuchs.²¹

Die Bundeszentrale für politische Bildung berechnet für einen längeren Zeitraum aus verschiedenen Quellen einen Anstieg der weltweiten Warenexporte von 1960 bis 2013 um den Faktor 17,4.²² Die Warenproduktion stieg dagegen »nur« um den Faktor 5,7. Bedeutend ist hierbei insbesondere, dass der Anteil an Fertigwaren an den Gesamtexporten um das 33-Fache gewachsen ist und 2013 64,7 Prozent ausmachte.²³ Charakteristisch für die Globalisierung ist demnach nicht nur der Handel mit Zwischenprodukten, sondern insbesondere auch der Export von für den Endverbrauch bestimmten Waren. Maschinen (darunter auch Büro- und Kommunikationsartikel) und Fahrzeuge/fahrzeugbezogene Produkte machten 2013 32,4 Prozent des monetären Wertes der weltweiten Warenexporte aus, gefolgt von

Brenn- und Treibstoffen (17,8 Prozent), chemischen Erzeugnissen (10,9 Prozent) und Lebensmitteln (8 Prozent).²⁴

Die jüngste Wirtschaftskrise markierte hier bislang allenfalls einen temporären Einbruch. So gingen die Warenexporte 2009 gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent zurück, um bereits 2010 wieder um 14 Prozent anzusteigen.²⁵ Die Tendenz der Vertiefung und Ausweitung der imperialen Lebensweise, um kapitalistische Krisen zu bearbeiten, blieb also erhalten. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Das International Transport Forum (ITF), der OECD-*think tank* für den Transportsektor, schätzt, dass der Welt-handel zwischen 2010 und 2050 wertmäßig um den Faktor 3,4 wachsen wird. Dieses Wachstum übersetzt sich in einen Anstieg des in Tonnenkilometern gemessenen Frachtvolumens um den Faktor 4,3.²⁶ Die durch den internationalen Frachtverkehr verursachten CO₂-Emissionen werden sich dem ITF zufolge nahezu vervierfachen.²⁷ Dabei verändern sich die Relationen zwischen den Verkehrsträgern. Während der Anteil der Schifffahrt an den gesamten CO₂-Emissionen des Frachtverkehrs von 37 auf 32 Prozent sinkt, steigen die Anteile der Luftfahrt und des Straßentransports von sieben auf neun beziehungsweise von 53 auf 56 Prozent (der Anteil der Bahn bleibt konstant bei drei Prozent). Der steigende Anteil des Straßentransports spiegelt das erwartete starke Wachstum des interregionalen Handels vor allem in Asien und Afrika wider: Für den innerasiatischen Handel erwartet das ITF einen Anstieg des Frachtvolumens um 400 Prozent, für den innerafrikanischen Handel gar um 700 Prozent.

Die Ausweitung und die Vertiefung der imperialen Lebensweise zeigen sich auch in der Zunahme der CO₂-intensivsten Art des Reisens, nämlich der Flugreisen. Den Berechnungen des internationalen Dachverbands der Fluggesellschaften, der *International Air Transport Association* (IATA), zufolge hat sich die Zahl der Fluggäste weltweit zwischen 1970 und 2015 von rund 380 Millionen auf rund 3,5 Milliarden fast verzehnfacht.²⁸ Dabei gibt es allerdings erhebliche regionale Unterschiede: Das größte »Marktsegment« bilden nach wie vor Inlandsflüge in den USA, die größten Zuwächse verzeich-

neten in den vergangenen Jahren dagegen China, Indien und Indonesien. In der Luftfahrt scheinen sich somit die weltwirtschaftlichen Verschiebungen der jüngeren Zeit abzubilden.

Das Flugzeug hat jene Entwicklung nachgeholt, die das Auto ein halbes bis drei Viertel Jahrhundert früher durchlaufen hatte: den Übergang vom exklusiven Transportmittel zum Massentransportmittel. Allerdings ist damit sein Klassencharakter keineswegs obsolet geworden. Die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung bringt es mit sich, dass immer mehr Menschen beruflich über weite Distanzen pendeln. Oft handelt es sich bei ihnen um hoch bezahlte Beschäftigte multinationaler Unternehmen, die in mehreren *global cities* gleichzeitig zu Hause sind beziehungsweise einen großen Teil ihres Lebens in Flugzeugen und Airport Lounges verbringen. Die Fluggesellschaften stellen sich auf diese Entwicklung ein: Während sie »für die Masse der Fluggäste den Komfort – etwa bei der Beinfreiheit – abbauen, um mit neuen Billig-Rekorden das Massengeschäft weiter anzukurbeln, wird der Komfort in der ersten Klasse mit Raffinement ausgebaut.«²⁹ Zudem nehmen Privatflieger, die besondere Freiheiten genießen (etwa die Möglichkeit, »über den oft verstopften Flugkorridoren der Fluggesellschaften [zu] fliegen, womit sie eine Art Überholspur für sich haben«), an Bedeutung zu; und Unternehmen wie Netjets und Flexjet ermöglichen reichen Vielreisern mittels »plane sharing« an vielen Orten der Welt einen flexiblen Zugang zu Privatflugzeugen.³⁰

Schließlich äußert sich der machtförmige Charakter der imperialen Lebensweise auch in den durch die Luftfahrt verursachten CO₂-Emissionen und der damit verbundenen höchst ungleichen Inanspruchnahme von Senken. In ihr spiegelt sich die Struktur der Weltwirtschaft in ihren ökologischen Dimensionen wider, »mit einem reichen Norden, der sich den überwältigenden Teil der Umwelt und Klima belastenden Luftfahrtemissionen leistet, und einem armen Süden, bei dem die materiellen Lebensbedingungen bisher beim Luftverkehr und damit beim Schadstoffausstoß als Bremse wirkten.«³¹

Die Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise

In den Zahlen zum Welthandel und zum Transport deutet sich bereits eine Entwicklung an, die in ihren sozial-ökologischen Dimensionen noch dramatischer ist als die Vertiefung der imperialen Lebensweise im globalen Norden: ihre Verallgemeinerung im Zuge des Aufstiegs der Schwellenländer. Seit etwa zwei Jahrzehnten lässt sich eine Dynamik beobachten, die zu der atemberaubenden Einsicht nötigt, dass sich derzeit zwei Drittel der Weltbevölkerung im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft befinden. Während sich in den westlichen Industrieländern (Westeuropa, Nordamerika, Neuseeland, Australien und Japan) die Nutzung der einheimischen Ressourcen zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt leicht zurückentwickelte, haben 28 asiatische Länder (ohne Japan) ihre inländische Ressourcenextraktion im selben Zeitraum insgesamt und pro Kopf mehr als verdoppelt. Dazu kam ein starker Anstieg der Rohstoffimporte, insbesondere von fossilen Energieträgern.³²

Ein konkreterer Indikator in diesem Zusammenhang ist die Energienutzung, vor allem der Verbrauch fossiler Energieträger. Die energieintensive, in weiten Teilen erdölabhängige Lebensweise, wie sie im globalen Norden seit Langem Normalität und im Alltagsverständnis, in den Infrastrukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verankert ist, breitet sich infolge vielfältiger Strategien der Inwertsetzung und Kapitalakkumulation seit geraumer Zeit mit Macht in den Mittel- und Oberklassen der Schwellenländer aus – sie wird dort zum dominanten Modell von Wohlstand, auch für jene, die (noch) nicht Teil der imperialen Lebensweise sind.

Die Treiber des Wachstums der Ölnachfrage sind der Transport und die Petrochemie. Bei Letzterer handelt es sich um den größten Ölverbraucher im industriellen Sektor. Er bedient vor allem die in den Schwellenländern rapide steigende Nachfrage nach Plastik. Im wachsenden Ölbedarf des Transportbereichs spiegelt sich die Ausbreitung der Automobilität, vor allem des privaten Pkw-Besitzes in

den Schwellenländern, wider. Weltweit wird sich den Projektionen von BP zufolge die Zahl der Autos verdoppeln: von 1,2 Milliarden in 2015 auf 2,4 Milliarden in 2035. Das vermutete Wachstum findet nahezu ausschließlich in den aufsteigenden Ökonomien der Nicht-OECD-Länder statt, deren Fahrzeugflotte sich von einer halben Milliarde auf 1,5 Milliarden verdreifachen könnte. Das Wachstum der Energieeffizienz hält damit nicht Schritt. Laut BP werden Pkw im Jahr 2050 durchschnittlich 40 Prozent weniger Treibstoff verbrauchen als 2015.³³ Die damit verbundenen Energieeinsparungen werden aber durch das Wachstum der Pkw-Flotte zunichtegemacht. Dazu kommt, dass in jüngerer Zeit die Zahl von ressourcenintensiven Fahrzeugen wie den *Sport Utility Vehicles* (SUVs) besonders stark gewachsen ist. In China steigt aus diesem Grund die durchschnittliche Energieintensität der verkauften Fahrzeuge nach Jahren des Rückgangs seit 2013 wieder an.³⁴

Insgesamt sinkt den Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) zufolge in den Nicht-OECD-Ländern zwar die Ölintensität; d. h., die Menge an Öl, die für eine Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgewendet wird, wird kleiner. Noch stärker als die Ölintensität sinkt, wächst aber das BIP, sodass die Ölnachfrage absolut ansteigt.³⁵ Am stärksten soll sie in Asien wachsen und hier vor allem in Indien, das sich zur »weltweiten Nummer eins in Sachen Energie-Nachfrageanstieg«³⁶ entwickelt. China, das zwischen 2005 und 2015 für 60 Prozent der Zunahme des globalen Ölverbrauchs verantwortlich war, geht dagegen in eine weniger energieintensive Phase über, was allerdings nur bedeutet, dass sich das Wachstum der Nachfrage abschwächt. Absolut soll die Ölnachfrage Chinas auch im Zeitraum 2014 bis 2050 wachsen. Beide Staaten würden folglich zunehmend von Ölimporten abhängig.³⁷

Das hat wichtige sozial-ökologische Implikationen: Angenommen, eine bis 2050 auf 8,5 Milliarden Menschen angewachsene Weltbevölkerung nutzt pro Kopf so viel Energie, wie es heute in den Industrieländern üblich ist, dann würde sich die globale Energienutzung bis zur Mitte des Jahrhunderts verdreifachen.³⁸ Bereits das heutige Niveau ist aber aufgrund des Ressourcenverbrauchs und

der Senkenbelastung, die es impliziert, zu hoch, um Phänomene wie den Klimawandel oder den Biodiversitätsverlust beherrschen zu können.

Die 1980er-Jahre ließen den spektakulären Aufstieg der sogenannten Schwellenländer ab Mitte der 1990er-Jahre noch kaum erahnen. 1980 erwirtschaftete die Bevölkerung in den Industrieländern (*advanced economies* laut IWF), damals ein Viertel der Weltbevölkerung, etwa 70 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts und verfügte auch über die entsprechende Kaufkraft. 2013 lebten dort nur mehr 17 Prozent der Weltbevölkerung, die etwa die Hälfte des Weltsozialproduktes erwirtschafteten.

Im Zuge des ökonomischen Aufstiegs von Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien praktizieren die dortigen sich vergrößernden Mittel- und Oberklassen zunehmend die imperiale Lebensweise: den *American way of life* mit Individualverkehr, fleischhaltiger Ernährung und ressourcenaufwendigen Konsumgütern. Man kann dies durchaus auch als Resultat der sozialen Kämpfe um Teilhabe interpretieren, die etwa in Brasilien die Arbeiterpartei an die Macht brachten, deren Politik vielen Menschen den sozialen Aufstieg ermöglichte. Die Kriterien, wer zu den Mittelschichten zu zählen ist, sind umstritten.³⁹ Laut OECD »gehörten 2009 auf der Welt mehr als 1,85 Milliarden Menschen zur globalen Mittelschicht, entsprechend einem Viertel der Weltbevölkerung, davon 644 Millionen in Europa, 525 Millionen in Asien und dem Pazifik, 338 Millionen in Nordamerika, 181 Millionen in Süd- und Zentralamerika, 105 Millionen im Nahen Osten und Nordafrika sowie 32 Millionen in Subsahara-Afrika.«⁴⁰ Das Entwicklungsprogramm der UNO geht davon aus, dass weltweit die Mittelschichten von gut 1,8 Milliarden Menschen im Jahr 2009 auf über 3,2 Milliarden in 2020 und fast 4,9 Milliarden im Jahr 2030 ansteigen werden. Der überwiegende Teil der Menschen – nämlich über 3,2 Milliarden – wird dieser Prognose zufolge in Asien leben. Ob die Zuwächse vor allem in China oder Indien stattfinden werden, ist ebenfalls umstritten.⁴¹

Auf einer allgemeinen Ebene und für das Thema der imperialen Lebensweise und ihres hegemonialen Charakters ist die Bestim-

mung ausreichend, dass es um die Möglichkeit eines materiell komfortableren Lebens geht. »Hierzu gehören die Wahrnehmung von höheren Bildungs- und Kulturangeboten, eine stabile Arbeitssituation, passable Wohnverhältnisse sowie eine ausreichende Gesundheitsversorgung und Alterssicherung. [...] Die globale Mittelschicht ist urban, hat Zugang zu Massenmedien und ist mobil. Unübersehbar ist diese neue globale Mittelschicht in den Städten der Welt, die internationale Produkte konsumiert und einen internationalen Lebensstil pflegt.«⁴²

Allerdings ist die Rede von den globalen Mittelklassen oder -schichten sehr pauschal. Denn die neuen Mittelschichten der Schwellenländer sind eher mit denen der kapitalistischen Zentren vor dem Fordismus und der Ausbildung von Sozialstaatlichkeit zu vergleichen.⁴³ Die Mitglieder der Mittelschichten in Ländern des globalen Südens sind verletzlich »gegenüber Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Sie können bei finanziellen Schocks aufgrund des Fehlens von sozialen Sicherungssystemen leicht in Armut abrutschen. Ein Großteil der zur neuen Mittelschicht gehörenden Menschen sind gleichzeitig auch jene, die zwar ihr Einkommensniveau steigern konnten, aber dennoch nicht weit von der Armutsgrenze entfernt sind.«⁴⁴ Aufgrund geringer Sozialstaatlichkeit und ökonomischer Unsicherheit gehören sie zur sogenannten *floating group*, leben also knapp oberhalb der Armutsgrenze und sind immer wieder davon bedroht, in Armut abzugleiten. Die Internationale Arbeitsorganisation – mit einem deutlich breiteren Verständnis von Mittelklassen als OECD und UNDP – zählte im Jahr 2010 etwa 1,9 Milliarden Menschen zu dieser Gruppe.⁴⁵

Ein häufig übersehenes Kennzeichen der Mittelklassen in den Schwellenländern liegt darin, dass sie nicht nur mehr konsumieren und damit mehr Ressourcen verbrauchen. Unter bestimmten Umständen sind sie in der Lage, die bei ihnen wie auch bei den populären Klassen bestehenden Bedürfnisse nach Bildung, sozialer Absicherung, physischer Sicherheit sowie politischer wie kultureller Partizipation stärker zu artikulieren.⁴⁶ Diese Dimensionen könnten mittelfristig eine wichtige Grundlage darstellen, um die imperi-

ale Lebensweise, die neben ökologischen Problemen eben auch viele Menschen in existenzieller Unsicherheit lässt, zu politisieren (was natürlich auch durch die populären Klassen erfolgen kann).

Denn auch den neuen Mittelklassen ist der Widerspruch allgegenwärtig, dass gerade die Länder, die erst spät oder bislang kaum zu materiellem Reichtum kamen, besonders stark von den Folgen der ökologischen Krise betroffen sind: Neben unmittelbaren Effekten wie Luft- und Wasserverschmutzung als »Kollateralschaden« nachholender Entwicklung tragen auch Faktoren wie fehlende Finanzmittel für die Anpassung an die globale Erwärmung zu diesem ungleichen Verhältnis bei.⁴⁷ Allerdings kommen die städtischen Mittelklassen in den Ländern des globalen Südens (ganz zu schweigen von den Oberklassen) dabei tendenziell besser weg: Von den schädlichen Implikationen der Ressourcenextraktion und der monokulturellen Landwirtschaft sind sie weit weniger betroffen als ArbeiterInnen und BäuerInnen. Gleichzeitig profitieren sie von den Renten aus dem Ressourcenverkauf auf dem Weltmarkt mehr als diese.

Industrialismus und die Bildung einer Mittelklasse in China

China als neues globales Zentrum der Kapitalakkumulation ist das herausragende Beispiel der kapitalistischen Expansion und Landnahme. Es ist durch einen beeindruckenden Industrialisierungsprozess zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht nach den USA aufgestiegen. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten 30 Jahren im Durchschnitt knapp zehn Prozent pro Jahr.⁴⁸ Der Sino-Kapitalismus wird über eine Einheitspartei und einen autoritären Staat abgesichert.⁴⁹

Einige wenige Zahlen zeigen die sozioökonomische und ökologische Bedeutung dieser Entwicklung: Im Jahr 2014 wurden weltweit vier Milliarden Tonnen Zement produziert, davon 58 Prozent in China – ein guter Teil für die Urbanisierung des Landes. Der Anteil Indiens an der weltweiten Zementproduktion war mit sieben Prozent deutlich geringer als der chinesische, lag aber immer noch

über dem Europas. Ebenfalls 2014 produzierte China 820 Millionen Tonnen Stahl. Das entspricht etwa der Hälfte der Weltproduktion. Zum Vergleich: In der EU wurden 170 und in den USA 88 Millionen Tonnen produziert. Gegenüber 1990 (66 Millionen Tonnen) hat sich die chinesische Stahlproduktion mehr als verzehnfacht.⁵⁰ China ist heute der mit Abstand größte Kohleverbraucher weltweit. 2013 fragte das Land insgesamt 2,9 Milliarden Tonnen Steinkohleäquivalent nach. Das entspricht fast dem Doppelten der Kohlenachfrage aller OECD-Länder zusammen. Gegenüber 2000 hat sich die Kohlenachfrage Chinas fast verdreifacht. Allerdings sinkt die Wachstumsrate der Kohlenachfrage in China, und ab den 2030er-Jahren rechnet die IEA mit einem absoluten Rückgang des chinesischen Kohleverbrauchs.⁵¹

China ist inzwischen zudem zum größten Automobilproduzenten der Welt aufgestiegen, wobei die Produktion vor allem für den chinesischen Markt bestimmt ist, der chinesische Markt aber auch die Überproduktion in anderen Ländern aufnimmt. Im Jahr 2015 wurden weltweit 68,5 Millionen Pkw hergestellt, davon über 21 Millionen in China.⁵² Der chinesische Staat verpflichtet die internationalen Automobilhersteller zu Joint Ventures mit chinesischen Staatsbetrieben. Diese Hersteller stehen an der Spitze einer Pyramide von Zulieferern. Insbesondere die kleinen Zulieferer am unteren Ende der Wertschöpfungskette haben schlechte Arbeitsbedingungen und sind häufig repressiv und »marktdespotisch« organisiert, da sie starker Konkurrenz ausgesetzt und den Nachfrageschwankungen der Endfertiger unterworfen sind.⁵³

Die Expansion des chinesischen Kapitalismus basiert auf einer enormen Kommodifizierung von Arbeitskraft und Natur, die allerdings mit politischen Einschränkungen versehen ist: Das städtische Bauland etwa kann bislang nur für 70 Jahre gepachtet werden, dann geht es wieder in Staatsbesitz über. Bei der Arbeitskraft handelt es sich insbesondere um etwa 280 Millionen ArbeitsmigrantInnen aus dem ländlichen Raum, die in die städtischen Industriezentren migrierten und mit geringen sozialen Rechten und in instabilen Arbeitsverhältnissen arbeiten (und selbst häufig den Arbeitsplatz

und Arbeitsort wechseln). Die Migration vom Land in die Städte ist von vielen ArbeiterInnen gewollt, weil sich ihnen dort (scheinbar) die Möglichkeit eines ökonomisch unabhängigeren und mit Aufstiegschancen versehenen Lebens bietet.⁵⁴ Häufig bleiben die ArbeitsmigrantInnen jedoch eng mit ihrem Herkunftsort verbunden, an den sie zu Festen und in persönlichen oder wirtschaftlichen Krisenzeiten zurückkehren können. Die erste Generation der MigrantInnen reproduzierte sich teilweise sogar noch von der eigenen Landwirtschaft, was auf die zweite und dritte Generation nicht mehr zutrifft.⁵⁵

Trotz der massiven Industrialisierung verbleibt China bisher im Status eines semiperipheren Landes. Es verfügt zwar zunehmend über eine eigene technologische Basis und über Hightech-Unternehmen, ein Teil der Industrien befindet sich jedoch am unteren Ende globaler Wertschöpfungsketten und liefert den Konsumgüterfirmen des globalen Nordens zu, die der imperialen Lebensweise ihre bekannten Markennamen geben.⁵⁶ Es finden zwar Restrukturierungsprozesse in den am stärksten in den Weltmarkt integrierten Fertigungsindustrien – vor allem in der Automobilindustrie und der IT-Industrie – statt, um größere Wertschöpfung in China zu schaffen sowie die sozialen und ökologischen Probleme anzugehen, doch das gelingt bisher nur in Ansätzen.⁵⁷ Weiterhin basiert der chinesische Kapitalismus auf geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen, sehr großen Einkommensungleichheiten, einem hohen Energieverbrauch, relativ geringer Energieeffizienz sowie hoher Umwelt- und insbesondere Luftverschmutzung.⁵⁸

Die ILO geht davon aus, dass im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts in China die Mittelklasse um über 100 Millionen wuchs (in Indien um 15 Millionen). China ist inzwischen das Land mit dem weltweit größten Einzelhandelsumsatz und der zweitgrößten Pkw-Flotte (nach den USA). Die Zahl der Pkws stieg von 15 Millionen im Jahr 2003 über knapp 50 Millionen im Jahr 2009 auf 123 Millionen im Jahr 2014. Und auch die obere Klasse mit ihrem Hang zur protzigen Darstellung von Statussymbolen wie Wohnungen, Häusern und Autos wächst stark an. Im Jahr 2014 wurden schätzungs-

weise 40 Prozent der weltweit verkauften Luxusgüter von Chinesen erworben.⁵⁹

Ming weist sarkastisch auf eine Entwicklung hin: »1995 kündigte Chinas Maschinenbauministerium ein Konzept zur Entwicklung eines Familienautos an. Daraufhin drängten die besserverdienenden Städter die Verwaltungen, die beliebten Motorräder ›aus Umweltschutzgründen‹ von den Straßen zu verbannen. Dieselbe Sorge um die Umwelt traf ab 2003 auch die Elektrofahrräder: Auch sie wurden verboten. [...] Bis 2006 durften in Peking, Schanghai und Guangzhou auf Ring- und Prachtstraßen keine Autos mit einem Hubraum unter einem Liter fahren. Vielerorts wurden Kleinwagen gar nicht zugelassen.«⁶⁰

Mit der nachholenden Industrialisierung nimmt die Notwendigkeit zu, die ökologischen Kosten ähnlich wie im globalen Norden zu externalisieren. Absolut betrachtet hat China 2006 die USA als größten Verursacher von energiebezogenen CO₂-Emissionen überholt. Die chinesischen Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ betragen 2014 6,2 Tonnen (wobei ein Teil davon dem Konsum im globalen Norden dient). Das ist deutlich mehr als die Menge, die dem Budgetansatz des WBGU zufolge jedem Menschen zwischen 2010 und 2050 zusteht (2,7 Tonnen). Insofern befindet sich China längst in einem Entwicklungsstadium, in dem es wie die Länder des globalen Nordens die CO₂-Senken der Erde überproportional in Anspruch nimmt. Allerdings sind seine Pro-Kopf-Emissionen immer noch um ein Drittel niedriger als die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen der OECD-Länder. Zum Vergleich: Indien, das in absoluten Zahlen nach China, den USA und der EU der viertgrößte Verursacher von energiebezogenen CO₂-Emissionen ist, emittiert pro Kopf sogar nur 1,6 Tonnen, also ein Viertel der chinesischen und nur ein Zehntel der US-amerikanischen Menge.⁶¹ Eine weitere Dimension der Externalisierung liegt darin, dass *dirty industries* von der boomenden Ostküste teilweise nach Zentral- und Westchina, aber auch nach Südostasien und Indien verlagert werden und dass China zu einem wichtigen Akteur beim Kampf um Rohstoffe etwa auf dem afrikanischen Kontinent geworden ist.

Die sozialen und ökologischen Voraussetzungen und Folgen des chinesischen Industrialisierungsmodells werden zunehmend problematisiert. So nehmen die sozialen Konflikte in den letzten Jahren deutlich zu. Den vielfach schmerzhaften und traumatischen Erfahrungen der ersten Generation der ArbeitsmigrantInnen aus den 1980er- und 1990er-Jahren angesichts der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen – in den Leitbranchen der Elektronik- und Spielzeugindustrie und anderswo – scheinen nun bei vielen der in den Städten aufgewachsenen und besser ausgebildeten ArbeiterInnen eher Wut und Kampfbereitschaft zu folgen, aber auch Erfahrungen mit Streiks und Arbeitsniederlegungen.⁶² Hinsichtlich der ökologischen Voraussetzungen macht insbesondere die Tatsache, dass etwa vier Fünftel des Landes unter Smog leiden,⁶³ die Probleme sichtbar und erfahrbar. Mit dem Bau des Megaprojektes des Drei-Schluchten-Staudamms zur Stromerzeugung und der industriellen Verschmutzung etwa sind 98 Prozent der Fischbestände des Jangtse-Flusses, des längsten Flusses Asiens, verloren gegangen.⁶⁴ Obwohl die ökologischen Probleme in China bereits sehr sichtbar sind, deutet eine Zahl an, wie sich diese noch zuspitzen könnten: Mit 85 privaten Automobilen pro 1.000 EinwohnerInnen im Jahr 2012 lag China immer noch weit hinter dem globalen Norden.⁶⁵ In Deutschland etwa kamen im selben Jahr 539, in Österreich 542 Fahrzeuge auf 1.000 EinwohnerInnen.⁶⁶

Seit einigen Jahren steht die Umweltproblematik weit oben auf der politischen Agenda von Staat und Partei. Auf dem 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde im Jahr 2007 das Leitbild einer »ökologischen Zivilisation« verkündet, die eine 5-in-einem-Entwicklungsstrategie anstrebt, nämlich den Ausgleich von wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer, politischer und kultureller Entwicklung, um Modernisierung und Wohlstand zu verbinden.⁶⁷ Auf dem 18. Parteitag im Jahr 2012 wurde eine nationale Strategie formuliert.⁶⁸ Die Schlagwörter »blauer Himmel, grünes Land und sauberes Wasser« zeigen an, wo die Hauptprobleme der brachialen Industrialisierung Chinas liegen. Sie sollen mit verstärkten Investitionen in grüne Technologien etwa im Bereich der erneuerbaren

Energien, mit der Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz sowie mit anderen Umweltschutzmaßnahmen bekämpft werden. Dafür verfügt China über Umweltgesetze, die zu den modernsten der Welt gehören, bislang allerdings insbesondere wegen der engen Verbindungen zwischen Unternehmen und Parteikadern auf der lokalen Ebene oft unterlaufen werden und deshalb noch einmal verbessert werden sollen.

De facto nehmen durch das starke Wachstum und die Ausbreitung der imperialen Lebensweise Ressourcenverbrauch, Emissionen und Umweltzerstörung weiterhin zu. Auch die gegenwärtige wirtschaftspolitische Umorientierung auf den Binnenmarkt und den einheimischen Konsum deutet – trotz eines Fokus' auf den Dienstleistungssektor – eher auf eine Vertiefung der imperialen Lebensweise hin.⁶⁹ Dazu kommt, dass die konsum- und statusorientierten Mittel- und Oberklassen eine wesentliche Machtbasis der Kommunistischen Partei sind. Schließlich setzen die chinesische Regierung und Firmen auf Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und treiben derart die Externalisierung der Umweltprobleme voran. Die imperiale Lebensweise – genauer müsste man im Falle Chinas wohl von einer »subimperialen« Lebensweise sprechen – scheint neuerdings der Kompromiss zu sein, mit dem zumindest die sozialen Konflikte entschärft werden. Es wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob und inwieweit die Attraktivität dieser Lebensweise von ihren eigenen sozial-ökologisch destruktiven Begleiterscheinungen untergraben und durch soziale Bewegungen herausgefordert wird.

Neoextraktivismus in Lateinamerika

Neben dem chinesischen Modell der klassischen, von einem autoritären Entwicklungsstaat geförderten Industrialisierung zeigen auch die Entwicklungen in Lateinamerika zentrale Charakteristika der Ausweitung, in jüngerer Zeit auch der Krisenhaftigkeit der imperialen Lebensweise. Um die Jahre 2003 und 2004 herum begann ein kaum erwarteter Rohstoffboom, der mit der stabilen Nachfrage in den kapitalistischen Zentren, vor allem aber mit der Dynamik in

Ländern wie China und Indien zusammenhing. Damit wurde das Entwicklungsmodell des *Neoextraktivismus* konsolidiert. Es setzt auf die intensiviertere Förderung, Produktion und den Export von unverarbeiteten Rohstoffen.⁷⁰ Ökonomisch hängen daran enorme Investitionen durch einheimische oder ausländische Wirtschaftsakteure, etwa in die Erkundung und Ausbeutung von mineralischen Ressourcen, in den Aufbau von Infrastrukturen in Form von Straßen und Wasserwegen, Energieversorgung, Häfen und Lagermöglichkeiten. In der Landwirtschaft weiten sich Großgrundbesitz und eine agrarindustrielle und monokulturelle Produktion von Soja, Baumwolle oder Zuckerrohr aus, zunehmend unter Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut. Die argentinische Pampa, die als fruchtbares Weideland für extensive Viehzucht bekannt war, wurde in den letzten zehn Jahren fast komplett mit gentechnisch verändertem Soja von Monsanto überzogen, um Futtermittel für die Schweineproduktion in China anzubauen.⁷¹ Auch die Industrie ist in Ländern wie Brasilien stark am Modell des Neoextraktivismus ausgerichtet. Die Produktion von Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden, der agrar- und bergbaubezogene Maschinenbau sowie die Lebensmittelverarbeitung sind wichtige industrielle Sektoren. Die politischen Machtverhältnisse, Klassenstrukturen und hegemonialen Vorstellungen von »Fortschritt« und »Entwicklung« sind eng damit verbunden.

Der Neoextraktivismus brachte den Ländern Lateinamerikas zwischen etwa 2003 und 2012/2014 erhebliche – und nach den Wirtschaftskrisen der 1980er- und 1990er-Jahre kaum zu erwartende – finanzielle Zuflüsse. Bei einem ansonsten schwach ausgebildeten Steuersystem konnte der Staat hohe Einnahmen aus Primärgüterexporten verbuchen und sie auch in den Bereichen der Armutsbekämpfung und der Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen einsetzen.

Entscheidend ist nun, dass eine am globalen Norden orientierte Lebensweise in der neoextraktivistischen Phase für immer mehr Menschen nicht nur erstrebenswert, sondern auch erreichbar wurde. Hohe Exporterlöse sowie der grundlegende Erhalt der bestehenden

Wirtschafts- und Sozialstruktur ermöglichten einen Kompromiss, mit dem Oligarchie, Mittelschichten und die Armen zufriedengestellt werden konnten. Insbesondere die Mittelschichten zeichnen sich durch einen Umbau der eigenen Lebensweise aus: Automobile und Motorräder, elektrische Haushaltsgeräte, Hightech-Kommunikationsgeräte, teure Lebensmittel und private Gesundheitsdienstleistungen werden gekauft (als Nutzungsgegenstände wie als Symbole), Restaurantbesuche und Urlaube werden vermehrt unternommen. Ein Indikator dieser Entwicklung ist die zunehmende Nutzung von Kreditkarten. Maurizio Bussolo, Maryla Aliszewska und Elie Murard argumentieren, dass mit steigenden mittleren Einkommen stärker Dienstleistungen nachgefragt werden, mit entsprechenden Implikationen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.⁷² Die hohe Konsumquote ist wichtig für die wirtschaftliche Dynamik und wird ermöglicht durch vermehrte Beschäftigung im öffentlichen Sektor, makroökonomische Stabilisierung, aber auch durch staatliche Umverteilungspolitiken. José Natanson spricht für Argentinien zudem von einer »symbolischen Inklusion« durch gigantische öffentliche Konzerte der internationalen Pop- und Rockikonen, Fußball im Free-TV und kostenlose oder günstige Freizeitangebote.⁷³ Dieser Befund lässt sich auch auf andere lateinamerikanische Länder übertragen.

Es handelt sich dabei jedoch nicht nur um ein Phänomen der Mittelschichten. Verónica Gago weist für Argentinien als eine zentrale Bedingung des Neoextraktivismus einen »Neoliberalismus von unten« nach, der unter anderem aus der Finanzialisierung des Alltagslebens der popularen Sektoren besteht:⁷⁴ So werden etwa auch die staatlichen Sozialleistungen über Banken ausbezahlt. Steigender Konsum von Waren, Verschuldung und informelle Ökonomie (inklusive der Rücküberweisungen von MigrantInnen sowie Mikrokredite) verbinden sich miteinander. Und so entstehen unter höchst unsicheren Bedingungen schon aus Gründen der praktischen Überlebenssicherung vielfältige Arten »popularen Unternehmertums«, die wiederum die Geldökonomie ausweiten.

Die imperiale Lebensweise befördert ein spezifisches Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung: »citizenship through consumption« beziehungsweise das Versprechen, mit der Akzeptanz der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen über größere Konsummöglichkeiten zu verfügen. Durch die staatlichen Sozialtransfers wird dieses Versprechen an viele Menschen auch dann realistisch, wenn sie keine (angemessen bezahlte) Erwerbsarbeit haben. Auch die Legitimität der Demokratie wird verstärkt an Konsummöglichkeiten gebunden.⁷⁵

Aufgrund der seit einigen Jahren sinkenden Rohstoffpreise sind die meisten lateinamerikanischen Länder in eine Wirtschaftskrise geraten. Dennoch halten sie am neoextraktivistischen Entwicklungsmodell fest. Teilweise intensivieren sie es sogar, um die geringeren Einnahmen auszugleichen.⁷⁶ Emblematisch sind die Aufhebung des Verzichts auf Ölförderung im Yasuní-Gebiet in Ecuador⁷⁷ durch den Präsidenten im August 2013 und die Ausweisung von 150 potenziellen Bergbaugebieten von der Gesamtgröße Ostdeutschlands für transnationale Investoren im Ölland Venezuela.⁷⁸ Beides findet in ökologisch hochsensiblen Gebieten statt, in denen indigene Völker leben.

Einer der wichtigsten Impulse zur radikalen Kritik und Veränderung der imperialen Lebensweise ging ebenfalls von Lateinamerika aus. Er wirkt bis heute nach. Am 1. Januar 1994 besetzte die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) die Stadt San Cristóbal de las Casas im südostmexikanischen Bundesstaat Chiapas. Sie erklärte der mexikanischen Regierung den Krieg und entfachte Diskurse und Aktionen, die kurz vorher kaum denkbar gewesen wären.

Carlos Fuentes nannte den Aufstand der Zapatistas die »erste Rebellion des 21. Jahrhunderts«, weil nach dem Epochenbruch 1989 radikale Kritik und grundlegende Alternativen zum Kapitalismus desavouiert waren und weil die Rebellion von einem rassistisch marginalisierten »Rand« der Gesellschaft, nämlich von Indigenen, begonnen wurde und von dort auf die Gesellschaft übergreifen sollte. Das erste Kommuniqué der Zapatistas brachte ihr Selbstverständ-

nis als Akteure – und nicht passive Opfer – der Geschichte auf den Punkt. Anstatt mit der fünfhundertjährigen Unterdrückung anzuhaken, beginnt es mit dem Satz »Wir sind das Ergebnis von fünfhundert Jahren Kampf«.

Der bewaffnete Kampf der Zapatistas dauerte nur wenige Tage und wurde danach mit anderen Mitteln weitergeführt, die das Verständnis von politischer Transformation für eine ganze Generation revolutionierten. Es ging und geht ihnen bis heute nicht um die Übernahme der Staatsmacht, sondern um die grundlegende Transformation der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse von unten. Der Aufstand ging von einer Region aus, die vom Kaffeeanbau für den Weltmarkt sowie von rassistisch gerechtfertigter Ausbeutung der Arbeitskraft geprägt war, vom Staat im Hinblick auf soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheit) weitgehend vernachlässigt wurde und in der offener Klientelismus, Verweigerung grundlegender Rechte insbesondere für Frauen sowie Wahlbetrug an der Tagesordnung waren. Die Zapatistas sprachen jedoch von Anfang an als MexikanerInnen für ganz Mexiko: Sie forderten die Anerkennung indigener Rechte und Kultur durch die mexikanische Verfassung und die Umsetzung dieser Rechte. Und neben den Begriffen Gerechtigkeit und Freiheit stellten sie jenen der Demokratie ins Zentrum ihres politischen Denkens und Handelns.⁷⁹

Der Aufstand sollte für Mexiko und darüber hinaus als eine Art Katalysator wirken. Er richtete sich gegen die vielfältigen Herrschafts- und Konfliktlinien entlang von internationalen und in Mexiko bestehenden Klassen-, Geschlechter- und rassisierten Strukturen.⁸⁰ Er brachte ein neues revolutionäres Subjekt in Chiapas hervor, das nicht nur auf eine andere Entwicklung setzte, sei sie inklusiv, nachhaltig oder mit anderen vermeintlich progressiven Adjektiven versehen. Entsprechend gibt es in dem bis heute von den Zapatistas kontrollierten Drittel des Staates Chiapas – und entgegen den Dynamiken in anderen Regionen Mexikos – keine Akzeptanz ressourcenextraktivistischer Wirtschaftsaktivitäten.

Der Aufstand in Chiapas stellte sich mit der ganzen Erfahrung von 500 Jahren Ausbeutung und Unterdrückung gegen »Entwicklung« als Ausdruck eines eurozentrischen, an westlichem Wissen, Technologien und Kapital orientierten Fortschritts- und Modernisierungsversprechens. Veränderung wurde nicht im klassischen Sinne als ein Prozess verstanden, dessen Akteure primär Parteien, radikale Bewegungen und der Staat sind. Vielmehr war das Verständnis von Veränderung kulturrevolutionär: Es setzte am Alltag an und beinhaltete eine Dekolonisierung des westlichen, kapitalistischen, patriarchalen und imperialen Denkens. Unterschiede und Minderheiten wurden anerkannt. In ihrer oftmals poetischen Sprache betonten die Zapatistas die Notwendigkeit, das Tempo der/dem Langsamsten anzugleichen (*caminar al paso del más lento*) und Politik als gemeinsamen Prozess zu gestalten, in dem Verantwortung und Repräsentation in einer Art imperativen Mandats stattfinden, als »gehorchendes Regieren« (*mandar obedeciendo*).

Von Anfang an stießen die Initiativen der Zapatistas mexikoweit, aber auch international auf großen medialen Widerhall und große Unterstützung. Am 12. März 2001 empfingen über eine Million Menschen die Kommandantur der EZLN in Mexiko-Stadt am Ende ihres »Marsches für indigene Würde«. Doch erwiesen sich reale Veränderungen im politischen Establishment Mexikos als nicht durchsetzbar – das neue Indigenen-Gesetz, das im Jahr dieser Massenmobilisierung vom Parlament verabschiedet wurde, enthielt lediglich symbolische Zugeständnisse. In der Konsequenz konzentrierten sich die Zapatistas verstärkt auf den Aufbau einer autonomen Regionalregierung ohne jegliche Tolerierung staatlicher Einmischung, zum Großteil auf dem Land, das im Zuge des Aufstands von den Großgrundbesitzern zurückgelassen worden war:⁸¹ ein eigenständiges Bildungssystem, kollektiver Unterhalt der physischen Infrastruktur, ein auf Ausgleich anstatt auf Strafe ausgerichtetes Justiz- und Konfliktbearbeitungssystem, die gemeinschaftliche Erschließung neuer Einnahmequellen durch kollektive Produktion, eigene regionale Medien etc. Das Gesundheitssystem zeigt Konturen einer solidarischen Lebensweise, was bei einem umfassenden Gesundheitsver-

ständnis beginnt – nicht nur die Abwesenheit physischer Probleme, sondern umfassendes Wohlbefinden – und bis hin zur eigenständigen Ausbildung von ÄrztInnen und zur Anwendung zuvorderst traditioneller Heilmethoden reicht.⁸² Der Aufbau einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur impliziert etwa die Ablehnung individueller Eigentumstitel für Land und eine teilweise gemeinschaftliche Bestellung der Felder und stellt das Gemeinwohl vor Akkumulationsinteressen. Regiert wird nach einem basisdemokratisch organisierten Rotationsprinzip, in dem die Verantwortungsträger von ihrer Basis jederzeit zurückgerufen werden können. Der Erhalt und die Schaffung einer alternativen Lebensweise im Südosten Mexikos ist wie jeder experimentelle Prozess voller Probleme und Rückschläge, aber eben durchaus ein vor allem in Lateinamerika ausstrahlendes Beispiel.⁸³

Im Grunde handelte es sich bei der Rebellion der Zapatistas um einen Aufstand, der sich zum einen in die historische Kette vieler Aufstände gegen die Zumutungen einer (neo)kolonialen Lebensweise einreihet. Zum anderen richtete er sich gegen die neoliberale und globalisierungsvermittelte Vertiefung und Ausweitung der imperialen Lebensweise, gegen kapitalistische Landnahme und die Externalisierung ihrer Kosten. Nicht zufällig begann der Aufstand an dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat, das für viele ArbeiterInnen, BäuerInnen, ihre Interessenvertretungen und für die Umwelt negative Konsequenzen hatte.

Ökoimperiale Spannungen

Wir haben darauf hingewiesen, dass sich die sozial-ökologische Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise so lange bearbeiten lässt, wie es möglich ist, ihre Kosten auf nichtkapitalistische beziehungsweise weniger entwickelte kapitalistische Räume zu externalisieren und Arbeitskraft zu schlechten Bedingungen in Wert zu setzen. Genau davon hat der globale Norden lange Zeit profitiert. Er hat sich die Ressourcen des globalen Südens angeeignet

und die bei der industriellen Produktion und dem Konsum anfallenden Abfälle und Emissionen zumindest teilweise wieder an den Süden zurückgeschickt. Damit hat er sich viele sozial-ökologischen Folgen der eigenen Produktionsweise vom Leib gehalten. Die imperiale Lebensweise des globalen Nordens beruht also, sozial-ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen. Nur dann lassen sich ihre Kosten in Raum und Zeit externalisieren. In Anlehnung an die klassische Imperialismustheorie ließe sich sagen, dass der entwickelte Kapitalismus eines nicht-kapitalistischen oder zumindest eines weniger entwickelten Außens bedarf, damit er nicht an seinen ökologischen Widersprüchen zugrunde geht.

Mit der tendenziellen Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise schwindet diese dem globalen Norden seit Beginn der Industrialisierung gegebene – und für den Kapitalismus konstitutive – Möglichkeit der Externalisierung. Je stärker sich der globale Süden industrialisiert beziehungsweise das neoextraktivistische Entwicklungsmodell intensiviert, desto größer wird die Zahl der Länder, die selbst auf die Externalisierung ihrer sozial-ökologischen Kosten angewiesen sind und deshalb nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch zu Konkurrenten des globalen Nordens werden.

Die Debatte über *planetary boundaries*⁸⁴ fällt nicht zufällig in eine Zeit, in der die tendenzielle Verallgemeinerung fossilistischer Produktions- und Konsumnormen die »Grenzen des Wachstums« nicht mehr nur des Ressourcenverbrauchs, sondern auch der Senkenbelastung zu überschreiten droht. Die imperiale Lebensweise – Voraussetzung und Modus der Bearbeitbarkeit der sozialökologischen Widersprüche des Kapitalismus – erweist sich im Moment ihrer tendenziellen Verallgemeinerung als *krisenverschärfend*. Damit kommt es verstärkt zu ökoimperialen Spannungen zwischen den Ländern des globalen Nordens sowie zwischen diesen und den aufstrebenden Mächten des globalen Südens. Die imperiale Lebensweise beinhaltet daher die Möglichkeit zunehmend konflikträchtiger und

gewaltförmiger internationaler Beziehungen, die dann aktualisiert wird, wenn die exklusive Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infrage gestellt wird. Oft bleiben die ökoimperialen Spannungen latent, mitunter entladen sie sich aber auch in manifesten politischen, ökonomischen oder gar militärischen Konflikten.

Die gegenwärtigen Flucht- und Migrationsbewegungen können ebenfalls in diesem Kontext gesehen werden. Sie sind eine Antwort auf die durch die imperiale Lebensweise und ihre Verallgemeinerung induzierten Konflikte, mit der die Betroffenen versuchen, nicht nur ihr Überleben zu sichern, sondern auch an jenem Wohlstand teilzuhaben, von dem sie bisher nur die Folgekosten zu tragen hatten.

Die zunehmenden ökoimperialen Spannungen zeigen sich ferner am klimapolitischen Ringen um die Frage, welches Land seine CO₂-Emissionen wie stark reduzieren muss. Die Klimakonferenz von Kopenhagen ist 2009 genau an dieser Frage gescheitert.⁸⁵ Vor allem die USA und China, die stellvertretend für die Konkurrenz zwischen dem früh industrialisierten globalen Norden und dem aufstrebenden Teil des globalen Südens stehen und zudem die weltweit größten CO₂-Emittenten sind, waren zu keinen nennenswerten Zugeständnissen bereit. Beide können ihr energieintensives Entwicklungsmodell nur unter der Voraussetzung aufrechterhalten, dass sie die CO₂-Senken und die Atmosphäre auch künftig überproportional beanspruchen, mithin ihre sozial-ökologischen Kosten externalisieren dürfen. Dies wird umso schwieriger und spannungsreicher, je mehr China zum geopolitischen und -ökonomischen Konkurrenten der USA aufsteigt und durch die forcierte Verbrennung von Öl und Kohle die Überlastung der CO₂-Senken vorantreibt. Im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz 2015 gelang es China und den USA zwar, sich zu verständigen und damit den Weg zu einem neuen Abkommen frei zu machen. Allerdings sind dessen Bestimmungen vergleichsweise unverbindlich. In ihrer Unverbindlichkeit öffnen sie ein Feld für neue Konflikte, deren Verlauf und mögliche Lösung

auch von einer weiteren Intensivierung und Verallgemeinerung beziehungsweise von einer Zurückdrängung der imperialen Lebensweise im globalen Norden und Süden abhängen wird.



Kapitel 6

Imperiale Automobilität

Al socialismo se puede llegar solo en bicicleta.

José Antonio Viera-Gallo¹

SUV-Fahren als Krisenstrategie

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland rund drei Millionen Pkw neu zugelassen. Bei 17,4 Prozent der Neuzulassungen handelte es sich um Geländewagen einschließlich der sogenannten *Sport Utility Vehicles* (SUVs), einer Mischung aus Geländewagen und Limousine, die im Gelände allerdings kaum zum Einsatz kommt, sondern fast ausschließlich auf der Straße gefahren wird. Nach der Kompaktklasse (26,4 Prozent) hielten die Geländewagen den zweithöchsten Anteil an den Neuzulassungen von 2014. Kleinwagen rangierten mit 15,1 Prozent auf Platz drei. 2008 sah dies noch anders aus. Spitzenreiter bei den Neuzulassungen war zwar auch damals schon die Kompaktklasse (28,5 Prozent), danach folgten allerdings die Kleinwagen mit 24,2 Prozent, während die Geländewagen auf einen Anteil von 6,4 Prozent kamen. Zwischen 2008 und 2015 hat sich der Anteil der Geländewagen am bundesdeutschen Pkw-Bestand von 3,2 auf 7,2 Prozent erhöht und damit mehr als verdoppelt. Absolut stieg ihre Zahl in diesem Zeitraum von 1,3 auf 3,2 Millionen.² Je nach Standpunkt beeindruckend oder besorgniserregend ist die Nachfrage nach SUVs auch im Vergleich zu der nach Elektroautos: »Rechnerisch haben sich für jeden Deutschen, der im letzten Jahr [2014, U. B./M. W.] ein E-Auto gekauft hat, 36 einen SUV zugelegt.«³

Der Geländewagenboom ist kein rein deutsches Phänomen. So betrug 2012 in den USA der Anteil von Pick-ups und SUVs an den

Neuzulassungen 49 Prozent, und in China wurden 2014 36,4 Prozent mehr SUVs zugelassen als im Vorjahr, während der gesamte Pkw-Absatz nur um 9,9 Prozent stieg. Interessant ist die Entwicklung in China auch insofern, als acht der zehn am meisten verkauften SUV-Typen von heimischen Autobauern hergestellt wurden, denen es damit gelang, ihren ausländischen Konkurrenten Marktanteile abzunehmen. Mit dem Verkauf von SUVs erwirtschafteten die chinesischen Automobilhersteller ein Drittel ihrer Nettoumsatzerlöse.⁴

Im Geländewagen- und SUV-Boom manifestieren sich die imperiale Lebensweise und ihre tendenzielle Verallgemeinerung auf eine besonders anschauliche Weise. SUVs sind äußerst ressourcen- und emissionsintensiv. Sie »sind schwerer, haben einen höheren Luftwiderstand, sind meist stärker motorisiert – und verbrauchen daher mindestens 25 Prozent Treibstoff mehr als konventionelle Fließ- und Stufenheckfahrzeuge. So emittiert etwa ein VW Tiguan mit einem 110-PS-Dieselmotor pro Kilometer 139 Gramm CO₂, der in der gleichen Fahrzeugklasse positionierte VW Golf mit einem 105-PS-Dieselmotor nur 99 Gramm CO₂ – ein Unterschied von 40 Prozent.«⁵ Aufgrund ihrer Größe nehmen SUVs zudem mehr öffentlichen Raum in Anspruch als andere Pkw. Und schließlich ist bei einem Unfall mit SUV-Beteiligung das Risiko, getötet oder schwer verletzt zu werden, für die Insassen eines kleineren Pkw deutlich höher als für die Insassen des SUV. Auch für Fußgänger ist das Risiko, bei einem Zusammenstoß mit einem SUV schwer oder lebensbedrohlich verletzt zu werden, höher als bei einem Zusammenstoß mit einem kleineren Auto.⁶

Auffällig ist, dass der steigenden Nachfrage nach SUVs im globalen Norden ein Rückgang des motorisierten Individualverkehrs am Verkehrsaufkommen insgesamt gegenübersteht. In Deutschland lässt sich dies seit 2008 beobachten, und auch »im europäischen Ausland stagnieren die Verkehrsleistungen des motorisierten Personenverkehrs (MIV), in den USA sind sie seit Mitte der 2000er Jahre deutlich zurückgegangen.«⁷ Zudem fällt auf, dass der Geländewagen- und SUV-Boom in eine Zeit fällt, in der dem Klimawandel eine immer höhere öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwird. SUVs

werden wegen der hohen Kaufpreise – den Volvo XC 90 z. B. gibt es ab 50.000 Euro, für den Audi SQ7 muss man 89.000 Euro berappen, und der günstigste Range Rover kostet 97.000 Euro – überwiegend von Menschen mit höherem Einkommen gefahren. SUV-FahrerInnen stammen damit aus jenen sozialen Klassen, deren Angehörige auch ein vergleichsweise hohes Umweltbewusstsein haben.⁸ Wie passt das zusammen? Wie lässt sich die Gleichzeitigkeit von SUV-Boom und relativem Bedeutungsverlust des MIV im globalen Norden erklären? Warum fahren Menschen einen SUV, obwohl sie wissen, dass sie damit sowohl die natürliche Umwelt als auch andere Menschen gefährden?

Auf den ersten Blick passt das nicht zusammen. Das betont auch der Bericht über eine Studie des »CAR-Center Automotiv Research« an der Universität Duisburg-Essen zum Thema SUV-Nutzung. Darin heißt es: »[W]ährend beim Wochenendeinkauf seit Jahren immer häufiger Bio-Produkte oder solche aus regionalem Anbau in die Einkaufsstüte wandern, landet die immer häufiger im Kofferraum eines SUV. Die stehen aber so gar nicht für ökologisches Handeln, sondern gelten als Treibstoffschluckler.«⁹ Für den/die SUV-FahrerIn kann dieses – aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive widersprüchliche – Verhalten jedoch durchaus stimmig sein. Wie beschrieben, ist SUV-Fahren, solange dies nicht alle tun, sicherer als das Fahren eines kleineren Pkw. SUV-FahrerInnen schützen sich und ihre MitfahrerInnen bestmöglich vor den Gefahren der Automobilität, ohne selbst darauf verzichten zu müssen, automobil zu sein. Mit dem Einkauf von Bioprodukten tragen sie ein Übriges zu ihrer und ihrer Lieben Gesundheit bei. Zweifellos ist dieses Verhalten nicht verallgemeinerbar: Es beeinträchtigt die Sicherheit und die Lebensbedingungen anderer und untergräbt in dem Maße, wie diese anderen genauso handeln, seine eigenen Voraussetzungen (insofern handelt es sich um ein positionelles Gut – siehe Kapitel 3). Dies hat das SUV-Fahren allerdings mit der Automobilität insgesamt gemein, es spitzt den imperialen Charakter Letzterer allenfalls zu.

In der Nichtverallgemeinerbarkeit des SUV-Fahrens und der Automobilität manifestiert sich letztlich ein Konflikt, der mit der be-

kannten Formel der nachhaltigen Entwicklung nur scheinbar gelöst wurde. Dem Brundtland-Bericht zufolge ist Entwicklung dann nachhaltig beziehungsweise dauerhaft, wenn sie »die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.«¹⁰ Wolfgang Sachs hat schon früh darauf hingewiesen, dass mit dieser Definition »nicht die Eindeutigkeit, sondern die Zustimmungsfähigkeit« maximiert wurde. »Soll Entwicklung sich auf den Wunsch nach Wasser, nach Land, nach Einkommenssicherheit richten oder auf das Verlangen nach Flugreisen und Aktien? Auf Überlebensbedürfnisse oder auf Wohlstandsbedürfnisse? Und weiter: Geht es um die Bedürfnisse des unüberschaubaren Heers der Habenichtse oder die der globalen, der großstädtischen Mittelklassen?«¹¹ Was nachhaltig ist, ist also keineswegs ausgemacht, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte und Aushandlungsprozesse. Und die Konflikt austragung folgt Spielregeln, die manche Problemwahrnehmungen und Interessen gegenüber anderen begünstigen beziehungsweise bestimmte Problemwahrnehmungen und Interessen sogar erst hervorbringen und normalisieren. Diese Spielregeln sind zutiefst geprägt von den sozialen Verhältnissen, in unserem Fall vor allem von Geschlechterverhältnissen und von der Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften, wie sie sich in der allgegenwärtigen und in den vergangenen Jahrzehnten neoliberal gesteigerten Orientierung an Konkurrenz sowie in der engen Verbindung zwischen Automobilität, gesellschaftlichem Status, Freiheit, Sicherheit und Männlichkeit manifestieren.

Der SUV ist ein Mittel, um sich gegen eine undurchschaubare und vielfach bedrohlich erlebte Welt zu wappnen. »In dem SUV«, so charakterisiert die an der Universität Duisburg-Essen erstellte Studie die Wahrnehmung der FahrerInnen dieses Autos, »kann mir nichts etwas anhaben, ich komme sicher durch.«¹² Das gilt, so ließe sich hinzufügen, nicht zuletzt auch angesichts der Häufung von Starkregen, Stürmen und Überschwemmungen in jüngerer Zeit. Insofern wäre SUV-Fahren eine individuelle Strategie nicht nur der Reduzierung von Unfallrisiken für die Insassen des SUV, sondern auch

der Anpassung an den Klimawandel – eine Strategie, die gleichwohl das Phänomen, an das sie sich anpasst, selbst verstärkt. Schließlich könnte man es als einen Nebenschauplatz des Klassenkampfes begreifen: Der SUV bringt seine/n BesitzerIn in eine unangreifbare Position, er wird dadurch zu einem Medium, mit dem die Mittelklasse ihre »latenten Abstiegsängste« bearbeitet.¹³

Die automobilen Subjektivität

Automobilität und die Subjekte, die durch die Klassen- und Geschlechterverhältnisse geformt werden, hängen eng miteinander zusammen. Vieles spricht dafür, dass die Automobilität bestimmte Subjektivitäten hervorbringt – und umgekehrt.¹⁴ Um welche Subjektivitäten es sich dabei genau handelt, ist nicht vorgegeben, denn dies wandelt sich mit den raumzeitlich spezifischen Ausformungen der die Gesellschaft prägenden Strukturen.

Der/die SUV-FahrerIn ließe sich als die automobilen Subjektivität des neoliberalen Kapitalismus begreifen. Die Polarisierung zwischen Sicherheit und Unsicherheit sowie zwischen Überlegenheit und Subalternität, wie sie mit dem SUV auf den Straßen verschärft wird, korrespondiert mit einer zunehmenden sozialen Polarisierung sowie mit der neoliberalen Diffusion marktförmiger und konkurrenzmechanischer Mechanismen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein. Mehr noch, statt einfach miteinander zu korrespondieren, kokonstituieren sich das Auto und die Subjektivität seines Fahrers beziehungsweise seiner Fahrerin: Der SUV wirkt aufgrund seiner materiellen Eigenschaften verstärkend auf jene von zunehmender Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit geprägten sozialen Verhältnisse zurück, deren Produkt er ist. Dies tut er, indem er die ihm entsprechende Subjektivität selbst mit hervorbringt.

Das zeigt eindrucksvoll der Selbstversuch, den Jan Stremmel von der *Süddeutschen Zeitung* mit einem SUV unternommen hat und dessen Ergebnis er folgendermaßen schildert: »Nach zwei Tagen hat der Wagen gewonnen. Ich zimmere die A 9 runter, linke Spur, da schert ein silberner Kombi vor mir ein. In den Rückspiegel gucke

ich zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr. Wer 225 Kilometer pro Stunde fährt, muss nicht mit vielen Überraschungen von hinten rechnen. Aber vor mir mit 150 in die Überholspur ziehen? Ich knurre, obwohl ich nie knurre. Ich ziehe den Hebel für die Lichthupe, obwohl ich nie die Lichthupe betätige. Ich bin ein rücksichtsloser Arsch. Das Auto hat gesiegt.«¹⁵

Auch in den Anfangszeiten des Automobils nutzten die herrschenden Klassen die neue Möglichkeit der Fortbewegung, um ihre Freiheitsbedürfnisse auf Kosten anderer auszuleben. Das finanzkräftige Bürgertum der Städte empfand das Automobil als Befreiung von der Fremdbestimmung durch den Fahrplan, das Schienennetz und die erzwungene Gesellschaft mit anderen, wie sie in das Transportsystem Eisenbahn eingeschrieben war.¹⁶ Die Automobilität entsprach der politischen Ökonomie des sich durchsetzenden Industriekapitalismus, der die Konkurrenz als natürliche Form menschlicher Interaktion erscheint.¹⁷ Entsprechend rücksichtslos führten sich die ersten Autofahrer auf und weideten sich bisweilen selbst noch an dem Entsetzen, das sie bei nicht automobilen VerkehrsteilnehmerInnen hervorriefen.¹⁸ »Kein Wunder«, so Wolfgang Sachs, »daß bei dieser selbstgerechten Überheblichkeit der Volkszorn kochte, zumal für Straßen- und Flurschäden selbstverständlich die Dorfbewohner aufzukommen hatten. Und ebenfalls kein Wunder, daß dieser Zorn mit Klassenhaß durchmischt war, da es ja die neureichen Städter waren, die Land- und Dorfstraßen unter ihre Kühlerhauben nahmen, hurtig davonfahren und die Bauern mit der Bescherung zurückließen.«¹⁹

Bekanntlich müssen sich AutofahrerInnen heute an gewisse Regeln halten. Aber das grundlegende Problem – »die Monopolisierung von immer mehr Straßen und Flächen für die Bedürfnisse des Autos, indem geselliges Leben vertrieben und nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer an den Rand gedrängt« werden²⁰ – bleibt bestehen. Der Unterschied zur Frühzeit der Automobilität liegt darin, dass dieses Problem als solches nicht mehr wahrgenommen wird. Volkszorn und Klassenhass haben sich gelegt, die automobilen Prägung von Stadt und Land ist zur unhinterfragten Normalität geworden. Die automobilen Subjektivität empfindet es als gleichsam natür-

lich, dass Kinder nicht auf der Straße spielen können, wo fahrende Autos sie gefährden würden und parkende ihnen den Platz wegnehmen, dass man RadfahrerInnen immer noch auf unwegsame Streifen auf Gehwegen abdrängt, wo sie in einen Konflikt mit FußgängerInnen geraten und von Litfaßsäulen, Bäumen und Parkuhren zu einem Dauerslalom gezwungen werden, und dass sich FußgängerInnen in Scharen an Ampeln drängen, um eine Welle an Autos passieren zu lassen, deren Lärm und Abgase sie klaglos erdulden.

Die Nichtthematisierung des imperialen Charakters von Automobilität im Alltag setzt sich in der stillschweigenden Akzeptanz der »externen Effekte«, die sie im globalen Maßstab zeitigt, fort. Zwar wird die Emissionsintensität von Autos – nicht zuletzt im Zuge von Abgasskandalen – immer wieder mal problematisiert. Die sozialökologischen *Voraussetzungen* der Nutzung von fossilen Energieträgern in Verbrennungsmotoren werden jedoch stillschweigend in Kauf genommen.

Dabei sind sie alles andere als trivial: Um Öl werden Kriege geführt, der Zugang zu ihm und die Bedingungen seiner globalen Verteilung werden von autoritären Regimen kontrolliert, die von den Staaten des globalen Nordens wirtschaftlich und militärisch unterstützt werden, und die Extraktion sowie die Raffination von Öl produzieren enorme menschliche Kosten: »ArbeiterInnen und AnwohnerInnen werden bei der Extraktion und Raffination von fossilen Brennstoffen kontaminiert, verletzt und getötet. Tatsächlich sterben mehr ArbeiterInnen in der Öl-, Gas- und Kohleextraktion als in allen anderen Industrien zusammen. Dabei sind Menschen mit niedrigem Einkommen, Farbige und indigene Gemeinschaften stärker von der Nutzung fossiler Brennstoffe betroffen als andere Bevölkerungsgruppen.«²¹

Öl ist der Treibstoff der fossilistischen Automobilität, es ist jedoch bei Weitem nicht deren einzige Voraussetzung. Um es mit einem Verbrennungsmotor nutzen zu können, muss dieser erst einmal hergestellt werden. Dasselbe gilt für die Karosserie, das Fahrwerk, das Getriebe, die Fahrzeugelektronik und den Innenraum. In all diesen Komponenten eines Autos sind Rohstoffe verbaut, die ebenfalls auf

komplexen und zerstörerischen Wegen in das Endprodukt eingehen und dessen Nutzung ermöglichen. Die wichtigsten Rohstoffe sind Metalle wie Eisenerz, Aluminium oder Kupfer. Welche Gefahren mit ihrer Extraktion verbunden sind, lässt sich an einer Umweltkatastrophe veranschaulichen, die sich am 5. November 2015 ereignete. An diesem Tag brachen in Mariana, einer Bergbaustadt im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais, die Dämme zweier Rückhaltebecken, die das Abwasser einer Bergbaumine des Unternehmens Samarco Mineração enthielten. Mehrere Millionen Kubikmeter schwermetallhaltigen Schlamm (die Angaben schwanken zwischen 30 und 60 Millionen – das entspricht dem Fassungsvermögen von 12.000 bis 24.000 olympischen Schwimmbecken) ergossen sich in das darunterliegende Tal, begruben das Dorf Bento Rodriguez unter sich, schoben sich in den Rio Doce (*Süßer Fluss*) und versuchten diesen sowie die Atlantikküste im Bereich seiner Mündung. Sechzehn Menschen starben unmittelbar bei der Umweltkatastrophe, die als die schlimmste in der Geschichte Brasiliens gilt, Hunderte verloren ihre Häuser, und Hunderttausende wurden von der Wasserversorgung abgeschnitten. Betroffen ist ein Gebiet von der Größe der Schweiz, und die gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen sind desaströs: Der ehemals sehr fischreiche über 800 Kilometer lange Rio Doce ist praktisch tot, die Schwermetalle gelangen aus dem Schlamm in die Nahrungskette, ein großer Teil der biologischen Vielfalt wurde zerstört, der natürliche Flusslauf ist unterbrochen, und der Schlamm wird beim Trocknen hart wie Zement, was zu einem raschen und unkontrollierten Abfließen des Wassers führt.

Brasilien ist nach China und Australien das drittgrößte Produktionsland von Eisenerz. In Deutschland wird seit der Schließung der letzten Grube im Jahr 1987 kein Eisenerz mehr abgebaut. Der gesamte Eisenerzbedarf wird über Importe gedeckt. 2014 importierte Deutschland 43 Millionen Tonnen Eisenerz. Rund 56 Prozent dieser Menge stammten aus Brasilien, das damit vor Schweden (rund 16 Prozent) und Kanada (rund 15 Prozent) das für Deutschland wichtigste Herkunftsland von Eisenerz ist.²² Die deutsche Autoindustrie ist einer der größten industriellen Endverbraucher von metallischen

Rohstoffen. Bezogen auf die Masse, ist Eisenerz ihr wichtigster Rohstoff, denn ein Pkw besteht zu rund 65 Prozent aus Eisen und Stahl. 2014 sank der Weltmarktpreis für Eisenerz um 28 Prozent.²³ Rohstoffexporteure versuchten, die Preiseinbußen durch die Ausweitung der Produktion zu kompensieren. Das gilt auch für den Betreiber der Mine in Mariana: Erst kurz vor dem Unglück wurde die Belastung der Talsperren massiv erhöht, die Fördermenge der Samarco-Mine wurde »gegenüber dem Vorjahr um fast 40 Prozent [...] gesteigert – eine Marktflutungsstrategie, die in Mariana zu einer starken Zunahme des Minenabbaus führte und im Effekt zu einer Überflutung des Umlands«.²⁴

Die Katastrophe von Mariana offenbart die schmutzige Kehrseite der glänzenden Karossen, die nicht nur den öffentlichen Raum bei uns mit einer erstaunlichen Selbstverständlichkeit dominieren, sondern dabei auch die Lebensbedingungen von Menschen andernorts zerstören und unsägliches Leid produzieren.²⁵ Ebenso bemerkenswert wie die Katastrophe selbst ist aber die Geschwindigkeit, mit der sie sich aus dem kollektiven Gedächtnis des globalen Nordens wieder verabschiedet hat. Nur kurzzeitig schien sie am Wahrnehmungshorizont der automobilen Subjektivität auf. Allerdings konnte sie diese kaum nachhaltig irritieren, sodass jede Reflexion über die Zusammenhänge zwischen der Lebensweise hier und dem Leid dort unterblieb. Stephan Lessenich nennt das »ein verallgemeinertes Nichtwissen-Wollen«.²⁶

Dies ist auch vor dem Hintergrund einer Entwicklung zu begreifen, die sich während des 20. Jahrhunderts im globalen Norden ereignete und in deren Zuge die Automobilität von einem Klassen- zu einem Massenphänomen wurde. »Der Kraftfahrer ist keine Klasse für sich, er repräsentiert durch die fortschreitende Motorisierung bereits die Masse des Volkes«, heißt es dazu in einem Manifest des ADAC aus dem Jahr 1965.²⁷

In den USA hatte Henry Ford der Automobilität als klassenübergreifendem Phänomen mit seinem Modell T den Weg gebahnt, das er auf der Grundlage von neuen und die Produktivität erheblich steigenden Methoden (vor allem der Standardisierung von Einzelteilen,

der Beschränkung der Produktpalette, später auch der Fließbandproduktion) in Massenfertigung herstellen ließ. Die Automobil- und Stahlindustrie stiegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den USA zu Schlüsselbranchen auf, in denen die Arbeiterklasse über eine hohe Organisationsmacht verfügte. Diese nutzte sie in den Jahren nach der Großen Depression, um politische und soziale Rechte durchzusetzen, die ihr bis dahin vorenthalten worden waren. Dabei kam ihr zugute, dass sich – ebenfalls im Zuge der großen Depression – die politischen Verhältnisse in den USA zugunsten reformorientierter Kräfte verschoben. Der *New Deal*, die Wirtschafts- und Sozialreformen, die von 1933 an unter Präsident Franklin D. Roosevelt durchgesetzt wurden, sowie die expansive Fiskalpolitik des US-amerikanischen Staates im Zweiten Weltkrieg schufen die Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung, an dem die Arbeiterklasse in einem bis dahin nicht gekannten Maße teilhatte. Die Verbreitung des Automobils als Symbol für diese Entwicklung und die in der Autoindustrie erstmals im großen Stil angewandten neuen Produktionsmethoden sind der Grund dafür, dass die in den USA in den 1930er-Jahren und in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende und bis in die 1970er-Jahre andauernde Phase des Kapitalismus als »Fordismus« bezeichnet wird.²⁸

In Deutschland, genauer: in Wolfsburg, hatte sich Ferdinand Porsche in den 1930er-Jahren die Ford'schen Produktionsmethoden zu eigen gemacht. Im Auftrag von Hitler sowie auf der Grundlage von geraubtem Gewerkschaftsvermögen und von Zwangsarbeit baute er das VW-Werk auf und entwarf den »KdF-Wagen« (benannt nach der Organisation »Kraft durch Freude«, mit der die Nazis die Freizeitgestaltung der Deutschen gleichzuschalten versuchten). Im Nationalsozialismus wurde seit 1940 zwar nur der »militärische Bruder« (Sachs 1984: 79) dieses Fahrzeugs – der Kübelwagen – produziert, nach dem Zweiten Weltkrieg aber ging es als *Volkswagen* in die Massenproduktion und wurde zum Symbol für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Die Bezeichnung des Fahrzeugs brachte die Idee einer klassenübergreifenden Automobilität dabei bereits terminologisch auf den Punkt. Die Statistiken untermauern

dies: Von 1960 bis 2016 hat sich der Pkw-Bestand in Deutschland von rund 4,5 auf rund 45 Millionen Fahrzeuge verzehnfacht.²⁹

Das Paradoxe an dieser Entwicklung liegt darin, dass die Möglichkeit, Entfernungen schneller zu überbrücken, keineswegs einen Gewinn an Zeit und Lebensqualität bedeutet. Wie Ivan Illich bereits 1975 bemerkte, verhält es sich genau umgekehrt: »Der typische amerikanische Mann [...] verbringt vier seiner sechzehn wachen Stunden auf der Straße oder damit, die Mittel für den Betrieb des Autos zu beschaffen. Diese Zahl beinhaltet nicht einmal die Zeit, die für andere durch den Transport diktierte Aktivitäten aufgeht: die Zeit, die man im Krankenhaus, vor dem Verkehrsrichter oder in der Werkstatt verbringt; die Zeit, die man damit verbringt, die Automobilreklame zu studieren oder sich beraten zu lassen, um das nächste Mal einen besseren Kauf zu tätigen. Die Gesamtkosten von Unfällen und vom Universitätsbetrieb sind fast überall in der gleichen Größenordnung und steigen mit dem Sozialprodukt an. Aber noch aufschlussreicher ist der Zeitraub durch Verkehr: Der typische amerikanische Mann wendet 1600 Stunden auf, um sich 7500 Meilen fortzubewegen: Das sind weniger als fünf Meilen pro Stunde. In Ländern, in denen eine Transportindustrie fehlt, schaffen die Menschen dieselbe Geschwindigkeit und bewegen sich dabei, wohin sie wollen – und sie wenden für den Verkehr nicht 28 Prozent, sondern nur 3 Prozent bis 8 Prozent ihres gesellschaftlichen Zeitbudgets auf.«³⁰

Die Entwicklung von immer schnelleren und leistungsfähigeren Autos kann als Versuch verstanden werden, den Zeitverlust technologisch und konkurrenzziell zu minimieren: Wer sich die meisten Pferdestärken leisten kann, hängt die anderen ab. Weil die anderen aber ebenfalls aufrüsten, wiederholt sich der Wettkampf auf einer technologisch immer höheren Stufenleiter. Ab einem bestimmten Punkt lässt sich die zeitraubende Geschwindigkeit nur noch unter Potenzierung der Unfallgefahren erhöhen. Der Wettbewerb nimmt dann andere Formen an: Höher gelegte, panzergleiche Fahrzeuge befriedigen das Sicherheitsbedürfnis ihrer Insassen im selben Maße, wie sie spielende Kinder, FußgängerInnen, RadfahrerInnen und die Insassen von Kleinwagen gefährden. Und neben der Höchst-

geschwindigkeit wird die technische Ausstattung des Fahrzeuginnenraums zur Statusfrage, an der sich zudem entscheidet, wer den Zeitverlust in einem (unfallbedingten) Stau am komfortabelsten gestalten kann.

Hier zeigt sich ein wichtiges Merkmal der Massenautomobilität: Über sie sickern die kapitalistischen Prinzipien der Konkurrenz und Nutzenmaximierung in die Poren des Alltags ein. Die automobiler »Befreiung« der Individuen wird zum Medium ihrer kapitalistischen Subjektivierung: »Der Massenautomobilismus ist die Konkretisierung eines vollständigen Triumphs der bürgerlichen Ideologie auf der Ebene der Alltagspraxis: er begründet und unterhält die trügerische Vorstellung, dass sich jedes Individuum *auf Kosten aller* mehr Geltung verschaffen und bereichern kann.«³¹

Gleichzeitig hatte die fordistische Mobilität im globalen Norden etwas Egalisierendes, und zwar insofern, als sie zum Vehikel einer für die ArbeiterInnenklasse bis dahin unbekannteren Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt wurde. In der Automobilindustrie, die in vielen entwickelten kapitalistischen Ökonomien im Fordismus zur Schlüsselbranche aufstieg,³² entstanden zahlreiche Arbeitsplätze. Das auf diesen und in anderen Branchen erwirtschaftete und mit der Produktivitätsentwicklung steigende Einkommen bescherte den Lohnabhängigen einen wachsenden Wohlstand und versetzte sie in die Lage, ihre räumliche Mobilität durch den Kauf eines eigenen Autos zu erhöhen.

Die fordistische Verbreitung des Autos sowie der Wohlstandszuwachs und die soziale Beteiligung, die sie ermöglichte beziehungsweise symbolisierte, dürften wesentlich zur Herausbildung einer automobilen Subjektivität beigetragen haben. Die im Neoliberalismus wieder zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, die sich im Straßenverkehr an der Überlegenheitsgeste des SUV zeigt, konnte dieser Subjektivität bislang nichts anhaben. Im Gegenteil, die neben ihren egalisierenden immer schon vorhandenen konkurrenzziellen Dimensionen der Massenautomobilität lassen auch die Polarisierung als normal erscheinen. Dies scheint sich auf die ökologische Krise zu übertragen: Die jahrzehntelange Einübung im Ausblenden des impe-

rialen Charakters der Automobilität macht diese auch angesichts der von ihr mitproduzierten, in jüngerer Zeit immer deutlicher sichtbaren sozialen und ökologischen Verwerfungen *nicht* zum Problem. Eher noch erscheint sie als Teil der Lösung, und zwar umso eher, je mehr die Robustheit des Automobils die individuellen Kapazitäten der Krisenanpassung erweitert.

Mobilität, Klasse und Geschlecht

Auch wenn der motorisierte Individualverkehr eine hohe Kompatibilität mit der individualisierenden, tendenziell alle gesellschaftlichen Bereiche nach dem Konkurrenzprinzip strukturierenden kapitalistischen Produktionsweise aufweist, so ist er doch kein zwangsläufiges Resultat derselben. Vielmehr ist er das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, die die um das Öl und den Verbrennungsmotor gruppierten Kapitalfraktionen für sich entscheiden konnten, mit dem Resultat, dass alternative – elektrisch betriebene und öffentliche – Transportsysteme vielerorts marginalisiert wurden.

John Urry beschreibt diese Auseinandersetzungen für die USA, wo die Marginalisierung nichtautomobiler Transportsysteme besonders deutlich zu erkennen ist: »Zwischen 1927 und 1955 kamen General Motors, Mack Manufacturing (Lastwagen), Standard Oil (heute Exxon), Philips Petroleum, Firestone Tire & Rubber und Greyhound Lines zusammen, um Informationen, Investitionen und ›Aktivitäten‹ zu teilen. Ihr Ziel war es, Straßenbahnen [...] zu beseitigen. Diese Unternehmen gründeten verschiedene Tarnfirmen, darunter die National City Lines (NCL). Vor allem während der 1930er-Jahre kaufte NCL zusammen mit diversen Tochtergesellschaften viele elektrifizierte Straßenbahnlinien auf. Anschließend zerschlugen sie diese. Mindestens 45 Städte verloren ihre Straßenbahnen. Die Strategie war, zum motorisierten ölbasierten Transport überzugehen. Die ortsansässigen BürgerInnen blieben ohne Alternative zu ölbasierten Pkw und Bussen zurück. Diese Kohlenstoff-Verschwörung bedeutete eine gravierende Verletzung der US-amerikanischen Anti-Trust-Gesetzgebung. Sie wurde erst 1955 entdeckt, woraufhin die Unternehmen

für schuldig befunden wurden, den Sherman Anti-Trust-Act verletzt zu haben. Sie wurden jedoch nur mit geringen Strafen bedacht.« Die Dominanz des Autos über andere Verkehrsmittel, so Urry über das Ergebnis der Auseinandersetzungen, »wurde schließlich als natürlich und unvermeidlich angesehen«. ³³

Allerdings bedeutete dies nicht das Ende der Kämpfe. Mit dem Aufkommen der Umweltbewegung in den USA der späten 1960er-Jahre und mit aufsehenerregenden wissenschaftlichen Beschreibungen der Umwelt- und Ressourcenprobleme wie dem Bericht »Grenzen des Wachstums« an den *Club of Rome* wurden auch die ökologischen und gesundheitlichen Folgen der Automobilität politisiert. Und als in den 1970er-Jahren im Zuge des israelisch-ägyptischen Krieges und später der iranischen Revolution die Ölpreise in die Höhe schnellten und die USA zudem den *peak* ihrer Ölförderung erlebten, schien sich ein Fenster zu öffnen, die Kohlenstoffintensität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu reduzieren. Ein entsprechender Plan des damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter scheiterte jedoch, als dieser zu Beginn der 1980er-Jahre von Ronald Reagan ersetzt wurde und zudem die Ölpreise wieder sanken. ³⁴

Der Staat spielte bei der Durchsetzung und Normalisierung der Automobilität eine Schlüsselrolle. Ein Vorreiter war dabei der NS-Staat in Deutschland, insofern er eine ausschließlich für Autos nutzbare Infrastruktur, die Autobahnen, schuf. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den USA, in Japan und in Europa die Straßennetze massiv ausgebaut. Allein zwischen 1970 und 2006 vervierfachte sich das europäische Autobahnnetz. Schienengebundene Verkehrsmittel wurden dagegen systematisch vernachlässigt beziehungsweise abgebaut. ³⁵ Mittlerweile sind die automobilen Interessen derart tief in die nationalen Staatsapparate und Infrastruktursysteme eingelassen, dass sich etwa die deutsche Bundesregierung vehement jedem Versuch der Europäischen Kommission widersetzt, die Autoindustrie auf strengere Abgasnormen zu verpflichten. ³⁶ Der Abgasskandal bei VW hat daran nichts geändert, obwohl sich gerade dieses Unternehmen aufgrund der vom VW-Gesetz garantierten besonderen Mitbestimmung und der Sperrminorität des Landes Niedersachsen (einem

Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen) für den Einstieg in die sozial-ökologische Transformation gesellschaftlicher Schlüsselbranchen anbieten würde.³⁷

Die infrastrukturelle, institutionelle und subjektive Verankerung der Automobilität ist nicht nur der Macht der Autoindustrie geschuldet, sondern auch den Interessen der ArbeiterInnen, Angestellten und Gewerkschaften, die einen grundlegenden Umbau als Bedrohung ihrer Organisationsmacht wahrnehmen.³⁸ Man könnte dies als tief verankerten »automobilen Konsens« bezeichnen: Die Beschäftigten in der Autoindustrie scheinen sich nach wie vor stark mit ihren Unternehmen und Produkten zu identifizieren. Das gilt, wie das Beispiel VW zeigt, auch beziehungsweise gerade in Krisensituationen, in denen Appelle an Betriebsgemeinschaft und Opferbereitschaft bei der Belegschaft auf fruchtbaren Boden zu fallen scheinen.³⁹ Offensichtlich paart sich im Fall VW eine lange Tradition korporatistischer industrieller Beziehungen, die den Wohlstand der Beschäftigten und einer ganzen Region über Jahrzehnte hinweg garantiert hat, mit einer wettbewerbsinduzierten und durch den Abgasskandal verstärkten Anpassungsbereitschaft – mit der Folge, dass die kurzfristige Sorge um den Erhalt von Arbeitsplätzen die eigentlich nötige Debatte über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation der Autoindustrie gar nicht erst aufkommen lässt.⁴⁰

Jenseits der Produktion zeigt sich der Klassencharakter der Automobilität, der mit der Massenmotorisierung der Nachkriegszeit im globalen Norden in den Hintergrund getreten zu sein schien, hingegen wieder deutlicher. Dies bezieht sich zum einen, wie gesehen, auf die Fahrzeugtypen – hier der SUV, dort der Kleinwagen. Zum anderen offenbaren sich die Klassenverhältnisse in der Frage, wer überhaupt einen Pkw besitzt und nutzt. So war 2008 in 64 Prozent der deutschen Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 900 Euro kein Auto vorhanden, während 93 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von 5.000 bis 18.000 Euro zwei oder mehr Pkws besaßen.⁴¹ Der Verkehrsclub von Österreich (VCÖ) hat zudem gezeigt, dass mit dem Einkommen auch die beanspruchten Verkehrsleistungen zunehmen. Interessant

dabei ist, dass die Autonutzung überproportional mit dem Einkommen steigt. Vor diesem Hintergrund ist jede staatlich finanzierte Erweiterung und Aufwertung automobiler Infrastrukturen sowie sonstige Förderung der Automobilität immer auch eine Politik zugunsten der ohnehin schon Privilegierten, die die soziale Ungleichheit vergrößert.⁴²

Die automobilimperiale Lebensweise ist nicht nur in den – wie gesehen komplexen und in ihren konkreten Ausformungen wandelbaren – Klassenverhältnissen verankert. Sie ruht auch auf Geschlechterverhältnissen, die sie gleichzeitig mit hervorbringt: Autos werden mit sexistischen Motiven beworben; ihr Design bedient Geschlechterstereotype; sie begünstigen die Herausbildung einer hegemonialen Männlichkeit entlang von Eigenschaften wie Aggressivität, Gewalt und Technologie;⁴³ und in Zeiten, in denen physische Stärke aufgrund von Veränderungen der Arbeitswelt an Bedeutung verliert, helfen sie, »Männlichkeit entlang von Fragen technischer Kompetenz wiederherzustellen«.⁴⁴

Dazu kommt, dass die Verallgemeinerung der automobilen Lebensweise im globalen Norden mit einer am Prinzip der Funktionstrennung orientierten Stadtentwicklung einherging, die die Ungleichheit im Geschlechterverhältnis gleichsam räumlich festschrieb. Wo das Wohnen der Mittelklasse sich zum großen Teil in suburbanen Räumen konzentriert, die mit sozialen Infrastrukturen nur schlecht ausgestattet sind, und das Arbeiten in Stadt- oder Gewerbezentren stattfindet, wo also die für Städte lange Zeit charakteristische Funktionsmischung aufgehoben ist, da lassen sich Lohn- und Sorgearbeit nur schwer miteinander verbinden. Eine solche Form der Stadtentwicklung setzt eine Verallgemeinerung der Automobilität voraus, sie verstetigt automobile Alltagspraxen und begünstigt geschlechtsspezifische Formen der Arbeitsteilung zulasten der Sorgearbeit. »Verkehrssysteme werden für vollzeiterwerbstätige Männer konzipiert und bieten Transportmöglichkeiten vor allem zu Erwerbsarbeitsplätzen«, die Mobilitätsbedürfnisse der Nichterwerbsarbeit – der Begleitung von Kindern und alten Menschen, des Einkaufens oder der Beteiligung an sozialen und kulturellen Aktivitäten –, die

infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit sowie die Bedürfnisse von nicht erwerbstätigen VerkehrsteilnehmerInnen wie Kindern und alten Menschen werden demgegenüber vernachlässigt.⁴⁵

Adelheid Biesecker, Sabine Hofmeister und Uta von Winterfeld haben betont, dass die kapitalistische Produktionsweise auf einer doppelten Externalisierung beruht (siehe Kapitel 3): Sie eignet sich sowohl Natur als auch Sorgearbeit auf eine Weise an, die nicht oder nur sehr bedingt auf dem die Warenzirkulation bestimmenden Prinzip des Äquivalentenaustausches beruht. Außerdem tendiert sie dazu, ihre sozialen und ökologischen Kosten auf die Natur und den Bereich der Sorgearbeit zu verlagern.⁴⁶ In der Automobilität, ihrem Ressourcenbedarf, den immensen Schäden, die sie weltweit an Mensch und Natur verursacht, und den Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis, die durch automobilen Infrastrukturen festgeschrieben werden, kurz: ihrem imperialen Charakter, kommen beide Formen der Externalisierung exemplarisch zusammen.

Die ökologische Modernisierung der Automobilität

In jüngerer Zeit scheint sich eine ökologische Modernisierung der Automobilität abzuzeichnen: Autohersteller warten mit immer effizienteren Verbrennungsmotoren auf, setzen zunehmend auf den Elektro- und den Hybridmotor, entwickeln ökologisch effiziente selbstfahrende Autos und versuchen sich als Mobilitätsdienstleister zu etablieren, indem sie eigene Car-Sharing-Flotten unterhalten und sich bei Taxi-App-Anbietern einkaufen.⁴⁷ Damit reagieren sie auch auf ein verändertes Mobilitätsverhalten vor allem von jüngeren VerkehrsteilnehmerInnen, die zugunsten einer »multimodalen« Weise der Fortbewegung zunehmend auf den Besitz eines eigenen Pkw verzichten.⁴⁸ Gleichzeitig versuchen sie, die künftige Entwicklung des Mobilitätsverhaltens aktiv mitzugestalten.

Um diese Entwicklungen einzuschätzen, ist es sinnvoll, zwischen *ökoeffizienz-* und *ökoeffektivitätssteigernden* Innovationen zu unterscheiden.⁴⁹ Eine Steigerung der Ökoeffizienz liegt dann vor, wenn

dasselbe Produkt oder dieselbe Dienstleistung aufgrund einer Innovation mit weniger Ressourcen und Emissionen als zuvor hergestellt beziehungsweise erbracht werden kann. Das ist im Transportbereich etwa dann der Fall, wenn ein verbesserter Antrieb es erlaubt, dieselbe Strecke wie zuvor mit weniger Treibstoff zurückzulegen. Ökoeffizienzsteigerungen sind in vielen Fällen sinnvoll. Zum Problem werden sie jedoch, wenn sie Produkte und Dienstleistungen gleichzeitig verbilligen und dadurch zusätzliche Nachfrage schaffen, sodass die höhere Effizienz durch einen höheren Verbrauch überkompensiert wird. Wenn Autos häufiger gefahren werden, weil mit der Effizienzsteigerung die Verbrauchskosten gesunken sind, oder wenn das beim Autofahren eingesparte Geld in Flugreisen gesteckt wird, dann resultiert daraus insgesamt ein Mehr statt ein Weniger an Umweltbelastung – der Rebound-Effekt.⁵⁰ Zudem kann es sich bei Ökoeffizienzsteigerungen auch um einen »Fortschritt am falschen Objekt« handeln, der dazu beiträgt, dass »Anstrengungen zur Erschließung ökoinnovativer Alternativen die nötigen Mittel vorenthalten bleiben.«⁵¹ Dies trifft wohl besonders auf Verbrennungsmotoren zu: Die sozial-ökologischen Belastungen, die daraus resultieren, dass sich der MIV trotz einer voranschreitenden Erschöpfung fossiler Ressourcen und Überlastung von CO₂-Senken global gerade mit Macht ausweitet, lassen sich kaum durch ökoeffizientere Antriebe kompensieren.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die *Ökoeffektivität* an Bedeutung. Diese zu steigern bedeutet, sich nicht um eine bloße »Mengenminderung der Umweltbelastung«, sondern um eine »qualitative Restrukturierung der Ressourcen-, Energie- und Senkennutzung« zu bemühen.⁵² Darum geht es etwa bei der vielerorts mit staatlicher Unterstützung angestrebten Umstellung der Automobilität vom Verbrennungsmotor auf den Elektroantrieb. Laut der deutschen »Nationalen Plattform für Elektromobilität« – einem Beratungsgremium der Bundesregierung, bestehend aus VertreterInnen von Industrie, Wissenschaft, Ministerien, Verbänden und Gewerkschaften – handelt es sich bei diesem Vorhaben um einen »Schlüssel zur nachhaltigen Umgestaltung von Mobilität: klima- und umweltfreundlich, res-

sourcenschonend und effizient«. ⁵³ Ziel der Bundesregierung ist es, dass 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen unterwegs sind.

Abgesehen davon, dass dieses Vorhaben weit davon entfernt ist, realisiert zu werden – zu Beginn des Jahres 2016 waren in Deutschland erst gut 30.000 Elektroautos zugelassen ⁵⁴ –, stellt sich die Frage, was eine Umstellung der Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb sozial-ökologisch bedeuten würde. Zunächst fällt auf, dass die Debatte über Elektromobilität gleich zwei wichtige Verkürzungen aufweist. Erstens wird Elektromobilität auf Elektro*automobilität* reduziert, während etwa die Zurückdrängung des MIV zugunsten von kollektiven Formen der Elektromobilität wie Straßenbahnen oder Elektrobussen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielt. ⁵⁵ Zweitens werden zwar die ökologischen Vorteile betont, den der *Betrieb* von Elektroautos gegenüber dem von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bietet. Die ökologischen Kosten ihrer *Herstellung* bleiben jedoch unterbelichtet. Diese Schiefelage kennzeichnete bereits das Instrument der Abwrackprämie, mit dem die deutsche Bundesregierung in der jüngsten Wirtschaftskrise die Autoindustrie zu stützen versuchte. Hier ging es darum, ein altes gegen ein verbrauchsärmeres und damit im *Betrieb* ökoeffizienteres neues Auto einzutauschen. Ökologie und Ökonomie, so wurde suggeriert, würden davon gleichermaßen profitieren. Die Frage, welcher Material- und Energieaufwand dadurch für die *Herstellung* von Autos betrieben wurde, die eigentlich keiner brauchte, weil die zu ersetzenden es vermutlich zum größten Teil auch noch taten, wurde nicht gestellt (siehe Kapitel 2).

Bei der Elektroautomobilität scheinen sich die Fokussierung auf den Betrieb und die Ausblendung der Produktion nun unter den Vorzeichen der Ökoeffektivität zu wiederholen. Es wird davon ausgegangen, dass Autos mit Elektroantrieb per se umweltfreundlicher sind als solche mit Verbrennungsmotor, weil sie beim Fahren kein CO₂ emittieren. Dabei ist selbst dies nicht ausgemacht, setzt es doch voraus, dass alle Elektroautos mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden. Und selbst wenn dies gelänge, wäre die für die

Ökobilanz von Elektroautos wichtige Frage der Materialien und der Energie, die für ihre Herstellung benötigt werden, noch offen.

Zum Problem könnte zudem die Verfügbarkeit einiger Metalle werden, die in Elektromotoren benötigt werden. So rechnen Ernst Schriebl und Martin Bruckner damit, dass etwa das Angebot von Platin mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten wird. Auch bei Kupfer gibt es Indizien einer Verknappung. Dagegen dürften die derzeit bekannten Reserven an Lithium ausreichen, um die »explosionsartig wachsende Nachfrage« zu decken. Das Problem hier ist jedoch, dass eine dem Nachfragewachstum entsprechende Ausweitung des Lithiumabbaus mit »gravierenden negativen ökologischen Konsequenzen« in den betroffenen Regionen verbunden wäre.⁵⁶ Mittels Recycling lassen sich die Probleme der Verfügbarkeit und Extraktion kaum lösen, denn, so die Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) *Recycling Rates of Metals. A Status Report*, »solange die globale Metallnutzung steigt und Metalle in Produkten mit verlängerter Lebensdauer verwendet werden, kann selbst ein vollständiges Recycling nicht mehr als einen bescheidenen Teil der Nachfrage decken«.⁵⁷

Neben diesen »stofflichen Voraussetzungen der Energiewende« wären zudem die »energetischen Voraussetzungen der Stoffwende« zu berücksichtigen: Für die Extraktion der Metalle, die in Elektromotoren oder Windkraftanlagen zum Einsatz kommen, wird »im großen Stil nichterneuerbare, fossile Energie eingesetzt«; und der Energieaufwand steigt in dem Maße, wie der Metallgehalt der Erze abnimmt und die Minen unzugänglicher werden.⁵⁸

Schließlich ist das Kriterium der Ressourcengerechtigkeit von Bedeutung. Die Berechnungen zur Diskrepanz zwischen Ressourcenangebot und -nachfrage bilden noch nicht ab, dass die Produkte, in denen die Ressourcen verwendet werden beziehungsweise die unter Einsatz von fossilen Energien hergestellt werden, keineswegs allen Menschen gleichermaßen zugutekommen. Profitieren dürften vor allem die BewohnerInnen jener Städte und Regionen (des globalen Nordens), in denen sich die Elektroautomobilität durchsetzt. Dagegen dürften sich die VerliererInnen in den Bergbauregionen des

globalen Südens finden. Sie werden an der Elektroautomobilität kaum partizipieren, dafür aber umso mehr von den ökosystemaren und gesundheitlichen Schäden betroffen sein, die die Extraktion der für Elektroantriebe benötigten Metalle verursacht. Eine Mobilitätswende, die vor allem auf die Senkung von CO₂-Emissionen abzielt und nicht gleichzeitig auch die stofflichen Dimensionen der Elektroautomobilität problematisiert und, davon ausgehend, das Ausmaß des Güter- und Personentransports infrage stellt, impliziert also eine überproportionale Inanspruchnahme von Material und Energie seitens weniger Begünstigter. Die imperiale Lebensweise wird dadurch gerade nicht überwunden, sondern durch eine Veränderung ihrer energetischen und materialbezogenen Grundlage perpetuiert.

Kingsley Dennis und John Urry ist deshalb zuzustimmen, wenn sie feststellen: »Die ökologischen Auswirkungen des Autos sind seinem *gesamten* Lebenszyklus und den damit zusammenhängenden Infrastruktursystemen geschuldet, inklusive der Extraktion von Rohstoffen, der Fahrzeugproduktion, des Betriebs und der Instandhaltung sowie der Unterhaltung der Straßeninfrastruktur, der Krankenhauskosten, der emotionalen Kosten aufgrund der vielen Toten und Verletzten usw. Der/die AutofahrerIn zahlt nicht die vollen Kosten, weil viele dieser ökologischen und das Gesundheitssystem betreffenden Kosten im Fahrzeugpreis nicht enthalten sind.«⁵⁹

Im Kern handelt es sich bei den beschriebenen marktförmigen und technologiefixierten Strategien einer »Ökologisierung« der Automobilität also um den Versuch, die imperiale Lebensweise durch die selektive ökologische Modernisierung eines ihrer zentralen Bereiche auf Dauer zu stellen. Die entscheidenden Fragen – wie ließen sich Verkehrswege vermeiden beziehungsweise verkürzen, und wie können die wirklich nötigen Verkehrswege möglichst sozial- und umweltverträglich zurückgelegt werden? – werden in der vorherrschenden Debatte über eine »Mobilitätswende« kaum gestellt. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als sie sich weder durch Ökoeffizienz noch durch Ökoeffektivität beantworten ließen. Ihre Beantwortung würde es vielmehr erfordern, Fragen der Mobilität

in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext und unter *Suffizienz*-gesichtspunkten zu thematisieren (vgl. Kapitel 8). Hier aber würde es ans Eingemachte der imperialen Lebensweise und der ihr zugrunde liegenden sozialen Verhältnisse und Subjektivierungsformen gehen.

Kapitel 7

Falsche Alternativen. Von der grünen Ökonomie zum grünen Kapitalismus?

Die Grüne Ökonomie ist eine falsche Lösung, da sie offensichtlich nicht gegen die aktuelle braune extractive und energieintensive Wirtschaft steht; ihre grünen Mechanismen sind nach einer Logik konzipiert, dass die damit geschaffenen Tauschwerte zur aktuellen Wirtschaft komplementär und eng mit ihr verbunden sind.

Camila Moreno¹

Unsere Ausgangsbeobachtung im zweiten Kapitel dieses Buches war, dass angesichts multipler Krisenphänomene die ökologisch zerstörerische Wirtschaftsweise und Politik in jüngerer Zeit verstärkt thematisiert und mit der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen oder gar Großen Transformation konfrontiert wird. Aber, so unser Argument, die »neue kritische Orthodoxie«, also der sich herausbildende Mainstream der Transformationsdebatte, blendet die herrschaftsförmigen kapitalistischen Dynamiken und Kräfteverhältnisse aus, die aus unserer Sicht eine Hauptursache für die multiple Krise sind.

Im Folgenden wollen wir – aufbauend auf unseren Überlegungen zur imperialen Lebensweise in den vorangegangenen Kapiteln – von der Kritik der jüngeren Debatte über Transformation und »grüne Ökonomie« übergehen zu einer hegemonietheoretischen Einschätzung derselben sowie der politischen und ökonomischen Strategien, auf die sie sich bezieht beziehungsweise die in ihrem Kontext ent-

wickelt werden. Das heißt, uns interessiert die neue kritische Orthodoxie nicht nur im Hinblick auf die Problemadäquatheit ihrer Konzepte. Wir fragen vielmehr auch danach, inwieweit sie gerade aufgrund ihrer Auslassungen und Verkürzungen zu einem Moment einer höchst exklusiven ökologischen Modernisierung wird – oder, um mit Gramsci zu sprechen, zu einem Forum der organischen Intellektuellen eines »grünen Kapitalismus«.²

Unser Eindruck ist, dass es im Mainstream der Transformationsdebatte vor allem darum geht, anschlussfähig gegenüber herrschenden Diskursen zu bleiben, die ökonomischen und politischen Eliten nicht zu verschrecken und ihnen den sozial-ökologischen Umbau möglichst schmackhaft zu machen. Aber gerade dadurch droht Letzterer im Modus eines liberalen Modernisierungsprojekts zu verhärten. Demgegenüber plädieren wir dafür, weniger konfliktscheu in der Debatte deutlich zu machen, wer eigentlich von den aktuellen Verhältnissen profitiert. Das sind vor allem die politischen und ökonomischen Eliten, aber auch große Teile der Bevölkerung hierzulande und der globalen Mittelklasse, die in die imperiale Lebensweise eingebunden sind.

In diesem Sinne widmen wir uns im Folgenden zunächst dem Konzept der »grünen Ökonomie« und den Kritiken, die ihm gegenüber formuliert worden sind. Sodann untersuchen wir, inwieweit sich derzeit ein Übergang in eine neue kapitalistische Formation abzeichnet, in deren Rahmen die sich verschärfenden sozialökologischen Widersprüche herrschaftsförmig bearbeitet werden. Abschließend wird erörtert, an welchen Punkten emanzipatorische Alternativen ansetzen und die sozial-ökologische Transformation über ihre sich abzeichnenden kapitalistischen Begrenzungen hinaustreiben könnten.

Zur Kritik der »grünen Ökonomie«

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Strategiepapieren veröffentlicht, die die gegenwärtige Vielfachkrise als Modernisierungschance begreifen. Ihr gemeinsamer Nenner besteht in der

Annahme, dass ein *greening* der Ökonomie eine sozial-ökologisch ökonomische Win-win-Konstellation schaffen werde: »Das Greening von Ökonomien«, so heißt es in einem wichtigen Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, »ist grundsätzlich keine Wachstumsbremse, sondern eine neue Wachstumsmaschine; [...] es ist ein Generator für neue Arbeitsplätze, und [...] es ist zudem eine wesentliche Strategie zur Beseitigung anhaltender Armut.«³ Die OECD sieht in einem *greening* der Ökonomie eine »Doppelstrategie von Innovation und Krisenvermeidung.«⁴ Und eine Studie für das deutsche Bundesumweltministerium betont, dass eine ambitionierte Klimapolitik aufgrund der dadurch induzierten Investitionen (etwa im Bausektor) sogar ein höheres Wachstum zeitigen würde als ein Fortschreiten auf den bisherigen Pfaden.⁵

Wichtige Annahmen des Leitbildes und der Strategien hin zu einer grünen Ökonomie lauten: Die eigentlichen Innovationen gehen vom »Markt« aus, der eben nur den richtigen Ordnungsrahmen benötigt. Der Staat setzt die Regeln für den als effizient angenommenen Markt und agiert gegen dessen schlimmste Auswüchse oder Krisen, das »Marktversagen«. Explizit oder implizit wird dabei davon ausgegangen, dass die für nötig befundene absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Senkenbelastung machbar sei, ohne die imperiale Lebensweise, die politische Ökonomie des Kapitalismus und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse infrage zu stellen. »Die ökonomische Rationalität spricht nicht mehr gegen Umwelt- und Klimapolitik, nein, sie begünstigt sie«, kritisieren Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig die Grundannahme der *green-economy*-Strategie.⁶ Demnach leitet der vermeintlich progressive Begriff der grünen Ökonomie eine neue Runde der Inwertsetzung von Natur ein: Wenn mannigfaltige Natur mit einem Preis versehen wird, so die Annahme, dann kann die bestehende Wirtschaft so bleiben, wie sie ist. Die »externen Kosten« der kapitalistischen Produktionsweise sollen in diese zurückgenommen, im Fachjargon »internalisiert« werden, sodass ein starker Anreiz besteht, sie gar nicht erst zu verursachen. »Put a price on carbon« ist folglich das neue Mantra. CO₂ könnte die »Währung des 21. Jahrhunderts«⁷ wer-

den – das Äquivalent, das davon abstrahiert, unter welchen Bedingungen CO₂ emittiert, vermieden oder gebunden wird.⁸

Davon profitieren werden angeblich alle: die Unternehmen, die sich neue, profitträchtige Geschäftsfelder erschließen, die Umwelt, die nun nicht mehr nur profitabel, sondern auch nachhaltig in Wert gesetzt wird, und die Beschäftigten, die ihr Einkommen auf eine umweltverträgliche, sinnvolle und zukunftsfähige Weise erwirtschaften – sei es in den *green jobs* der Zukunftsbranchen des globalen Nordens oder in der nachhaltigen Bewirtschaftung der CO₂-Reservoire des globalen Südens.

Zweifel sind angebracht, die empirisch ebenso wie theoretisch begründet sind. So weisen (feministische) SoziologInnen auf den verengten Arbeitsbegriff der *green-economy*- und Transformationsstrategien hin: Im Zentrum steht die Erwerbsarbeit, die es ökologisch zu modernisieren gilt. Dabei wird nicht nur missachtet, dass die *green jobs* oft in kollektivvertraglichen Grauzonen entstehen, die den Beschäftigten nur ein geringes Maß an Sicherheit bieten. Auch wird der Bereich der Sorgearbeit ausgeklammert, obwohl er »eine zentrale Grundlage menschlichen Lebens und Zusammenlebens« bildet.⁹ Und was die Arbeitsplätze im globalen Süden angeht, so weist Fatheuer darauf hin, dass sich die Politiken und Konzepte der *green economy* gegenüber den indigenen Gemeinschaften höchst instrumentell verhalten, indem sie diese auf »Anbieter von Ökosystemdienstleistungen« reduzieren.¹⁰

Ausgeblendet wird, dass Ökosysteme nicht deshalb zerstört werden, weil ihnen kein Preisschild anhaftet, das die Kosten ihres Verlusts quantifizieren würde. Der Grund liegt vielmehr darin, dass die Rechte der Menschen (häufig KleinbäuerInnen und indigene Gemeinschaften), die in den entsprechenden Territorien leben, systematisch missachtet werden. Die besonderen Naturverhältnisse dieser Menschen werden »ignoriert oder unterdrückt, sobald von außen kommende Interessen Entscheidungen über die Landnutzung treffen. Dies bezeugen zahllose Landnutzungskonflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und Konzernen, in denen letztere oft von staatlichen Akteuren unterstützt werden.«¹¹ Die Strategien der grünen

Landnahme und Inwertsetzung von Ökosystemleistungen und Arbeitskraft drohen also gerade jene Voraussetzungen zum Erhalt von Natur zu untergraben, die sie zu bewahren vorgeben.

Missachtet wird schließlich, dass die Externalisierung sozial-ökologischer Kosten nicht einfach ein »Marktversagen« darstellt. Die kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr korrespondierende imperiale Lebensweise tendieren *systematisch* dazu, »negative Externalitäten« zu produzieren.¹² Diese zu »internalisieren«, indem die Leistungen der Natur in monetären Größen ausgedrückt werden, um Anreize für umweltfreundlichere wirtschaftliche Aktivitäten zu schaffen, reduziert die Komplexität von Natur »auf eine simple, fetischisierte Kategorie: Naturkapital« und vernachlässigt, dass »viele Interdependenzen in Gesellschaft und Natur nicht in Form von Preisen ausgedrückt werden können«.¹³

Ganz ähnlich verhält es sich bei der Konkretisierung des Leitbildes und der Strategie der grünen Ökonomie in Form der »Bioökonomie«.¹⁴ Offiziell verknüpft diese »Ökonomie und Ökologie auf intelligente Art und Weise und ermöglicht damit biobasiertes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die Bioökonomie ist die wissensbasierte Erzeugung und Nutzung nachwachsender Ressourcen, um Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in allen wirtschaftlichen Sektoren im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems bereitzustellen«.¹⁵ Konkret geht es um die Produktion und Nutzung erneuerbarer biologischer Ressourcen sowie die Verwertung von Abfällen. Biogene Stoffe sollen verstärkt zu marktfähigen Produkten verarbeitet werden, statt Wertschöpfungsketten soll es »Wertschöpfungskreisläufe« geben. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie und Dienstleistungsbranchen sollen mittels der entsprechenden Technologien auf nachwachsende Rohstoffe umgestellt werden. Hervorgehoben werden etwa die Nahrungsmittelproduktion, der Wohnungsbau und die Stadtentwicklung oder Aquakulturen.¹⁶ Die *inputs* der Bioökonomie sollen Biomasse sowie vorhandene und erneuerbare Energieträger sein: Sonne, Wind, geothermische Energie, aber auch Zuckerrohr oder Palmöl. Die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung sind federfüh-

rend in der Debatte und erhoffen sich dadurch einen neuen Wachstumsschub.¹⁷

In Europa wird die Diskussion davon angetrieben, dass der Kontinent in hohem Maße von der Einfuhr tendenziell knapper werdender Ressourcen abhängig ist, was Auswirkungen auf Verfügbarkeit und Preise hat. Es geht, so ein häufig zu vernehmendes Argument, um die Bewahrung von Wohlstand in einer Welt mit endlichen Ressourcen und wachsender Bevölkerungszahl. Angegriffenes oder zerstörtes »Naturkapital« soll wiederhergestellt werden. Weitere Begründungen sind der Kampf gegen den Klimawandel, gegen den weltweiten Hunger und das Wachstum der Weltbevölkerung sowie die Sicherung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.¹⁸

Ein deutscher Exponent der Bioökonomiedebatte ist Ralf Fücks. In seinem einschlägigen Buch, das dem Untertitel zufolge von nichts weniger als einer sich derzeit ereignenden »grünen Revolution« handelt, ruft er die Biotechnologie, verstanden als »technische Nutzung biologischer Prozesse und Ressourcen«, zur neuen Leitwissenschaft aus.¹⁹ Zusammen mit der Steigerung der Ressourcenproduktivität (Ökoeffizienz) soll die Orientierung am Kreislaufprinzip der Konsistenz das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch entkoppeln, und zwar so, dass Letzterer nicht nur *relativ* zurückgeht, also langsamer ansteigt als das Wachstum des BIP, sondern *absolut* sinkt (absolute Entkopplung). Das wäre dann in der Fücks'schen Diktion »intelligentes Wachstum«. Fücks sieht darin nicht nur ein wünschenswertes Ziel, sondern einen zumindest in Deutschland bereits stattfindenden Prozess. Inwieweit er dabei demselben Fortschrittsglauben auf den Leim geht, der bereits in der kapitalistischen Modernisierungsstrategie der grünen Revolution der 1960er-Jahre zahlreiche kleinbäuerliche Existenzen in Ländern des globalen Südens vernichtete, sei dahingestellt.

Fakt ist, dass es sich bei der Annahme, unter kapitalistischen Verhältnissen sei eine absolute Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch denkbar, um eine mehr als kühne Hoffnung handelt. Das gilt zumindest dann, wenn man den Ressourcenverbrauch und die Inanspruchnahme von Senken mit dem *material footprint*

bestimmt, einem konsumbasierten Indikator, der die »Externalisierung von ressourcenintensiven Prozessen reifer Ökonomien« sichtbar macht.²⁰ Konkret misst er das Ressourcenäquivalent der in einem Land konsumierten Güter und berücksichtigt sowohl die Ressourcen, die in ein Gut eingehen (z. B. Metalle), als auch jene, die zu seiner Herstellung benötigt werden (z. B. Wasser) beziehungsweise im Herstellungsprozess anfallen (z. B. Abfälle), ohne im Endprodukt aufzuscheinen. Die Differenz aus den Ressourcenäquivalenten der Importe plus der einheimischen Ressourcenextraktion und den Ressourcenäquivalenten der Exporte ergeben den *material footprint* eines Landes. Legt man diesen zugrunde, hat es in den meisten OECD-Ländern kaum Verbesserungen in der Ressourcenproduktivität, geschweige denn eine absolute Entkopplung gegeben. Vielmehr ist der *material footprint* im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandsprodukt gewachsen.²¹ Die grüne Revolution hat das Problem der Externalisierung sozial-ökologischer Kosten bislang ausgespart.

Ein grundsätzliches Problem der skizzierten Debatten ist das Fehlen eines Begriffs von Staat und kapitalistischer Gesellschaft. Kein Gedanke wird daran verschwendet, dass es sich bei Markt und Staat nicht um neutrale Institutionen handelt. Der Markt ist nicht einfach eine Instanz zur effektiven Allokation von Ressourcen, ebenso wenig lässt sich der Staat als eine über den gesellschaftlichen Interessengegensätzen stehende Einrichtung zur Schaffung verbindlicher Regeln und zur Lösung von Kollektivproblemen begreifen. Stattdessen handelt es sich im Kern um soziale Herrschaftsverhältnisse. Das ist nicht nur die Erfahrung von Lohnabhängigen ohne gewerkschaftlichen Schutz auf flexibilisierten Arbeitsmärkten oder von Langzeitarbeitslosen, die den Gängelungen des Sozialstaats ausgesetzt sind. Märkte basieren auf und reproduzieren Ungleichheitsstrukturen, sie bestimmen damit über die Lebenschancen von Menschen mit. Und der Staat ist ein höchst asymmetrisches Terrain sozialer Auseinandersetzungen, auf dem sich nur solche gesellschaftlichen Interessen erfolgreich artikulieren und verallgemeinern können, die sich den institutionellen Rigiditäten und kapitalistischen Strukturzwängen zumindest im Grundsatz unterwerfen.

Das wird jede gesellschaftliche Gruppe oder politische Partei schmerzlich zu spüren bekommen, die etwa versucht, mit dem Vorschlag einer Enteignung von Autokonzernen und ihrer demokratisch kontrollierten Transformation zu Anbietern von nachhaltigen Mobilitätskonzepten in politischen Institutionen Gehör zu finden. So richtig und wichtig dieses Anliegen ist – in den Apparaten des kapitalistischen Staates ist es schlicht nicht verhandel-, geschweige denn umsetzbar. Anders dagegen die Forderung, die Automobilität durch ihre Umstellung vom Verbrennungs- auf den Elektromotor ökologisch zu modernisieren (siehe Kapitel 6): Selbst dem letzten deutschen Autobauer und seinem Kunden könnte es irgendwann dämmern, dass es mit dem ölbasierten Geschwindigkeitsrausch aus klima- und ressourcenpolitischen Gründen in nicht allzu ferner Zukunft vorbei ist. Der Staat befördert diesen Erkenntnisprozess mit mehr oder weniger sinnvollen Maßnahmen wie der Verkaufsprämie für Elektroautos. Er tut dies nicht zuletzt, um die langfristige Konkurrenzfähigkeit einer Schlüsselindustrie, auf die er selbst aus steuer-, arbeitsmarkt- und industriepolitischen Gründen angewiesen ist, gegen die kurzfristig-bornierten Interessen ihrer eigenen Exponenten zu retten. Er wirkt also mit den ihm eigenen Mitteln und den in ihm institutionalisierten Zwängen auf die Konstitution gesellschaftlicher Interessen ein – mit dem Ziel, den herrschaftsförmigen status quo gerade durch dessen permanente und immer wieder gegen starke Partikularinteressen durchzusetzende Transformation zu bewahren.

In jüngerer Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass aus dieser spannungsreichen Dynamik eine neue Formation, ein »grüner Kapitalismus«, hervorgehen könnte. Diese wird mit der Win-win-Konstellation, wie sie von den politischen und wissenschaftlichen VordenkerInnen einer grünen Ökonomie und großen Transformation imaginiert wird, wenig gemeinsam haben, denn Umwelt- und Gesellschaftspolitik unter kapitalistischen Bedingungen kann einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht erreichen. Obwohl durchaus die Notwendigkeit transformatorischer Umwelt- und Gesellschaftspolitik gesehen wird –

und dies sicher im Interesse von vielen engagierten Menschen in Ministerien, Parlamenten und Parteien ist –, stößt diese immer wieder an strukturelle Grenzen. Was aus einer solchen Politik und den ihr zugrunde liegenden Konzepten von Transformation, grüner Ökonomie oder Bioökonomie aber resultieren kann, ist eine mehr oder weniger effektive, in jedem Fall aber sozial und räumlich höchst exklusive Bearbeitung der in der multiplen Krise manifest gewordenen sozial-ökologischen Widersprüche des Kapitalismus. Um eine solche Dynamisierung des Kapitalismus in Richtung eines grün-kapitalistischen Akkumulationsregimes, das sehr begrenzt der Zerstörung der biophysikalischen Lebensgrundlagen Einhalt gebietet, soll es im Folgenden gehen.

Inwertsetzung, Externalisierung und passive Revolution: Ein grüner Kapitalismus?

Im zweiten Kapitel haben wir betont, dass es wichtig ist, neben der Destruktivität auch die Transformationsfähigkeit kapitalistischer Naturverhältnisse in den Blick zu nehmen. Im Unterschied zu früheren Produktionsweisen, so haben wir im Anschluss an Marx argumentiert, kann sich der Kapitalismus nur im Modus des permanenten Wandels erhalten. Dies lässt sich auch in der gegenwärtigen Situation beobachten.

Kapitalistische Inwertsetzung von Natur bedeutet nicht nur Zerstörung. Sie kann stattdessen gerade auch den Erhalt von Natur zur Voraussetzung haben. Dies ist etwa der Kerngedanke von (regulations-theoretisch inspirierten) Konzepten wie »Biokapitalismus«²² oder »postfordistischen Naturverhältnissen«,²³ die neben der Destruktivität kapitalistischer Naturverhältnisse auch deren Transformations- und Anpassungsfähigkeit in den Blick nehmen. Bei aller grundlegenden Kontinuität sind die kapitalistischen Naturverhältnisse eben auch von raumzeitlichen Brüchen gekennzeichnet, in denen sich andere Formen der Naturaneignung andeuten. So werden mit der Entwicklung der Biotechnologien neue, genetische Ressourcen konstituiert, die für relevante Kapitalgruppen wie die

Saatgut- und Pharmaindustrie von großer Bedeutung sind. Diese Ressourcen unterscheiden sich von den fossilen dadurch, dass ihre Nutzung nicht mit ihrer materiellen Transformation und damit ihrer Zerstörung einhergeht, sondern bis zu einem gewissen Grad ihren Schutz voraussetzt, weil das Verwertungsinteresse nicht ihren stofflichen oder energetischen Eigenschaften, sondern den Informationen gilt, die ihr Erbgut enthält (sind die Informationen allerdings einmal gewonnen und verwertet, kann das Schutzinteresse schnell erlöschen). »Schutz der Natur, so ließe sich die Transformation umschreiben, findet nicht mehr im Kontrast zu Formen ihrer kapitalistischen Nutzung statt, sondern als ein inhärentes Element ihrer Inwertsetzung.«²⁴

Gerade in der aktuellen Vielfachkrise scheinen solche Formen der Inwertsetzung an Bedeutung zu gewinnen. Darauf deuten etwa jüngere Analysen und Debatten hin. Mit dem Begriff des *green grabbing* werden darin Prozesse der kapitalistischen Inwertsetzung nichtkapitalistischer Milieus beschrieben, die umwelt- und energiepolitisch gerahmt sind.²⁵ Dazu gehören Zahlungen für Ökosystemleistungen wie den Erhalt von Wäldern als CO₂-Senken und Biodiversitätsreservoir. Sie orientieren sich an den Opportunitätskosten der Naturnutzung, entschädigen also für den Verzicht auf eine anderweitige, ökonomisch lukrative, ökologisch aber destruktive Nutzung von Ökosystemen.²⁶ Ihre Wirkung im Hinblick auf die Funktionalität eines grün-kapitalistischen Akkumulationsregimes ist allerdings insofern vorsichtig einzuschätzen, als sie höchstens mittelbar zu neuen Formen der Wertschöpfung beitragen. Das wäre der Fall, wenn die erzielten Einnahmen für die ökologische Modernisierung von Land- und Forstwirtschaft oder der industriellen Produktion verwendet würden. Ist dies nicht der Fall, dann schaffen sie, ähnlich wie der Emissionshandel, bestenfalls kurzfristige Möglichkeiten für die Anlage von überakkumuliertem Kapital. Schlimmstenfalls entwickelt sich um sie herum ein neues spekulatives (Finanz-)Marktsegment, dem nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Risiken innewohnen, beruht das Funktionieren des *offset*-Handels doch gerade auf der *Fortdauer* statt der Überwindung der ökologisch dest-

ruktiven imperialen Lebensweise. Würde Letztere überwunden, gäbe es nichts mehr zu handeln. Als Anreizmechanismus zur Reduzierung von Umweltbelastungen konzipiert, institutionalisieren *offset*-Märkte mithin den Einfluss solcher Kräfte, deren ökonomischer Erfolg von der Verstetigung einer (ökologisch modernisierten) imperialen Lebensweise abhängt.²⁷

Die höchst fragwürdige ökonomische und ökologische Wirkung ist jedoch nur ein Aspekt der Zahlungen für Ökosystemleistungen. Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive ebenso interessant ist deren symbolische Dimension: Wenn Privatpersonen oder Unternehmen für die von ihnen zu verantwortenden Konsum- und Produktionsbedingten Umweltschäden Ablass in Gestalt einer Vielzahl von *offsets* leisten können, dann kann sich die Überzeugung verfestigen, dass Natur prinzipiell substituierbar ist – Emissionen an einem Ort werden durch Aufforstungsmaßnahmen andernorts kompensiert; Ökosysteme, die hier einem Autobahnkreuz weichen, werden dort wiederhergestellt; der Urlaubsflug verliert das ökologisch Anrühliche, wenn man anschließend eine Baumpflanzung finanziert, die im Laufe ihres Wachstums- und Lebenszyklus die entstandenen Emissionen absorbiert. Die Denkfigur der neoklassischen Umweltökonomie, der zufolge »Naturkapital« so lange problemlos ersetzbar ist, wie dabei der gesamte Kapitalstock wächst, sickert auf diese Weise in den Alltagsverstand ein.

Dazu kommt, dass Zahlungen für Ökosystemleistungen in den Empfängerländern Subjektpositionen verschieben und soziale Kräfteverhältnisse transformieren. So hat Thomas Fatheuer beschrieben, wie sich in Amazonien um den Waldschutzmechanismus REDD+²⁸ neue und breite gesellschaftliche Allianzen bilden und eine marktformige Bearbeitung ökologischer Probleme hegemonial untermauern. Indigene Gemeinschaften werden dadurch in eine gänzlich andere Handlungslogik integriert. Der Erhalt ihrer ökonomischen Praxen wird zunehmend davon abhängig, »dass sie in eine REDD+-Konzeption eingebunden werden«. Kathleen McAfee hat dies als »inclusionary neoliberalism« (inkludierenden Neoliberalismus) und »neoliberal environmentalism« (neoliberalen Umwelt-

schutz) bezeichnet.²⁹ Im Kern handelt es sich um neue Formen der Einhegung, die, gestützt auf Konsens und Zwang beziehungsweise die Marginalisierung von oppositionellen Akteuren, ökonomische und ökologische Zielsetzungen *gleichzeitig* verfolgen. Der *trade-off* besteht dann nicht mehr zwischen Ökonomie und Ökologie, sondern zwischen einer marktgetriebenen ökologischen Modernisierung und den sozialen Rechten der dabei Exkludierten.³⁰

Geht es bei den Zahlungen für Ökosystemleistungen um den Erhalt beziehungsweise die Substitution von sogenanntem Naturkapital und ist die damit verbundene hegemoniale Verfestigung sozial-ökologisch destruktiver Produktions- und Konsumnormen vermutlich höher einzuschätzen als der Beitrag zur ökonomischen Wertschöpfung, so trägt die zweite hier zu betrachtende Form der Inwertsetzung unmittelbar zur Wertschöpfung bei. In Wert gesetzt wird hier weniger Natur als die gebaute Umwelt. Bei dieser handelt es sich nach David Harvey um die Gesamtheit immobiler Artefakte, die zusammen die allgemeinen Produktions- und Konsumtionsbedingungen bilden beziehungsweise als fixes Kapital im Produktionsprozess zum Einsatz kommen: »Fabriken, Staudämme, Bürogebäude, Werkstätten, Warenhäuser, Straßen, Eisenbahnen, Hafenanlagen, Kraftwerke, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssysteme, Schulen, Krankenhäuser, Parkanlagen, Kinos, Restaurants – die Liste ist endlos.«³¹

In Gestalt von Energieversorgungsinfrastrukturen steht die gebaute Umwelt derzeit im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die deutsche »Energiewende« bietet hierfür reichlich Anschauungsmaterial. Als Folge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind viele dezentrale Anlagen geschaffen worden, die nicht nur die zentralen Strukturen der fossilen und atomaren Stromerzeugung unterlaufen, sondern auch die Betreiber der Letzteren in eine Existenzkrise manövriert haben. Für diese stellen die erneuerbaren Energien insofern ein Problem dar, als sie kostenlos und – wenn auch in unterschiedlichem Maß – überall verfügbar sind.³² An der kostenlosen Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien können die Großunternehmen der Energiewirtschaft nichts ändern, wohl aber

an den Formen ihrer Bereitstellung: nämlich zentralisiert oder dezentral. Und genau darum dreht sich ein aktueller Konflikt in der deutschen Energiepolitik. Dass die Förderung dezentraler Anlagen gedeckelt und gleichzeitig die Planung großer *offshore*-Windparks und neuer Stromtrassen vorangetrieben wird, deutet darauf hin, dass die traditionelle Energiewirtschaft in einer Situation der existenzbedrohenden Krise in die Offensive geht und sich bemüht, in einen Raum vorzudringen, der ihr als Resultat gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen sowie der spezifischen Materialität erneuerbarer Energien bislang verschlossen geblieben ist. Es handelt sich mithin um den Versuch einer kapitalistischen Landnahme auf dem Energiesektor.

Ihren Erfolg vorausgesetzt, würde die Umwelt- und Energiekrise in einem gesellschaftlichen Schlüsselbereich auf eine Weise bearbeitet, die aufgrund der nötigen infrastrukturellen Investitionen erhebliche Wertschöpfungspotenziale birgt und somit auch der ökonomischen Krisenbearbeitung dient.³³ Die imperiale Lebensweise würde dadurch modernisiert, ohne sie grundsätzlich infrage zu stellen. Ohne eine nennenswerte Reduktion des Niveaus des Energieverbrauchs würde die Externalisierung ihrer sozial-ökologischen Kosten nur auf andere Felder verlagert: von den fossilen Ressourcen (um deren weitere Nutzung gleichwohl nach wie vor erbittert gekämpft wird) und den CO₂-Senken auf Metalle wie Kupfer und Seltene Erden, die zum großen Teil aus Lagerstätten im globalen Süden extrahiert und in den Infrastrukturen für erneuerbare Energien im globalen Norden verbaut werden.³⁴

Eine dritte Form der Inwertsetzung, die zum Moment eines grünen Kapitalismus werden könnte, ist das *land grabbing*, d. h. der Kauf oder die Pachtung großer, zuvor häufig als »degradiert« erklärter Landflächen durch in- oder ausländische Investoren, die sich dabei oft die ungeklärten Landbesitzverhältnisse zunutze machen. *Land grabbing* kann auch energiepolitischen Zwecken dienen, nämlich dann, wenn auf den in Besitz genommenen Flächen Agrartreibstoffe angebaut werden. Obwohl die Agrartreibstoffproduktion mittlerweile sehr umstritten ist, expandiert sie in vielen Ländern des glo-

balen Südens. Je nach zu produzierender Pflanze werden Kleinbauern über die Vertragslandwirtschaft in das »Agrartreibstoffprojekt«³⁵ eingebunden oder aber (gewaltsam) verdrängt.³⁶ Inwieweit dabei neben ökonomischen auch ökologische Zwecke erfüllt werden, ist zwar äußerst fragwürdig, dennoch deutet sich hier eine Entwicklung an, die über die Agrartreibstoffproduktion hinaus bedeutsam ist und eine herrschaftsförmige Bearbeitung der Widersprüche der imperialen Lebensweise durch eine ökologische Modernisierung Letzterer denkbar erscheinen lässt: Wenn die Energieversorgung angesichts der ökologischen und der Energiekrise wieder zunehmend von der sich kontinuierlich regenerierenden statt von der fossilen Biomasse abhängig wird,³⁷ dann könnten sich Investitionen in Land als vorausschauende Strategie erweisen. Entwicklungen wie die Zunahme des Fleischkonsums in Schwellenländern und das prognostizierte Bevölkerungswachstum, das von einem Ernährungssicherheitsdiskurs gerahmt wird, unterstützen diese Vermutung.

Aus unserer Perspektive sind die neuen Formen der Inwertsetzung von Natur unter dem Deckmantel der grünen Ökonomie insofern interessant, als sie (in unterschiedlicher Weise) im Epizentrum der multiplen, vor allem der ökonomischen und ökologischen Krise ansetzen. Ihr Versprechen besteht darin, im Sinne einer »passiven Revolution« (vgl. Kapitel 2) die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie die vorherrschende Produktions- und Konsumnorm so zu transformieren, dass grundlegende Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht infrage gestellt werden. Im Hinblick auf die Inwertsetzung von Land etwa lassen sich neue Entwicklungen im Verhältnis von industriellem und Finanzkapital – einer zentralen »Achse der Akkumulation« –³⁸ beobachten, die einer erweiterten Reproduktion zuträglich sein könnten. So diagnostiziert Madeleine Fairbairn in ihrer Untersuchung der seit 2007 zu beobachtenden Finanzialisierung von Ackerland eine »Rückkehr zur Realökonomie«.³⁹ Investoren seien zwar auch am Tauschwert von Ackerland interessiert und spekulierten vor dem Hintergrund von Klimawandel, Energiekrise, zunehmendem Fleischkonsum in Entwicklungsländern und Bevölkerungswachstum auf eine Wertsteigerung. Allerdings seien

der Tausch- und der Gebrauchswert von Ackerland im Unterschied zu städtischen Immobilien nur schwer voneinander zu trennen, »da das Grundstück selbst als ein wesentliches Substrat für die wertschaffende ökonomische Aktivität fungiert, anstatt nur der Ort für diese Aktivitäten zu sein.«⁴⁰ Die derzeitige Welle von Investitionen in Ackerland könne deshalb auch als eine die reale Akkumulation vermittelnde Finanzialisierung interpretiert werden: »Viele Investoren erwerben Ackerland als Teil einer produktiven landwirtschaftlichen Tätigkeit, und der Trend wird von breiteren Diskursen unterstützt, die den Gebrauchswert von Ackerland betonen.«⁴¹

Eine finanzdominierte Inwertsetzung von Natur wäre also nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit der Fortsetzung eines neoliberalen *business as usual* und der Ausweitung der Finanzialisierung auf neue Sphären mit dem gewohnten Problem, »dass die Profitraten des realen Kapitals nicht ausreichen, um die monetären Forderungen dauerhaft zu erfüllen.«⁴² Vielmehr könnte sich, wenn sich die skizzierten Entwicklungen durchsetzen und verallgemeinern, sich z. B. auf den Bergbau und die Extraktion von solchen Rohstoffen ausweiten, die für eine ökologische Modernisierung erforderlich sind (Kupfer, Seltene Erden, Lithium etc.), das Verhältnis zwischen industriellem und Finanzkapital in einer Weise transformieren, die sowohl der realen Akkumulation als auch einer selektiven Bearbeitung der ökologischen Krise förderlich ist.

Dafür spricht zudem, dass ein grün-kapitalistisches Projekt die imperiale Lebensweise nicht grundsätzlich infrage stellen würde. Ebenso wie es das krisenhafte Verhältnis von industriellem und Finanzkapital zum Gegenstand macht und es auf eine neue Basis zu stellen sucht, lockt es mit dem Versprechen, die vorherrschende Produktions- und Konsumnorm ökologisch zu modernisieren, anstatt sie grundlegend zu transformieren. Die Beimischung von Agrarreibstoffen, die Förderung der Elektroautomobilität, die Einbeziehung des Luftverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem, die Erzeugung von Strom in *offshore*-Windparks und der Bau riesiger Stromtrassen zu seiner Verteilung – all diese Maßnahmen suggerieren die Normalität der vorherrschenden Produktions- und Konsum-

norm. Sie knüpfen an tief verankerte Alltagswahrnehmungen und -praxen an und transportieren die Botschaft, dass die in die Krise geratene imperiale Lebensweise durch eine Modernisierung auf Dauer gestellt werden kann.

Externalisierung und Widerstand

Ein grüner Kapitalismus ist alles andere als zwangsläufig. Vielerorts stößt das *greening* der Wirtschaft auf den Widerstand fossilistischer Kapitalfraktionen und Alltagspraxen. Vor allem in den USA dürften diese durch den Wahlsieg von Donald Trump zusätzlich Auftrieb erhalten. Die Extraktion von Öl und Gas mittels Fracking, die Ölgewinnung aus Teersanden sowie die Exploration und Nutzung von Tiefseevorkommen fossiler Energieträger erleben einen Boom.⁴³ In der EU wird der Übergang zu einem Regime erneuerbarer Energien von der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) gebremst. Und selbst dort, wo grüne Kapitalfraktionen und Praxen gesellschaftlich relevant werden, befinden sie sich in einem permanenten Konflikt mit rückwärtsgewandten Kräften. Das gilt gerade auch für den »Vorreiter« in Sachen erneuerbare Energien, Deutschland, wo mächtige gesellschaftliche Kräfte aus Industrie, Energiewirtschaft und Gewerkschaften ihren Widerstand gegen die Energiewende zunehmend offensiv artikulieren und in staatlichen Apparaten wie dem Wirtschaftsministerium ihre politischen Fürsprecher finden.⁴⁴

Schließlich wird ein grüner Kapitalismus weder die ökologische Krise effektiv bearbeiten noch Ungleichheit verringern und gute Lebensbedingungen für alle Menschen schaffen, sondern neue sozial-ökologische Kosten verursachen und externalisieren: auf die ArbeiterInnen, die in China, in Afrika oder andernorts unter miserablen Bedingungen die für viele »grüne« Technologien unabdingbaren Seltenen Erden oder andere Rohstoffe abbauen, auf die ZuckerrohrschneiderInnen auf brasilianischen Plantagen, die für die Versorgung des US-amerikanischen oder europäischen Marktes mit »Biosprit« Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, auf die Klein-

bäuerInnen, die durch *land grabbing* von ihren Ländereien verdrängt werden, auf kenianische Frauen, die für Aufforstungsaktivitäten mit Zertifikaten von ungewissem Wert »belohnt« werden und dabei die Ernährungssicherheit dem Klimaschutz opfern,⁴⁵ oder auf »[u]nbezahlte sorgende und pflegende Tätigkeiten für Mensch (aber auch Natur)« und »schlecht bezahlte personenbezogene Dienstleistungen«, die in den *green-economy*-Konzepten nicht berücksichtigt werden.⁴⁶

Die Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen sowie zwischen der entwickelten kapitalistischen Welt und den Aufsteigern aus dem globalen Süden werden neu justiert; im Inneren der industrialisierten und der sich industrialisierenden Länder nimmt die Ungleichheit zu; und die Beziehungen zum großen Rest der Welt werden auf der Basis von militärischem Zwang und »aktiver Rohstoffdiplomatie«⁴⁷ reorganisiert. Ein grün-kapitalistisches Projekt wird mithin notwendig eine räumlich »fragmentierte Hegemonie«⁴⁸ mit einer höchst unklaren zeitlichen Perspektive darstellen,⁴⁹ es ist von Exklusion und Ausbeutung geprägt und sichert dennoch die imperiale Lebensweise ab.

Gerade dieser Umstand verweist jedoch auf die Orte und Akteure emanzipatorischer Veränderung. Es ist weniger die »strukturelle Erschöpfung der Möglichkeiten«,⁵⁰ über die die kapitalistische Produktionsweise verfügt, um die ihr innewohnenden Krisen zu bearbeiten; vielmehr ist es die über eine imperiale Naturaneignung vermittelte soziale Ungleichheit, an der sich zentrale sozial-ökologische Konflikte entzünden und demokratische Alternativen entwickelt werden können. Letzteres geschieht überall dort, wo Menschen versuchen, sich die Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen wieder anzueignen: in Konflikten um die Rekommunalisierung von Infrastruktursystemen der Wasser- oder Energieversorgung, in Kämpfen von Landlosenbewegungen um territoriale Rechte oder in der Zurückweisung von privaten geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen durch Kleinbauern und indigene Gemeinschaften. Die Liste ließe sich fortsetzen. In der Regel sind es nicht ökologische, sondern soziale und demokratiepolitische Ziele, die in diesen Kämp-

fen im Vordergrund stehen. Die Ökologie ist nicht selten ihr Implikat beziehungsweise ein »Nebeneffekt« erfolgreicher Auseinandersetzungen.⁵¹

Ebendeshalb lässt sich aus diesen Ansätzen einiges über die Voraussetzungen und Elemente einer grundlegenden sozialökologischen Transformation lernen: Ein wichtiger Schlüssel zur Überwindung zerstörerischer Naturverhältnisse liegt im Abbau sozialer Herrschaft. Angesichts der Größe der ökologischen Bedrohungen mögen die genannten Ansätze als Nischenexperimente erscheinen. Doch zum einen lehrt die Erfahrung, dass grundlegende Veränderungen oft von den gesellschaftlichen Rändern ausgehen. Zum anderen sind Kämpfe um Verfügungsrechte konzeptionell alles andere als marginal, sondern setzen am Kern der zerstörerischen politischen Ökologie des Kapitalismus an. Dieser liegt ja gerade in der exklusiven Kontrolle über natürliche Ressourcen als Voraussetzung ihrer Inwertsetzung. Die Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Kampf gegen soziale Ungleichheit sind deshalb unabdingbar, um die imperiale Lebensweise und ihre grün-kapitalistische Modernisierung in die Schranken zu weisen. Darum geht es im letzten Kapitel.

Kapitel 8

Konturen einer solidarischen Lebensweise

Dies ist für eine moderne Linke zu einer zentralen Herausforderung geworden: den gesamten Stil ihres politischen Wirkens und ihre Kommunikationsweise auf die Selbstermächtigung der vielen Akteure und auf den Respekt vor deren ganz eigenen Vorstellungen von einer anderen besseren Gesellschaft einzustellen – und doch einen eigenen und einenden Beitrag in den gesellschaftlichen Diskurs über eine gerechte solidarische Gesellschaft und in die Suche nach gemeinsamen Strategien einzubringen.

Dieter Klein¹

Die Notwendigkeit einer echten Alternative

Zu Beginn des Buches haben wir argumentiert, dass Krisen auch Wendepunkte sein können. Wir erleben, dass die multiple Krise bestenfalls grünpolitikistisch, tendenziell aber autoritär, neoliberal oder rechtsextrem bearbeitet und damit die imperiale Lebensweise verteidigt wird. Die drängenden sozialen Fragen werden weiterhin islamophob und rassistisch, nationalkonservativ, antifeministisch und ausschließend thematisiert. Die vermeintlich einfachen Antworten bestehen insbesondere darin, anderen Menschen ihr Aufenthalts- und in vielen Fällen ihr Lebensrecht zu versagen. Es wird »[b]erechtigte Kritik an ungerechten Verhältnissen [...] in einen menschenfeindlichen Diskurs übersetzt. Verbitterte und Verängstigte, vereinigt Euch gegen die Schwachen, die Anderen und die Fremden!«²

Das mag derzeit Stimmen bei Wahlen bringen, ändert aber nichts an den Krisenursachen. Die Versuche, die imperiale Lebensweise

zu stabilisieren, führen zum weiteren Ausschluss bis zum Tod vieler Menschen, nehmen die ökologische Verwüstung und die prekären Arbeitsbedingungen in anderen Weltregionen bewusst in Kauf oder ignorieren sie.

Die etablierten politischen Kräfte im konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Spektrum haben lediglich die oben beschriebenen Antworten auf die zunehmende Umverteilung von unten nach oben und die damit einhergehende Spaltung, Verunsicherung und Abstiegsangst. Angesichts der strukturellen Macht des Kapitals betreiben sie Standort- und Wettbewerbspolitik; auch die Sozialdemokratie kann und will die bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht grundlegend verschieben. Bisher hat sich das Projekt »der maximalen Oberschichtsbereicherung« durchgesetzt, und das »linkliberale Projekt von den globalen Eliten«³ – man könnte auch sagen: das kosmopolitische in der Tradition von Immanuel Kant – wurde marginalisiert. Es gibt kaum ernsthafte Versuche, die Finanzmärkte zu regulieren beziehungsweise gar das Finanzwesen zu vergesellschaften und die Interessen der Vermögenden einzuhegen. Die Panama Papers oder die Freihandelspolitik der Europäischen Union gegenüber Kanada und den USA sind ein Beleg dafür, dass die Eliten weiterhin ihre Strategie durchziehen wollen (auch wenn das sich anbahnende Scheitern von TTIP auf einen erheblichen Dissens hindeutet).⁴ Die Krise der sozialen Reproduktion und des Sorgens – als Bestandteil der multiplen Krise – wird mit patriarchalen Formen der Arbeitsteilung bearbeitet.⁵ Frauen sollen wieder »an den Herd«, von Männern abhängig werden; solche »Vorschläge« sind Teil einer antifeministischen Wende.

Die soziale Frage wird vielerorts von der extremen Rechten besetzt. Parteien wie die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz wollen aggressiv Privilegien verteidigen, sie formulieren autoritäre, marktradikale und rassistisch-nationalistisch aufgeladene Programmatiken, um einen vermeintlichen »Schutz« für jene zu bieten, die »dazugehören«. Dieses Versprechen wird noch nicht einmal jenen gegenüber eingelöst, denen es gegeben wird. Die Abstimmung über den Brexit in Großbritannien und der

Wahlsieg Donald Trumps sind konkrete Belege für den Rückhalt, den eine ausgrenzende Politik momentan hat, obwohl sie für viele, die sie befürworten, negative Konsequenzen haben wird.⁶

Auch auf der internationalen Ebene werden solidarische und friedfertige Formen der Konfliktbearbeitung zurückgedrängt: Das zeigt sich sowohl in der EU-Politik gegenüber den ökonomisch schwächeren Staaten der europäischen Semiperipherie wie auch jenseits der EU an eskalierenden Bürgerkriegen wie dem in Syrien. Auch für die Verarmung relevanter Bevölkerungsteile in Europa und für die Flucht vieler Menschen, die um ihr nacktes Überleben fürchten müssen, ist die aggressive Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise mitverantwortlich, da sie durch Landnahme und Externalisierung die Lebensverhältnisse andernorts prekarisiert.⁷ Politiken der Militarisierung und Versicherheitlichung werden dominanter. So weiß die EU angesichts rassistischer Stimmungen und der fehlenden Bereitschaft, die imperiale Lebensweise zu ändern, sich angesichts des Leids vieler flüchtender Menschen nur damit zu helfen, ihre Außengrenzen zu militarisieren.⁸ Diese Aufrüstung der EU dürfte sich nach dem Wahlsieg Trumps in den USA und seiner Konzentration auf die vermeintlichen unmittelbaren Sicherheitsinteressen der USA noch verstärken.

Die mehr oder weniger ambitionierten Versuche ökologischer Modernisierung – mit denen herrschende Interessen und Machtverhältnisse nicht infrage gestellt werden sollen – stellen ebenfalls keine Lösung der multiplen Krise dar. Die aktuelle Debatte um mit Elektromotoren betriebene Autos ist eher der Angst geschuldet, an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Die mit der Ausbreitung der Elektromobilität einhergehenden Einsparungen fossiler Energie werden primär aus der Perspektive geringerer Ölimporte und niedrigerer CO₂-Emissionen in der Nutzung der Fahrzeuge gesehen. Der hohe Ressourcenverbrauch bei der Herstellung elektrisch betriebener Autos wird kaum thematisiert, von den für Elektrobatterien notwendigen Rohstoffen, die es gegebenenfalls gar nicht in ausreichendem Umfang gibt, ganz zu schweigen (siehe Kapitel 6). *De facto* werden die Mechanismen der Krisenexternalisierung der imperialen Lebens-

weise unhinterfragt akzeptiert. Die Nachhaltigkeitsdebatte und jene des Mainstream um sozial-ökologische Transformation bleiben gleichzeitig seltsam stumm im Hinblick auf die drängenden sozialen Probleme dieser Zeit, nämlich die zunehmende Ungleichheit, die Ausgrenzung, die Verachtung von Schwächeren und den Rassismus.⁹

Eines scheint sicher: Die multiple Krise wird – insbesondere in ihren sozial-ökologischen Dimensionen – zu ganz anderen Formen gesellschaftlicher Reproduktion führen. Tim di Muzio etwa weist darauf hin, dass die steigenden Energie- und Ressourcenpreise Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Energie für verschiedene Bevölkerungsgruppen etwa in Bereichen der Nahrungsmittelproduktion (durchschnittlich bedarf eine Kalorie industriell gefertigter Nahrung eines Energieinputs von zehn Kalorien), der Gesundheit, der Beschäftigung und der Mobilität haben werden.¹⁰ Insbesondere das Erdöl ist nicht nur energetisches Schmiermittel der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern auch ein zentraler Input der industriellen Nahrungsmittelproduktion, ein wichtiger Bestandteil von Plastikprodukten und damit ein ebenso essenzielles wie oft unsichtbares Moment einer ganzen Lebensweise.

Wir sind uns des hegemonialen, das heißt breit akzeptierten Charakters der imperialen Lebensweise bewusst. Im globalen Norden soll mit ihr etwas aufrechterhalten, in vielen Ländern des globalen Südens ausgeweitet werden, was nicht verallgemeinerbar ist. Daher halten wir politisch und analytisch daran fest, dass es angesichts zunehmender Verwerfungen und brutaler werdender Externalisierungen dringend echter Alternativen hin zu einer solidarischen, gerechten, sozial-ökologischen, friedlichen und demokratischen Lebensweise bedarf.

Kritische Analysen und strategische Orientierungen

Wie im zweiten Kapitel erläutert, nimmt der Begriff der imperialen Lebensweise sowohl das Alltagshandeln von Menschen wie auch die dieses Handeln überhaupt erst ermöglichenden Strukturen in den Blick. Das öffnet den Denk- und Handlungsraum für die Kritik der

herrschenden Verhältnisse. »Mehr denn je hat die kritisch-materi-
alistische Theorie heute die Aufgabe, organisch verbunden mit den
konkreten Lebenswelten der Menschen, das allgemeine Bewusstsein
über den jeweiligen historischen Moment zu schärfen und die vor-
handenen Potenziale für das Entstehen alternativer Gesellschaftsfor-
men aufzuzeigen.«¹¹

Veränderungen der imperialen Lebensweise müssen an verschie-
denen Punkten ansetzen: Es geht um andere politische Regeln sowie
gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Leitbilder, welche ka-
pitalistische Expansion und Landnahme zurückdrängen und eine
solidarische Lebensweise ermöglichen. Wichtig sind zudem die Ver-
änderung von Subjektivitäten, die für Menschen erfahrbare Verrin-
gerung von Ungerechtigkeit und die Verschiebung von Kräftever-
hältnissen. Es geht um die konkreten Dimensionen des Lebens – von
Ernährung, Wohnen, Kleidung, Gesundheit u. a. – jenseits diszipli-
nierender, die kapitalistische Expansion und Landnahme stützender
und die Gesellschaft hierarchisierender Praxen.

Prozesse, in denen sich eine solidarische Lebensweise gesellschaft-
lich verallgemeinert, vollziehen sich gleichzeitig als Veränderung der
gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Den-
kens und Handelns der Menschen.¹² Kritik ist wichtig für die Ent-
wicklung von Alternativen, weil zum einen Zukünftiges aus dem
Bestehenden hervorgehen und dieses dafür überhaupt erst einmal
begriffen werden muss. Zum anderen hat sich die imperiale Lebens-
weise in das Begehren und in die Körper vieler Menschen einge-
schrieben – Alternativen entstehen daher auch aus der politischen
Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensweise und dem Zulas-
sen alternativer Erfahrungen jenseits der imperialen Lebensweise.
Der Philosoph Michel Foucault nannte diese Form der praktischen
Kritik an den bestehenden Verhältnissen und an der eigenen Ein-
bindung in diese sowie die Herausbildung einer anderen Subjektivität
»die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden«, sowie die »Kunst
einer freiwilligen Unknechtschaft«¹³.

Auch wenn Foucault das zuvorderst für Individuen gedacht hat,
gilt es unseres Erachtens auch für kollektive Akteure wie Gewerk-

schaften und die Gesellschaft insgesamt. Das erfordert neben sich verändernden Rahmenbedingungen, anderen Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Orientierungen sowie guten Beispielen eben auch die Bereitschaft, die eigene Lebensweise zu hinterfragen. Denn es ist deutlich: »Die fatale Vorstellung, man könne ja gar nichts grundsätzlich ändern, höchstens vielleicht an ein paar Stellschrauben drehen, um ein paar kleine Dinge zu verbessern – ein bisschen besser ist ja doch besser als nichts – führt zum gesellschaftlichen Stillstand. Wenn man nichts mehr ändern kann, wird man distanziert, wird der Pluralismus zur Zuschauerdemokratie, bei der sich der Bürger auf die letzten Ränge zurückzieht und zu dem Schauspiel, das sich ihm bietet, höchstens noch zustimmend nickt oder, öfter noch, resigniert den Kopf schüttelt in der Annahme, seine Meinung zähle ja doch nicht.«¹⁴

Veränderung im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Transformation (vgl. Kapitel 2) bedeutet zunächst, problematischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten: weiteren Prozessen der kapitalistischen Expansion durch Landnahmen und die Kommodifizierung von Mensch und Natur, den autoritären Politiken des neoliberalen *lock-in*, wie sie auf der internationalen Ebene etwa durch CETA institutionalisiert werden sollen, der Externalisierung negativer Folgen der imperialen Lebensweise sowie der zunehmenden Gewaltförmigkeit und Militarisierung der Konfliktaustragung.

Strategisch geht es über die vielen und notwendigen Abwehrkämpfe hinaus sodann um ein Einhegen und Zurückdrängen imperialer Praxen. Das bedeutet auch, dass eine grundlegende gesellschaftliche Transformation im Gegensatz zu einer in der Debatte über die grüne Ökonomie weitverbreiteten Annahme keinesfalls nur Gewinner kennt. Viele werden, in einem unterschiedlichen Ausmaß, verlieren – und müssen dies, weil das, was sie tun, nicht verallgemeinerbar ist, sondern zulasten anderer geht. Bernd Sommer und Harald Welzer bezeichnen diese Notwendigkeit treffend als »Deprivilegierung derjenigen Gruppen und Individuen, die heute von wirtschaftlichen Strategien profitieren, die die Lebenschancen heute und künftig lebender Menschen massiv beeinträchtigen.«¹⁵ Doch das öff-

net erst den Raum für andere Elemente des guten Lebens wie beispielsweise materielle und biografische Sicherheit oder weniger entfremdete Arbeit.

Und schließlich geht es um die Ausweitung von Räumen und Bündnissen, die emanzipatorisches Handeln im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise erst ermöglichen. Über die Abwehrkämpfe und das Zurückdrängen herrschender zerstörerischer Dynamiken hinaus wären also Ansätze für eine solidarische Lebensweise zu fördern und zu festigen.

Verbreitetes Unbehagen und vielfältige aktuelle Erfahrungen

Es gibt vielfältige Erfahrungen und Anknüpfungspunkte, um Alternativen zu den dominanten Denkformen und realen Verhältnissen zu entwickeln.¹⁶ Sie zeigen sich in den unzähligen solidarischen Praxen, intellektuellen Interventionen und aktuellen wie historischen Erfahrungen, die man als Fermente einer solidarischen Lebensweise betrachten kann. Zukünftiges kann nie als Masterplan entstehen, sondern muss sich im Horizont einer anderen, besseren Welt schrittweise entwickeln. Dazu bedarf es des Muten im Denken und Handeln, eines gewissen Optimismus und produktiver Selbstkritik, Empathie mit den Schwächeren und Ausgegrenzten und – so unsere Erfahrung als Wissenschaftler – der Bereitschaft der Einmischung und der Kooperation mit progressiven gesellschaftlichen Akteuren. Uns geht es an dieser Stelle zuvorderst um das Sichtbarmachen und Systematisieren von Erfahrungen, die oft ausgeblendet werden, und um Denkanstöße, die sich aus den Analysen der vorangegangenen Kapitel ergeben. Dahinter steht der analytische und politische Wunsch, dass sich Alternativen zum autoritären und stets zerstörerischen Kapitalismus noch stärker als bisher herausbilden, dass sie sich stabilisieren und nicht im Zuge herrschender Dynamiken marginal bleiben oder gar ebenfalls zerstört werden.

Einen Ausgangspunkt bildet die aus unserer Sicht plausible Beobachtung, dass es ein großes gesellschaftliches Unbehagen an den

Verhältnissen gibt, an der Wucht der kapitalistischen Krise, an der Naturzerstörung und an der Brutalität, mit der die Eliten ihre Positionen sichern. Die Unzufriedenheit mit den politischen RepräsentantInnen und das Wissen darum, in den bestehenden Institutionen Alternativen nicht mehr sichtbar machen zu können, nehmen ebenso zu wie die Empfindung, dass dem alltäglichen Druck, sich einpassen und funktionieren zu müssen, auf Dauer nicht standgehalten werden kann. Eine mehr oder weniger diffuse Ahnung macht sich breit, dass es »so« nicht weitergeht und die imperiale Lebensweise unsolidarisch und zerstörerisch ist. Die überraschend breite Unterstützung für Politiker wie Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien sind genauso Ausdruck davon wie die soziale Bewegung der *Indignados* in Spanien. Sie öffnen die Tür zu einem politischen Raum, in dem Probleme verhandelt und alternative Strategien formuliert werden können.

Jared Diamond weist in seiner historischen Untersuchung der Frage, warum Gesellschaften überleben oder untergehen, auf einen wichtigen Widerspruch hin. Er sieht einen Grund für den Untergang von Gesellschaften darin, dass sich Akteure zwar individuell rational verhalten, aber damit gesellschaftlichen Schaden anrichten. Indem sie in ihrem Handeln jene Strukturprinzipien reproduzieren, auf denen der Erfolg und der Aufstieg einer Gesellschaft beruhen, bereiten sie gleichzeitig deren Untergang vor. Auf unser Thema angewendet, kann man im Anschluss an Diamond argumentieren: Der Erfolg der kapitalistischen Gesellschaft liegt darin begründet, dass sie durch eine Kommodifizierung von immer mehr Lebensbereichen einen Wachstumszwang institutionalisiert hat. Die Orientierung an der Profitmaximierung statt an der Befriedigung von Bedürfnissen hat eine zuvor ungekannte Produktivkraftentwicklung freigesetzt, die die ökonomische Überlegenheit der kapitalistischen gegenüber anderen Gesellschaften begründet. Gepaart mit den energetischen Potenzialen der Kohle und des Öls, wurde auf diese Weise in wenigen Jahrhunderten ein materieller Reichtum angehäuft, der zuvor kaum vorstellbar war. Genau dies droht sich heute in sein Gegenteil zu verkehren. Die Verbrennung von fossilen Ressourcen sowie der struk-

turelle Zwang zu einem prinzipiell unbegrenzten Wirtschaftswachstum werden zwar vielerorts als Problemkern höchst bedrohlicher Krisen erkannt. Die ihnen entsprechenden Wahrnehmungs- und Handlungsmuster haben sich aber in die politischen Institutionen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und den Alltagsverstand der Menschen in einer Weise eingeschrieben, dass zwar ihre begrenzte ökologische Modernisierung, nicht aber ihre grundsätzliche Überwindung denkbar erscheint.

Diamond nimmt insbesondere die »Entscheidungsträger und Machthaber« in den Blick, die mit ihren Interessen mitunter »im Gegensatz zu den Interessen der übrigen Gesellschaft stehen. Das gilt vor allem dann, wenn die Elite sich von den Folgen ihrer Handlungen abschotten kann: Dann tut sie häufig Dinge, die ihr selbst nützen, ganz gleich, ob sie anderen damit Schaden zufügt.«¹⁷ Die Verteidigung der Privilegien der sehr Vermögenden und die damit einhergehende Ungleichheit wird seit einigen Jahren unter dem Motto »Wir 99 Prozent gegen euch 1 Prozent« politisiert. Dieser Sachverhalt spitzt sich angesichts der Vertiefung und Ausweitung der imperialen Lebensweise und der vielfältigen Mechanismen der Externalisierung in Raum und Zeit zu. Es ist macht- und vermögenspolitisch durchaus das eine Prozent der Reichen, das über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft bestimmt. Gesellschaftspolitisch ist das Bild – das haben wir in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt – deutlich komplexer. Und hier – das heißt vor allem: an dem sich ausbreitenden Unmut und Unbehagen sowie an der an vielen Orten zu beobachtenden praktischen Problematisierung der herrschenden Verhältnisse – gilt es anzusetzen. Die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien sind ja nicht nur Ausdruck weitverbreiteter rassistischer Positionen, sondern auch Ausdruck ebendieses Unbehagens.

Das Unbehagen an den Verhältnissen hängt damit zusammen, dass der »Alltagsverstand« der Menschen nie einheitlich ist, sondern »eine auseinanderfallende, inkohärente, inkonsequente Weltauffassung«.¹⁸ Die wirtschaftlichen, politischen und medialen Protagonisten der imperialen Lebensweise wollen den Alltagsverstand dadurch kohärent machen, dass sie Menschen in Konkurrenz zuein-

ander setzen, das Vertrauen in die Eliten zu stärken versuchen, Umweltzerstörung als technologisch bearbeitbar darstellen, Protest und grundlegende Alternativen lächerlich machen, ignorieren oder gegebenenfalls unterdrücken und das Leben der Mehrheiten auf Gehorchen, Konsum und das »eigene Lebensglück« trimmen.

Doch das gelingt immer weniger.

Die Welle der Solidarität vieler Menschen gegenüber den Geflüchteten ab dem Spätsommer 2015 ist gleichzeitig auch eine Anerkennung der Verwüstungen, welche die imperiale Lebensweise andernorts verursacht.¹⁹ Der Unmut in Hinblick auf die imperiale Lebensweise und der Wunsch nach der Herausbildung eines solidarischen Zusammenlebens könnte eine sozialmoralische Mehrheit erreichen – auch wenn sich diese nicht direkt in Handeln und Veränderungen übersetzt. Marx sprach im Hinblick auf das Proletariat davon, dass es sich um eine Klasse handle, die einen »universellen Charakter durch ihr universelles Leiden« besitze, da ihr kein spezifisches Unrecht zuteil, sondern »das Unrecht schlechthin an ihr verübt« werde.²⁰ Ähnlich könnte heute im Hinblick auf die Geflüchteten argumentiert werden²¹ – sie verkörpern das universelle Leiden an der imperialen Lebensweise. Und sie erinnern die Aufnahmegeellschaften an die Möglichkeit des Lernens, der Einsicht in und des Engagements für die Veränderung der eigenen Lebensverhältnisse im Lichte dramatischer Umbrüche in der Welt und damit der Hinterfragung vieler Privilegien, die mit der imperialen Lebensweise einhergehen.

Wir regen an, die vielfältigen Alternativen als Teil von Suchprozessen für eine solidarische Lebensweise, für ein ganz anderes, nämlich gerechtes, demokratisches, friedliches und ökologisch wirklich nachhaltiges Wohlstandmodell jenseits kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Zumutungen und solcher der Unterwerfung und Ausbeutung der Natur zu verstehen.²² Die Konturen einer solidarischen Lebensweise zeigen sich in den vielfältigen existierenden Diskussionen und Praxen, die die Gesellschaft von ihren Rändern aus grundsätzlich infrage stellen. Wichtig ist, dies überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, es zu erweitern und den Alternativen die Möglich-

keit einzuräumen, sich zu stabilisieren und zu reflektieren. Die Herausbildung einer solidarischen Lebensweise wird ungleichzeitig sein, birgt Unvorhergesehenes, geschieht mitunter schleichend, wesentlich aber auch über Konflikte.

Die politisierende Wirkung der Flüchtlingsbewegung findet gleichzeitig mit anderen Protesten und Bewegungen statt: mit Protesten gegen hohe Mieten und Spekulation, dem Unmut gegenüber der immer weiteren Verdichtung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit und anderen, nichtentlohnten Formen der Arbeit, dem Unwohlsein der konkreten, alltäglich erfahrenen Arbeitsteilung zwischen Klassen, Geschlechtern oder Menschen unterschiedlicher Herkunft, der Kritik an Privatisierungen und an der europäischen Austeritätspolitik, der Bewegung gegen TTIP und CETA und gegen Freihandelspolitiken insgesamt sowie mit den Protesten gegen den Bau von Kohlekraftwerken, gegen Fleischfabriken, gegen gentechnisch verändertes Saatgut und entsprechende Lebensmittel, gegen die Macht der Energiekonzerne, gegen Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Vielfältige internationale Kampagnen weisen auf die negativen Implikationen der imperialen Lebensweise hin, etwa auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion sowie der Herstellung von Smartphones und Kleidung. Die Liste lässt sich fortsetzen.

Die Alternativvorschläge und praktischen Ansätze sind genauso vielfältig: Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus und Forderungen nach einem »Recht auf Stadt«, *transition towns*, *urban gardening*, Umwelt- und Klimagerechtigkeit, Ausstieg aus der Kohle und »Ende Gelände«, Energiedemokratie und Vergesellschaftung der Energieversorgung, Ernährungssouveränität und ökologischer Landbau, Stärkung der Tierrechte und – aus Lateinamerika kommend – der Rechte der Natur, *commons* und *commoning*, gute Arbeit und Grundeinkommen, solidarische Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Reproduktionsarbeit, freie Software und informationelle Selbstbestimmung, Sozialpolitik als Infrastruktur beziehungsweise sozial-ökologische Infrastruktur. Institutionelle Alternativen beinhalten Zukunftsrate, die Regulierung der Finanzmärkte oder Strategien

einer »Mobilitätssanierung der Städte«, nachdem diese jahrzehntelang auf Automobilverkehr getrimmt wurden. Übergreifende Konzepte sind *degrowth* und Postwachstum, *post-development* und Postextraktivismus, *care*-Revolution und Sorgestreik, Entschleunigung und Zeitwohlstand, Konvivialität, Vier-in-einem-Perspektive, globale soziale Rechte und gutes Leben für alle. Auch diese Aufzählung ist nur ein kleiner Ausschnitt.²³

Kritische Analyse und emanzipatorische Politik halten als Grundprinzip daran fest, dass die Bedingungen für ein gutes Leben für alle Menschen ohne Zerstörung der biophysikalischen Lebensgrundlagen zentraler normativer Bezugspunkt gesellschaftlicher Entwicklungen sind. Die je spezifische Lebensweise muss verallgemeinerbar sein, ohne ihre Voraussetzungen und negativen Folgen zu externalisieren, ohne andere Menschen auszubeuten und ohne ihre eigenen Grundlagen zu zerstören. Konkret bedeutet das eine drastische Reduktion von Ressourcenverbrauch und Emissionen, aber auch die Veränderung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen hin zu solidarischen Formen der Naturaneignung, der Produktion und des Arbeitens, des kollektiven Zusammenlebens, des Treffens von Entscheidungen und Bearbeitens von Konflikten.

Gemeinsam ist vielen Forderungen und Bewegungen, dass sie sich am Gebrauchswert, an einem gerechten Zugang zu den notwendigen Lebensmitteln und -bedingungen orientieren.²⁴ Sie wollen entsprechende Formen der Organisation von Wirtschaft und Politik, des Zusammenlebens und der Subjektivierung fördern und deshalb die Imperative von Profit sowie Kapital- und Machtakkumulation zurückdrängen. Sie sind damit Bestandteil einer schrittweisen, von Konflikten und Lernprozessen durchzogenen Überwindung der imperialen zugunsten einer solidarischen Lebensweise. Derartige Veränderungen hängen mit der Umverteilung von Macht, Einkommen und Vermögen zusammen und stellen implizit oder explizit die Frage nach der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln und nach der Kontrolle darüber, in welche Bereiche einer Gesellschaft investiert werden kann und soll – und in welche nicht. Die Entstehung einer solidarischen Lebensweise geht daher Hand in

Hand mit einer Vertiefung der Demokratie und der Ausweitung insbesondere wirtschaftsdemokratischer Perspektiven.

Veränderungen in diesem Sinne sollten in der Spannung zwischen konkretem Handeln und einem umfassenderen theoretischen Horizont stattfinden. Rosa Luxemburg sprach in diesem Zusammenhang von »revolutionärer Realpolitik«, Joachim Hirsch spricht von »radikalem Reformismus« und Dieter Klein von »doppelter Transformation«. Klein zufolge fehlt den vielfältigen Alternativen oft der innere Zusammenhang, eine lebendige Erzählung »von unten« gegen die mit vielen Ressourcen verbreiteten Durchhalteparolen der Herrschenden. Notwendig ist es, einen »kühnen Bogen zwischen den elementarsten Vorwärts-Bedürfnissen, die im Gegenwärtigen schlummern, und der Vision von Wegen und Zielen ihrer Verwirklichung zu schlagen. [...] Aufzuspüren, welche Lebensfragen im Dasein der Menschheit zu Antworten drängen und geahnte Antworten dem Unausgesprochenen zu entreißen, das könnte den Inhalt einer modernen linken Erzählung ergeben.«²⁵ Das ist nicht einfach zu realisieren, weil insbesondere kollektiven Akteuren wie progressiven Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden immer wieder das kurzfristige Handeln zur ersten Aufgabe wird.

Das teilweise unspektakuläre Entstehen einer solidarischen Lebensweise

Eine solidarische Lebensweise ist nicht mit hehren politischen Statements oder besserer Technologie zu erreichen (Letztere feiert Paul Mason als Grundlage des Postkapitalismus), sondern nur als Neuorganisation der Gesellschaft durch ganz andere Formen des Zusammenlebens.²⁶ Mit diesen bilden sich neue Subjektivitäten heraus und stellen sich »neue Gewohnheiten« ein.²⁷

Die – durchaus strategisch von Unternehmen und Staat gewollte – Einschreibung der imperialen Lebensweise in Alltag und Körper legt nahe, dass viele Alternativen mitunter ganz unspektakulär entstehen, dass sie darin bestehen, sich den heutigen Lebens- und Konsumnormen zu entziehen, explizite und implizite Regeln nicht mehr

zu befolgen, bestimmte Praxen und Nahelegungen nicht mehr zu akzeptieren und zu unterbrechen. SchülerInnen verbannen die Coca-Cola-Automaten aus der Schule, Fleisch wird nicht mehr gegessen, der Besitz eines Autos ist nicht mehr erstrebenswert – und die »normale« Karriere auch nicht. »[W]as zweitrangig und untergeordnet oder auch beiläufig war, [...] wird zum Kern eines neuen ideologischen und doktrinalen Komplexes. Der alte Kollektivwille zerfällt in seine widersprüchlichen Elemente, weil die untergeordneten dieser Elemente sich gesellschaftlich entwickeln.«²⁸

Gegenhegemonie²⁹ gegen die imperiale Lebensweise bedeutet also neben Auseinandersetzungen um andere Regeln, um politische und wirtschaftliche Strategien, um Investitionen und die Verfügung über Produktionsmittel auch, bestimmte Formen des Alltags nicht mehr leben zu wollen beziehungsweise ganz praktisch nicht mehr zu leben. Die Motivation dafür können unabgeholte Wünsche und verhinderte Möglichkeiten im Hinblick auf ein erfülltes Leben sein.

Andere Logiken sozial-ökologischer Reproduktion

Im zweiten Kapitel haben wir argumentiert, dass sich jegliche Veränderungen mit den herrschenden Logiken der Transformation, mit der permanenten Selbstrevolutionierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften auseinandersetzen müssen. Eine solidarische Lebensweise beinhaltet ganz andere Formen der sozial-ökologischen Reproduktion, des Sorgens und damit des vorsorgenden Wirtschaftens. »Die Sorgelogik reproduziert und schützt das Lebendige in der Gesellschaft und der Natur, wird aber vom Markt durch die kapitalistischen Prinzipien von Produktivitäts- und Effizienzsteigerung, Konkurrenz und Akkumulation torpediert oder marginalisiert.«³⁰

Gesellschaft muss aus dieser Perspektive ganz anders gedacht und gemacht werden – nicht mehr als Aufeinandertreffen vermeintlich autonomer Subjekte am Markt, die sich rational verhalten und ihren Nutzen maximieren wollen. Menschen sind keine autonomen Subjekte, die über sich selbst und die Welt verfügen³¹ – das wird ihnen zwar nahegelegt, und sie sollen sich vor allem als »souve-

räne KonsumentInnen« gegenüber einer inszenierten Optionsvielfalt an Waren so verhalten. Verantwortung können Menschen jedoch nur für etwas übernehmen, was sie, so Martin Kronauer, »durch eigene Entscheidungen auch bewirken oder verhindern können. Für Markteffekte gilt das nicht [...]. Dies hat direkte Folgen für die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens: Es ist auf den Schutz vor Marktabhängigkeiten angewiesen.«³²

De facto sind alle Menschen verletzlich, benötigen Schutz und reproduzieren sich in Gesellschaft und Gemeinschaft gemeinsam – mit Geld und Waren, aber auch in vielfältigen anderen Formen. Die immer gegebene Verletzlichkeit wird teilweise dadurch stabilisiert, dass über die Externalisierung der Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise andere Menschen in anderen Teilen der Welt in prekären und entscherten Verhältnissen leben und arbeiten müssen und die biophysikalischen Grundlagen des Lebens verschlechtert oder gar zerstört werden.³³ Eine solidarische Lebensweise muss also die grundlegende Verletzlichkeit des menschlichen und außermenschlichen Lebens anerkennen und Formen des Zusammenlebens schaffen, die nicht auf der Prekarisierung vieler oder auch nur einiger Menschen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beruhen. Gabriele Winker erachtet eine »Care-Revolution« als zentral, »eine politische Transformationsstrategie, die anknüpfend an die Erkenntnisse feministischer Politik die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit ins Zentrum stellt und darauf abzielt, das gesellschaftliche Zusammenleben ausgehend von den menschlichen Bedürfnissen zu gestalten.«³⁴ Sie schlägt dafür Strategien wie die Demokratisierung und Selbstverwaltung des *care*-Bereichs, eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen, den Aufbau sozialer Infrastruktur und die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel vor.³⁵

Eine Gesellschaft, die das Sorgen füreinander und für die Natur in den Mittelpunkt stellt, ist automatisch kritisch gegenüber den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsimperativen. Das ist der Stachel, den etwa die *degrowth*- oder Postwachstumsperspektive setzt. Es geht nicht um eine pauschale Ablehnung von »Mehr«,

etwa im Bildungs- und Gesundheitssystem, an öffentlichen Dienstleistungen oder guten Lebensmitteln, sondern darum, Lernprozesse zu ermöglichen und demokratisch darüber zu entscheiden, wo ein Zuwachs an je konkreten Konsumgütern, Produktionsmitteln und Dienstleistungen gesellschaftlich erwünscht und sozial-ökologisch zu verantworten ist. »Es gilt, das Maß neu zu bestimmen. Der Fokus auf Alltagspraktiken und Subjekte ist eine Antwort darauf, dass das marktförmige Wachstumsparadigma nicht nur die Wirtschafts- und Naturverhältnisse bestimmt, sondern tief in die psychosoziale Ebene eingeschrieben ist, inzwischen wie im Westen so auf Erden.«³⁶ Doch veränderte und verändernde Alltagspraxen erschöpfen sich nicht im individuellen Konsumverhalten, sondern erfordern das kollektive, politische Moment der Politisierung zerstörerischer Verhältnisse und des Aufbaus von Alternativen.³⁷

Dieter Kramer stellt in diesem Zusammenhang eine höchst in- struktive Frage: »Kann man von den Menschen erwarten, dass sie in ihrem Alltag auch die Probleme der Krise der Wachstumsgesellschaft berücksichtigen?« Sie haben ja mit ihren eigenen und alltäglichen Problemen zu tun. Seine Antwort ist deutlich und politisch höchst folgenreich: »Wenn es gelingt, den Zusammenhang zwischen den Problemen der Wachstumsgesellschaft und diesen Alltagsproblemen herzustellen, ohne dass daraus eine pessimistisch-regressive Haltung entsteht, dann lassen sich vielleicht Ansatzpunkte für politische Motivation bezüglich der sozial-ökologischen Wende gewinnen.« Die Debatte um Suffizienz weist in diese Richtung. Es geht nicht ums Verzicht, sondern ums Ersetzen, um die Frage, was und wie viel »genug« ist. »Menschen sind mit ihren Vorstellungen vom guten und richtigen Leben in der Lage, sich im individuellen Leben Grenzen zu setzen.«³⁸ Scheitert das, kommt es zu Spiel- oder Kaufrausch, zu Drogenabhängigkeit oder zu einem Übermaß an Arbeit.

Interessant und wichtig sind in diesem Zusammenhang neuere arbeits- und industriesoziologische Befunde, die branchenübergreifend eine starke moralische Ökonomie bei den Beschäftigten identifizieren. Demnach werden die neoliberalen, von einer kurzfristigen Renditeorientierung dominierten Zumutungen, die sich in einer

permanenten Intensivierung des Arbeitsprozesses äußern, von den Beschäftigten gerade nicht vollständig verinnerlicht und auch nicht als individuell zu bewältigende Herausforderung betrachtet. Vielmehr werden sie als Verletzung von Gerechtigkeitsansprüchen und als unvereinbar mit den technisch-funktionalen Erfordernissen des Arbeitsprozesses empfunden. Dies kann in einer Politisierung resultieren, die eine – derzeit allerdings noch sehr fragile – Brücke zwischen Ungerechtigkeits Erfahrungen im betrieblichen Alltag und einem Unbehagen an den vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklungen schlägt. Im günstigsten Fall speist sich dann aus »dem Erleben einer wettbewerbsgetriebenen Steigerungslogik [...] die alltägliche Gesellschafts- und Kapitalismuskritik«. ³⁹

Solidarische Lebensweise – global und dauerhaft

Ein Grundmechanismus der imperialen Lebensweise liegt in der Externalisierung ihrer sozial und ökologisch problematischen Voraussetzungen und Konsequenzen. Sie produziert systematisch schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, autoritäre politische und gesellschaftliche Verhältnisse, prekäre Lebensbedingungen und ökologische Zerstörung. Die Aufhebung der unterschiedlichen Mechanismen der Externalisierung ist zweifellos eine der schwierigsten Aufgaben im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise.

Eine Grundvoraussetzung ist das Sichtbarmachen dieser Externalisierung – dies ist ein Anliegen des Begriffs der imperialen Lebensweise selbst. Das bedeutet Aufklärung und die Einsicht, dass eigene Privilegien auf Ausbeutung und Zerstörung innerhalb der eigenen Gesellschaft, aber eben auch »andernorts« basieren. Die Informationen dazu sind alltäglich präsent, doch es gibt kein gesellschaftliches und handlungsrelevantes Wissen darum. Es ist zunächst so banal wie schwierig, Empathie zu üben. »Welche Leben – beispielsweise von Menschen, die ich nicht kenne, nicht ›verstehe‹, ja die mich vielleicht sogar abstoßen – werden als betrauerbare Leben und als Leben, auf die ich bezogen bin, mit denen ich ›verbunden‹ bin, anerkannt?« ⁴⁰

Eine solidarische Lebensweise, die eben immer auch solidarische (Re-)Produktionsweise ist, muss die oft verzweigten und bislang durch kapitalistische Verwertungsimperative strukturierten Wertschöpfungs- und Lieferketten verändern. Über sie findet die Externalisierung der negativen Implikationen der imperialen Lebensweise statt, wodurch sie Ursache von zahlreichen Konflikten und von Umweltzerstörung ist.⁴¹

Dies geht damit einher, die unterschiedlichen Forderungen und Konflikte in der eigenen Gesellschaft und andernorts anzuerkennen und zu unterstützen. Es bedeutet Empathie und praktische Solidarität mit jenen, die sich an vielen Orten der Welt gegen die Zumutungen der imperialen Lebensweise wehren, und es bedeutet, die Würde von Menschen hierzulande und in anderen Teilen der Welt anzuerkennen, gegen Erniedrigung und Entmenschlichung aufzustehen und für ein besseres Leben zu kämpfen. Das war der Kern des Ausrufes »Es reicht!« (*Ya basta!*) der mexikanischen Zapatistas ab Anfang 1994, und gerade deswegen traf dieser weltweit auf Resonanz. Der Aufruf bestand nicht zuvorderst darin, Solidarität mit dem Aufstand zu üben, sondern Verbindungen zwischen vielen verschiedenen emanzipatorischen Kämpfen zu schaffen und in unterschiedlichen Teilen der Welt gemeinsam an Alternativen zur imperialen Lebensweise zu arbeiten. Denn die Schaffung einer solidarischen Lebensweise ist eine vielfach konkrete Menschheitsfrage.

In einem umfassenden Sinn bedeutet das, sich nicht den falschen, da auf kapitalistischer und hierarchisierender Externalisierung beruhenden Wohlstandsversprechen zu ergeben, sondern Formen des gerechten, solidarischen und nachhaltigen Wohlstands zu schaffen und zu leben. Es bestehen also viele alternative Vorschläge und Forderungen, Praxen und konkrete wie umfassende Strategien – Letztere im Sinne von Weichenstellungen, des Einschlagens von nie schon ganz genau bekannten Wegen, aber eben auch des Ausschlusses anderer Wege.⁴² Ab wann und wie solche Veränderungen »systemische Wirkungen« entfalten, wissen wir jeweils erst im Nachhinein.

Ein hegemoniefähiges Projekt für eine solidarische Lebensweise muss vieles und die vielen verbinden, muss erfahrbar und attraktiv

sein. Es werden tendenziell gesellschaftliche Mitte-unten-Bündnisse sein, die ein solches Projekt tragen.⁴³ Es wäre aber zu wünschen, dass verstärkt auch dissidente progressive Eliten den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln.⁴⁴ In jedem Fall ist es nötig, die Gefahr der Kooptierung von Alternativen oder des *greenwashing* zu reflektieren sowie rote Linien zu ziehen gegen rassistische, ausbeutende, patriarchale, gewaltförmige und zerstörerische Projekte.

Wichtige Auseinandersetzungen – so sollten dieses Kapitel sowie einzelne Verweise in den Kapiteln 4 und 5 gezeigt haben – finden einerseits um die Kritik und Auflösung vieler Elemente der imperialen Lebensweise statt; andererseits geht es um die Anerkennung und Stabilisierung der Bedingungen, Praxen und Begehren einer solidarischen Lebensweise.

Eine weitere entscheidende Frage im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise stellt sich dahingehend, wie Veränderungen abgesichert, vorangetrieben und vor Rückschlägen geschützt werden können. Es geht gleichsam darum, die Frage der Institutionen, des Rechts, generell: der Verfasstheit von Gesellschaft von links zu stellen. Die imperiale Lebensweise wird wesentlich durch den kapitalistisch-patriarchalen Staat abgesichert. Dieser ist eine »materielle Verdichtung« gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, ein »strategisches Feld«, das von Kämpfen und Widersprüchen durchzogen ist.⁴⁵ Verschiedene Akteure mit ihren Interessen, Identitäten und Wertvorstellungen ringen mit konkreten Strategien und gegebenenfalls mit umfassenden Projekten darum, gesellschaftlich relevant und damit auch »Staat zu werden«, das heißt, in Gesetze gegossen, anerkannt und nicht ignoriert oder unterdrückt zu werden. Wie in Kapitel 7 dargelegt, gibt der Staat den gesellschaftlichen Interessen gleichzeitig eine bestimmte Form. So trägt er etwa zur Herausbildung besitzindividualistischer Interessen bei und strukturiert dadurch die Konflikte zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Kräften in einer Weise, die sie mit der Reproduktion einer herrschaftsförmigen Ordnung vereinbar macht (ohne deren Existenz gleichwohl garantieren zu können). Die Rechtsform spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie subjektiviert, wie Sonja Buckel treffend feststellt, »die Einzelnen als ka-

pitalistisch-patriarchale Monaden und fügt sie zu einer äußerlichen Einheit wieder zusammen«. ⁴⁶

Die Kritik dieser politischen und rechtlichen Form ist ein wesentliches Moment der Zurückdrängung der imperialen Lebensweise. Damit rückt aber gleichzeitig die Frage in den Vordergrund, wie Gesellschaft verfasst sein muss, damit sich eine solidarische Lebensweise entfalten kann. Die »politische Verfassungsfrage«, so schrieb Wolf-Dieter Narr schon vor knapp 20 Jahren, ist »die Frage der Zeit schlechthin«. ⁴⁷ Sie zu beantworten bedeutet, die existierenden emanzipatorischen und universalisierbaren Alternativen institutionell so abzusichern, dass sie gegen reaktionäre Angriffe geschützt sind und sich gleichzeitig reflexiv weiterentwickeln können. Ein emphatisches Verständnis von Demokratie ist dabei die Leitidee: Alle, die von den Auswirkungen einer Entscheidung betroffen sind, werden gleichberechtigt an deren Zustandekommen beteiligt. Eine solche Einrichtung von Gesellschaft bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Subjekte. Wenn die Bedingung der freien Entwicklung aller nicht mehr – wie noch in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft – in der *Beschränkung*, sondern in der *Verwirklichung* der freien Entwicklung des Einzelnen liegt, ⁴⁸ dann besteht die Chance, dass die gegenwärtig dominierende, konkurrenz- und eigennutzorientierte Subjektivität sich in eine solidarisch-kooperative transformiert. Zudem entstehen mit einer solchen Einrichtung von Gesellschaft die Voraussetzungen dafür, den strukturellen Zwang zur Externalisierung zu überwinden. Die kapitalistischen Mechanismen der Tauschwertorientierung, der Konkurrenz und des Wachstums wären außer Kraft gesetzt, und die Kosten ökologischer Fehlentscheidungen würden nicht mehr andernorts anfallen, sondern von allen getragen. »Da dies alle wissen«, so Alex Demirović, »würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern.« ⁴⁹

Die Konflikte um eine solidarische Lebensweise drehen sich darum, dass die als problematisch erachteten Verhältnisse aufgehoben und Alternativen gestärkt werden sollen. So geht es in vielen Auseinandersetzungen nicht nur um die Schaffung von Gemeingü-

tern und andere Formen des Zusammenlebens, etwa um eine andere Verteilung von Reproduktionsarbeit und damit um eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse. Es geht auch um eine solidarische Form der Wohlfahrtsstaatlichkeit, nämlich »die Entkopplung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung in Gestalt eines verlässlichen, anonymen Ausgleichsmechanismus«. ⁵⁰ Das impliziert zugleich – das wissen wir aufgrund der Herausbildung des neoliberalen, aktivierenden und in vielen Fragen zunehmend repressiven Staates sehr gut – einen institutionellen Umbau des Staates, denn die Kräfteverhältnisse und Diskurse sind dem Staat nicht äußerlich. Die vielfältigen Dimensionen einer solidarischen Lebensweise müssen sich institutionell »verdichten«, ⁵¹ allerdings mit der Perspektive einer Überwindung der herrschaftsförmigen Logiken, wie sie im kapitalistisch-patriarchalen Staat institutionalisiert sind.

Die Beschränkungen der liberalen, zunehmend autoritären Demokratie zugunsten einer umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung aufzuheben ist ein zentraler Bestandteil der Auseinandersetzungen um eine solidarische Lebensweise. Dies beinhaltet Abwehrkämpfe gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck ebenso wie die Zurückdrängung imperialer Praxen und die institutionelle Absicherung des Neuen. Ihr Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die sozialen und ökologischen Verwerfungen, mit denen wir heute konfrontiert sind und die unendliches Leid verursachen, ihre Ursachen in den globalen gesellschaftlichen Verhältnissen haben – und nicht, wie die eingangs zitierten Schreckensszenarien von Robert D. Kaplan und großen Teilen der politischen Elite suggerieren, in endogenen Prozessen des globalen Südens.

Um dies sichtbar zu machen, haben wir in diesem Buch die imperiale Lebensweise untersucht und ihr die Konturen einer solidarischen Lebensweise gegenübergestellt, die auf der demokratischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse beruht. Wenn unsere Analyse zu wissenschaftlichen wie gesellschaftspolitischen Debatten und insbesondere zur Orientierung aktueller und künftiger Kämpfe für eine solidarische Lebensweise beiträgt, dann hat sie ihren Zweck erfüllt.



oekom

Anmerkungen

Kapitel 1

- 1 Federici 2012: 100
- 2 Kaplan 1994. Alle Zitate aus englischsprachigen Quellen wurden von uns ins Deutsche übersetzt (U.B./M.W.).
- 3 Ebd.: S. 58
- 4 »Die mit Abstand größten Aufnahmeländer der Welt, gemessen an den absoluten Zahlen beherbergter Flüchtlinge, lagen Mitte 2015 allesamt außerhalb der Europäischen Union, die meisten von ihnen sogar in sicherer Entfernung: Die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran und Äthiopien führen diese Rangliste an, auf den ersten zehn Plätzen finden sich ausschließlich Staaten in Asien und Afrika.« (Lessenich 2016: 155)
- 5 Siehe hierzu die differenzierte Einschätzung von Frey 2016
- 6 Vgl. Schmidt/Sieron 2016, Bauhardt 2009 und Dietz 2011
- 7 Rätzl 1991: 25. Siehe auch den instruktiven Beitrag von Christoph Butterwege (2016) zu den Schnittmengen zwischen Rechtspopulismus und Neoliberalismus. Darin beschäftigt sich der Autor mit dem scheinbaren Paradoxon, dass verunsicherte Kleinbürger rechts wählen, obwohl Parteien wie die AfD eine neoliberale Agenda verfolgen, die ihren materiellen Interessen entgegenläuft. Butterwege erklärt dies zum einen mit der emotionalen »Nestwärme« in der »Volksge-
- meinschaft«, die die Rechten versprechen. Zum anderen identifiziert er den Standortnationalismus als eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen Rechtspopulismus und Neoliberalismus. Der Standortnationalismus beinhaltet, dass man nicht nur andere Länder in der ökonomischen Konkurrenz übertrifft, sondern auch die als nicht leistungsfähig bzw. -bereit deklarierten Gruppen sowohl im eigenen Land als auch aus anderen Ländern von der Teilhabe an den angeblich nur durch die eigene Tüchtigkeit erzielten Errungenschaften ausgrenzt. »Die wichtigste Schnittmenge zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus liegt in der Überzeugung, dass man auf den ›Wirtschaftsstandort D‹ stolz sein und ihn stärken müsse, um den Wohlstand aller zu mehren. Durch seine Fixierung auf den Leistungswettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen idealen Nährboden für Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohlstandschauvinismus.« (Butterwege 2016)
- 8 Fücks 2013
- 9 WBGU 2011
- 10 Teile von Kapitel 2 entstammen Brand 2016b, die Absätze zum Wachstum der Nachfrage nach fossilen Energien in Kap. 5 sind Wissen 2016 entnommen, Teile der Ausführungen zur Möglichkeit eines grünen Kapitalismus in Kap. 7 wurden

ursprünglich in Wissen 2014 veröffentlicht.

11 Lucke 2016

Kapitel 2

1 MEW 4: 465

2 UNEP 2016a

3 Vgl. die Übersicht längerfristiger Trends bei Haberl et al. 2011, Schaffartzik et al. 2014

4 Unmüßig 1998

5 Görg/Brand 2002

6 Schwarzer 2011

7 Zahlen nach Global Carbon Atlas, <http://www.globalcarbonatlas.org>

8 WBGU 2009

9 Das 2-Grad-Ziel besagt, dass die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf 2 Grad Celsius begrenzt werden soll. Man geht davon aus, dass der Klimawandel dann beherrschbar bleibt, weil bestimmte »Kippunkte«, an denen sich selbst verstärkende Effekte des Klimawandels einträten (etwa das Auftauen von Permafrostböden, das gewaltige Mengen des Treibhausgases Methan freisetzen würde), nicht erreicht werden. Das Ziel ist allerdings umstritten, weil sich die Kippunkte und die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre, mit der sie erreicht würden, nur annäherungsweise bestimmen lassen. Dazu kommt, dass für viele Regionen auch 2 Grad schon zu viel sind, insofern eine solche Erwärmung dort die Lebensbedingungen untergrübe, ohne dass damit der Klimawandel auch im globalen Maßstab notwendigerweise unbeherrschbar würde. Im Pariser Klimavertrag von 2015 wird deshalb eine Begrenzung

der Erderwärmung auf 1,5 Grad angestrebt.

10 Demirović et al. 2011

11 New Economics Foundation 2010

12 Siehe hierzu die Debatten in der PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (Heft 4/2015 sowie die Hefte des Jahrgangs 2016).

13 Federici 2012, Wichterich 2013, Aulenbacher et al. 2015, Hajek/Opratko 2016

14 Rivera 2015, UN-Generalversammlung 2015, vgl. ausführlich Martens/Obenland 2016

15 Vgl. neben dem erwähnten WBGU-Gutachten etwa Brie 2014, Jonas/Littig 2017 und Brand/Wissen 2017

16 Nalau/Handmer 2015: 351

17 Driessen et al. 2013: 1

18 WBGU 2011: 84, 256 ff.

19 Ebd.: 89

20 Polanyi 1995 [1944]

21 Haberl et al. 2011

22 Schneidewind 2013: 85, Hvh. U. B./M. W.

23 Biesecker/von Winterfeld 2013: 163

24 Lutz Brangsch äußerte den Gedanken erstmals in einer Diskussion.

25 Beck 2011

26 Offe 1973

27 Poulantzas 2002 [1978]

28 Zudem, darauf weist Beck (2011) hin, verstrickt sich die Wissenschaft damit in einen Widerspruch: Einerseits beansprucht sie, der Politik die Entscheidungen nicht vorschreiben zu wollen. Andererseits aber ergeben sich aus einer so verstandenen Wissenschaft zwingende und eindeutige politische Handlungserfordernisse. Die Wissenschaft wird dadurch politisiert, während die Klimapolitik scheinbar entpolitisiert wird. Siehe dazu auch den

- Blog von Roger Pielke, »Planetary Boundaries as Power Grab«, <http://rogerpielkejr.blogspot.de/2013/04/planetary-boundaries-as-power-grab.html>.
- 29 Das Thema Arbeit spielt im WBGU-Gutachten überhaupt keine Rolle; vgl. Biesecker/von Winterfeld 2013.
- 30 Haug 2011, Winker 2015
- 31 Rockström et al. 2009
- 32 Crutzen 2002, Steffen et al. 2011
- 33 Görg 2015: 30
- 34 Jeremy Baskin, zitiert nach Löwbrand et al. 2015: 216.
- 35 MEW 4: 467
- 36 Görg 2015: 241
- 37 Dietz 2011
- 38 Crutzen 2002: 23
- 39 WBGU 2011
- 40 Es geht hier um dieselben Auslassungen, wie Elmar Altvater sie schon 1996 an der Studie des Wuppertal Instituts über ein »zukunfts-fähiges Deutschland« kritisiert hat: »Ist es, so kann man zuspitzen, zulässig, von ökologischer Nachhaltigkeit zu sprechen und vom Kapitalismus zu schweigen, eine ökologische Revolution – denn nichts anderes verlangen die Reduktions-szenarien – einzufordern und poli-tisch, ökonomisch, sozial fast alles beim Alten zu belassen?« (Altvater 1996: 84, vgl. Rilling 2011: 16)
- 41 Brie 2015: 27
- 42 Ebd.: 28
- 43 Ebd.: 29
- 44 Demirović 2016
- 45 MEW 4: 465
- 46 Brand/Niedermoser 2016
- 47 Hirsch 1990, Esser et al. 1994
- 48 Das Nord-Süd-Verhältnis wird hier bei nicht als geografische, sondern als relationale Kategorie begriffen,

über die der globale Zusammenhang zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturzusammenhängen in den frühindustrialisierten und wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern beschrieben wird.

Kapitel 3

- 1 GH 4: 499
- 2 Die Begriffe »Ressourcen« und »Senken« wären weiter zu problematisieren, denn sie beinhalten bereits terminologisch ein instrumentelles Verständnis der äußeren Natur des Menschen. Elemente der Letzteren sind nicht per se Ressourcen und Senken, sondern nur in Bezug auf bestimmte und historisch wandelbare gesellschaftliche Bedürfnisse. Ähnliche Vorbehalte ließen sich gegenüber dem Begriff der Arbeitskraft anbringen. Die Trennung einer Person von ihrer Arbeitskraft ist eine spezifisch kapitalistische Abstraktion: Im Unterschied zum Feudalherrn verfügt der kapitalistische Unternehmer nicht über die ganze Person, sondern nur über ihre Arbeitskraft. Dies vorausgeschickt, behalten wir die Begriffe bei, weil die uns interessierenden Zusammenhänge anders kaum zu thematisieren wären und weil ihr kritisch-analytischer Gebrauch den instrumentellen Charakter und die Herrschaftsförmigkeit kapitalistischer gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse gerade auch sichtbar machen kann. Wir könnten in den Begriff der imperialen Lebensweise auch eine zeitliche Komponente aufnehmen. Denn die alltägliche Reproduktion unserer Gesellschaften verschiebt viele Probleme in die Zukunft. Deutlich wird das an den Emissionen, die bei der Verbren-

- nung fossiler Energieträger entstehen und das Klimasystem für lange Zeit verändern, oder am Atomemüll, dessen Gefahren auf sehr viele Jahre hinaus bestehen bleiben. Doch diese Art des Ausgreifens – in die Zukunft – ist hier nicht primär gemeint.
- 3 McMichael 2009
 - 4 Kramer 2016: 29
 - 5 GH 11: 1375
 - 6 Ludwig 2012: 113, vgl. auch GH 10: 1341
 - 7 Ludwig 2012: 114, vgl. Habermann 2008
 - 8 Diezinger 2008: 204
 - 9 Ebd.
 - 10 Hierzu umfassend Rössel/Otte 2011
 - 11 Bourdieu 1987
 - 12 Jonas 2017: 120; vgl. Jonas/Littig 2015
 - 13 Bourdieu 2009: 181
 - 14 Bourdieu 1987: 307
 - 15 Ebd.: 735
 - 16 Kramer 2016: 29
 - 17 Sonderegger 2010
 - 18 Hornborg 2010: 43
 - 19 MEW 25: 115 ff.
 - 20 Vgl. etwa die Studie zu Honduras von Heuwieser 2015
 - 21 Vgl. Newell/Paterson 2010: 132 f.
 - 22 Wackernagel/Beyers 2010
 - 23 MEW 4: 465 f.
 - 24 Luxemburg 1970 [1913], Harvey 2005, Dörre 2013
 - 25 Chakrabarty 2010, Mezzadra 2012
 - 26 Vgl. Görg 2004
 - 27 Atzmüller et al. 2013
 - 28 Vgl. hierzu im Besonderen Aglietta 1979: 151 ff.
 - 29 Sablowski 2010: Sp. 1642, vgl. Stecker/Candeias 2014
 - 30 Fröbel, Heinrichs et al. 1977
 - 31 Schmidt 2013
 - 32 Aulenbacher et al. 2015: Kap. 6
 - 33 Said 1981
 - 34 Lessenich 2016: 69, Massarrat 2006, Kapitel 2 und 8
 - 35 Thompson 1980a
 - 36 Graefe 2016: 43
 - 37 GH 1: 101, vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007
 - 38 GH 3: 372
 - 39 GH 22
 - 40 GH 10: 1356
 - 41 Habermann 2008: 126
 - 42 Demirović 1997: 257
 - 43 Siehe zum Folgenden etwa Bröckling et al. 2000, Boltanski/Chiapello 2003, Foucault 2006 [1977/1978], Ludwig 2011, Ludwig 2012, Welzer 2011
 - 44 Siehe auch Ludwig 2011
 - 45 Graefe 2016: 43
 - 46 Neckel/Wagner 2013, Eversberg 2014, Lessenich 2014, Graefe 2016
 - 47 Häufig wurde kritisiert, dass Bourdieu bei den Menschen nur die unbewusste Praxis sehe, sie damit passiviere und eigene Handlungspotenziale, (Selbst-)Reflexion und Lernprozesse ausblende (vgl. zu dieser Kritik und anderen Kritiken Sonderegger 2010: 22–28). Dem wird bei einer »widerständigeren« Lektüre Bourdieus entgegengehalten, dass für ihn Machtstrategien und herrschaftliche Strukturen »in einem ganz bestimmten Sinn immer gewusst sind und tendenziell zur Sprache und zum Einsatz kommen könnten, wenn die Umstände (in den Augen der Agenten) entsprechend krisenhafte oder dringliche sind« (Sonderegger 2010: 27).
 - 48 Thompson 1980a

- 49 Vgl. Wilkinson/Pickett 2010: Kapitel 15 für eine Untersuchung der sozial-ökologischen Auswirkungen des Statuskonsums in ungleichen Gesellschaften, vgl. auch Veblen 2011.
- 50 Hirsch 1980
- 51 Appel 2010
- 52 In einer anderen Veröffentlichung des Wuppertal-Instituts (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005) ist von einer »transnationalen Verbraucherklasse« die Rede. Dieser Begriff ist insofern erhellend, als er auf die Ausbreitung der Konsumnormen des globalen Nordens unter den Mittel- und Oberklassen des globalen Südens verweist. Es handelt sich allerdings nicht um einen Klassenbegriff im Marx'schen Sinne, da es nicht um die Stellung der Individuen im Produktionsprozess geht.
- 53 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2009: 152
- 54 In weiteren Forschungen wäre entsprechend zu fragen, welche imperialen Anteile unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse entlang von Klassen-, Geschlechter- oder rassistischer Linien haben und welche Widersprüche sich darin jeweils auf tun.
- 55 Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass relativ offene Weltmärkte zwar die Reproduktion der Arbeitskraft in den kaufkraftstarken Ländern verbilligen können, gleichzeitig wird aber insbesondere die Erwerbsarbeit durch den Abbau von Standards, Lohnverlust oder Arbeitslosigkeit unter Druck gesetzt.
- 56 MEW 23: 331 ff.
- 57 Lessenich 2016: 51
- 58 Biesecker/von Winterfeld 2014: 2–5
- 59 Ebd.
- 60 Wichterich 2016a: 60

- 61 Ebd.; vgl. auch Winker 2015
- 62 Wright 2010: 69
- 63 Welzer 2013: 78
- 64 Brand/Wissen 2014

Kapitel 4

- 1 Galeano 1973: III.
- 2 Damit sollen die emanzipatorischen Kämpfe für eine solidarische Lebensweise nicht abgewertet werden.
- 3 Vgl. Brensell 2013
- 4 Dabei machen wir uns die grobe historische und strukturtheoretisch ausgerichtete Schematisierung der Regulationstheorie und der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie zu eigen; vgl. Alnasser et al. 2001, Cox 1987, Candeias 2004, Sieder/Langthaler 2010, Jessop 2001
- 5 Zu dieser Gefahr Burchardt/Peters 2015: 248, in ihrer Kritik am Begriff der imperialen Lebensweise.
- 6 Sieder/Langthaler 2010: 10
- 7 Ebd.
- 8 Althusser 1968: 80, vgl. Hall 2012
- 9 Görg 2003, Becker/Jahn 2006, Krausmann/Fischer-Kowalski 2010, Brand/Wissen 2011
- 10 Jahn/Wehling 1998: 83
- 11 Wir benutzen den Begriff der »Mittelklasse« oder »Mittelschicht« im Wissen um seine Unschärfe. Gemeint sind in erster Linie jene lohnabhängigen Funktions- und Berufsgruppen, die sich von der Arbeiterklasse dadurch unterscheiden, dass sie in der Regel besser bezahlt werden und »in abgestufter Weise in Leitungsaufgaben eingebunden« sind (Kadritzke 2016a: 481). Zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit der gesellschaftli-

- chen »Mitte« und einer Kritik ihrer jüngeren soziologischen Theoretisierung siehe Kadritzke 2016a, Kadritzke 2016b.
- 12 Wir fokussieren im vierten Kapitel insbesondere die gesellschaftliche Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren, teilweise aber auch in den Mittelklassen der Semiperipherie. Dabei werden (a) die kapitalistische Dynamik der Inwertsetzung, Akkumulation und Landnahme, (b) die Kämpfe um Wohlstand und materielle Teilhabe und die zunehmende Verbesserung der Lebenssituation breiter Bevölkerungsteile, (c) die mit der imperialen Lebensweise immer auch verbundene sozialstrukturelle Hierarchisierung und (d) die funktionierende Externalisierung in den Blick genommen.
 - 13 Auch im fünften Kapitel wollen wir entlang ausgewählter historischer und aktueller Aspekte zeigen, dass sowohl (a) Inwertsetzung, Akkumulation und Landnahme des Kapitalismus als auch (b) die Kämpfe um bessere Lebensbedingungen in Ländern des globalen Südens die imperiale Lebensweise ausweiten und hegemonial machen. Damit einher gehen nicht nur (c) Formen von Hierarchisierung. Es wird (d) zudem etwas verallgemeinert, was aus ökologischen, aber auch wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht verallgemeinerbar ist.
 - 14 Brand/Dietz 2014
 - 15 Frank 1969
 - 16 Kloppenburg (1988) untersuchte die »ursprüngliche Akkumulation« pflanzengenetischer Ressourcen. Nicht nur die mineralischen und agrarischen Produkte wurden in die Zentren gebracht, sondern auch – als Ergebnis von wissenschaftlichen »Sammlungsreisen« – Teile der biologischen Vielfalt in Form von Saatgut, die enormen ökonomischen Wert haben.
 - 17 Schramm 2010: 371. Wir konzentrieren uns auf Europa und Lateinamerika. In China, dem Osmanischen Reich, Japan und Indien gab es bis ins 19. Jahrhundert hinein weit weniger europäische Einmischung in Anbau und Produktion. China hatte noch Mitte des 18. Jahrhunderts ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als Großbritannien und Mitte des 19. Jahrhunderts eine größere Wirtschaftsleistung. Zudem zeigen neuere historische Untersuchungen, dass das kapitalistische Weltsystem sich nicht nur von Europa ausgehend entwickelt hat, sondern in seinen Ursprüngen und bis zum Beginn des europäischen Kolonialismus in den verschiedenen Teilen der Welt multipolar organisiert war. Siehe den Überblick bei Kurtenbach/Wehr 2014. Manuel Schramm (2000) argumentiert zudem, dass es bereits vor 1800 in China, dem Osmanischen Reich, Japan und Indien durchaus Kaufkonsum breiterer Bevölkerungsteile gab und auch der Handel früher darauf ausgerichtet war.
 - 18 Schüller 1994
 - 19 Ausführlich hierzu Galeano 1973
 - 20 Gerstenberger 2006. Beim staatlichen Gewaltmonopol handelt es sich nicht um ein Alleinstellungsmerkmal des Westens, wie oft angenommen wird; es bildete sich auch in anderen Weltregionen aus (vgl. Kurtenbach/Wehr 2014). Zudem haben feministische Forschungen gezeigt, dass auch der westliche Staat ein Monopol physischer Gewaltsamkeit nur vermeintlich beansprucht und häusliche

- Gewalt meist ausgeblendet wird (Sauer 2001: 4. Kapitel).
- 21 Meiksins Wood 2015: 116 ff.
 - 22 Ebd.: 122
 - 23 Gerstenberger 2006, Meiksins Wood 2015
 - 24 Ebd.: 203
 - 25 Ebd.: 204
 - 26 Hornborg 2010: 43
 - 27 Schramm 2010: 366 f.
 - 28 Thompson 1987 [1963]: 345
 - 29 Schramm schätzt dies anders ein. Ihm zufolge wies England schon »um 1800 bereits wichtige Elemente einer Konsumgesellschaft auf, so etwa einen hohen Grad an Kommerzialisierung in der Landwirtschaft, eine blühende Konsumgüterproduktion, ein für vorindustrielle Verhältnisse sehr effizientes Transportwesen, persönliche Freiheit des Kaufens und Verkaufens, kommerzielle Werbung und so fort« (Schramm 2010: 365).
 - 30 Osterhammel 2011: 338
 - 31 Krausmann/Fischer-Kowalski 2010: 43 ff.
 - 32 Osterhammel 2011: 934
 - 33 Polanyi 1995 [1944]: 330 f.
 - 34 Moscovici 1990: 398 ff.
 - 35 Hobsbawm 1987
 - 36 Komlosy 2010: 46
 - 37 Poulantzas 2001: 51 f.
 - 38 Donghi 1991
 - 39 Kaltmeier 2011
 - 40 Polanyi 1995 [1944]: 329, vgl. auch Brie 2015
 - 41 In Bezug auf die englische Fabrikgesetzgebung von 1833 bis 1864, vgl. MEW 23: 294–315.
 - 42 Hermann 2015: 109 ff.
 - 43 Thompson 1980b: 46
 - 44 Eine ausführlichere historische Darstellung müsste neben dem New Deal in den USA auch auf den europäischen Faschismus eingehen, der in gewisser Weise der späteren Durchsetzung der imperialen Lebensweise einen Schub gegeben hat.
 - 45 Schor 2015: 61
 - 46 Aglietta 1979: 158
 - 47 Lutz 1989
 - 48 Kloppenburg 1988
 - 49 GH 22: 2088 f.
 - 50 Ebd.: 2069 ff.
 - 51 Schmidt 2013: 405
 - 52 Huber 2013: 180 f.
 - 53 Krausmann/Fischer-Kowalski 2010: 52
 - 54 Schaffartzik et al. 2014: 90 ff.
 - 55 Schramm (2010: 45) betont die Unterschiede zwischen dem sozialistischen und dem westlich-individualistischen Konsummodell. Ersteres implizierte, bei erheblichen Differenzen zwischen Ländern und im Zeitverlauf, auch »Aspekte der ›gerechten‹ Verteilung (mit Einschränkung der individuellen Wahlfreiheit) und der gemeinschaftlichen Nutzung langlebiger Güter wie Autos und Haushaltsgeräte«.
 - 56 Dunlap/Catton 1994: 12
 - 57 Donghi 1991: 416
 - 58 Schramm 2010: 376
 - 59 Kloppenburg 1988, McMichael 2009
 - 60 Vgl. Sachs 1997, Ziai 2011
 - 61 Mitchell 2011: Kap. 8
 - 62 Der Maßstab hierfür sind die Pro-Kopf-Emissionen von CO₂, die in den Ländern des globalen Nordens noch immer deutlich über denen der Länder des globalen Südens lie-

gen (obwohl beide in der Tendenz konvergieren). Siehe IEA 2014: 84 ff.
63 Altvater 1987

Kapitel 5

- 1 Luxemburg 1970 [1913]: 286
- 2 Carson 2007 [1963]
- 3 Altvater/Mahnkopf 1996: Kap. 7
Zinn 2015
- 4 Brand 1999, zur Umweltbewegung
in Ostdeutschland vgl. Rucht 1994,
Rink 2002
- 5 Zur Umweltbewegung in Ost-
deutschland vgl. Rucht 1994, Rink
2002
- 6 Hardt/Negri 2002: 286, vgl. auch
Boltanski/Chiapello 2003. Zur jün-
geren Aufwertung der affektiven
Arbeit vgl. Penz/Sauer 2016: Kap. 5.
- 7 Altvater/Mahnkopf 1996
- 8 Williamson 1990
- 9 Fröbel et al. 1977
- 10 Wuppertal Institut für Klima
Umwelt Energie 2005: 68 ff. Der
»ökologische Rucksack« bezeichnet
das Gesamtvolumen an Res-
ourcen, die in ein Produkt einge-
hen, abzüglich des Eigenvolumens
des Produkts.
- 11 Braune 2014, Wagner 2013
- 12 Bäuerle et al. 2011
- 13 Dannoritzer 2015: 89
- 14 Krausmann/Fischer-Kowalski
2010: 56
- 15 Weis 2013
- 16 McMichael 2009
- 17 Ebd.: 154
- 18 Boylos/Behr 2008
- 19 Anschauliche Beispiele in Hart-
mann 2015
- 20 Sezgin 2015: 26
- 21 Statistisches Bundesamt 2012: 649
- 22 Bpb 2016a

- 23 Bpb 2016b
- 24 WTO 2014
- 25 WTO 2015: 14 ff.
- 26 Das höhere Wachstum des Fracht-
volumens wird zum einen auf
die erwartete Veränderung in
der Zusammensetzung der Pro-
dukte, zum anderen auf die erwar-
tete Verlängerung von Transport-
wegen um durchschnittlich zwölf
Prozent zurückgeführt. Bis 2050
soll der Nord-Pazifik-Korridor, auf
dem der Handel zwischen den USA
und China abgewickelt wird, den
Nord-Atlantik-Korridor zwischen
den USA und Europa als wichtigste
Handelsroute abgelöst haben (ITF
2015: 75).
- 27 ITF 2015: 74 ff.
- 28 IATA 2014, 2016
- 29 Wolf 2007: 302
- 30 Ebd.: 303
- 31 Ebd.: 293
- 32 Schaffartzik et al. 2014: 90 ff.
- 33 BP 2016: 23 ff.
- 34 IEA 2015b: 120 ff.
- 35 Zwischen 2000 und 2014 betrug das
Wachstum fast 62 Prozent, und für
die Zeit von 2014 bis 2040 rechnet
die IEA mit 48 Prozent: IEA 2015b:
115 ff.
- 36 IEA 2015b: 72
- 37 Ebd.: 115 ff., 146, vgl. BP 2016: 13
- 38 Haberl et al. 2011, Schaffartzik et al.
2014
- 39 Zu den Berechnungs- und Vergleichs-
problemen der Mittelklassen vgl.
Popp (2014: 33 f.), ILO (2013: 32).
- 40 Popp 2014: 34
- 41 UNDP 2013
- 42 Popp 2014: 32, 36; vgl. auch Kha-
ras 2010
- 43 Zudem unterscheiden sich die Mit-
telklassen von Ländern wie bei-

- spielweise Argentinien und Ghana erheblich.
- 44 Popp 2014: 32
- 45 ILO 2013: 36
- 46 Popp 2014: 36f.
- 47 Dietz/Brunnengräber 2008
- 48 NBS 2016
- 49 Hung 2009
- 50 World Steel Association 2015
- 51 IEA 2015b: 278
- 52 7,8 Millionen in Japan, 5,7 in Deutschland, jeweils gut 4,1 Millionen in den USA und in Südkorea (OICA 2016)
- 53 Lüthje/McNally 2015, Zhang 2015
- 54 »Nach Freiheit zu streben, indem man in die Stadt zieht und dort einer Industriearbeit nachgeht [dagong], ist die gemeinsame Sehnsucht der ArbeiterInnen auf dem Land, eine Sehnsucht, die sich über die Generationen hinweg verstärkt hat. [...] Der Prozess der Proletarisierung folgt in China einer Eigendynamik. Er entspringt dem starken Wunsch der Menschen, mittels dagong frei zu werden, im Kontext eines großen Stadt-Land-Gegensatzes, der seinerseits aus der rasanten Industrialisierung und Globalisierung der Reformperiode hervorgegangen ist.« (Pun/Lu 2010: 500)
- 55 Pun/Lu 2010: 497 ff., 504 ff.
- 56 Schmalz 2017
- 57 Lüthje/McNally 2015
- 58 Huan 2008, Schmalz 2017
- 59 Ming 2015
- 60 Ebd.: 33
- 61 IEA 2015a: 28
- 62 Pun/Lu 2010, Fuchs 2015
- 63 Ming 2015: 35
- 64 Ebd.: 32
- 65 Zhang 2015: 191
- 66 BMVI 2015: 327
- 67 Huan 2016
- 68 UNEP 2016b
- 69 Brand/Schmalz 2016
- 70 Vgl. ausführlich FDCL/RLS 2012, Brand/Dietz 2014, exemplarisch zu Bolivien Radhuber 2013. Das jahrhundertalte Entwicklungsmodell in Lateinamerika kann als *Extraktivismus* bezeichnet werden, die Phase ab den Jahren 2000/2003 als *Neoextraktivismus* – und zwar unabhängig davon, ob es sich um linke, Mitte-links- oder konservativ-neoliberale Regierungen handelt. Mitunter wird in der Diskussion der Begriff »Neoextraktivismus« nur für die progressiven Regierungen verwendet.
- 71 Svampa 2012, Brand/Dietz 2013
- 72 Bussolo et al. 2014: 3
- 73 Natanson 2012
- 74 Gago 2015
- 75 Ebd., Blühdorn 2013
- 76 Brand 2016a
- 77 Das Beispiel des Yasuní-Nationalparks deutet auch auf die internationale Dimension der Rohstoffförderung hin: Die ecuadorianische Regierung erklärte im Jahr 2007 ihre Bereitschaft, das Erdöl im Yasuní-Nationalpark nicht auszu-beuten, wenn ausländische Geldgeber sie dafür mit insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar und damit rund der Hälfte der möglichen Erlöse aus dem Erdölverkauf entschädigen. Die Initiative scheiterte 2013 an der mangelnden Zahlungsbereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft (Acosta 2015).
- 78 Lander 2016
- 79 Speed 2007
- 80 Holloway/Peláez 1998, Brand/Ceceña 2000, Lang 2015

- 81 Lang 2015: 244 ff.
- 82 Ebd.: 236 ff.
- 83 Lang 2005, Harvey 2005
- 84 Rockström et al. 2009
- 85 Wissen 2010

Kapitel 6

- 1 »Den Sozialismus kann man nur mit dem Fahrrad erreichen.« José Antonio Viera-Gallo ist ein chilenischer Politiker. In der Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende (1970 bis 1973) war er Staatssekretär für Justiz. Das Zitat ist einem Buch von Ivan Illich (Illich 1974) entnommen.
- 2 BMVI 2015: 135 ff.
- 3 Stremmel 2015
- 4 Dudenhöffer 2013. There is much to gain in China's SUV market – but for whom?, in: Forbes, 21. Mai 2015 (<http://www.forbes.com>; 30.05.2016).
- 5 Dudenhöffer 2013
- 6 Unfallforschung der Versicherer 2012
- 7 Verron 2015: 12
- 8 Zum Zusammenhang von Einkommen, Bildungsniveau sowie Ressourcen- und Emissionsintensität siehe Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt, Energie 2009: 152 f., sowie Kleinhüchelkotten et al. 2016.
- 9 Steger 2015
- 10 Hauff 1987: 46
- 11 Sachs 1997: 99 f.
- 12 Steger 2015, vgl. Dennis/Urry 2009: 41
- 13 Steger 2015
- 14 Vgl. Knoflacher 2014
- 15 Stremmel 2015
- 16 Sachs 1984: 109 ff., vgl. Schwedes 2014: 21
- 17 Vgl. Schivelbusch 2015 [1977]: 29
- 18 Siehe die anschaulichen Beschreibungen bei Sachs 1984: 23 f.
- 19 Ebd.: 26
- 20 Ebd.: 30
- 21 Just Transition Alliance, zitiert nach Brie/Candeias 2012: 13
- 22 BGR 2015: 79
- 23 Daten zu Eisen und Stahl: Kerkow et al. 2012: 12. Daten zu Eisenerz: BGR 2015: 7
- 24 Lessenich 2016: 12
- 25 Eine systematische Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Zerstörungen, die sich auf unterschiedlichen Stufen der Wertschöpfungskette der Automobilproduktion ereignen, findet sich in der Studie von Uwe Kerkow, Jens Martens und Axel Müller (Kerkow et al. 2012).
- 26 Lessenich 2016: 111 f.
- 27 Zitiert nach Sachs 1984: 96
- 28 Vgl. Schmidt 2013
- 29 Zahlen nach der Erhebung »Bestand in den Jahren 1960 bis 2016 nach Fahrzeugklassen« des Kraftfahrtbundesamtes. Siehe <http://www.kba.de>; 15.09.2016).
- 30 Illich 1974: 26 f.
- 31 Gorz 2009: 53 f., vgl. Paterson 2007: Kap. 5
- 32 Kaufmann 2011: 16 ff.
- 33 Urry 2013: 77 f., siehe auch Wolf 2007: 123 ff.
- 34 Urry 2013: 79–96
- 35 Wolf 2007: Kap. 11
- 36 Siehe dazu die aufschlussreiche Chronologie des Zusammenwirkens von Autoindustrie und Wirtschaftsministerium bei Ott 2016.
- 37 Vgl. Krull 2015
- 38 Brie/Candeias 2012: 17
- 39 Krull 2015

- 40 Dabei gibt es auch in der Autoindustrie eine entsprechende widerständige Tradition, an die heute angeknüpft werden könnte: In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren betrachtete die »Plakat-Gruppe« von Daimler-Benz den sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie gerade nicht als Bedrohung, sondern als Voraussetzung für den Erhalt von Arbeitsplätzen (Hoss 2004: Teil II). In einem Aufsatz von Dieter Marcello, einem Mitglied der Gruppe, heißt es: »Wenn wir nicht nur Arbeitsplätze fordern, sondern nach dem Sinn und Zweck dieser Arbeit fragen und die Beschäftigten in dieser Richtung Druck erzeugen, auch auf die IG Metall, können wir davon wegkommen, in den 90er Jahren Sozialpläne aufstellen zu müssen, und stattdessen alternative Produkte für ein alternatives Verkehrssystem bauen« (Marcello 1980: 53, siehe auch IG Metall/Deutscher Naturschutzring 1992).
- 41 Stieß et al. 2012: 26
- 42 VCÖ 2009: 9 f. Diese Überlegung verdanken wir Bettina Urbanek.
- 43 Paterson 2007: 47 f.
- 44 Ebd.: 134
- 45 Bauhardt 2007: 308
- 46 Biesecker/Hofmeister 2010, Biesecker/von Winterfeld 2014
- 47 Busse et al. 2016
- 48 Umweltbundesamt 2015: 41 f., Veron 2015: 12. Auf die Agrartreibstoffproblematik, also den Versuch, durch den Einsatz von Bioethanol und Biodiesel in Verbrennungsmotoren die fossilen Kraftstoffe teilweise zu substituieren, gehen wir hier nicht näher ein. Die sozial-ökologisch verheerenden Auswirkungen dieses Versuchs sowie der Widerstand dagegen sind gut dokumentiert, siehe etwa Dietz et al. 2015, Pichler 2014, Brad et al. 2015.
- 49 Huber 2011, vgl. Canzler 2014
- 50 Vgl. Santarius 2015
- 51 Huber 2011: 287
- 52 Ebd.
- 53 Siehe die Homepage der Plattform, <http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de>; 22.06.2016.
- 54 Auch die im Juli 2016 eingeführte und rückwirkend seit dem 18. Mai desselben Jahres geltende Kaufprämie für Elektroautos wird kaum in Anspruch genommen.
- 55 Vgl. VCD 2010. Abzuwarten bleibt, inwieweit die Digitalisierung der Automobilität diese gleichsam schleichend in eine stärker kollektive Form der Fortbewegung transformiert. Das ist zumindest die These, wie Jörg Häntzschel (2016) sie vertritt. Demnach erlauben es neue (versicherungs)technische Möglichkeiten, den Autofahrer zunehmend zu entmachten, unter Kontrolle zu stellen und damit letztlich auch die automobilen Subjektivität zu transformieren. Mit der Durchsetzung von Navigationsgeräten sei aus »einem wilden Haufen selbst entscheidender Fahrer [...] ein Kollektiv wider Willen geworden, geführt von einem Chor digitaler Frauenstimmen, die allen dieselben Anweisungen geben«. Vorangetrieben werde diese Entwicklung durch die Telematik, mit der Kfz-Versicherer über das Fahrverhalten ihrer KundInnen stets im Bilde seien, dieses monetär sanktionierten und »den Fahrer zum disziplinierten, kooperativen Mitglied der Gemeinschaft« erzögen. Schließlich würden elektronische »driving assistants« ihrem Namen zum Trotz zunehmend die Kontrolle über das Fahren übernehmen. In Deutschland drohten diese

- Möglichkeiten jedoch, verschlafen zu werden. Die hiesigen Autobauer setzen nach wie vor auf Schnelligkeit und Pferdestärken, und die staatliche Politik sanktioniere mit unterschiedlichsten Instrumenten »das alte, ekstatisch-suizidale James-Dean-Modell des Autofahrens«.
- 56 Schriefl/Bruckner 2016: 229 ff.
- 57 Zitiert nach Schriefl/Bruckner 2016: 231
- 58 Exner et al. 2016: 12 f.
- 59 Dennis/Urry 2009: 45
- 20 Wiedmann et al. 2013: 3
- 21 Ebd.
- 22 Haug 2001
- 23 Brand/Görg 2003
- 24 Görg 2003: 286
- 25 Fairhead et al. 2012
- 26 Kritisch Dempsey/Robertson 2012, Gómez-Baggethun/Ruiz-Pérez 2011, Fatheuer 2013
- 27 Siehe hierzu auch Fatheuer, die im Hinblick auf das Biodiversitäts-*offsetting* schreibt: »Offsets koppeln tatsächlich Naturerhaltung in problematischer Weise an deren Zerstörung. Denn ›credits‹ werden nur von denen nachgefragt, die sie kaufen müssen, um Zerstörung zu kompensieren. Wird dies zu einem wichtigen Element im Umweltschutz, ergibt sich daraus eine fatale Abhängigkeit: Naturschutz wird dann zunehmend durch (Kompensation von) Zerstörung finanziert«, »die Schaffung des ›Guten‹ an die Kontinuität des ›Bösen‹ geknüpft (Fatheuer 2013: 55, 65, vgl. Spash 2010, Botzem 2012, Zeller 2010, Heuwieser 2016: 10 f.).
- 28 REDD bedeutet »Reducing emissions from deforestation and forest degradation«. Der Mechanismus sieht Zahlungen für den Erhalt von Wäldern als CO₂-Senken vor und soll für den Verzicht auf andere Nutzungen entschädigen, die ökonomisch zwar rentabel wären, aber die Zerstörung der Senkenfunktion implizierten. Das »+« steht für Maßnahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung, die über den bloßen Verzicht auf Waldrodung hinausgehen. Seit der 19. Vertragsstaaten-Konferenz (COP 19) in Warschau 2013 ist REDD+ Bestandteil der UNFCCC. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 »ermuntert« die Vertragsstaaten zur

Kapitel 7

- 1 Moreno 2013: 95
- 2 Vgl. ausführlich und mit theoretischen Verweisen Brand/Wissen 2013 und Sander 2016.
- 3 UNEP 2011: 3
- 4 Jänicke 2011: 5, siehe OECD 2011
- 5 Jaeger et al. 2011
- 6 Fatheuer et al. 2015: 55, Hartmann 2015: 9–15; ähnlich Tanuro 2013: 1 f.
- 7 Fatheuer et al. 2015: 147, vgl. Moreno et al. 2015
- 8 Vgl. Bauriedl/Wichterich 2015: 10 f.
- 9 Aulenbacher 2015: 38, Littig/Spitzer 2011, Littig 2013, Gottschlich 2012
- 10 Fatheuer 2013: 51
- 11 Kill 2014: 39 f.
- 12 Wright 2010: 59 f., 69
- 13 Altvater 2016: 96, 97
- 14 Mitunter wird auch von »bio-basierter Wirtschaft« oder »bio-basierter Industrie« gesprochen; zur Kritik des Begriffs siehe Grefe 2016.
- 15 BMBF 2014: 2
- 16 El-Chichakli 2016: 223
- 17 Bioökonomierat 2015
- 18 BMBF 2014
- 19 Fücks 2013: 15

- Implementierung, enthält aber keine diesbezüglichen Konkretisierungen (Ecologic 2016: 18).
- 29 McAfee 2012: 109
- 30 McAfee 2012, Hartmann 2015: Kapitel 4, Peluso/Lund 2011, Kelly 2011
- 31 Harvey 1999 [1982]: 233
- 32 Dies unterscheidet die erneuerbaren von den atomaren und fossilen Energien, deren räumliche Konzentration einer zentralen Struktur der Energiewirtschaft Vorschub leistete: Die lange Zeit vorherrschende »Entkoppelung der Räume der Energieförderung von den Räumen des Energiekonsums« resultierte aus »den inhärenten Erfordernissen der gewählten Energiequellen.« (Scheer 2012: 42 f.)
- 33 Vgl. Haas/Sander 2013, Sander 2016
- 34 Vgl. Exner et al. 2016
- 35 McMichael 2008
- 36 Maria Backhouse (2015) hat diese Zusammenhänge eingehend in ihrer Studie zur Expansion der Palmölproduktion im brasilianischen Bundesstaat Pará untersucht. Zu aktuellen Tendenzen des *land grabbing* siehe auch Plank/Plank 2013.
- 37 Wie dies in vorindustriellen Zeiten der Fall war; vgl. Fischer-Kowalski et al. 1997.
- 38 Becker 2013
- 39 Fairbairn 2014: 784; vgl. Hoering 2011
- 40 Fairbairn 2014: 782
- 41 Ebd.: 779; vgl. GRAIN 2008
- 42 Altvater 2005: 114
- 43 Vgl. Wissen 2016, Daniljuk 2015
- 44 Vgl. Haas 2016
- 45 Bauriedl/Wichterich 2015: 15
- 46 Gottschlich 2012: 1
- 47 So bezeichnet die Europäische Union die Bemühungen, die sie zur Sicherung des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen in Afrika forcieren will (Europäische Kommission 2011: 16).
- 48 Brand 2004
- 49 Vgl. McMichael 2012
- 50 Fischer-Kowalski 2011
- 51 Wissen 2004

Kapitel 8

- 1 Klein 2013: 58
- 2 Hoffer 2016: 32
- 3 Ebd.: 27
- 4 Vgl. zur weiterhin dominanten Rolle des US-amerikanischen Finanzkapitals Scherrer 2015
- 5 Zur Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für die Sicherung neoliberaler Hegemonie vgl. etwa Bressell 2015
- 6 Zu verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus vgl. etwa Zinn 2015 und Klein 2013
- 7 Siehe hierzu auch Heft 183 der PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (46. Jg. Nr. 2) zur »Ökonomie der Flucht und Migration«. Zur Rolle Deutschlands in der EU und in Europa vgl. Crome 2013.
- 8 Zu aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der EU und Herausforderungen für linke Politik vgl. etwa Vogel 2015 und Schneider 2017
- 9 Vgl. Dellheim et al. 2013, Luks 2016
- 10 Di Muzio 2015: 153 ff.
- 11 Tauss/Ehs 2016: 174
- 12 Vgl. zu diesen beiden Dimensionen von Veränderung die dritte Feuerbach-These von Marx, MEW 3: 5 f.
- 13 Foucault 1992: 12, 15
- 14 Hartmann 2015: 384
- 15 Sommer/Welzer 2014: 221
- 16 Brie/Candeias 2016
- 17 Diamond 2005: 531

- 18 GH 8: 1039.
- 19 Zu den Ambivalenzen des grundsätzlich sehr begrüßenswerten Engagements der Freiwilligen, nämlich dass die Flüchtlingshilfe im Kontext des Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und des Aufbaus des »aktivierenden Staates« stattfindet, vgl. van Dyk/Misbach 2016
- 20 MEW 1: 390
- 21 Möller 2016
- 22 Vgl. zu der breiten Debatte etwa: Deutscher Bundestag 2013, Nicoll 2016, Muraca 2014, D'Alisa et al. 2016, AK Postwachstum 2016, Martínez-Alier et al. 2010.
- 23 Vgl. Brand et al. 2012, Degrowth in Bewegungen 2016, Fischer-Lescano/Möller 2012, Klautke/Oehrlein 2008, Strohschneider 2014, AK Wien 2016, Barth et al. 2016, Nanz/Leggewie 2016, Emunds/Merkle 2016, Nyéleni Austria 2014, VCÖ 2016, Sommer/Welzer 2014: Kap. 6 und 7
- 24 Karathanassis 2015: 2013 ff., Gottschlich/Hackfort 2016.
- 25 Klein 2013: 61 f.
- 26 Mason 2016
- 27 Brangsch 2015. In Unterschied zur prominenten Diagnose von Paul Mason (2016) sind wir nicht der Ansicht, dass der digitalisierte Kapitalismus die materielle Grundlage für einen »Postkapitalismus« geschaffen hat. Eine solche – in ihrer politischen Ausrichtung durchaus sympathische – These unterschätzt eben die komplexen und im Alltagsverstand tief verankerten kapitalistischen Formen, die es zu verändern gilt.
- 28 GH 8: 1051. Candeias (2012) spricht im Anschluss an Gramsci von »molekularen Veränderungen«, die als Einzelne beherrschbar sind, die sich, wenn sie zusammenfallen und miteinander verschränken, jedoch zu strukturellen Krisen verdichten können.
- 29 Brand 2005
- 30 Wichterich 2016b: 186
- 31 Aulenbacher et al. 2015
- 32 Kronauer 2014: 437
- 33 Lorey 2012, siehe auch das Schwerpunktheft »Mehr als prekär« von LuXemburg. Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2015
- 34 Winker 2015: 143; vgl. auch Dück/Fried 2015
- 35 Ebd.: Kap. 6
- 36 Wichterich 2016b: 197
- 37 Vgl. Grunwald 2012
- 38 Kramer 2016: 16
- 39 Dörre et al. 2013: 219f. Siehe auch Menz und Nies (2016: 538), die auf die Möglichkeit einer Politisierung des Widerspruchs zwischen den Anforderungen des Arbeitsprozesses und den ökonomischen Renditeerwartungen verweisen, die durchaus weitreichende Implikationen hat: »[...] Beschäftigte klagen die Erfordernisse des konkret-stofflichen Arbeitsprozesses gegen die Maßlosigkeit dynamischer Markt-anforderungen ein, d.h., sie bringen technisch-funktionale gegen ökonomische Rationalitätsprinzipien in Stellung. Und sie wenden die Logik einer gebrauchswertorientierten Produktion (bzw. Dienstleistung) gegen die Orientierung an abstrakten Renditeerfordernissen. [...] Die hier auftretenden Konflikte verweisen dann auf einen grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise: das widersprüchliche Verhältnis von Gebrauchs- und Tauschwert, von Verwertungsinteressen und der

Orientierung an dem konkreten
Nutzen der Arbeit.«

- 40 Aulenbacher et al. 2015: 141
- 41 Schurath 2015, Pichler et al. 2016
- 42 Die Neoliberalen haben das genau
verstanden: feinteilige Kämpfe um
Hegemonie mit deutlichen Brüchen
etwa durch bestimmte Gesetze zu
verbinden. Vgl. Urban 2009.
- 43 Brie/Hildebrandt 2015
- 44 Klein 2016
- 45 Poulantzas 2002 [1978]: 159
- 46 Buckel 2008: 126
- 47 Narr 1998: 286
- 48 MEW 4: 482
- 49 Demirović 2012: 70, vgl. Thie 2013:
105 ff.
- 50 van Dyk/Misbach 2016: 213
- 51 Zur Rolle progressiver Parteien in
diesen Prozessen vgl. etwa Steckner
2013, Porcaro/Candeias 2016

Literaturverzeichnis

- Acosta, A.** (2015): *Buen Vivir – Vom Recht auf ein gutes Leben*, München.
- Aglietta, M.** (1979): *A theory of capitalist regulation. The US experience*, London.
- AK Postwachstum** (Hrsg.) (2016): *Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, Frankfurt am Main/New York.
- AK Wien – Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien** (2016): *Schwerpunktheft zu Umwelt und Verteilungsgerechtigkeit*, in: *Wirtschaft & Umwelt* 3/2016.
- Alnasseri, S., et al.** (2001): *Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus*, in: *Das Argument*, 43(1), S. 23–43.
- Althusser, L.** (1968): *Für Marx*, Frankfurt am Main.
- Altwater, E.** (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg*.
- Altwater, E.** (1996): *Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein »zukunftsfähiges Deutschland«*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/1996, S. 82–91.
- Altwater, E.** (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster.
- Altwater, E.** (2016): *The Capitalocene, or, Geoeengineering against Capitalism's Planetary Boundaries*, in: Moore, J. W. (ed.): *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*, Oakland, S. 138–151.
- Altwater, E.; Mahnkopf, B.** (1996): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Appel, A.** (2010): *Die Genderbilanz des Klimadiskurses. Von der Schieflage einer Debatte*, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 25(2), S. 52–62.
- Aulenbacher, B.** (2015): *Unentbehrlich, unterbezahlt – und viel zu wenig anerkannt. Was Sorgearbeit ist, wer sie leistet und welche Konflikte entstehen*, in: *Le Monde diplomatique; Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Hrsg.): *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr: Der Postwachstumsatlas*, Berlin, S. 38–41.
- Aulenbacher, B.; Riegraf, B.; Völker, S.** (2015): *Feministische Kapitalismuskritik*, Münster.
- Backhouse, M.** (2015): *Grüne Landnahme – Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien*, Münster.
- Bauhardt, C.** (2007): *Feministische Verkehrs- und Raumplanung*, in: Schöller, O.; Canzler, W.; Knie, A. (Hrsg.): *Handbuch Verkehrspolitik*, Wiesbaden, S. 301–319.

- Bäuerle, L.; Behr, M.; Hütz-Adams, F.** (2011): Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen. Siegburg, Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene [<http://www.suedwind-institut.de>; 06.12.2016].
- Barth, T.; Jochum, G.; Littig, B.** (Hrsg.) (2016): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt am Main/New York.
- Bauhardt, C.** (2009): Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit. Probleme lokaler und globaler Governance am Beispiel Wasser, in: PROKLA, 39(3), S. 391–405.
- Bauriedl, S.; Wichterich, C.** (2015): Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozial-ökologische Transformationen. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung [<https://www.rosalux.de>; 06.12.2016].
- Beck, S.** (2011): Moving beyond the linear model of expertise? IPCC and the test of adaptation, in: Regional Environmental Change, 11(2), S. 297–306.
- Becker, E.; Jahn, T.** (Hrsg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt am Main.
- Becker, J.** (2013): Regulationstheorie. Ursprünge und Entwicklungstendenzen, in: Atzmüller, R., et al. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster, S. 24–56.
- BGR** (2015): Deutschland – Rohstoffsituation 2014, Hannover, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe [<https://www.bgr.bund.de>; 15.9.2016].
- Biesecker, A.; Hofmeister, S.** (2010): Focus: (Re)productivity. Sustainable relations both between society and nature and between the genders, in: Ecological Economics, 69(8), S. 1703–1711.
- Biesecker, A.; Winterfeld, U. von** (2013): Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten. Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte, in: GAIA, 22(3), S. 160–165.
- Biesecker, A.; Winterfeld, U. von** (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 02/2014, Jena [<http://www.kolleg-postwachstum.de>; 06.12.2016].
- Bioökonomierat** (2015): Bioeconomy Policies (Part II): Synopsis of National Strategies around the World [<http://gbs2015.com>; 27.1.2017].
- Blühdorn, I.** (2013): Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin.
- BMBF** (2014): Wegweiser Bioökonomie. Forschung für biobasiertes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Berlin, Bundesministerium für Bildung und Forschung [<https://www.bmbf.de>; 06.12.2016].
- BMVI** (2015): Verkehr in Zahlen 2015/16. Hamburg, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [<http://www.bmvi.de>; 30.05.2016].
- Boltanski, L.; Chiapello, È.** (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Botzem, S.** (2012): Kohlenstoff-Ökonomie. Der Einfluss der Finanzindustrie auf den europäischen Emissionshandel, in: WZB Mitteilungen, Nr. 137, S. 29–31.
- Bourdieu, P.** (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main.

- Bourdieu, P.** (2009): Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt am Main.
- Boyls, L.; Behr, D.** (2008): Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand, Eisenkappel.
- BP** (2016): BP Energy Outlook. London [www.bp.com; 13.7.2016].
- Bpb** (2016a): Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung. [http://www.bpb.de; 07.12.2016].
- Bpb** (2016b): Entwicklung des Warenexports nach Warengruppen, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung [http://www.bpb.de; 07.12.2016].
- Brad, A.; Schaffartzik, A.; Pichler, M.; Plank, C.** (2015): Contested territorialization and biophysical expansion of oil palm plantations in Indonesia, in: Geoforum, Vol. 64, S. 100–111.
- Brand, K.-W.** (1999): Transformationen der Ökologiebewegung, in: Klein, A.; Legrand, H.-J.; Leif, T. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen, S. 237–256.
- Brand, U.** (2004): Kritische Theorie der Nord-Süd-Verhältnisse. Krisenexternalisierung, fragmentierte Hegemonie und die zapatistische Herausforderung, in: Beerhorst, J.; Demirovic, A.; Guggemos, M. (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, S. 94–127.
- Brand, U.** (2005): Gegenhegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.
- Brand, U.** (2016a): Lateinamerika: Ende des progressiven Zyklus?, in: Brand, U. (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?, Hamburg, S. 7–35.
- Brand, U.** (2016b): Transformation als »neue kritische Orthodoxie« und Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses, in: Brie, M.; Reißig, R.; Thomas, M. (Hrsg.): Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs, Münster et al., S. 209–224.
- Brand, U.; Ceceña, A. E.** (2000): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis, Münster.
- Brand, U.; Dietz, K.** (2013): Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2013, S. 75–84.
- Brand, U.; Dietz, K.** (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika, in: Müller, F., et al. (Hrsg.): Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48, Baden-Baden, S. 128–165.
- Brand, U.; Görg, C.** (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Brand, U.; Lösch, B.; Opratko, B.; Thimmel, S.** (Hrsg.) (2012): ABC der Alternativen 2.0, Hamburg.
- Brand, U.; Niedermoser, K.** (2016): Gewerkschaften zwischen »ökologischer Modernisierung« und Einsatzpunkten sozial-ökologischer Transformation, in: Barth, T.; Jochum, G.; Littig, B. (Hrsg.): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur

- Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt am Main/New York, S. 223–243.
- Brand, U.; Schmalz, S.** (2016): Ungleichzeitige Wachstumsdynamiken in Nord und Süd. Imperiale Lebensweise und sozial-ökologische Widersprüche, in: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt am Main/New York, S. 91–111.
- Brand, U.; Wissen, M.** (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 36(2), S. 12–34.
- Brand, U.; Wissen, M.** (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus. Zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen, in: Atzmüller, R., et al. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster, S. 132–148.
- Brand, U.; Wissen, M.** (2014): Ökologische Modernisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Green Economy und Konturen eines grünen Kapitalismus, in: Bemmann, M.; Metzger, B.; von Detten, R. (Hrsg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, S. 135–159.
- Brand, U.; Wissen, M.** (2017) (forthcoming): Social-ecological transformation, in: Richardson, D., et al. (eds.): The International Encyclopedia of Geography, Hoboken (New Jersey).
- Brangsch, L.** (2015): Entwicklung, Revolution, Reform und Transformaiton, in: Brie, M. (Hrsg.): Lasst uns über Alternativen reden. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3, Hamburg, S. 130–147.
- Braune, G.** (2014). Ölsand in Kanada. Segen oder Fluch, in: Der Tagesspiegel, 14.09.2014 [<http://www.tagesspiegel.de>; 31.12.2016].
- Brensell, A.** (2013): Hat das Menschenbild des Homo oeconomicus Implikationen für Psychologie und Psychotherapie?, in: Zeitschrift für Transaktionsanalyse, 2/2013, S. 201–215.
- Brensell, A.** (2015): Armut und Reichtum. Der Care Faktor, in: Bareis, E.; Wagner, T. (Hrsg.): Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion »von unten«, Münster, S. 114–126.
- Brie, M.** (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Brie, M.** (2015): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Hamburg.
- Brie, M.; Candeias, M.** (2016): Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg, November 2016 [<http://www.zeitschrift-luxemburg.de>; 10.12.2016].
- Brie, M.; Hildebrandt, C.** (2015): Solidarische Mitte-Unten-Bündnisse. Anforderungen an linke Politik, in: LuXemburg 2/2015, S. 200–107.
- Bröckling, U.; Krasmann, S.; Lemke, T.** (Hrsg.) (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main.
- Buckel, S.** (2008): Zwischen Schutz und Maskerade – Kritik(en) des Rechts, in: Demirovic, A. (Hrsg.): Kritik und Materialität, Münster, S. 110–131.

- Buckel, S.; Fischer-Lescano, A.** (Hrsg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden.
- Burchardt, H.-J.; Peters, S.** (2015): Anregungen für eine Staatsforschung in globaler Perspektive. Zur Renaissance der Entwicklungsstaaten, in: Burchardt, H.-J.; Peters, S. (Hrsg.): Der Staat in globaler Perspektive, Frankfurt am Main/New York, S. 243–266.
- Busse, C.; Fromm, T.; Willmroth, J.** (2016): Ans rettende Ufer, in: Süddeutsche Zeitung 11./12.06.2016.
- Bussolo, M.; Aliszewska, M.; Murard, E.** (2014): The Long-Awaited Rise of the Middle Class in Latin America Is Finally Happening. Policy Research Working Paper 6912, Washington [http://documents.worldbank.org; 27.01.2017].
- Butterwege, C.** (2016): Stolz auf den »Wirtschaftsstandort D«. Bei der AfD gehen Neoliberalismus und Rechtspopulismus eine Synthese ein. Auch deshalb ist die Partei so erfolgreich, in: taz, 01.08.2016 [http://www.taz.de; 31.12.2016].
- Candeias, M.** (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.
- Candeias, M.** (2012): Zu viel und zu wenig. Ein Moment organischer Krise, in: LuXemburg, 4/2012, S. 14–17.
- Canzler, W.** (2014): Nachhaltige Mobilität, in: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2014/15, S. 339–358.
- Carson, R.** (2007 [1963]): Der stumme Frühling, München.
- Chakrabarty, D.** (2010): Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung, Frankfurt am Main/New York.
- Cox, R. W.** (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.
- Crome, E.** (2013): Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Crome, E.; Krämer, R. (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam, S. 165–205.
- Crutzen, P. J.** (2002): Geology of mankind, in: Nature, No. 415, S. 23.
- D’Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G.** (Hrsg.) (2016): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära, München.
- Daniljuk, M.** (2015): America’s T-Strategy. Die US-Hegemonie und die Korrektur der US Außen- und Energiepolitik, in: PROKLA, 45(4), S. 529–544.
- Dannoritzer, C.** (2015): Giftige Geschäfte mit alten Geräten, in: Le Monde diplomatique; Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Weniger ist mehr. Atlas der Globalisierung, Berlin, S. 86–89.
- Dellheim, J.; Brangsch, L.; Spangenberg, J.; Wolf, F. O.** (2012): Den Krisen entkommen. Sozial-ökologische Transformation. Reihe Manuskripte Nr. 99, Berlin.
- Degrowth in Bewegung(en)** (2016): Essays zu 32 sozialen Bewegungen [http://www.degrowth.de; 05.12.2016].
- Demirović, A.** (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.

- Demirović, A.** (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren, in: LuXemburg, 3/2012, S. 60–70.
- Demirović, A.** (2016): Demokratie – zwischen autoritären Tendenzen und gesellschaftlicher Transformation. Zur Kritik der politischen Demokratie, in: Demirović, A. (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster, S. 278–302.
- Dempsey, J.; Robertson, M. M.** (2012): Ecosystem services: Tensions, impurities, and points of engagement within neoliberalism, in: Progress in Human Geography, 36(6), S. 758–779.
- Dennis, K.; Urry, J.** (2009): After the car, Cambridge/Malden, MA.
- Deutscher Bundestag** (Hrsg.) (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Drucksache 13/300, Berlin, Deutscher Bundestag.
- Diamond, J.** (2005): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt am Main.
- Dietz, K.** (2011): Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania, Münster.
- Dietz, K.; Brunnengräber, A.** (2008): Das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Peripherie, 28(112), S. 400–428.
- Dietz, K.; Engels, B.; Pye, O.; Brunnengräber, A.** (Hrsg.) (2015): The Political Ecology of Agrofuels, London/New York.
- Diezinger, A.** (2008): Alltägliche Lebensführung. Die Eigenlogik alltäglichen Handelns, in: Becker, R.; Kortendiek, B. (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden, S. 221–226.
- di Muzio, Tim** (2015): Carbon Capitalism. Energy, Social Reproduction and World Order, London.
- Donghi, T. H.** (1991): Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main.
- Dörre, K.** (2013): Landnahme. Triebkräfte, Wirkungen und Grenzen kapitalistischer Wachstumsdynamik, in: Backhouse, M., et al. (Hrsg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster, S. 112–140.
- Dörre, K.; Holst, H.; Matuschek, I.** (2013): Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Subjektive Grenzen kapitalistischer Landnahmen, in: Dörre, K.; Happ, A.; Matuschek, I. (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg, S. 198–262.
- Driessen, P. P. J., et al.** (2013): Societal transformations in the face of climate change. Research priorities for the next decade. Paper prepared for the Joint Programming Initiative Connecting Climate Change Knowledge for Europe (JPI Climate).
- Dudenhöffer, F.** (2013): Unter falschem Etikett. Die Autobauer wollen einen CO₂-Bonus für E-Autos, um mehr Geländewagen zu verkaufen, in: Zeit Online, 07.02.2013 [<http://www.zeit.de/>; 27.01.2017].
- Düick, J.; Fried, B.** (2015): Caring for Strategy. Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln, in: LuXemburg, 2/2015, S. 84–93.

- Dunlap, R.E.; Catton, W.R.** (1994): Toward an Ecological Sociology. The Development, Current Status, and Probable Future of Environmental Sociology, in: D'Antonio, W.; Sasaki, M.; Yonebayashi, Y. (eds.): Ecology, Society and the Quality of Life, New Brunswick/London, S. 11–25.
- Ecologic** (2016): The Paris Agreement: Analysis, Assessment and Outlook. Berlin [<http://ecologic.eu>; 08.12.2016].
- El-Chichakli, B.** (2016): Five cornerstones of a global bioeconomy, in: Nature, No. 535, S. 221.
- Emunds, B.; Merkle, I.** (Hrsg.) (2016): Umweltgerechtigkeit. Von den sozialen Herausforderungen der großen ökologischen Transformation, Marburg.
- Esser, J.; Görg, C.; Hirsch, J.** (Hrsg.) (1994). Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Eversberg, D.** (2014): Die Erzeugung kapitalistischer Realitätsprobleme: Wachstumsregimes und ihre subjektiven Grenzen, in: WSI Mitteilungen, 67(7), S. 528–535.
- Exner, A.; Held, M.; Kümmerer, K.** (2016): Einführung. Kritische Metalle in der Großen Transformation, in: Exner, A.; Held, M.; Kümmerer, K. (Hrsg.): Kritische Metalle in der Großen Transformation, Berlin/Heidelberg, S. 1–16.
- Faibairn, M.** (2014): »Like gold with yield«: evolving intersections between farmland and finance, in: The Journal of Peasant Studies, 41(5), S. 777–795.
- Fairhead, J.; Leach, M.; Scoones, I.** (2012): Green Grabbing: a new appropriation of nature?, in: The Journal of Peasant Studies, 39(2), S. 237–261.
- Fatheuer, T.** (2013): Neue Ökonomie der Natur. Eine kritische Einführung. Heinrich Böll Stiftung. Schriften zur Ökologie, Band 35, Berlin [<https://www.boell.de>; 08.12.2016].
- Fatheuer, T.; Fuhr, L.; Unmüßig, B.** (2015): Kritik der grünen Ökonomie, München.
- FDCL; RLS** (Hrsg.) (2012): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa Luxemburg Stiftung.
- Federici, S.** (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im neoliberalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution, Berlin.
- Fischer-Kowalski, M.** (2011): Analyzing sustainability transitions as a shift between socio-metabolic regimes, in: Environmental Innovation and Societal Transitions, 1(1), S. 152–159.
- Fischer-Kowalski, M., et al.** (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie, Wien.
- Fischer-Lescano, A.; Möller, K.** (2012): Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Größte, Berlin.
- Foucault, M.** (1992): Was ist Kritik?, Berlin.
- Foucault, M.** (2006 [1977/78]): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977–1978, Frankfurt am Main.
- Frank, A. G.** (1969): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt am Main.
- Frey, A.** (2016): Auf der Flucht vor dem Klima?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.2016 [<http://www.faz.net>; 08.12.2016].

- Fröbel, F.; Heinrichs, J.; Kreye, O. (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek.
- Fuchs, D. (2015): Das »Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe«? Klassenzusammensetzung und Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren, in: *Peripherie*, 35(138/139), S. 303–326.
- Fücks, R. (2013): *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*, München.
- Gago, V. (2015): Financialization of Popular Life and the Extractive Operations of Capital: A Perspective from Argentina, in: *South Atlantic Quarterly*, 114(1), S. 11–28.
- Galeano, E. (1973): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents, Wuppertal.
- Gerstenberger, H. (2006): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster.
- GH – Gramsci, A. (1991 ff.): Gefängnishefte, hrsg. von Bochmann, K.; Haug, W.-F., Hamburg/Berlin.
- Gómez-Baggethun, E.; Ruiz-Pérez, M. (2011): Economic valuation and the modification of ecosystem services, in: *Progress in Physical Geography*, 35(5), S. 613–628.
- Görg, C.; Brand, U. (2002): *Mythen globalen Umweltmanagements*, Münster.
- Görg, C. (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- Görg, C. (2004): Inwertsetzung, in: Haug, W.-F. (Hrsg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 6/II, Hamburg, Sp. 1501–1506.
- Görg, C. (2015): Anthropozän, in: Bauriedl, S. (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld, S. 29–36.
- Görg, C. (2015): Planetarische Grenzen, in: Bauriedl, S. (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld, S. 239–244.
- Gorz, A. (2009): *Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie*, Zürich.
- Gottschlich, D. (2012): Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy [<http://genanet.de>; 15.02.2012].
- Gottschlich, D.; Hackfort, S. (2016): Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum Perspektiven der politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), S. 300–322.
- Graefe, S. (2016): Grenzen des Wachstums? Resiliente Subjektivität im Krisenkapitalismus, in: *Psychosozial*, 39(1), S. 39–50.
- GRAIN (2008): Seized: The 2008 landgrab for food and financial security, Barcelona [<http://www.grain.org>; 08.12.2016].
- Grefe, C. (2016): Bioökonomie. Wie eine grüne Idee gekapert wird, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2016, S. 97–108.
- Grunwald, A. (2012): *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Welt nicht retten kann*, München.
- Haas, T. (2016): Die Energiewende unter dem Druck (skalärer) Kräfteverschiebungen. Eine Analyse des EEG 2.0, in: *PROKLA*, 46(3), S. 365–381.

- Haas, T.; Sander, H.** (2013): »Grüne Basis«. Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin [https://www.rosalux.de; 12.12.2016].
- Haberl, H., et al.** (2011): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation, in: Sustainable Development, 19(1), S. 1–14.
- Habermann, F.** (2008): Der homo oeconomicus und das Andere, Baden-Baden.
- Häntzschel, J.** (2016): Das Auto als Freiheitsmaschine hat keine Zukunft, in: Süddeutsche Zeitung, 16.08.2016 [http://www.sueddeutsche.de; 31.12.2016].
- Hajek, K.; Opratko, B.** (2016): Crisis Management by Subjectivation: Towards a Feminist Neo-Gramscian Framework for the Analysis of Europe's Multiple Crisis, in: Globalizations, 13(2), S. 217–231.
- Hall, S.** (2012): Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, Hamburg.
- Hardt, M.; Negri, A.** (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main.
- Hartmann, K.** (2015): Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren, München.
- Harvey, D.** (1999 [1982]): The Limits to Capital, London.
- Harvey, D.** (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Harvey, N.** (2005): Who needs Zapatismo? State interventions and local responses in Marqués de Comillas, Chiapas, in: Journal of Peasant Studies, 32(3–4), S. 629–650.
- Hauff, V.** (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Grevén.
- Haug, F.** (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg.
- Haug, W.-F.** (2001): Fragen einer Kritik des Biokapitalismus, in: Das Argument, 43(4/5), S. 449–465.
- Hermann, C.** (2015): Capitalism and the Political Economy of Work Time, London/ New York.
- Heuwieser, M.** (2015): Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons, Wien.
- Heuwieser, M.** (2016): Geld wächst nicht auf den Bäumen – oder doch? Warum die Natur und deren »Leistungen« zu Waren gemacht werden, Berlin.
- Hirsch, F.** (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Reinbek.
- Hirsch, J.** (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg.
- Hobsbawm, E. J.** (1987): The age of Empire 1875–1914, London.
- Hoering, U.** (2011): Die Wiederentdeckung des ländlichen Raumes als Beitrag zur kapitalistischen Krisenlösung, in: Demirović, A.; Dück, J.; Becker, F.; Bader, P. (Hrsg.): 2011: VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 111–128.
- Hoffer, F.** (2016): Die Ausweitung des Zwischenraums, in: Brand, U.; Schwenken, H.; Wullweber, J. (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft, Hamburg, S. 23–35.

- Holloway, J.; Peláez, E. (1998): *Zapatista! Reinventing Revolution in Mexico*, London.
- Hornborg, A. (2010): Uneven Development as a Result of the Unequal Exchange of Time and Space: Some Conceptual Issues, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 26(4), S. 36–56.
- Hoss, W. (2004): *Komm ins Offene, Freund. Autobiographie*, Münster.
- Huan Q. (2008): Growth Economy and Its Ecological Impacts upon China: A Red-green Perspective, in: *International Journal of Inclusive Democracy*, 4(4) [<http://www.inclusivedemocracy.org>; 08.12.2016].
- Huan, Q. (2016): Socialist Eco-civilization and Social-Ecological Transformation, in: *Capitalism Nature Socialism*, 27(2), S. 51–66.
- Huber, J. (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation, in: Groß, M. (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden, S. 279–302.
- Huber, M. (2013): Fueling Capitalism: Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital, in: *Economic Geography*, 89(2), S. 171–194.
- Hung, H.-F. (Hrsg.) (2009): *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore.
- IATA (2014): *Annual Review 2014*, Montreal, International Air Transport Association [<http://www.iata.org>; 14.06.2016].
- IATA (2016): *Annual Review 2016*, Montreal, International Air Transport Association [<http://www.iata.org>; 14.06.2016].
- IEA (2014): *IEA Statistics. CO₂ Emissions from Fuel Combustion. Highlights*, Paris, International Energy Agency. [<https://www.iea.org>; 30.03.2015].
- IEA (2015a): *Energy and Climate Change. World Energy Outlook Special Report*, Paris, International Energy Agency [<http://www.iea.org>; 19.09.2016].
- IEA (2015b): *World Energy Outlook 2015*, Paris, International Energy Agency [<http://www.iea.org>; 22.07.2016].
- IG Metall/Deutscher Naturschutzring (1992): *Auto, Umwelt, Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist. Verkehrspolitische Konferenz der IG Metall und des Deutschen Naturschutzrings*, Köln
- Illich, I. (1974): *Die sogenannte Energiekrise oder Die Lähmung der Gesellschaft. Das sozial kritische Quantum der Energie*, Reinbek.
- ILO (2013): *World of Work Report 2013. Repairing the economic and social fabric*, Genf [<http://www.ilo.org>; 08.12.2016].
- ITF (2015): *ITF Transport Outlook 2015*, Paris, OECD, International Transport Forum [<http://www.oecd-ilibrary.org>; 15.06.2016].
- Jaeger, C. C., et al. (2011): *A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. A study commissioned by the German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety*, Potsdam, European Climate Forum [<http://www.european-climate-forum.net>; 08.12.2016].
- Jänicke, M. (2011): »Green Growth«. *Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften*. FFU-Report 06-2011, Berlin, Freie Universität Berlin. Forschungszentrum für Umweltpolitik.

- Jahn, T.; Wehling, P.** (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts, in: Brand, K.-W. (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*, Opladen, S. 75–93.
- Jessop, B.** (2001): Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. Ein Beitrag zur Kritik der globalen politischen Ökonomie, in: Hirsch, J.; Jessop, B.; Poulantzas, N. (Hrsg.): *Die Zukunft des Staates*, Hamburg, S. 139–170.
- Jonas, M.; Littig, B.** (2015): Sustainable Practices, in: Wright, J. D. (ed.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Oxford, S. 834–838.
- Jonas, M.** (2017): Transition or transformation? A plea for the praxeological approach of radical socio-ecological change, in: Jonas, M.; Littig, B. (eds.): *Praxeological Political Analysis*. London, S. 116–133.
- Jonas, M.; Littig, B.** (eds.) (2017): *Praxeological Political Analysis*, London.
- Kadritzke, U.** (2016a): Zur Mitte drängt sich alles. Historische Klassenstudien im Lichte der Gegenwart (Teil 1), in: *PROKLA*, 46(3), S. 477–496.
- Kadritzke, U.** (2016b): Zur Mitte drängt sich alles. Historische Klassenstudien im Lichte der Gegenwart (Teil 2), in: *PROKLA*, 46(4), S. 639–659.
- Kaltmeier, O.** (2011): Hacienda, Staat und indigene Gemeinschaft. Kolonialität und politisch-kulturelle Grenzverschiebungen von der Unabhängigkeit bis in die Gegenwart, in: Wehr, I.; Burchardt, H.-J. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*, Baden Baden, S. 29–44.
- Kaplan, R. D.** (1994): The coming anarchy, in: *The Atlantic Monthly*, 273(2), S. 44–77.
- Karathanassis, A.** (2015): Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturerstörungen, Begründungen einer Postwachstumsökonomie, Hamburg.
- Kaufmann, S.** (2011): Globale Ökonomie des Autos. Krisen und Strategien, in: Candéas, M., et al. (Hrsg.): *Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion*, Hamburg, S. 14–122.
- Kelly, A. B.** (2011): Conservation practice as primitive accumulation, in: *The Journal of Peasant Studies*, 38(4), S. 683–701.
- Kerkow, U.; Martens, J.; Müller, A.** (2012): Vom Erz zum Auto. Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie, Aachen; Bonn; Stuttgart, Misereor; Brot für die Welt; Global Policy Forum Europe [https://www.misereor.de; 08.12.2016].
- Kharas, H.** (2010): The Emerging Middle Class in Developing Countries. OECD Development Centre, Working Paper No. 285, Paris [https://www.oecd.org; 08.12.2016].
- Kill, J.** (2014): Economic Valuation of Nature. The Price to Pay for Conservation? Brussels, Rosa-Luxemburg-Stiftung [https://www.rosalux.de; 08.12.2016].
- Klautke, R.; Oehrlein, B.** (Hrsg.) (2008): *Globale soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte*, Hamburg.
- Klein, D.** (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus*, Hamburg.
- Klein, D.** (2016): *Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?*, Hamburg.

- Kleinhüchelkotten, S.; Neitzke, H.-P.; Moser, S.** (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Texte 39/2016, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt [<https://www.umweltbundesamt.de>; 12.10.2016].
- Kloppenbug, J. R.** (1988): *First the Seed. The Political Economy of Plant Biotechnology*, 1492–2000, Cambridge.
- Knoflacher, H.** (2014): Das Auto im Kopf. Fetisch motorisierter Individualverkehr, in: *Politische Ökologie*, 32(137), S. 25–31.
- Komlosy, A.** (2010): Arbeitsverhältnisse. Weltumspannende Kombination und ungleiche Entwicklung, in: Sieder, R.; Langthaler, E. (Hrsg.): *Globalgeschichte 1800–2010*, Wien, S. 261–283.
- Kramer, D.** (2016): *Konsumwelten des Alltags und die Krise der Wachstumsgesellschaft*, Marburg.
- Krausmann, F.; Fischer-Kowalski, M.** (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse, in: Sieder, R.; Langthaler, E. (Hrsg.): *Globalgeschichte 1800–2010*, Wien, S. 39–66.
- Kronauer, M.** (2014): Autonomie in der Krise, in: *PROKLA*, 44(3), S. 431–443.
- Krull, S.** (2015): Mit Volks- und Betriebsgemeinschaft in die Barbarei?, in: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, Nr. 11/2015 [<http://www.sozonline.de>; 27.01.2017].
- Kurtenbach, S.; Wehr, I.** (2014): Verwobene Moderne und Einhegung von Gewalt, in: Müller, F., et al. (Hrsg.): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48, Wiesbaden, S. 95–127.
- Lander, E.** (2016): The implosion of the Venezuela's rentier state. *Transnational Institute, New Politics Papers*, 1, Amsterdam [<https://www.tni.org>; 07.12.2016].
- Lang, M.** (2005): Mehr, als wir vor dem Aufstand hatten. Zapatistische Autonomie, indigene Identität und Neoliberalismus in Chiapas, in: Gabbert, K., et al. (Hrsg.): *Neue Optionen Lateinamerikanischer Politik*. Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte, Nr. 29, Münster, S. 111–131.
- Lang, M.** (2015): México: Desde abajo todo, desde arriba nada. La autonomía zapatista en Chiapas y la Otra Campaña, in: Lang, M.; Cevallos, B.; López, C. (Hrsg.): *Cómo transformar? Instituciones y cambio social en América Latina y Europa*, Quito, S. 219–276.
- Lessenich, S.** (2014): Ab in die Produktion oder Der diskrete Charme der Ökonomie, in: *WSI Mitteilungen*, 67(7), S. 566–567.
- Lessenich, S.** (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin.
- Littig, B.** (2013): Green Economy, Green Jobs – und Frauen? Geschlechterpolitische Überlegungen zum aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs, in: Appelt, E.; Aulenbacher, B.; Wetterer, A. (Hrsg.): *Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen*, Münster, S. 60–79.
- Littig, B.; Spitzer, M.** (2011): *Arbeit neu. Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich. Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte*. Arbeitspapier 229 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf [<http://www.boeckler.de>; 17.06.2013].

- Lorey, I.** (2012): Die Regierung der Prekären, Wien/Berlin.
- Lövbrand, E., et al.** (2015): Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene, in: *Global Environmental Change*, Vol. 32, S. 211–218.
- Ludwig, G.** (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*, Frankfurt am Main/New York.
- Ludwig, G.** (2012): Hegemonie, Diskurs, Geschlecht. Gesellschaftstheorie als Subjekttheorie, Subjekttheorie als Gesellschaftstheorie, in: Dzudzek, I.; Kunze, C.; Wullweber, J. (Hrsg.): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftstheoretische Perspektiven*, Bielefeld, S. 105–126.
- Lüthje, B.; McNally, C. A.** (2015): China's Hidden Obstacles to Socioeconomic Rebalancing, in: *AsiaPacific*, 120, S. 1–8.
- Lucke, A. von** (2016): Trump und die Folgen: Demokratie am Scheideweg, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2016, S. 5–9.
- Luks, F.** (2016): Kein Öko ohne AfD, in: *die tageszeitung*, 28.10.2016.
- Lutz, B.** (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main.
- Luxemburg, R.** (1970 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, Frankfurt am Main.
- Marcello, D.** (1980): Das Produkt Auto, in: *Wechselwirkung*, 2. Jg., S. 52–53.
- Martens, J.; Obenland, W.** (2016): *Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Osnabrück.
- Martínez Alier, J.; Pascual, U.; Vivien, F.-D.; Zaccai, E.** (2010): Sustainable degrowth, in: *Ecological Economics*, 69(9), S. 1741–1747.
- Mason, P.** (2016): *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*, Berlin.
- McAfee, K.** (2012): The Contradictory Logic of Global Ecosystem Services Markets, in: *Development and Change*, 43(1), S. 105–131.
- Massarrat, M.** (2006): *Kapitalismus – Machtungleichgewicht – Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen*, Hamburg.
- McMichael, P.** (2008): Agro-fuels, food security, and the metabolic rift, in: *Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 23(3), S. 14–22.
- McMichael, P.** (2009): The World Food Crisis in Historical Perspective, in: *Monthly Review*, 61(3) [<http://monthlyreview.org/>; 07.12.2016].
- McMichael, P.** (2012): The land grab and corporate food regime restructuring, in: *Journal of Peasant Studies*, 39(3–4), S. 681–701.
- Meiksins Wood, E.** (2015): *Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche*, Hamburg.
- Menz, W.; Nies, S.** (2016): Gerechtigkeit und Rationalität – Motive interessenpolitischer Aktivierung, in: *WSI Mitteilungen*, 69(7), S. 530–539.
- MEW – Karl Marx, Friedrich Engels, Werke**, Berlin.

- Mezzadra, S.** (2012): *Wie viele Geschichten der Arbeit? Für eine postkoloniale Theorie des Kapitalismus* [<http://transversal.at>; 07.12.2016].
- Ming, S.** (2015): *Chinas neue Mittelschichten*, in: *Le Monde diplomatique*; Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): *Weniger ist mehr. Atlas der Globalisierung*, Berlin, S. 32–35.
- Mitchell, T.** (2011): *Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*, London/ New York.
- Möller, K.** (2016): *Der Name der Zeit*, in: *LuXemburg* 2/2016, S. 130–131.
- Moreno, C.** (2013): *Las ropas verdes del rey. La economía verde: una nueva fuente de acumulación primitiva*, in: *Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo* (Hrsg.): *Alternativas al Capitalismo del Siglo XXI*, Quito, S. 63–98.
- Moreno, C.; Speich Chassé, D.; Fuhr, L.** (2015): *Carbon Metrics. Global abstractions and ecological epistemicid*. Heinrich Böll Foundation, Publication Series Ecology Vol. 42. Berlin, Heinrich Böll Foundation [<https://www.boell.de>; 08.12.2016].
- Moscovici, S.** (1990): *Versuch über die menschliche Geschichte der Natur*, Frankfurt am Main.
- Muraca, B.** (2014): *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*, Berlin.
- Nalau, J.; Handmer, J.** (2015): *When is transformation a viable policy alternative?*, in: *Environmental Science & Policy*, 54, S. 349–356.
- Nanz, P.; Leggewie, C.** (2016): *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin.
- Narr, W.-D.** (1998): *Kontur einer kritischen Sozialwissenschaft*, in: *Görg, C.; Roth, R.* (Hrsg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster, S. 272–290.
- Natanson, J.** (2012): *Una política para la nueva clase media*, in: *Le Monde diplomatique* Cono Sur, Nr. 152 [<http://www.eldiplo.org>; 27.01.2017].
- NBS** (2016): *Operating Status of National Economy in 2015*, Peking, National Bureau of Statistics of China.
- Neckel, S.; Wagner, G.** (Hrsg.) (2013): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*, Berlin.
- New Economics Foundation** (2010): *The Great Transition*, London.
- Newell, P.; Paterson, M.** (2010): *Climate Capitalism. Global Warming and the Transformation of the Global Economy*, Cambridge.
- Nicoll, N.** (2016): *Adieu, Wachstum! Das Ende einer Erfolgsgeschichte*, Marburg.
- Nyeléni Austria** (2014): *Ernährungssouveränität jetzt!*, Wien.
- OECD** (2011): *Towards Green Growth* [<http://www.oecd.org>; 11.10.2011].
- Offe, C.** (1973): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Frankfurt am Main.
- OICA** (2016): *Production Statistics* [<http://www.oica.net>; 08.12.2016].
- Osterhammel, J.** (2011): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München.
- Ott, K.** (2016): *Zum Wohle des deutschen Autos*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.06.2016 [<http://www.sueddeutsche.de>; 31.12.2016].

- Paterson, M.** (2007): *Automobile Politics. Ecology and Cultural Political Economy*, Cambridge MA.
- Peluso, N.L.; Lund, C.** (2011): New frontiers of land control: Introduction, in: *The Journal of Peasant Studies*, 38(4), S. 667–681.
- Penz, O.; Sauer, B.** (2016): *Affektives Kapital. Die Ökonomisierung der Gefühle im Alltagsleben*, Frankfurt am Main/New York.
- Pichler, M.** (2014): *Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien*, Münster.
- Pichler, M.; Staritz, C.; Küblböck, K.; Plank, C.; Raza, W.; Ruiz Peyré, F.** (Hrsg.) (2016): *Fairness and Justice in Natural Resource Politics*, London.
- Plank, L.; Plank, C.** (2013): Land Grabbing – kritische Perspektive auf die neue Landnahme, in: Bröthaler, J. et al. (Hrsg.): *Raumplanung. Jahrbuch des Departments für Raumplanung der TU Wien*, Wien, S. 177–194.
- Polanyi, K.** (1995 [1944]): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main.
- Popp, S.** (2014): Die neue globale Mittelschicht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64(49), S. 30–37.
- Porcaro, M.; Candeias, M.** (2016): Occupy Machiavelli. Zwischen verbindender und strategischer Partei, in: *Luxemburg*, 2/2016, S. 8–21.
- Poulantzas, N.** (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, J.; Jessop, B.; Poulantzas, N. (Hrsg.): *Die Zukunft des Staates*, Hamburg, S. 19–69.
- Poulantzas, N.** (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*, Hamburg.
- Pun, N.; Lu, H.** (2010): Unfinished Proletarianization: Self, Anger, and Class Action among the Second Generation of Peasant-Workers in Present-Day China, in: *Modern China*, 36(5), S. 493–519.
- Radhuber, I.** (2013): Der plurinationale Staat in Bolivien. Die Rolle der Ressourcen- und Budgetpolitik, Münster.
- Räthzel, N.** (1991): Rebellierende Selbstunterwerfung. Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus, in: *links*, Nr. 12, S. 24–26.
- Renn, O.** (2014): *Das Risikoparadox. Warum wir uns vor den Falschen fürchten*, Frankfurt am Main.
- Rilling, R.** (2011): Wenn die Hütte brennt ... »Energiewende«, green new deal und grüner Sozialismus, in: *Forum Wissenschaft*, 28(4), S. 14–18.
- Rink, D.** (2002): Environmental Policy and the Environmental Movement in East Germany, in: *Capitalism Nature Socialism*, 13(3), S. 73–91.
- Rivera, M.** (2015): Wie viel Entpolitisierung vertragen die SDGs? Ein kritischer Blick auf die Entstehung der Agenda 2030. IASS Working Paper. Potsdam, Institute for Advanced Sustainability Studies [http://www.iass-potsdam.de; 08.12.2016].
- Rockström, J., et al.** (2009): A safe operating space for humanity, in: *Nature*, Vol. 461, S. 472–475.
- Rössel, J.; Otte, G.** (Hrsg.) (2011): *Lebensstilforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 51*, Wiesbaden.

- Rucht, D.** (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt am Main/New York.
- Sablowski, T.** (2010): Konsumnorm, Konsumweise, in: Haug, W.-F.; Haug, F.; Jehle, P. (Hrsg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 7/II, Hamburg, Sp. 1642–1654.
- Sachs, W.** (1984): *Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche*, Reinbek.
- Sachs, W.** (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbilds, in: Brand, K.-W. (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen, S. 93–110.
- Said, E.** (1981): *Orientalismus*, Hamburg.
- Sander, H.** (2016): *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*, Berlin.
- Santarius, T.** (2015): *Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen der Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum*, Marburg.
- Sauer, B.** (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt am Main.
- Schaffartzik, A., et al.** (2014): The global metabolic transition: Regional patterns and trends of global material flows, 1950–2010, in: *Global Environmental Change*, Vol. 26, S. 87–97.
- Scheer, H.** (2012): *Der energetische Imperativ. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist*, München.
- Scherrer, C.** (2015): Auspolierte Kratzer. Das US-Finanzkapital. Durch mehr Regulierung weiter hegemonial?, in: *PROKLA*, 45(2), S. 257–276.
- Schivelbusch, W.** (2015 [1977]): *Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- Schmalz, S.** (in Druck): *Machtverschiebungen im Weltsystem*, Frankfurt am Main/New York.
- Schmidt, D.** (2013): Fordismus. Glanz und Elend eines Produktionsmodells, in: *PROKLA*, 43(3), S. 401–420.
- Schmidt, D.; Sieron, S.** (2016): Editorial. Ökonomie der Flucht und der Migration, in: *PROKLA*, 46(2), S. 172–180.
- Schneider, E.** (2017): *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Spielräume und Restriktionen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb der Währungsunion*, Hamburg.
- Schneidewind, U.** (2013): Transformative Literacy. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten, in: *GAIA*, 22(2), S. 82–86.
- Schneidewind, U.; Zahrnt, A.** (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*, München.
- Schor, J.B.** (2015): Überarbeitet und überschuldet. Die Zukunft von Arbeit, Freizeit und Konsum, in: *Luxemburg*, 1/2015, S. 60–65.
- Schramm, M.** (2010): Die Entstehung der Konsumgesellschaft, in: Sieder, R.; Langthaler, E. (Hrsg.): *Globalgeschichte 1800–2010*, Wien, S. 367–388.

- Schriefl, E.; Bruckner, M.** (2016): Bedarf an Metallen für eine globale Energiewende bis 2050 – Diskussion möglicher Versorgungsgrenzen, in: Exner, A.; Held, M.; Kümmerer, K. (Hrsg.): Kritische Metalle in der Großen Transformation, Berlin; Heidelberg, S. 217–233.
- Schüller, K.** (1994): Sklavenaufstand, Revolution, Unabhängigkeit: Haiti, der erste unabhängige Staat Lateinamerikas, in: Zoller, R. (Hrsg.): Amerikaner wider Willen. Beiträge zur Sklaverei in Lateinamerika und ihren Folgen, Frankfurt am Main, S. 125–143.
- Schurath, B.** (2015): Die große Gier. Von Ressourcengerechtigkeit ist die globale Politik weit entfernt, in: Südlink 173, Dossier Ressourcengerechtigkeit, S. 3–6.
- Schwarzer, C. M.** (2011): Besser noch ein Jahr weiterfahren, in: Zeit Online, 11.02.2011 [<http://www.zeit.de; 27.01.2017>].
- Schwedes, O.** (2014): Vom Homo Civis Mobilis. Mobilität im Wandel der Geschichte, in: Politische Ökologie, 137, S. 18–24.
- Sezgin, H.** (2015): Tiere nutzen, in: Le Monde diplomatique; Kolleg Postwachstums-gesellschaften (Hrsg.): Weniger ist mehr. Atlas der Globalisierung, Berlin, S. 22–27.
- Sieder, R.; Langthaler, E.** (2010): Was heißt Globalgeschichte? Einleitung, in: Sieder, R.; Langthaler, E. (Hrsg.): Globalgeschichte 1800–2010, Wien, S. 9–36.
- Sommer, B.; Welzer, H.** (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunfts-fähige Moderne, München.
- Sonderegger, R.** (2010): Wie emanzipatorisch ist Habitus-Forschung? Zu Rancières Kritik an Bourdieus Theorie des Habitus, in: LiTheS. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie, Nr. 3, S. 18–39 [<http://lithes.uni-graz.at; 08.12.2016>].
- Spash, C. L.** (2010): The Brave New World of Carbon Trading, in: New Political Economy, 15(2), S. 169–195.
- Speed, S.** (2007): Rights in Rebellion: Indigenous Struggle and Human Rights in Chiapas, Palo Alto.
- Statistisches Bundesamt** (2012): Wirtschaft und Statistik [<https://www.destatis.de; 08.12.2016>].
- Steckner, A.** (2013): Marxistische Parteiendebatte *revisited*. Zur Verortung politischer Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft, in: PROKLA 43(2), S. 217–238.
- Steckner, A.; Candeias, M.** (2014): Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik. Standpunkte 11/2014, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung [<https://www.rosalux.de; 24.08.2016>].
- Steffen, W., et al.** (2011): The Anthropocene: From Global Change to Planetary Stewardship, in: Ambio, 40(7), S. 739–761.
- Steger, J.** (2015): ... werden so viele SUV verkauft?, in: Absatzwirtschaft [<http://www.absatzwirtschaft.de; 20.12.2016>].
- Stieß, I., et al.** (2012): Analyse bestehender Maßnahmen und Entwurf innovativer Strategien zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik, Dessau [<https://www.umweltbundesamt.de; 08.12.2016>].
- Stremmel, J.** (2015): Das wird man ja wohl noch fahren dürfen!, in: Süddeutsche Zeitung, 11.09.2015 [<http://www.sueddeutsche.de; 31.12.2016>].
- Strohschneider, T.** (2014): Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie, Hamburg.

- Stütze, I.** (2003): Staatstheorien oder »BeckenrandschwimmerInnen der Welt vereinigt euch!«, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, Nr. 6, S. 27–38 [<http://www.grundrisse.net>; 08.12.2016].
- Swampa, M.** (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development, in: Journal für Entwicklungspolitik, 28(3), S. 43–73.
- Tanuro, D.** (2013): Green Capitalism: why it can't work, London.
- Tauss, A.; Ehs, T.** (2016): Das Ende des Kapitalismus denken? Fragmente für eine demokratisch-ökologische Linke im 21. Jahrhundert, in: Tauss, A. (Hrsg.): Sozialökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken, Hamburg, S. 169–182.
- Thie, H.** (2013): Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, Hamburg.
- Thompson, E.P.** (1980a): Die »moralische Ökonomie« der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Thompson, E.P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, hrsg. von Groh, D., Frankfurt am Main, S. 66–130.
- Thompson, E.P.** (1980b): Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Thompson, E.P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, hrsg. von Groh, D., Frankfurt am Main, S. 34–66.
- Thompson, E.P.** (1987 [1963]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Erster Band, Frankfurt am Main.
- Umweltbundesamt** (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Vertiefungsstudie: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten junger Menschen, Dessau [<https://www.umweltbundesamt.de>; 08.12.2016].
- UNDP** (2013): Human Development Report: Human Progress and the Rising South, New York, United Nations Development Programme [<http://hdr.undp.org>; 08.12.2016].
- UNEP** (2011): Towards a green economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi, United Nations Environment Programme [<http://www.unep.org>; 09.01.2011].
- UNEP** (2016a): Global material Flows and Resource Productivity. Assessment Report for the UNEP International Resource Panel, Nairobi, United Nations Environment Programme [<http://unep.org>; 06.09.2016].
- UNEP** (2016b): Green is Gold: The Strategy and Actions of China's Ecological Civilization, Geneva, United Nations Environment Programme [<http://web.unep.org>; 08.12.2016].
- Unfallforschung der Versicherer** (2012): Sport Utility Vehicles im Unfallgeschehen, Berlin [<https://udv.de>; 08.12.2016].
- UN-Generalversammlung** (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, New York [<http://www.un.org>; 06.09.2016].
- Unmüßig, B.** (1998): Welche Erfahrungen haben Nichtregierungsorganisationen gemacht? Und wie haben sie sich bewährt?, in: Calließ, J. (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik. Loccumer Protokolle Nr. 9/97, Rehburg-Loccum, S. 53–64.

- Urban, H.-J.** (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2009, S. 71–78.
- Urry, J.** (2013): *Societies beyond oil*, London/New York.
- van Dyk, S.; Misbach, E.** (2016): Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus, in: *PROKLA*, 46(2), S. 205–227.
- VCD** (2010): Position Elektromobilität, Berlin, Verkehrsclub von Deutschland [https://www.vcd.org; 08.12.2016].
- VCÖ** (2009): Soziale Aspekte von Mobilität, Wien, Verkehrsclub von Österreich [https://www.vcoe.at; 23.6.2016].
- VCÖ** (2016): *Urbane Verkehr der Zukunft*, Wien, Verkehrsclub von Österreich.
- Veblen, T.** (2011): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Frankfurt am Main.
- Verron, H.** (2015): Ändert sich die Mobilitätskultur? – Zwei Experteninterviews, in: *Zeitschrift für Umweltpsychologie*, 19(1), S. 12–26.
- Vogel, S.** (2015): Die autoritäre Versuchung. Europas neue Linke zwischen Aufbruch und Populismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2015, S. 71–79.
- Wackernagel, M.; Beyers, B.** (2010): *Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen*, Hamburg.
- Wagner, K.** (2013): Es werden keine Gefangenen gemacht. Gegenwärtige Trends der Ausbeutung des Planeten, in: Bardi, U. (Hrsg.): *Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen*, München, S. 21–28.
- WBGU** (2009): *Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten*, Berlin, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [http://www.wbgu.de; 08.12.2016].
- WBGU** (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [http://www.wbgu.de; 09.01.2012].
- Weis, T.** (2013): *The Ecological Hoofprint. The Global Burden of Industrial Livestock*, London; New York.
- Welzer, H.** (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Berlin, Heinrich Böll Stiftung [https://www.boell.de; 30.12.2016].
- Welzer, H.** (2013): *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*, Frankfurt a. M.
- Wichterich, C.** (2013): Haushaltsökonomien in der Krise, in: *Widerspruch*, 32(62), S. 66–73.
- Wichterich, C.** (2016a): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, in: Brand, U.; Schwenken, H.; Wullweber, J. (Hrsg.): *Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft*, Hamburg, S. 54–71.
- Wichterich, C.** (2016b): Bausteine von Zukunft und der Charme des Selbermachens. Wider den care- und ressourcenextraktivistischen Kapitalismus, in: Tauss, A. (Hrsg.): *Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken*, Hamburg, S. 183–204.
- Wiedmann, T. O., et al.** (2013): The material footprint of nations, in: *PNAS*, 112(20), S. 6271–6276.

- Wilkinson, R.; Pickett, K.** (2010): *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*, London.
- Williamson, J.** (1990): What Washington means by policy reform, in: Williamson, J. (ed.): *Latin American Adjustment: How much has Happened?*, Washington, DC, S. 7–20.
- Winker, G.** (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld.
- Wissen, M.** (2004): Vielfalt als Nebeneffekt. Agrobiodiversität und demokratische Ressourcenkontrolle, in: *Politische Ökologie*, 22(91–92), S. 76–78.
- Wissen, M.** (2010): Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«. Das Scheitern von »Kopenhagen« und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik, in: *Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, S. 25(2) 30–38.
- Wissen, M.** (2014): Auf dem Weg in einen »grünen Kapitalismus«? Die ökologische Modernisierung der imperialen Lebensweise. [<http://ifg.rosalux.de>; 19.12.2016].
- Wissen, M.** (2016): Zwischen Neo-Fossilismus und »grüner Ökonomie«. Entwicklungstendenzen des globalen Energieregimes, in: *PROKLA*, 46(3), S. 343–364.
- Wolf, W.** (2007): *Verkehr.Umwelt.Klima. Die Globalisierung des Tempowahns*, Wien.
- Wood, E.M.** (2015): *Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche*, Hamburg.
- World Steel Association** (2015): *Steel Statistical Yearbook*, Brüssel [<http://www.worldsteel.org>; 08.12.2016].
- Wright, E.O.** (2010): *Envisioning Real Utopias*, London/New York.
- WTO** (2014): *International Trade Statistics 2014*, World Trade Organization [<https://www.wto.org>; 08.12.2016].
- WTO** (2015): *International Trade Statistics 2015*, World Trade Organization [<https://www.wto.org>; 08.12.2016].
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie** (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, München.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie** (2009): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*, Frankfurt am Main.
- Zeller, C.** (2010): Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals, in: Schmieder, F. (Hrsg.): *Zur Kritik der Politischen Ökologie heute*, Frankfurt am Main, S. 103–135.
- Zhang, L.** (2015): *Inside China's Automobile Factories. The Politics of Labor and Worker Resistance*, New York.
- Ziai, A.** (2011): Die heilige Kuh der »Entwicklung«. Post-Development und die Reaktionen darauf, in: *Südwind*, 32(11), S. 39.
- Zinn, K.G.** (2015): *Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*, Hamburg.

Abkürzungsverzeichnis

BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BUKO	Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (seit 2002 Bundeskoordination Internationalismus)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada)
COP	Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz)
GH	Gefängnishefte Antonio Gramscis
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung)
IATA	International Air Transport Association (Internationale Luftverkehrsvereinigung)
ICS	International Chamber of Shipping (Internationale Schifffahrtskammer)
IEA	International Energy Agency (Internationale Energieagentur)
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IMO	International Maritime Organization (Internationale Schifffahrtsorganisation der Vereinten Nationen)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaveränderung – »Weltklimarat«)
ITF	International Transport Forum (Weltverkehrsforum der OECD)
IWF	Internationaler Währungsfonds
MDGs	Millennium Development Goals (Millenniumsentwicklungsziele)
MEW	Marx-Engels-Werke
MIV	Motorisierter Individualverkehr
NAFTA	North American Free Trade Agreement (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen)
NBS	National Bureau of Statistics of China (Nationales Statistikbüro Chinas)

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OICA	Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (Internationale Automobilherstellervereinigung)
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder)
Pkw	Personenkraftwagen
REDD	Reducing emissions from deforestation and forest degradation (Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern)
SUV	Sport Utility Vehicle
SDGs	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNEP	United Nations Environment Programme (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)
VCD	Verkehrsclub von Deutschland
VCÖ	Verkehrsclub von Österreich
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Über die Autoren



Ulrich Brand und Markus Wissen lehren und forschen an der Universität Wien beziehungsweise an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR). Sie kooperieren wissenschaftlich und politisch seit den 1990er-Jahren, unter anderem im Rahmen der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG). Von 2008 bis 2012 arbeiteten sie gemeinsam am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. In Berlin und Wien bewegen sie sich bevorzugt mit dem Rad und verstehen dies auch als praktische Kritik an der ebenso imperialen wie antiquierten Form von Fortbewegung namens Automobilität.

Markus Wissen (links) ist Redakteur der *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* und Co-Direktor des Instituts für internationale politische Ökonomie an der HWR.

Ulrich Brand (rechts) war Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages (2011 bis 2013) und ist Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Beide kooperieren mit dem DFG-Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena.

Mit diesem tiefgehenden, klar und präzise geschriebenen Buch können wir die Auswirkungen des globalen Kapitalismus als Zivilisation der Ungleichheit und Zerstörung besser verstehen.

Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors

Dieses wunderbare Buch übt Kritik, ohne lähmenden Katastrophismus zu verbreiten, und macht Hoffnung auf eine sozial und ökologisch gerechte, solidarische, freie und friedliche Zukunft für alle. Nichts weniger also als das globale Glück!

Kathrin Hartmann, Autorin des Buches

»Aus kontrolliertem Raubbau«

Immer mehr Menschen – im globalen Norden und zunehmend auch im globalen Süden – machen sich eine imperiale Lebensweise zu eigen. Sie bedienen sich an den ökologischen und sozialen Ressourcen andernorts, um sich selbst einen hohen Lebensstandard zu sichern. Appelle an einen »grünen Konsum« oder Strategien einer »grünen Ökonomie« ändern daran nichts. Viel grundlegendere Veränderungen sind nötig. Ulrich Brand und Markus Wissen analysieren die Ursachen der imperialen Lebensweise, beleuchten ihre zerstörerischen Wirkungen und zeigen Wege zu ihrer Überwindung auf.